

## Inhalt

Editorial .....	627
Karen Ruoff: Kaufhaus-Wandern .....	631
Günther Anders: Die Unsterbliche .....	634

## Postfordismus — Kapitalismus quo vadis?

Maurice Godelier	
Produktionsweise als theoretische Kategorie .....	635
Jürgen Häusler und Joachim Hirsch	
Regulation und Parteien im Übergang zum »Post-Fordismus« .....	651
Wolfgang Fritz Haug	
Nach dem Fordismus: Post-Fordismus? Überlegungen im Anschluß an Häusler/Hirsch .....	672

\* \* \*

Gisela T. Kaplan und Lesley J. Rogers	
Die Faszination des Androgynen Die Gewißheit einer Illusion: Das Spiel mit den Geschlechtern .....	677
Rolf von Bockel	
Wer kann Pazifist bleiben, wenn Hitler an die Macht kommt? Zum Wandel politischer Überzeugungen deutscher Pazifisten nach 1933 .....	688
Zhao Baoxu	
Horizontale und vertikale Dezentralisation der Macht in China .....	698
José Manuel Ruiz Marcos	
Nicaragua — überlebt die Revolution? .....	708
<i>Diskussion</i>	
Stefan Krätke: Gemeinwirtschaft — Sozialismus für Besserverdienende? .....	712
<i>Kongreßberichte</i>	
Erneuerung der sozialistischen Länder; Volksuni Stockholm und Westberlin; Österreichische Frauensommeruniversität; Gramsci-Pasolini; »Illegale« in Europa; Gesundheitstag .....	716
<i>Besprechungen</i>	
Foucault; Rhetorik und Sprachpflege; Kriegs- und Nachkriegsliteratur; Filmpolitik und Videokultur; Interkulturelle Pädagogik; Mittelalter; Modernisierung der CDU; Frauen und Ökonomie .....	729
Verfasser/innen; Zeitschriftenschau; Summaries .....	776

**Besprechungen****Philosophie**

<i>Foucault, Michel</i> : Der Gebrauch der Lüste. Sexualität und Wahrheit 2 ( <i>M.Jäger</i> ) .....	729
<i>Foucault, Michel</i> : Die Sorge um sich. Sexualität und Wahrheit 3 ( <i>M.Jäger</i> ) .....	729
<i>Lipowatz, Thanos</i> : Die Verleugnung des Politischen. Die Ethik des Symbolischen bei Jacques Lacan ( <i>C.Albert</i> ) .....	732
<i>Bucher, Rainer</i> : Nietzsches Mensch und Nietzsches Gott. Das Spätwerk als philosophisch-theologisches Programm ( <i>H.-J.Georgi</i> ) .....	733
<i>Altwegg, Jürg</i> : Die Republik des Geistes. Frankreichs Intellektuelle zwischen Revolution und Reaktion ( <i>M.Weingarten</i> ) .....	734

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Ueding, Gert, und Bernd Steinbrink</i> : Grundriß der Rhetorik ( <i>D.Rösler</i> ) ..	735
<i>Greule, Albrecht, und Elisabeth Ahlvers-Liebel</i> : Germanistische Sprachpflege. Geschichte, Praxis und Zielsetzung ( <i>G.Simon</i> ) .....	737
<i>Kroll, Fredric (Hrsg.)</i> : Klaus-Mann-Schriftenreihe Bd.5: 1937-1942. Trauma Amerika ( <i>L.Winckler</i> ) .....	739
<i>Schnell, Ralph</i> : Die Literatur der Bundesrepublik. Autoren, Geschichte, Literaturbetrieb ( <i>K.-H.Götze</i> ) .....	741
<i>Brekke, Wolfgang</i> : Schriftsteller im antifaschistischen Widerstand 1933-1945 in Deutschland ( <i>C.Albert</i> ) .....	744
<i>Bürger, Christa, und Peter Bürger (Hrsg.)</i> : Postmoderne. Alltag, Allegorie und Avantgarde ( <i>K.-H.Götze</i> ) .....	745

**Kunst- und Kulturwissenschaft**

<i>Kramer, Dieter</i> : Theorien zur historischen Arbeiterkultur ( <i>U.Hirschfeld</i> ) ..	747
<i>Schreiner-Seip, Claudia</i> : Film- und Informationspolitik als Mittel der nationalen Verteidigung in den USA, 1939-1941. Eine Studie über die Umsetzung außenpolitischer Programme in Filminhalte ( <i>M.Loiperdinger</i> ) .....	749
<i>Zielinski, Siegfried</i> : Zur Geschichte des Videorecorders ( <i>J.Robes</i> ) .....	750

**Erziehungswissenschaften**

<i>Kalpaka, Amrita</i> : Handlungsfähigkeit statt »Integration«. Schulische und außerschulische Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten griechischer Jugendlicher. Ergebnisse einer Untersuchung in der Stadt Hamburg ( <i>G.Auernheimer</i> ) .....	752
<i>Hansen, Georg</i> : Diskriminiert. Über den Umgang der Schule mit Minderheiten ( <i>N.Franck</i> ) .....	753
<i>Göpfert, Hans</i> : Ausländerfeindlichkeit durch Unterricht. Konzeptionen und Alternativen für Geschichte, Sozialkunde und Religion ( <i>H.Baumann</i> ) ....	754
<i>Timat, Alfred J. (Hrsg.)</i> : Migration und Integration. Ein Reader ( <i>G.Auernheimer</i> ) .....	755
<i>Borrelli, Michele (Hrsg.)</i> : Interkulturelle Pädagogik. Positionen — Kontroversen — Perspektiven ( <i>G.Auernheimer</i> ) .....	756
<i>Müller, Burkhard, Christian Niemeyer und Hilmar Peter (Hrsg.)</i> : Sozialpädagogische Kasuistik. Analysen und Arbeitsmaterial zu einem Fall ( <i>H.-J.Lichtenberger</i> ) .....	757

## Editorial

Alles redet von Übergängen. Und mit Recht. Eine historische Periode scheint zu Ende zu gehen, eine neue kündigt sich an: Revolutionäre Umwälzungen, wohin wir offenen Auges blicken — in den Technologien, in den Organisationskonzepten, in den Weltaustauschverhältnissen, in den sozialen und politischen Strukturen ...

Dennoch keine Rede von Systemveränderung. Selbstverständlich unterstellt die über die gegenwärtige Krisenkonstellation geführte Debatte, daß ihre Lösungen in *kapitalistischen Übergängen* liegen werden. Von einem *sozialistischen Übergang* scheint nur noch zu reden, wer sich aus der Debatte ausklinkt. Da ist es nur konsequent, daß auch vom Kapitalismus immer weniger geredet wird. Entnennende Benennungen haben Konjunktur: Moderne/Postmoderne, Industrialismus/Postindustrialismus, Produktions-/Dienstleistungsgesellschaft usf. Wer demgegenüber auch nur die Fragestellung nach einem sozialistischen Übergang erneuern will, muß erst einmal zweierlei leisten:

- Begreifen, wie der Kapitalismus als historische Struktur in seinen epochalen Gestalten gegenwärtig und wirksam ist;
- Konkret analysieren und erklären, in welchem einem »Epochen-Übergang« (Pietro Ingrao) wir uns heute befinden, wo dessen Bruchpunkte liegen, unter welchen Risiken er steht — und wo in ihm die Eingriffspunkte eines heute möglichen sozialistischen Veränderungsprojekts liegen, die »Durchgangspunkte«, wie sie Marx nennt.

Zwar gibt es im Marxismus eine reiche Tradition, »Entwicklungsstadien« im Kapitalismus zu theoretisieren, von Lenins Imperialismustheorie bis zu Hilferdings »organisiertem Kapitalismus«, Vargas Stamokap, Matticks »gemischtem Wirtschaftssystem« oder Mandels »Spätkapitalismus«. Aber die Theoretisierung der Art und Weise, wie sich der Kapitalismus in diesen Veränderungen *gleich* blieb, hat mit diesen Theorieentwicklungen nicht Schritt gehalten. Was dann bekanntlich auch bei vielen Marxisten dazu geführt hat, etwa Marx' *Kapital* im »Konkurrenzkapitalismus« des 19. Jahrhunderts zu verorten. Oder umgekehrt dazu, die ganze Problematik von Epochen-Übergängen im Kapitalismus im Namen der systematischen Rekonstruktion der Kritik der politischen Ökonomie gleich ganz zu verleugnen.

Bei allem scheint der Marxismus wenig vorbereitet, wir müssen erst einmal wieder eine den Vorgängen adäquate Sprache finden. Wir führen die in *Argument* 154 unter dem Titel *Mutation des Kapitalismus* begonnene Verständigung weiter und stellen zwei theoretische Arbeitslinien vor, die in den letzten zehn Jahren gezielt an diesen Punkten angesetzt haben: die Theorie der *Produktionsweise* (n) und die Theorie der *Regulation* als eigenständiger Reproduktionsdimension der kapitalistischen Gesellschaftsformation.

*Maurice Godelier*, bekannt geworden durch seine ökonomische Anthropologie (vgl. *Rationalität und Irrationalität in der Ökonomie*, Frankfurt 1972), gibt eine Einführung in die Theorie der Produktionsweisen. Er verfolgt die Herausbildung des Konzepts als Teil eines ganzen Begriffsspiels — Produktionsweise, Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, Gesellschaftsformation —, das Marx' zen-

trales analytisches Instrumentarium bildet, um die wesentlichen Mechanismen des »Prozesses der gesellschaftlichen Lebenserzeugung« (MEW 25, 784) aufzuzeigen. Daran anschließend skizziert er Entwicklung und Spezifik der kapitalistischen Produktionsweise und konfrontiert Marx' These vom Übergang zu einer Produktionsweise der »assoziierten Produzenten« und seine »Vision« des Übergangs zum »Kommunismus« mit dem wirklichen Gang der Geschichte. Seine empirische Feldforschung in vorkapitalistischen Gesellschaften bringt Godelier in Opposition zu einem Ansatz, der die Metaphorik von *Basis und Überbau* zur starren theoretischen Konstruktion aufwertet: In »archaischen« Gesellschaften hat der vermeintliche »Überbau« der Verwandtschaftsverhältnisse zugleich die Funktion von Produktionsverhältnissen, die den Zugang zu den Ressourcen, die Arbeitsorganisation und Verteilung der Arbeitsprodukte bestimmen. Erst der Kapitalismus kennt eine *institutionelle* Ausdifferenzierung und Trennung der gesellschaftlichen Funktionen des Ökonomischen, Politischen, und Familialen. Aber auch hier haben die Institutionen (wie der Staat) mehrere (Basis- und Überbau-)Funktionen. Godelier schlägt vor, menschliche Gesellschaften zu begreifen als »gesellschaftliche Verhältnisse mit unterschiedlichen Funktionen, die bis zu einem gewissen Punkt und für eine gewisse Zeit miteinander kompatibel sind«, und nicht von fixierten Entsprechungsverhältnissen zwischen den Instanzen des Gesellschaftlichen auszugehen. Der Vorschlag legt einem Projekt der Systemveränderung implizit nahe, die *Inkompatibilitätsbereiche* in der je konkreten Gesellschaft als Eingriffspunkte zu erforschen.

Auch Jürgen Häusler und Joachim Hirsch modifizieren das Basis-Überbau-Modell und formulieren eine »nichtlineare« Theorie der kapitalistischen Entwicklung, die die abstrakte Entgegensetzung von Ökonomie, Politik, Ideologie auflöst. An deren Stelle treten die Konzepte Akkumulationsmodus, Regulationsweise, hegemoniale Struktur, mit denen die Geschichte des Kapitalismus im Weltmaßstab als durch Krisen und Kämpfe vermittelte Abfolge spezifischer Formationen beschrieben werden kann, die auf der Grundlage einer gleichbleibenden Struktur (Privatproduktion, Lohnarbeit, warentauschvermittelte Aneignung des Mehrprodukts) in ihren Produktions- und Ausbeutungsformen, den Vergesellschaftungs- und Klassenverhältnissen sowie dem Charakter des Staates und der politischen Herrschaft sich wesentlich unterscheiden. Die gegenwärtige Phase sei gekennzeichnet durch heftige Auseinandersetzungen um eine grundlegende Neuformierung der Gesellschaft, die sich im »Übergang« vom »fordistischen« zu einem »postfordistischen« Akkumulations- und Regulationsmodus befinde. Bei dessen Durchsetzung spielen die *Parteien* eine entscheidende Rolle, die sie zugleich selbst zu Veränderungen zwingt. Ist die Ära der »Volksparteien« zu Ende? Welche Rolle spielen die kleinen Parteien, insbesondere die Grünen? Folgt der Krise des fordistischen Kapitalismus die Herausbildung eines neuen, »postfordistischen« Parteiensystems?

Bei W.F. Haugs kritischen Anmerkungen zu Hirsch/Häusler geht es vor allem um die Frage nach dem qualitativ Neuen in der durch Automation und »Elektronisierung« bestimmten Produktionsweise und Lebensweise.

*Außerhalb des Themenschwerpunkts:* Als größtes Hindernis der sozialistischen Entwicklung in China diagnostiziert Zhao Baoxu die Über-Zentralisation

der Macht in der Partei, die sich in den revolutionären Kriegen der 30er und 40er Jahren herausgebildet und bewährt habe und deren Wurzeln in den »feudalen Totalitarismus« zurückreichen. Die »Modernisierung« der chinesischen Gesellschaft erfordere aber eine horizontale und vertikale Dezentralisation der Macht und eine demokratische und wissenschaftliche Entscheidungsstruktur. — José Ruiz Marcos reflektiert die Erfahrungen seiner zweijährigen Tätigkeit als Zeitungsredakteur in Nicaragua, die Schwierigkeiten, als Europäer die Revolution verstehen zu lernen, z.B. beim Umgang mit der staatlichen Zensurstelle. Welche Wege führen aus der prekären Situation von Kriegs- und Versorgungsnotstand? Wie stehen die Chancen des Übergangs in ein relativ stabiles sozialistisches Gemeinwesens in Nicaragua gegen die Interessen der USA? — Gisela T. Kaplan und Lesley J. Rogers entfalten an formations- und kulturenübergreifendem Beispielmaterial ihre These, daß erotische Attraktivität aus dem Nebeneinander von (sekundären und tertiären) Merkmalen beider Geschlechter in einer Person resultiere. — »Pazifismus« hatte im Nazi-Diskurs eine ähnliche Funktion wie »Marxismus«: als Deckwort für rassistisch und politisch definierte Feinde. Rolf von Bockel untersucht die theoretischen und existenziellen Krisen von Pazifisten vor und nach 1933. — Untergang der Gemeinwirtschaft? So fragten wir in Heft 162. Die Diskussion geht weiter: Stefan Krätke antwortet auf die Kritik von Klaus Novy an seinem Konzept eines Gemeinde-Sozialismus. T.W./F.O.W.

## Verlagsmitteilungen

Der zweite Band der 1985 begonnenen Ausgabe der »Schriften« Louis Althusser's ist soeben erschienen. Er enthält vier Texte zur politischen Philosophie der Neuzeit, die bisher entweder unveröffentlicht sind oder noch nicht ins Deutsche übersetzt waren. Einem breiten Publikum ist Louis Althusser als ein Philosoph des Marxismus bekannt, der sich vor allem mit Marx, Hegel und Lenin, aber auch mit Freud befaßt hat. Demgegenüber dokumentieren diese Texte Althusser's intensive Beschäftigung mit der »klassischen« politischen Theorie, wie sie im Mittelpunkt seiner Lehrtätigkeit an der Ecole Normale Supérieure stand. Leider hat Althusser seine Vorlesungen nie für eine Publikation ausgearbeitet. Der vorliegende Band kann daher nur »Bruchstücke« eines philosophischen Diskurses präsentieren, der im Laufe der Jahre stets von neuem die »großen Philosophien« der Moderne als »Konzentrate« von Politik zu dekodieren und zu lesen versuchte. Obwohl es sich um unterschiedliche Textsorten handelt — ein Einführungsbuch für Studierende (Montesquieu), eine ausgearbeitete Vorlesung (Rousseau), ein Vortragsmanuskript (Machiavelli) sowie eine Rezension (Locke) —, vermitteln diese Schriftstücke einen Eindruck von der präzisen Praxis der Textlektüre, die Althusser in seiner akademischen Lehrtätigkeit anzuregen und vorzuführen versucht hat. Darüber hinaus zeigen sie, wie er als marxistischer Philosoph einige seiner wichtigsten Thesen aus Texten gewonnen hat, die in der orthodoxen Tradition keineswegs als »Vorläufer« des Marxismus gehandelt werden (Louis Althusser: Zur politischen Philosophie der Neuzeit. Machiavelli — Montesquieu —

Rousseau. Gesammelte Schriften, Band 2, Hrsg. von P. Schöttler und F.O. Wolf, 200 S., br., 28,- DM, Subskriptionspreis 24,- DM).

Auf dem Hintergrund des allgemeinen Überdresses an (weiblicher) Erfahrungsliteratur scheint der Rekurs auf die Geschichte des Avantgarde-Begriffs und die darin eingeschriebene Funktion des Weiblichen sinnvoll und nützlich, um eine Auseinandersetzung mit weiblicher Avantgarde anzuregen. An einigen Beispielen wird der Ort von Frauen in der historischen Avantgarde, die Differenz zwischen männlichen und weiblichen Avantgarde-Praktiken sowie die Bedeutung des »Weiblichen« in der Schrift männlicher und weiblicher Avantgarde-Autoren untersucht. Der Band enthält Beiträge zur Performance-Kunst von Pina Bausch, Meredith Monk und Mary Wigman sowie zu Texten von G. Stein, H. Doolittle, D. Barnes, G. Dulac, A. Achmatowa und M. Zwetaewa, M. Fleißer, M. Duras, H. Müller, B. Strauß, U. Zürn und H. Bellmer (Inge Stephan und Sigrid Weigel, Hrsg.: Weiblichkeit und Avantgarde, Argument-Sonderband AS 144, Literatur im historischen Prozeß 16, 240 S., 18,50/15,50 DM f. Stud.).

In der *Edition Philosophie und Sozialwissenschaften* (EPS) gibt es zwei Neuererscheinungen: Michael Haupt, dem *Argument* u.a. durch seine Mitarbeit im Hamburger *Argumente-Laden* verbunden, untersucht in seiner breit angelegten Studie »Von Holbach zu Marx. Materialistischer Diskurs und ideologische Praxis« die philosophisch-politischen Funktionsweisen materialistischer Diskurse im 18. und 19. Jahrhundert, wobei es ihm um eine Aufwertung der als mechanistisch verurteilten Philosophie des Aufklärers Holbach geht. Ein Vergleich mit den Ansätzen von de Sade, Feuerbach und Marx zeigt den Erkenntnisfortschritt zur Kritik der Politischen Ökonomie wie auch die Defizienzen, die der marxistische Ansatz als materialistischer noch mit den (zu Unrecht) überwunden geglaubten Diskursen der Aufklärung teilt (EPS 7, 376 S., br., 34,- DM).

Mit seiner Arbeit »Grundrisse der absoluten Bewegung. Kritik des mechanischen Materialismus« begibt sich Andreas Herberg-Rothe auf ein lange Zeit gleichsam stillgelegtes Gebiet: das einer selbständigen philosophischen Untersuchung der materialistischen Dialektik. Das schließt Risiken ein, vor allem aber bringt es Gewinn: das, worum es gegenwärtig für eine lebendige materialistische Philosophie geht, neu mit philosophischen Kategorien zu fassen und damit innerhalb der Philosophie thematisieren zu können. Sie soll nicht Staats-Philosophie sein, sondern an ihrer eigenen Überwindung arbeitende kritische Philosophie (EPS 8, 160 S., br., 19,80 DM).

#### Erratum

Der Copyright-Vermerk zum Beitrag von Hans Joachim Sperling in *Argument 164* lautet richtig: Hans Joachim Sperling: Pausen — Zur Innenansicht der Arbeitszeit, aus: Zerstörung und Wiederaneignung von Zeit, Hrsg. Rainer Zoll. © Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1987.

Karen Ruoff

## Kaufhaus-Wandern

Wir setzen zur Landung an. Der Körper hat die Nacht noch nicht genossen, schon bricht im Jet-set der Kontinente der Tag an. Seit Stunden

auf den Plätzen.

Fertig.

Los

Angeles:

Riesige Anstattstadt, Vorort ohne Ort, und trotzdem überwältigend vorhanden. Das Zuhause von Abermillionen, abermals auch von mir. Bei Mutter zu Besuch genieße ich mit gewohntem Staunen die kalifornische Gegenwart (um später in Berlin mit Erfolg die Seherin spielen zu können). Diesmal aber macht Mutter einen eher altmodischen, man könnte fast meinen: einen *deutschen* Vorschlag. Ob wir nicht wandern gehen sollten? Da ist aber, erwidere ich verwirrt, kein Wald, keine Natur. Beim Wandern, sagt Mutter, kommt es nicht auf den Wald an, sondern auf die Beine, und davon haben wir vier. Sie weiß, wo man wandern kann. Wir fahren mit dem Wagen — zum nächsten Einkaufszentrum.

Wandern — was ist das? Wozu tut man das? Ob Menschen »wandern gingen« als sie in Höhlen und Hütten lebten und die Natur noch keinen Namen trug? Die Voraussetzungen, unter denen Kant täglich los ging — nachmittags um vier, eine menschliche Uhr —, hatten sie uns nicht damals schon »zu weit gebracht«? Welches falsche Heimweh zeichnet unsern Versuch, in ein Reich zurückzufinden, in dem unsere Vorfahren nicht »wandern gingen«, sondern einfach gingen? Was also sollte gegen einen Bummel in die *zweite Natur* eines Einkaufszentrums sprechen? Gebe Gott, daß wir Rechtfertigung im Lachen finden! Und ich zitiere:

*W.O.W.: Walk Our Way!* — WauW! Wandert unsern Weg!

Ein kostenloses gesundes Wanderprogramm in einer sicheren Umgebung ... La Palma Intercommunity Hospital und Buena Park Mall laden Sie ein, auf unserem Weg wandern zu gehen: jeden Morgen von 7 bis 10 Uhr bevor die Läden öffnen.

Ich bitte um Geduld: Die geneigten Leser benötigen an dieser Stelle einiges einheimische Vokabular: *Mall* (nicht zu verwechseln mit *mall* oder *maul*, was Holzhammer und eine Tracht Prügel bedeutet): Ein *Mall* ist ein vollständig abgeschlossenes und mit *air conditioning* versehenes Gebäude, das als Einkaufszentrum dient, gewöhnlich mehrere Stockwerke hoch, mit Zwischengeschoßen, künstlichen Wasserfällen, kleinen pflanzenlosen Sitz- »Gärten«, die keine Spur menschlicher Herstellung oder Pflegenotwendigkeit zeigen und keine Fenster haben, durch die eine Außenwelt in den Raum

dringen könnte. Es ist ein Tempel ausgestellter Waren, ja ein ganzes Netzwerk solcher Tempel, in einem Vorort des Vororts Los Angeles, umgeben von ausgedehnten asphaltierten Zonen, auf denen Autos geparkt sind (man *geht* nicht zu einem Mall, obwohl meine Schwester das einmal in einer subversiven Anwandlung vorschlug; man *fährt* zu einem Mall, man betritt es — und *dann* geht man).

Wir lassen die Hintergedanken beiseite, die dem gehenden Publikum die Türen der Malls vor den Öffnungszeiten seiner Läden geöffnet haben (Versucherinnen in Schaufensterdekorationen arbeiten rund um die Uhr, der Handel beansprucht gemeinschaftliche Legitimität und wird zur Nachbarschaft), wir wenden uns zur Grundlage seines Aufrufs an die Wanderer der Welt:

Mit WauW können Sie ...  
 sich entspannen  
 den Kreislauf anregen  
 den Herzmuskel stärken  
 Ihren Energieumsatz steigern  
 Ihr Selbstbild verbessern  
 Kalorien verbrennen  
 flexibel bleiben  
 die Gesamt-Fitneß verbessern!

Meine Mutter, mit ihren siebenundsechzig Jahren eine leidenschaftliche *Mall-Wanderin*, führte mich dort ein. Die *Buena Park Mall* war, wenn nicht ihr zweiter Himmel, so doch ihre zweite Natur geworden. Erheitert bei der Vorstellung, einen dieser Einkaufspaläste zu Übungszwecken zu betreten, bat ich sie um eine Erklärung, nicht warum man überhaupt *gehen* sollte, aber warum *dort*. Sie erklärte, daß sie im Mall 1) nicht überfallen würde, 2) das Wetter zuverlässig und 3) die Luft sauber sei, daß es 4) andere Spaziergänger gebe, mit denen man die Tageszeit im Vorbeigehen zubrächte, und daß man, weil die Entfernungen und Wegstrecken bezeichnet sind, 5) immer genau wisse, wie weit man gekommen sei.

Ich mußte zugeben, daß sie in allen Punkten recht hatte: 1) Die Alten *sind* geeignete Opfer; 2) es regnet *tatsächlich* vier oder fünf mal pro Jahr (und man weiß nie, wann ein Blitz einschlägt); 3) die Luft von Los Angeles ist nichts, wofür man einen Umweg machen würde um es einzuatmen, also macht man einen Umweg — zum Mall — um sie *nicht* einzuatmen; 4) mit Ausnahme der Netzwerke der Familie und Freunde, mühsam aufrechterhalten über Autobahn und Telefon, lauert die Vereinsamung: es gibt keine wirklichen Nachbarschaften, höchstens solche, die den Barschaften nachstellen, und schon gar keine Wege zum Gehen, sondern gerade mal mit Randsteinen versehene Streifen, welche die Häuser miteinander verbinden, eine Art Maniküre des Raums, nicht als Fußweg gedacht; 5) die ganze Anordnung führt tatsächlich zu der Frage: Wie weit sind wir gekommen?



Mutter hat aber einen weiteren Grund fürs Kaufhaus-Wandern, einen eigensinnigen. Sie mag den Mall um 7 Uhr in der Frühe: Die Belegschaft der unsichtbaren Arbeit des Großhandels, des Belieferns und Reinigens ist geräuschvoll zugange. Sie mag es, daß der Mall zu einer wirklichen Welt, einer fortgesetzten menschlichen Produktion wird. Und sie mag es, daß sie nicht allein gehen muß, daß es dort *andere* Spaziergänger gibt, die gleichfalls an all den Käuferfallen entlangspazieren, ohne auf den Leim zu gehen, die in ihren flotten Gangarten sogar noch weitergehen, nachdem die Geschäfte geöffnet haben. Leute erkennen einander als wiederholte Rundgänger. Und manchmal stoßen die beiden Öffentlichkeiten — das kaufende Publikum und das gehende — zusammen. Eine junge Käuferin, die sich wunderte, daß so viele Leute in solcher Geschwindigkeit ihre Kreise durch die geräumige Einfriedung zogen ohne Kaufabsicht, fragte meine Mutter, was zum Teufel hier los sei. Sie war völlig verwirrt ob der Antwort. »Was, Sie wandern?«

Die geschäftlichen Hintergedanken des Kaufhaus-Wanderns, was immer sie über die oben angedeuteten hinaus sein mögen, finden ihren Ausdruck in einem Belohnungsgedanken. Die Kaufhaus-Wanderer werden instruiert:

Speichern Sie ihre Wanderstrecke stets auf ihrem Kilometermarker.  
 Wenn Sie ihre ersten 50 Kilometer voll haben,  
 reichen Sie die Kilometerkarte beim Informationsschalter ein.  
 Sie erhalten dann ein WauW-T-Shirt.  
 Versäumen Sie nicht,  
 eine neue Karte für die Fortsetzung des Programms mitzunehmen.  
 Achten Sie auf Sonderangebote der Geschäfte ...  
 Nach 100 Kilometern erhalten Sie einen Leistungsschein.  
 Größere Strecken werden bei einem jährlichen Belohnungs-  
 Dinner anerkannt.  
 Wir melden uns wieder.

So befremdlich die Anordnung scheinen mag und es gewißlich ist, muß ich einräumen, daß meine Mutter wenigstens einen Sinn dafür hat, Raum zu beanspruchen, vorübergehend, jeden Morgen um sieben. Wie die Dinge nun einmal sind, ist es besser, *im Einkaufszentrum* zu wandern, als überhaupt nicht, und besser, dort zu *wandern*, als zu kaufen. Wieviel Wirklichkeit müßte ich meiner Mutter ausreden, bevor ich ihr guten Gewissens weniger verkehrte Alternativen in Los Angeles anbieten könnte? Im Kaufhaus-Wandern meiner Mutter steckt eine Spur von teilhabender Herausforderung. Es ist die Herausforderung der Machtlosen. Alle Voraussetzungen vorausgesetzt, lautet meine Antwort: *More Power to You!* Mehr Macht für Dich, Mutter! Oder sollte ich sagen: Kaufhaus-Wanderer der Welt, vereinigt Euch?

(Aus dem Amerikanischen von W.F.Haug; überarbeitet von der Verfasserin)

Günther Anders

## Die Unsterbliche

(Auch ein Beitrag zum Feminismus)

»Und was tut deine alte Nachbarin?«, fragte mich die hübsche Rita.

A: »Sie putzt.«

R: »Sonst nichts?«

A: »Ist das nicht genug? Wer sollte denn den Schmutz fortputzen, wenn nicht *sie* da wäre?«

R: »Aber wodurch gibt es denn soviel Schmutz in ihrer Wohnung?«

A: »Was für eine Frage! Durch ihr Putzen natürlich!«

R: (offener Mund)

A: »Durch die Reibung des Putzens produziert sie am Montag den Staub, den sie am Dienstag unbedingt benötigt, um etwas zum Fortputzen zu haben. Und am Dienstag sorgt sie für Mittwoch. Und so weiter!«

R: »Ach!«

A: »Ein gut geregeltes Leben.«

R: »Und was tut sie dann mit den fertig geputzten Objekten?«

A: »Sie ist nicht unmenschlich. An den Nachmittagen erlaubt sei den zu Tode Massierten, daß sie sich etwas verschnafen. Freizeit der Dinge, während der sich der aufgewirbelte Staub ungestört setzen kann.«

R: »Und dann?«

A: »Putzt sie ihn wieder ab.«

R: »Und sonst tut sie überhaupt nichts?«

A: »Wo denkst du hin? Wer soll denn die Staubtücher waschen, wenn nicht *sie*? Und wer den Bottich scheuern, in dem sie die Staubtücher ausgewaschen hat? Und wer die Bürsten reinigen, mit denen sie den Bottich gescheuert hatte? Glaubst du vielleicht, wir Männer hätten ein Monopolrecht auf Gehetztheit und auf Ewigkeit?«

R: »Und was wird passieren, wenn sie einmal ...?«

A: »Das passiert nie. Warum glaubst du, werden denn Frauen so alt? Dreiundneunzig ist sie nun. Vermutlich ist sie unsterblich.«

R: »Durch ihr Putzen, meinst du?«

A: »Nein. Letztlich vielmehr durch die Angst vor dem unvorstellbaren Ungeputzbleiben der Dinge nach ihrem Tod.«

Maurice Godelier

## Produktionsweise als theoretische Kategorie\*

Beim Lesen der Ausdrücke »feudale«, »kapitalistische« und »parzellierte« Produktionsweise weiß man nicht so recht, warum Anhänger und Gegner von Marx sich seit mehr als einem Jahrhundert so erbittert um Sinn und Gebrauch dieses Begriffes gestritten haben. Es muß da noch etwas anderes sein, das sich jenseits der Worte in ihrem Kontext verborgen hält, um diese Leidenschaften und Kämpfe auszulösen. Um es zu entdecken, werden wir — wie es sich methodisch gehört — zunächst auf die Texte selbst zurückgehen, bevor wir dann die Schwierigkeiten und die Grenzen des Begriffs der Produktionsweise herausstellen.

Grenzen und Schwierigkeiten, die nicht nur auf Grund unserer seit Marx erweiterten geschichtlichen Kenntnisse sichtbar geworden sind, sondern auch und vor allem auf Grund des konkreten Wegs, den die Geschichte nach Marx' Tod gegangen ist und auf dem man vielleicht ein Dutzend Gesellschaften erlebt hat, die eine »sozialistische« Produktionsweise und Gesellschaft aufzubauen suchten, unter Bedingungen und mit Folgen, die der Autor des *Kapitals* und der *Kritik des Gothaer Programms* sich nie hätte träumen lassen.

### Die Herausbildung des Begriffs

Der Ausdruck taucht zum ersten Mal in den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* auf (1844). Er bezieht sich dort auf die »neue Weise der Produktion« der Menschen, sobald sie in der künftigen »kommunistischen« Gesellschaft leben werden (MEW EB I, 546). Weiter ausgearbeitet wird er zum ersten Mal in der *Deutschen Ideologie* (1845), wo er zugleich beschreibend und philosophisch gebraucht wird. Beschreibend, wenn es bei Marx etwa heißt: »Die Weise, in der die Menschen ihre Lebensmittel produzieren, hängt zunächst von der Beschaffenheit der vorgefundenen und zu reproduzierenden Lebensmittel selbst ab.« (*Die deutsche Ideologie*, MEW 3, 21) Und philosophisch, wenn es heißt: »Die Menschen haben Geschichte, weil sie ihr Leben *produzieren* müssen, und zwar müssen auf *bestimmte* Weise« (ebd., 30, Fn.). »Wie die Individuen ... sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, *was* sie produzieren, als auch damit, *wie* sie produzieren. Was die Individuen also sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion.« (Ebd., 21) Hier findet sich also eine der ersten Formulierungen dessen, was man später den historischen Materialismus von Marx nennen wird.

Dieser hat folglich bereits 1845 die These aufgestellt, daß die verschiedenen Gesellschaftsformen, die in der Geschichte aufeinander folgten, verschiedenen Weisen entsprechen, in denen die Menschen ihre materiellen Existenzbedingungen produzieren: »Die Menschen haben Geschichte, weil sie ihr Leben *produzieren* müssen«, und: »Alle Kollisionen der Geschichte haben ... ihren Ur-

\* Aus dem Französischen von Peter Jehle. Der Artikel entstand im Rahmen der Arbeit an den deutschen Ergänzungsbänden zum »Kritischen Wörterbuch des Marxismus«, aus denen sich inzwischen das Projekt eines neuen marxistischen Wörterbuchs entwickelt hat. Ein erster Teil erscheint 1988. Ausführliche Informationen im Frühjahr 1988.

sprung in dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften und der Verkehrsform« (ebd., 73). Das Wort Verkehr bezeichnet hier nicht nur die ökonomischen und kommerziellen Austauschakte zwischen den Menschen, sondern die Gesamtheit der gesellschaftlichen Beziehungen überhaupt, die Hegel mit dem Begriff der »bürgerlichen Gesellschaft« gedacht hatte. In der Folge wird Verkehrsform durch den Begriff des »Produktionsverhältnisses« ersetzt, der in der *Deutschen Ideologie* schon vorkommt, hier jedoch noch nicht scharf bestimmt wird. Dieser Begriff wird in den folgenden Jahren ausgearbeitet, im *Elend der Philosophie* (1847), dann vor allem in den Manuskripten der *Grundrisse* (1857-58), um schließlich im Vorwort von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* (1859) klar und deutlich dargestellt zu werden. Der Begriff bleibt von nun an ein wesentliches Werkzeug in den Analysen von Marx.

Vor einem Mißverständnis sei von vornherein gewarnt. Marx geht es nicht allein um eine Analyse der verschiedenen Produktionsweisen und ökonomischen Systeme, die in der Geschichte einander ablösen. Sein Vorhaben ist sehr viel anspruchsvoller. Er möchte die wesentlichen Mechanismen der Produktion der Gesellschaft — des »Prozesses der gesellschaftlichen Lebenserzeugung« (*Das Kapital*, Bd. III, MEW 25, 784) — aufzeigen. Von 1845 an bleibt der »Leitfaden« seiner Untersuchungen immer der gleiche, ein Leitfaden, den er in einer berühmten Passage so zusammengefaßt hat:

»Das allgemeine Resultat, das sich mir ergab und, einmal gewonnen, meinen Studien zum Leitfaden diente, kann kurz so formuliert werden: In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. (...) Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.« (*Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, Vorwort, MEW 13, 8f.; Hervorh. d.d.Verf.)

Dieser Leitfaden gibt dem gewöhnlichen Ausdruck »Produktionsweise« seinen Sinn, denn gerade die Behauptung einer materialistischen Sichtweise der Gesellschaft und der Geschichte entfacht die Wut und die Leidenschaften. Diese Sichtweise verbindet drei Hypothesen miteinander:

1. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bestimmt letztlich die anderen Gesichtspunkte des Gesellschaftslebens.
2. Die anderen Gesichtspunkte des Gesellschaftslebens entwickeln sich auf dieser Grundlage, entsprechen ihr tendenziell und entsprechen sich damit auch untereinander, was zur Herausbildung unterschiedlicher »Gesellschaftsformationen« führt, denen verschiedene Produktionsweisen entsprechen.
3. Diese Produktionsweisen und die ihnen entsprechenden Gesellschaftsformationen bewegen, entwickeln, verändern sich und verschwinden auf Grund von Vorgängen, die letztlich auf die Widersprüche innerhalb der jeweiligen Produk-

tionsweise zurückgehen, auf Widersprüche, die sich mit ihr zusammen entwickeln. Es gibt zwei Arten von Widersprüchen — die gesellschaftlichen Widersprüche, die aus der Struktur des jeweiligen Produktionsverhältnisses selbst herühren, und die Widersprüche, die zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und den Reproduktionsbedingungen der gesellschaftlichen Produktion, innerhalb derer sie sich entwickelt haben, aufbrechen.

Um dies deutlicher zu machen, müssen wir zunächst auf die von Marx verwendeten Ausdrücke zurückkommen und sie bestimmen.

### Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse

Marx bezeichnet mit *Produktivkräften* die Gesamtheit der materiellen und geistigen Mittel, die die Menschen in den verschiedenen »Arbeits«prozessen gebrauchen, um auf die sie umgebende Natur einzuwirken und aus ihr die materiellen Existenzmittel zu gewinnen. An erster Stelle dieser Produktivkräfte steht der Mensch selbst mit seinem Leib, seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten, d.h. seinem Wissen und seinem Können. Wissen und Können sind komplexe Zusammenhänge von Vorstellungen, Ideen, Gewohnheiten sowie körperlichem und geistigem Geschick. Hören wir Marx:

»Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Nicht daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt; er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß.« (*Das Kapital*, Bd. I, MEW 23, 193)

An zweiter Stelle stehen alle Werkzeuge und materiellen Vorrichtungen, mit denen der Mensch zwischen sich und der Natur vermittelt, um auf sie einzuwirken. Schließlich sind es die Teile der Natur selbst, die nicht mehr nur Arbeitsgegenstand, sondern auch zu Arbeitsmitteln geworden sind, wie zum Beispiel die kultivierte Erde, die auf Grund der menschlichen Arbeit fruchtbarer ist, oder wie zum Beispiel das kanalisierte Wasser, das die Mühlen antreibt, oder die vom Menschen zu verschiedenen Zwecken gezähmten und ausgewählten Tiere.

Mit »materielle Produktionsweise« bezeichnet Marx eine spezifische Verbindung von materiellen und geistigen Produktivkräften, die in Bewegung gesetzt werden, um auf bestimmte Elemente der Natur einzuwirken und sie — in roher oder bearbeiteter Form — den menschlichen Bedürfnissen dienstbar zu machen. Eine Produktionsweise verwirklicht sich über die verschiedenen, auf die Natur gerichteten Arbeitsprozesse, deren Träger und Vorbedingung sie ist.

Die Produktivkräfte entsprechen folglich verschiedenen historischen Entwicklungsstufen der Fähigkeiten der Menschen, auf die sie umgebende ebenso wie auf ihre eigene Natur einzuwirken. Sie bilden ein grundlegendes Element der »materiellen Basis« des menschlichen Gesellschaftslebens, und zwar jenen Teil, der das Werk des Menschen ist und seinem Gesellschaftsleben in gewisser Weise innewohnt, während die anderen Bestandteile der materiellen Basis — die Gesamtheit der ökologischen Bedingungen, die die natürliche Umgebung einer Gesellschaft ausmachen — ihr äußerlich bleiben und ständig — egal, ob man sich dessen bewußt ist oder nicht — ihren Einfluß auf sie ausüben.

Die Produktivkräfte existieren nie allein als solche. Sie existieren innerhalb von Produktionsverhältnissen, die sie in Bewegung setzen und die ihre Entwicklung entweder befördern oder behindern. Diese Verhältnisse verleihen dem materiellen Produktionsprozeß also eine besondere »gesellschaftliche Form« — aus diesem Grund hat Marx sie »gesellschaftliche Produktionsverhältnisse« genannt. Die Produktionsverhältnisse garantieren die eine, die andere oder alle drei der folgenden Funktionen, die zu allen Zeiten die unentbehrlichen gesellschaftlichen Bedingungen einer dauerhaften Realisierung und Reproduktion des materiellen Austauschs von Mensch und Natur bilden.

1. Sie legen fest, auf welche Weise die Mitglieder einer Gesellschaft *Zugang* (oder keinen Zugang) zu den natürlichen Ressourcen haben, die diese Gesellschaft erschließt, und zu den Produktionsmitteln, die zu ihrer Erschließung in Bewegung gesetzt werden.

2. Sie gestalten die *Organisation* der verschiedenen Arbeitsprozesse und *verteilen die Arbeitskraft* der Gesellschaftsmitglieder je nach ihrer Stellung, ihren Fähigkeiten, ihrem Geschlecht usw., kurz, entsprechend den verschiedenen Formen der Arbeitsteilung.

3. Sie gestalten die Art und Weise, wie die Produkte der individuellen oder kollektiven Arbeit umverteilt werden auf die Individuen und Gruppen, aus denen eine Gesellschaft besteht, und setzen somit verschiedene Zirkulations- und Austauschformen dieser Produkte in Gang (materielle Produkte oder Dienstleistungen).

Zwischen diesen drei Funktionen existiert eine Anordnung. Jede ist mit den anderen verknüpft und von ihnen abhängig, wobei jedoch die gesellschaftlichen Verteilungsformen für Marx nur die »Kehrseite« der gesellschaftlichen Bedingungen der Aneignung von Ressourcen sowie von Produktionsmitteln und Organisationsformen der Arbeitsprozesse sind. Das erklärt, warum Marx den Ausdruck Produktionsverhältnisse verschieden gebraucht — meistens im weiten, alle drei Funktionen umfassenden Sinn, zuweilen aber auch in einem engeren Sinn, der nur die ersten beiden Funktionen einbezieht, wobei dann das Wort »Verkehrsverhältnisse« für die dritte Funktion steht, wie zum Beispiel im Vorwort zur ersten Auflage des *Kapitals*:

»Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse.« (MEW 23, 12)

Diese drei Funktionen, die miteinander verknüpft, voneinander abhängig und einander über- bzw. untergeordnet sind, bilden einen gegliederten Zusammenhang, und die Verhältnisse, die sie eingehen, bilden genau das, was Marx »die ökonomische Struktur der Gesellschaft« nennt (MEW 13, 8).

Hier stellt sich ein grundlegendes theoretisches Problem, denn von seiner Beantwortung hängt die ganze Interpretation der Marxschen Theorie ab. In der kapitalistischen Produktionsweise existieren die Produktionsverhältnisse nämlich in Form von *Institutionen*, die von den übrigen sozialen, politischen, religiösen und familialen Verhältnissen *getrennt* sind. Das ist deshalb so, weil der Produktionsprozeß in Betrieben stattfindet, in Produktionseinheiten, die unabhängig von diesen Institutionen bestehen und in der Arbeit Individuen vereinigen, die verschiedenen Klassen angehören: Arbeitgeber, Fachkräfte, Arbeiter, Ange-

stellte — Individuen, die alle grundsätzlich frei und vor dem Gesetz gleich sind und zwischen denen keine anderen Verpflichtungen bestehen als die, welche sich aus ihrer spezifischen Stellung im Produktionsprozeß ergeben.

Eine ganz andere Situation findet sich, wenn wir uns klassenlosen Stammesgesellschaften zuwenden, die vom Jagen und Sammeln oder von Ackerbau und Viehzucht leben, und wo der Zugang zu den natürlichen Ressourcen, die Arbeitsorganisation und die Verteilung der Arbeitsprodukte im Rahmen und auf Basis der Verwandtschaftsverhältnisse geregelt sind, die Individuen und Gruppen miteinander verbinden. Auch das alte Griechenland zeigt ein anderes Bild: das Eigentum am Boden und die Bewirtschaftung des Landes ist hier den freien Männern vorbehalten, die beispielsweise von athenischen Vätern oder Müttern abstammen, also den Vollbürgern; die übrigen Berufe, Handwerk, Handel usw., sind den Vollbürgern zwar nicht untersagt, werden aber in erster Linie den Metöken und Sklaven überlassen.

Als Produktionsverhältnisse funktionieren in diesem Fall solche Verhältnisse, die wir als »politische« bezeichnen würden. Diese Beispiele zeigen klar und deutlich, daß die Unterscheidung zwischen Basis und Überbau keine Unterscheidung zwischen Institutionen ist, sondern eine zwischen Funktionen. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse scheinen insofern eher die Ausnahme als die Regel zu sein, denn hier entsprechen die abgetrennten Institutionen besonderen Funktionen, eine Ausnahme, die man damit erklären kann, daß die unmittelbaren Produzenten persönlich *frei*, aber zugleich völlig getrennt sind von den gegenständlichen Bedingungen der Produktion, so daß kein *außerökonomischer* Grund oder Zwang sie verpflichten muß, für die Besitzer der Produktionsmittel und des Geldes zu arbeiten.

In einer Gesellschaft gibt es weder ein Oben noch ein Unten, und die Metapher von Marx wirft — wie jede Metapher — ebenso viel Licht wie Schatten auf die Wirklichkeit. Die Unterscheidung ist auch keine zwischen materieller und immaterieller Wirklichkeit, denn wir haben ja gesehen, daß das Denken als ein wesentlicher Bestandteil zu den Produktivkräften dazugehört. Umgekehrt hat jedes soziale Verhältnis immer auch materielle Aspekte und Existenzbedingungen. Die Verwandtschaft etwa kontrolliert, vermittelt über gesellschaftliche Institutionen, eine materielle Tatsache, nämlich die biologische Reproduktion unserer Gattung und beinhaltet einen materiellen Austausch zwischen Verwandten und Verschwägerten.

Rekonstruiert man die ökonomische Geschichte der Menschheit, der verschiedenen, einander ablösenden Produktionsweisen, so geht es zunächst darum, die Formen und die Orte zu entdecken, die die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse nacheinander an- bzw. eingenommen haben, um dann nach den Gründen für diese Form- und Ortsveränderungen zu fragen. Muß man diese Gründe ausschließlich auf der Seite der sich verändernden Produktivkräfte suchen? Wir werden sehen, daß sich diese Behauptung von Marx nur teilweise bestätigen läßt.

## Die kapitalistische Produktionsweise: ihre Besonderheiten und ihre historische Entstehung

Um diese Begriffe mit einem vertrauteren Beispiel zu veranschaulichen, nehmen wir die »kapitalistische« Produktionsweise, die nach Marx aus der Verbindung der vier folgenden Elemente hervorgegangen ist: 1. Sie ist die entwickeltste Form der Warenproduktion. 2. Sie gründet auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und Geld sowie 3. auf der Ausbeutung der Lohnarbeit der unmittelbaren, persönlich freien Produzenten, die jedoch keine Produktionsmittel besitzen und daher gezwungen sind, den Gebrauch ihrer Arbeitskraft an die Eigentümer des Kapitals zu verkaufen. 4. Das Ziel des Produktionsprozesses, seine Triebkraft, ist nicht die Befriedigung gesellschaftlicher Befürfnisse durch die Akkumulation von Gebrauchswerten, sondern die Verwertung eines Kapitals, d.h. die Produktion eines größeren Wertes, eines Profits, der sich im Geld materialisiert. Dazu müssen drei wichtige Bemerkungen gemacht werden.

1. Keines dieser vier Elemente existiert erst seit der kapitalistischen Produktionsweise. Schon in der Antike kannte man Warenproduktion und Privateigentum. Im Mittelalter war die Lohnarbeit bekannt, auch wenn sie nur eine gelegentliche Rolle spielte. Und schließlich war das Geldmachen mit Geld seit Jahrtausenden schon der Zweck des Handels. Die »kapitalistische« Produktionsweise ist erst entstanden, als im feudalen Europa ein Aufschwung der Warenproduktion einsetzt — für kurze Zeit bereits im 13. Jahrhundert in Norditalien, dann vor allem, noch vor der Entdeckung Amerikas, seit dem 15. Jahrhundert. In diesem Zusammenhang widersetzten sich bestimmte Handwerksmeister hier und da der Kontrolle der Zünfte und organisierten ihre Produktion ohne Rücksicht auf die Beschränkungen, die von diesen hinsichtlich der Mengen, der Qualität und dem Preis der von ihnen produzierten Waren festgelegt wurden. Sie mauserten sich zu kapitalistischen Arbeitgebern, und ihre Gesellen, die eben noch mit ihnen am Tisch gegessen hatten, verwandelten sich im gleichen Zug in bezahlte »Arbeiter«.

2. Das Kapital ist also »kein Ding, sondern ein bestimmtes ... Produktionsverhältnis« (*Das Kapital*, Bd. III, MEW 25, 822), ein gesellschaftliches Verhältnis zwischen zwei Gruppen, zwei Klassen, die unterschiedliche Plätze im Produktionsprozeß einnehmen — die einen als Eigentümer der gegenständlichen Bedingungen der Produktion mit Ausnahme der lebendigen Arbeitskraft, die anderen als Eigentümer dieser Arbeitskraft, deren Gebrauch sie gegen Lohn zu verkaufen gezwungen sind. Der ihnen gezahlte Lohn bildet jedoch *kein* Äquivalent des von ihnen in der Arbeit geschaffenen Werts, der dem in das Unternehmen investierten Kapital zufließt. Ein Teil dieses neu geschaffenen Werts wird also *ohne Gegenleistung* vom Kapitaleigner angeeignet und bildet die Quelle und die Substanz seines Profits.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sind also antagonistische *Ausbeutungs-* und *Herrschafts*verhältnisse, aber der Mechanismus der Abpresung der Mehrarbeit nimmt nicht die Form der Fronarbeit oder eines Abzugs vom Produkt an. Es ist ein verstecktes Verhältnis, verborgen durch die Form, in der sich dieser Mechanismus realisiert — den Lohn. Der Lohn gibt dem Aus-



beutungsverhältnis notwendig den Anschein eines gleichen Austauschs, eines Vertrages zwischen zwei freien Partnern, die sich binden können oder auch nicht und die sich dann wechselseitig verpflichten, ihre Zusage zu erfüllen. Dieses mit dem Lohn zusammenhängende Spiel an der Oberfläche ist die Quelle der illusorischen Vorstellungen, die sich die Individuen von den kapitalistischen Verhältnissen machen, deren Agenten sie sind.

Die Formen, in denen die Arbeit innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ausgebeutet wird, sind daher grundverschieden von den Formen der Abpressung der Mehrarbeit, die für die übrigen antagonistischen Produktionsweisen bestimmend sind. In den Produktionsweisen, wo die unmittelbaren Produzenten zwar ebenfalls kein Eigentum hatten an den hauptsächlichen Produktionsmitteln, etwa an der Erde, sie jedoch — wie in der feudalen Produktionsweise — in Besitz hatten und gebrauchten, waren somit irgendwelche *außerökonomischen Ursachen und Kräfte* nötig, um die Produzenten dazu zu zwingen, einen Teil ihrer Zeit und ihrer Arbeitsprodukte denen zu geben, die sie beherrschten. Diese Ursachen und Kräfte können aus der Religion, der Verwandtschaft, den politischen Verhältnissen stammen und in ihnen Gestalt annehmen — immer sind sie begleitet von der Drohung eines Rückgriffs auf die bewaffnete Gewalt, was vor allem in der Sklavenhaltergesellschaft nötig war.

Wie man sieht, funktionieren die religiösen Verhältnisse oder die politischen Verhältnisse — abhängig von Zeitpunkt und Umständen — als wesentlicher Bestandteil der Produktionsverhältnisse, als wichtigste Quelle des auf die unmittelbaren Produzenten ausgeübten *Zwangs*, der sie zum Arbeiten für andere anhält, als eine Quelle, die — im Unterschied zur körperlichen Gewalt — zum Teil auf dem Einverständnis der Unterdrückten mit der Herrschaft beruhen kann. Ein Irrtum wäre es aber, zu glauben, daß diese verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse — die Religion, die Verwandtschaft usw. — nur existieren, *um* verschiedene Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu erleichtern und zu rechtfertigen. Die Versuchung ist groß, und viele Marxisten sind ihr erlegen, allen voran Louis Althusser mit seiner Theorie der »Ideologischen Staatsapparate«.

3. Es ist einleuchtend, warum jeder Produktionsprozeß einen Doppelcharakter hat: einerseits bezweckt er die Schaffung einer bestimmten Anzahl von Gebrauchswerten, egal, ob für den Austausch oder nicht, andererseits reproduziert er zugleich die materiellen und gesellschaftlichen Produktionsbedingungen. Nach jedem Produktionsprozeß tritt der unmittelbare Produzent — Sklave, Leibeigener oder Lohnarbeiter — von neuem als Sklave, Leibeigener oder Lohnarbeiter in die Produktion ein, und zwar in Abhängigkeit von seinem Gebieter, seinem Grundherrn oder seinem Arbeitgeber. Selbstverständlich gibt es Grundherrn, die ihre Ländereien verlieren, und Leibeigene, die sich befreien oder denen man die Freiheit gibt, ganz wie es Kapitalisten gibt, die Bankrott machen, und Arbeiter, die reich werden. In Klassengesellschaften bleibt die »soziale Mobilität« indes beschränkt, und die Klassenverhältnisse konstituieren das stets gleichbleibende Gerüst der Produktionsprozesse, eine Voraussetzung, die zugleich eine vom System produzierte und reproduzierte Konsequenz ist.

Wie also kann sich eine Produktionsweise entwickeln, wie kann sie in der Ge-

schichte untergehen, wie kann sie eine Geschichte haben? Marx sieht zwei Mechanismen am Werk, die Bewegung in die Dinge bringen: die sich entwickelnde Produktionsweise entwickelt die Interessengegensätze, die gesellschaftlichen Widersprüche, die selbst wiederum zur Struktur dieser Produktionsverhältnisse gehören, und zugleich entwickelt sie unter Umständen neue Produktivkräfte, deren Wirksamwerden früher oder später in Konflikt geraten kann mit der Reproduktion der gegebenen Produktionsverhältnisse. Dann beginnt ein Zeitabschnitt, wo diese sich mehr oder weniger schnell auflösen, auseinanderbrechen, teilweise verschwinden, und wo neue Organisationsformen der Produktion auf unvorhergesehene Weise auftauchen oder von außen aufgenommen oder aufgezwungen werden. Es beginnt dann eine Epoche, in der die Gesellschaft eine Rekomposition versucht, wobei es den Opfern des alten Systems manchmal gelingt, ihre Interessen und ihre Kämpfe mit den Interessen und Kämpfen der Agenten der neuen Produktionsart in Einklang zu bringen. Kurz, eine Epoche voller Auseinandersetzungen, die unter Umständen auf grundlegende politische Änderungen hinauslaufen können, an deren Ende eine alte herrschende Klasse die Kontrolle über die Gesellschaft und oft auch das Eigentum an ihren Gütern verliert.

Freilich können sich die neuen Produktionsarten für längere Zeit nur auf Grundlage der von der alten Produktionsweise überkommenen Produktivkräfte und Arbeitsabläufe entwickeln. Die Entwicklung einer neuen Produktionsweise beginnt also mit einem eigenen Zeitraum — der Phase ihrer Kindheit oder Jugend —, wo sie sich die von ihren Vorgängern geerbten materiellen Weisen des Produzierens lediglich »formell« unterwirft. Um sich ganz zu entwickeln, zur Reife zu gelangen und selbst zur herrschenden Produktionsweise zu werden, ist es nach Marx nötig, daß diese Phase der formellen Subsumtion von der Phase der »reellen« Subsumtion abgelöst wird.

### **Die Entwicklung der Produktionsweisen: von der formellen zur reellen Subsumtion**

Marx erarbeitete diese Unterscheidung, um die historische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise zu klären, aber er selbst hat ihren Gebrauch auf andere Produktionsweisen ausgeweitet. Die »kapitalistische« Art der Produktionsorganisation wäre also stellenweise zu einem Zeitpunkt aufgetaucht, wo es zu einem Aufschwung der Warenproduktion kam und die feudale Organisation von Handwerk und Handel ein Hindernis für die weitere Entwicklung dieser Produktion wurde. Zunächst änderte die neue Produktionsart nicht das geringste an den materiellen Produktionsverfahren und den Produktivkräften:

»Der Zwang, der ausgeübt wird, ist anderer Art, id est die Methode, wodurch die Surplusarbeit erzwungen wird.« (K. Marx, *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*, Frankfurt/M. 1969, 51)

Der Arbeitstag wird verlängert, eine große Zahl arbeitsfreier Tage wird abgeschafft, der Teil der Arbeit, der ohne Äquivalent angeeignet wird, wächst absolut, und die Ausbeutung erhält somit die Form einer ständig zunehmenden Auspressung von Mehrwert.

Mit fortschreitender Ausweitung des Weltmarkts genügen die von der Vergangenheit überkommenen Arbeitsabläufe immer weniger, um die kapitalistische Produktion zu entwickeln. Sie ist gezwungen, die materiellen Produktionsverfahren, die ihr als Ausgangspunkt gedient hatten, entweder zu verändern oder ganz aufzugeben. Diese Veränderung nimmt Gestalt an mit der Herausbildung der Manufakturen, die die Produktionsmittel und die Arbeiter konzentrieren, wobei die letzteren sich mehr und mehr auf immer »parzelliertere« Aufgaben spezialisieren. Die Manufakturperiode erlebt eine große Zahl von Erfindungen neuer Werkzeuge, später Maschinen und schließlich Werkzeugmaschinen — der Ausgangspunkt einer neuen Form der Produktions- und Arbeitsorganisation, der großen Industrie. Diese wiederum wird die Manufakturen verdrängen.

Mit der Maschinerie und der großen Industrie hatte sich die kapitalistische Produktionsweise schließlich die ihr »adäquate technische Unterlage« (*Das Kapital*, Bd. I, MEW 23, 405) geschaffen, die industrielle Produktionsweise. Künftig steht die kapitalistische Produktionsweise auf »eigenen Füßen« (ebd.). Die formelle Subsumtion einer alten materiellen Basis unter neue Produktionsverhältnisse hat sich transformiert in die »reelle« Subsumtion einer neuen Basis. Die Ausbeutung der Arbeiter ändert sowohl ihre Natur wie ihre Form. Unter dem Druck ihrer Kämpfe und auch auf Grund der ungeheuren Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird der Arbeitstag kürzer, und gleichzeitig fallen die Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Die Ausbeutung der Arbeit basiert von nun an auf verschiedenen Formen der Abpressung von relativem Mehrwert.

### **Vom Zentrum zu den Peripherien: Die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise über die Entwicklung der Weltwirtschaft**

Langsam, dann von der Mitte des 18. Jahrhunderts an immer schneller hat sich die kapitalistische Produktionsweise aller alten Zweige der Industrie und des Handels bemächtigt und neue geschaffen. Sie hat alle Arten nicht-kapitalistischer, gesellschaftlicher Produktionsformen zerstört, indem sie deren materielle Basis durch ihre Konkurrenz ruiniert oder auch unter ihrer Herrschaft beibehalten hat, indem sie sie zu Bedingungen ihrer eigenen Reproduktion werden ließ, wie etwa die »parzellierte« Produktionsweise der Bauern und »unabhängigen« Handwerker. Westeuropa ist somit zum Mittelpunkt eines ökonomischen Weltsystems geworden, zu einem von mehreren Peripherien — von Osteuropa und verschiedenen Kolonialländern — umgebenen Zentrum. In Osteuropa, in Preußen, Ungarn usw. kam es seit dem 15. Jahrhundert unter dem Einfluß des Westhandels zur Entwicklung einer zweiten Leibeigenschaft (second servage), und in den Donauländern entstanden drei Jahrhunderte später die ersten Formen individueller Leibeigenschaft.

In Amerika, Afrika, Asien gesellten sich zu den Auswirkungen des Handels die der Eroberung und oft systematisch betriebenen Zerstörung der präkolonialen Organisationsformen der Produktion und der Gesellschaft. In Nordamerika entstand wieder eine völlig auf der Sklaverei basierende Plantagenwirtschaft, während man in Süd- und Mittelamerika pseudo-feudale Eigentums- und Produktionsformen gegen die einheimischen Gemeinwesen durchgesetzt hat, die

durch die koloniale Ordnung völlig aus der Bahn geworfen wurden. Kurz, für Marx entwickelte sich an den Rändern des kapitalistischen Weltsystems — entgegen den Behauptungen von A. G. Frank und I. Wallerstein — nicht notwendig ein peripherer Kapitalismus.

Heute ist die Expansion der kapitalistischen Produktionsweise noch längst nicht zu Ende. Sie ist in einer Krise, wie so oft im Laufe ihrer Geschichte. Befindet sie sich wirklich auf dem absteigenden Ast, ist ihre Reproduktion diesmal ernsthaft bedroht? Wird sie etwa heutzutage an ihren Rändern ebenso wie in ihren Zentren von ihren eigenen Widersprüchen zerfressen? Bedroht sie die Konfrontation mit einer anderen Produktionsweise, unter der ein Teil der menschlichen Gesellschaften und der Weltökonomie sich entwickelt, nämlich der »sozialistischen« Produktionsweise, deren Akteure sich für die Erben von Marx halten und deren Existenz der Beweis wäre für die Wahrheit seiner Annahmen und Vorhersagen?

### **Von der kapitalistischen Produktionsweise zur Produktionsweise der assoziierten Produzenten oder das Ende der Vorgeschichte der Menschheit**

Für Marx hatte die siegreiche kapitalistische Produktionsweise, die zu Beginn der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gerade mal in England zur Reife gelangt war und in anderen westeuropäischen Ländern noch ganz am Anfang ihres Aufschwungs stand, *bereits* ihre Schranken offenbart und ihren historischen, transitorischen Charakter zu erkennen gegeben. Die ständig um sich greifende Vergesellschaftung der Produktivkräfte und Produktionsprozesse, die Konzentration des Privateigentums in Aktiengesellschaften, in Trusts und Kartellen, die Geldkonzentration in den Banken und Kreditanstalten, die Entwicklung der Gewerkschaften, das Aufkommen von Arbeiterparteien usw. waren für Marx ebenso viele Beweise und Anhaltspunkte dafür, daß der Übergang zu einer *höheren* Produktionsweise — derjenigen der »assozierten Produzenten« — *bereits* begonnen hatte.

Diese neue Produktionsweise zeigte sich hier und da in Form von »Kooperativfabriken der Arbeiter«, die »innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form (sind), obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen (*Das Kapital*, Bd. III, MEW 25, 456). »Die Kooperativfabriken liefern den Beweis, daß der Kapitalist als Funktionär der Produktion (...) überflüssig geworden« ist (ebd., 400). »Sie zeigen, wie, auf einer gewissen Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte und der ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsformen, naturgemäß aus einer Produktionsweise sich eine neue Produktionsweise entwickelt und herausbildet.« (Ebd., 456) Die Aktiengesellschaften bilden einen »notwendigen Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten, aber nicht mehr als das Privateigentum einzelner Produzenten, sondern als das Eigentum ihrer als assoziierten, als unmittelbares Gesellschaftseigentum« (ebd., 453).

Hat die Geschichte Marx Recht gegeben? Ist die Vorgeschichte der Menschheit auf dem Weg zu ihrem Abschluß? Kann die Menschheit schon jetzt, ohne sich

etwas vorzumachen, auf die andere Seite schauen, auf eine »kommunistische« Gesellschaft, das »Reich der Freiheit«, in der die Beziehungen zwischen den Menschen und zur Natur durchsichtig geworden sind?

### **Der Übergang zur sozialistischen Produktionsweise oder die Ausnahme, die die Regel bestätigt**

Der Übergang zu einer »sozialistischen« Produktionsweise wurde 1917 in Rußland verwirklicht, am Ende einer Reihe von Kämpfen und Revolutionen, in denen Teile der Arbeiterklasse und der Bauernmassen miteinander verbündet waren, sowie im Rahmen einer allgemeinen Krise der zaristischen Herrschaft und der Auflösung der russischen Nation infolge der von ausländischen Armeen beigebrachten militärischen Niederlagen. Bewahrheitete sich hier eine der Voraussagen von Marx, der — drei Jahrzehnte zuvor in dem Briefwechsel mit Vera Sassulitsch — die Möglichkeit erwogen hatte, daß Rußland um die volle Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise herumkommen und unmittelbar zu einer höheren Produktionsweise gelangen könnte? Dafür sah er drei Bedingungen: eine Revolution müsse die »russische Gemeinde retten« und den »Mir« wieder funktions- und entwicklungsfähig machen; diese Revolution müsse sich auf proletarische Revolutionen stützen, die ihr in den entwickelten Ländern vorgehen; schließlich müsse sie »die von dem kapitalistischen System hervorgebrachten positiven Errungenschaften aneignen, ohne dessen Kaudinisches Joch (zu) durchschreiten« (*Brief an V.I. Sassulitsch, Dritter Entwurf*, MEW 19, 405).

35 Jahre später, 1917, war die russische Dorfgemeinde bis ins Mark zersetzt oder vollständig verschwunden, und die Bolschewiki unternahmen nichts zu ihrer Wiederherstellung. Man hatte mit dem Aufbau einer sozialistischen Produktionsweise auf den von der Vergangenheit überkommenen materiellen Grundlagen begonnen, und schnell mußte eine neue Basis errichtet werden, in deren Zentrum diejenigen Industrien standen, die Produktionsmittel herstellten. Die Situation unterschied sich gewaltig von jener, die für die Geburt und die ersten Schritte der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnend gewesen war. Diese war an vereinzelt Stellen von selbst aus der Entwicklung der Warenproduktion innerhalb der alten feudalen Produktionsweise hervorgegangen, und sie hatte in der Folge eine neue materielle Basis hervorgebracht, die weltweit *ohne Entsprechung* war — was die Grundlage abgab für ihre Herrschaft sowohl über die ökonomischen wie über die politischen und kulturellen Strukturen der westeuropäischen Länder, in denen sie ihren Aufschwung erlebte.

In Rußland dagegen hat die »sozialistische« Herrschaft über die politischen und kulturellen Strukturen begonnen *noch bevor* die materielle Basis transformiert war. Und die neue materielle Basis, die dann ins Leben gerufen wurde, ist heute weit davon entfernt, die Schranken der von der entwickelten kapitalistischen Produktionsweise hervorgebrachten Basis zu durchbrechen. Sie hat vielmehr große Schwierigkeiten, sie einzuholen. Statt einer raschen objektiven Vergesellschaftung von höher entwickelten Produktivkräften als denen, welche die kapitalistische Produktionsweise hervorgebracht hat, gelang der sozialistischen Produktionsweise zunächst lediglich eine Vergesellschaftung »administrativer

Art«, indem sie den Produktionsapparat verstaatlichte. Die Bürokratisierung rückte an die Stelle der Selbstverwaltung der Ökonomie durch die assoziierten Produzenten.

Anstelle der Arbeiterherrschaft über die Gesellschaft erlebte man die Errichtung einer Parteierrschaft über die Arbeiter und die Gesellschaft. Anstelle eines Staates, der sein Betätigungsfeld durch Entwicklung der Selbstverwaltung und eine — im Vergleich mit den entwickeltsten bürgerlichen Demokratien — erweiterten Demokratie einzuschränken beginnt, erlebte man einen Staat, der seine Macht ausbaute. Die Diktatur einer Partei, die eine kurzfristige Antwort auf einen Ausnahmezustand sein sollte, wurde zur ständigen Einrichtung, die das gesamte gesellschaftliche Leben beherrschte und in großem Ausmaß auf Polizeimaßnahmen zurückgriff, um die wirklichen oder eingebildeten Regimegegner in Schach zu halten. Von China bis Mozambique, von Vietnam bis Kuba ist die Ausnahme des direkten Übergangs zur sozialistischen Produktionsweise zur Regel geworden. Aus allen diesen Gründen ist der Marxismus in einer Krise, einer theoretischen wie praktischen Krise. Zum Abschluß müssen wir daher versuchen, eine kritische Bilanz des Marxschen Denkens zu skizzieren und die Distanz zu beurteilen, die zwischen Marx und denen liegt, die sich heute auf ihn berufen.

## Kritische Bilanz

### 1. *Ein gewaltiger Beitrag*

Mehr als jeder andere Denker im Lauf der Geschichte hat Marx gezeigt, wie wichtig die Veränderungen der materiellen und geistigen Verhältnisse zwischen Mensch und Natur zum Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung sind. Er hat gezeigt, daß die materiellen Beziehungen zur Natur sich im Rahmen und auf Grundlage von zwischenmenschlichen Beziehungen entwickeln, von gesellschaftlichen Verhältnissen, denen übereinstimmende oder entgegengesetzte materielle Interessen entspringen und die Ursprung von gesellschaftlichen Kämpfen und Auseinandersetzungen zwischen Gruppen von Menschen sind, die unterschiedliche — komplementäre aber gegensätzliche — Plätze im materiellen und gesellschaftlichen Produktionsprozeß einnehmen. Er hat damit die ökonomischen und sozialen Mechanismen der Ausbeutung der Massen, der Klassen oder der Kasten durch gesellschaftliche Minderheiten, die vorläufig das Monopol an Produktions- und Destruktionsmitteln in Händen halten, ans Licht gebracht.

Indem er uns zu der Feststellung nötigte, daß die Fortschritte in der Technik das Tor aufgestoßen haben zu neuen Formen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, hat er die Ideale der Geschichte entzaubert und ihr die Albernheiten ausgetrieben. Er hat — gegen die Auffassungen der Aufklärer oder der liberalen Ökonomen — gezeigt, daß der Fortschrittsbegriff auf widersprüchliche Realitäten verweist, denn die soziale, kulturelle und geistige Entwicklung einer Minderheit hatte ja immer die Abwesenheit eben dieser Entwicklung für die Mehrheit der Gesellschaft zum Gegenstück und zur Bedingung. Er hat damit ein neues Licht sowohl auf die vielfältigen Formen des Widerstands und des Kampfes der ausgebeuteten gesellschaftlichen Gruppen als auch auf den wirkli-

chen Charakter der von bestimmten Klassen über andere errungenen Siege geworfen, und er hat mit diesem Licht vom materiellen Leben bis weit hinein in die religiösen und utopischen Bewegungen geleuchtet.

In der kapitalistischen Produktionsweise hat er die letzte antagonistische Form der menschlichen Gesellschaft gesehen, weil er innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft etwas sich herausbilden sah, worin er die objektiven Bedingungen des Übergangs zu einer anderen Epoche der menschlichen Geschichte erkannte, einer Epoche, in welcher die individuelle und kollektive Entwicklung nicht mehr auf dem Monopol einer Fraktion von Menschen über die Existenzbedingungen aller beruhen würde. Wir können die wichtigsten dieser Bedingungen aufzählen:

- wachsende Vergesellschaftung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsprozesse;
- eine ständig sich erweiternde Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die produktiven Abläufe;
- radikale und ständig sich ausdehnende Trennung der unmittelbaren Produzenten — der Arbeiter, Angestellten, Ingenieure — vom Eigentum an Produktionsmitteln und Geld;
- wachsende Konzentration dieses Eigentums in den Händen von Trusts, Kartellen oder des Staates usw.

Dies waren für Marx die Voraussetzungen, die Vorbedingungen für den Übergang zu einer höheren Produktionsweise, die innerhalb der kapitalistischen langsam Gestalt annahm, für den Übergang zu einer künftigen Produktionsweise der »Assoziierten Arbeiter«, in deren Genossenschaften sich erste, spontan zustande gekommene Umsetzungen abzeichneten.

Schließlich hat Marx, der die Existenz von Bewegungsgesetzen der menschlichen Gesellschaft annahm, niemals versucht, diese Bewegung in ein »geschichtsphilosophisches« Schema des allgemeinen Entwicklungsgangs der Menschheit zu pressen, eines Entwicklungsgangs, »der allen Völkern schicksalsmäßig vorgeschrieben ist« (*Brief an die Redaktion der »Otetschestwenyje Sapiski«*, MEW 19, III), wie er selbst es im November 1877 ausdrückte. Man würde ihm damit »zugleich zu viel Ehre und zu viel Schimpf antun« (ebd.). Und doch: Ausgerechnet das taten seine Erben, von denen Stalin in seiner Schrift *Über dialektischen und historischen Materialismus* (in: Werke, Bd. 15, Dortmund 1976, 131-166) die ganze Geschichte der Menschheit in eine Abfolge von fünf oder sechs Produktionsweisen einschloß.

Soweit die — überwältigende — Positivbilanz des Marxschen Werks. Mit dieser geistigen Offenheit entwickelte er seine Auffassungen. Seit seinem Tod wird jedoch ihr unabgeschlossener oder voreingenommener Charakter deutlicher. Drei Beispiele sollen dies zeigen.

## 2. Die Grenzen

Die Analyse des Staates, seines Ursprungs und seiner Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung bleibt sehr unzureichend. Daß der Staat ursprünglich eine Transformation der Stammesinstitutionen ist, daß er aus dem Auftreten neuartiger gesellschaftlicher Ungleichheiten innerhalb der klassenlosen Gesell-

schaften resultiert, und daß er ein Herrschaftsinstrument in den Händen dieser neuen Gruppen von Menschen darstellt — dies ist gewiß ein wesentlicher Gedanke. Er geht indes nicht auf Marx zurück, und seine Analyse der Entstehung der Klassen und des Staates basiert eher auf einer logischen Ableitung als auf einer Schlußfolgerung, die sich aus der Analyse wirklicher Differenzierungsprozesse innerhalb der ursprünglichen Gesellschaften ergäbe.

2. Außerdem gibt es bei Marx ein eigenartiges Paradox, wenn er behauptet, daß Frankreich das klassische Land der bürgerlichen Revolutionen und des bürgerlichen Staates sei, England hingegen das klassische Land der Entwicklung der industriellen kapitalistischen Produktionsweise. Tatsächlich war in Frankreich die bürgerliche Produktionsweise weit weniger fortgeschritten als in England. Wie aber ist diese Nicht-Entsprechung zu erklären, diese Scheidung zwischen der Entwicklung der politischen Institutionen und des Staates einerseits und der Entwicklung der ökonomischen Strukturen andererseits? Müßten wir uns nicht den Idealfall vorstellen, daß die im 19. Jahrhundert fortgeschrittenste kapitalistische Gesellschaft die englische Produktionsweise mit dem französischen politischen Überbau verbindet? In der Tat stellt sich damit das Problem, das die Metapher von der Trennung der Gesellschaft in eine Basis und einen über ihr sich erhebenden Überbau mit sich bringt, in seiner ganzen Schärfe.

Viel zuviele Marxisten und Nicht-Marxisten haben diese Metapher so interpretiert, als bedeute sie, daß die ökonomischen Verhältnisse einer Gesellschaft die nicht-ökonomischen »hervorbringen«, die mit den ersteren zusammen die Architektur und das Leben einer Gesellschaft ausmachen. Von daher die Versuchung, der so viele erlegen sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse und die nicht-ökonomischen Praxen nur als *Mittel* im Dienste der Reproduktion der Produktionsverhältnisse zu begreifen. Und innerhalb der Klassengesellschaften hätten diese Institutionen zugleich die Funktion, die Formen der Ausbeutung, auf denen sie aufbauen, zu verbergen und zu maskieren. Diese Auffassungen mögen vielleicht in der Polemik von Bedeutung sein, den Tatsachen entsprechen sie nicht.

Nehmen wir ein Beispiel für einen »Überbau« — die Verwandtschaftsverhältnisse. Jedes Verwandtschaftssystem verknüpft bekanntlich zwei Typen von Beziehungen: die einen determinieren die Abstammung eines Individuums, die anderen die Regeln, die es bei der Heirat beachten muß. Kurz, alle Verwandtschaftssysteme sind nichts anderes als unterschiedliche Weisen, in denen die biologische Reproduktion des Lebens *gesellschaftlich* geregelt wird. Auch sie finden also auf ein materielles Feld Anwendung, nämlich das sexuelle Leben und die biologische Reproduktion, um sie gesellschaftlichen Zwängen zu unterwerfen. Sie erfüllen damit *spezifische Funktionen, die auf gar keinen Fall als Überbau* über den Produktionsverhältnissen in deren Dienst aufgefaßt werden können. Die Verwandtschaftsverhältnisse haben eine eigene Existenzgrundlage und eigene Entwicklungsbedingungen, die weder mechanisch noch ausschließlich mit der Entwicklung der Produktivkräfte verknüpft sind. Natürlich stößt man auf Entsprechungen zwischen ihrer Entwicklung und der Rolle des Reichtums (an Vieh, Land, Schweinen usw.), wenn es etwa bei der Gründung von Ehegemeinschaften um die Festlegung des Heiratsgutes geht. Das aber erklärt kei-



neswegs die *Innenverhältnisse* des Verwandtschaftssystems, in dem diese Ehegemeinschaften — als patrilineares oder bilineares System usw. — praktiziert werden. Und bis auf die Gesellschaften, deren Ökonomie hauptsächlich auf der Viehzucht aufbaut — einer Tätigkeit, die vor allem von den Männern ausgeübt wird — und deren Verwandtschaftssysteme so gut wie alle patrilinear sind, hat die moderne Wissenschaft bis heute keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Produktionsweise und gesellschaftlicher Reproduktion entdeckt.

Deutlichere Entsprechungen finden sich dagegen zwischen Produktionsweisen und Macht- oder Regierungsformen. Doch wie wir sehen konnten, hat man noch keine zufriedenstellende Erklärung für die archaischen Formen der Staatsgenese und ihre Vielfalt. Auch wenn man sich den großen Religionen zuwendet — Hinduismus, Buddhismus, Christentum, Islam —, findet sich kein zufriedenstellender Nachweis für die Existenz von Entsprechungsverhältnissen zwischen ihrem Auftreten und der Entwicklung dieser oder jener Produktionsweise. Und nicht allein ihr Auftreten müßte erklärt werden, sondern darüber hinaus ihr *Weiterbestehen* und ihre Ausbreitung, nachdem doch die Bedingungen, unter denen sie auftraten, verschwunden sind.

Was endlich die Kunst angeht, sei daran erinnert, daß Marx auf diesem Gebiet große Vorsicht walten ließ, da er dachte, daß es in der Kunst keinen wirklichen Fortschritt und auch keine notwendige Beziehung zwischen der Entfaltung einer Kunstform und der Durchsetzung einer Produktionsweise gibt. Kurz, die Beibehaltung der Metapher vom Gebäude mit seinen Fundamenten scheint uns nicht nützlich, um die menschlichen Gesellschaften zu beschreiben, die selbstverständlich organische Ganzheiten sind — gesellschaftliche Verhältnisse mit unterschiedlichen Funktionen, die bis zu einem gewissen Punkt und für eine gewisse Zeit miteinander kompatibel sind —, die aber jedenfalls weder ein Oben noch ein Unten kennen. Wenn es Entsprechungsverhältnisse gibt zwischen dieser Art zu produzieren und jener Art zu regieren, dann kann man daraus folgern, daß es *umgekehrt* Entsprechungsverhältnisse gibt zwischen dieser Art zu regieren und jener Art zu produzieren. Der Islam zum Beispiel, der staatliche Strukturen hervorgebracht hat ausgehend von dem Prinzip, daß die Erde Gott und seinem Stellvertreter gehört, und der das Erobern-um-zu-bekehren zum obersten Ziel des Staates gemacht hat, hat er nicht die ökonomische Entwicklung der von ihm eroberten Gesellschaften — von den Christen auf dem Balkan bis nach Indien mit seinem Kastenwesen — bis heute auf sehr spezifische Weise bestimmt?

Man muß doch feststellen, daß — entgegen den Voraussagen von Marx — die »Durchgangspunkte« zur Produktionsweise der Assoziierten Arbeiter sich in den entwickeltsten kapitalistischen Ländern, im Zentrum des Systems, seit den Zeiten von Marx weder vervielfacht noch ausgeweitet haben. Und selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die sozialistische Produktionsweise aus dem Bruch des schwächsten Kettengliedes an der europäischen Peripherie dieses Systems hervorgegangen ist (so die These Lenins) und daß damit die Auffassungen von Marx zugleich widerlegt wie teilweise bestätigt werden (sofern nämlich das, was sich in der russischen Revolution abgespielt hat, sehr wohl eine Umsetzung der Ideen von Marx war, der Versuch einer Rekonstruktion der Produktion und der Gesellschaft, die sich nicht auf das Privateigentum und den Markt stützt und eine

Demokratie im Dienste des Volkes zum Ziel hat): Wie steht es mit Marx' Endvision vom Gang der Menschheit, die, nachdem die Produktionsweise der Assoziierten Arbeiter durchschritten ist, eine Gesellschaft aufbaut, in der alle Unterschiede zwischen den Klassen, den Rassen und den Geschlechtern abgeschafft sind? Kurz, wie steht es mit seiner Vision vom Ende der Vorgeschichte der Menschheit und mit dem Übergang zum »Kommunismus«?

Zwei Fragen müssen gestellt werden: Wie steht es heute mit der Idee des Proletariats als der einzigen Klasse in der Geschichte der Menschheit, die, indem sie sich selbst befreit, zugleich die ganze Menschheit befreit? Hat sich Marx je ganz gelöst von den utopischen Elementen in seinen ersten Schriften, wie der *Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* (1843) oder den *Ökonomisch-philosophischen Manuskripten* (1844), wo er — nachdem die bürgerliche Klasse als eine Klasse begrüßt worden ist, die für eine gewisse Zeit ihre Interessen mit denen der ganzen Gesellschaft identifizieren konnte — im Proletariat die Klasse sieht, die »der völlige Verlust des Menschen« und seine »völlige Wiedergewinnung« sein sollte (*Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie*, Einleitung, MEW I, 390)?

Freilich hat Marx später diese Thesen des utopischen Sozialismus, deren Don-Quichotterie er gebrandmarkt hat, einer grimmigen Kritik unterzogen. Aber für ihn war der Prozeß im Gang. Das Proletariat sollte sich zunächst in den entwickelten kapitalistischen Ländern befreien, und auf seine Revolutionen sollten sich die revolutionären Bewegungen in anderen Ländern stützen, die — wie in Rußland — durch diese einmalige Konstellation in die Lage versetzt würden, die Zwischenstationen der Geschichte zu überspringen. Die Geschichte ist so nicht abgelaufen. Allein Länder am Rand des Kapitalismus — Rußland, China — sind Abkürzungen gegangen, deren Preis inzwischen bekannt ist. Bei diesem Gang der Dinge sind die großen Visionen von Marx vielleicht dazu verurteilt, für immer zwischen Wissenschaft und Utopie zu bleiben.

### **Weitere Beiträge zum Themenbereich Zukunft des Kapitalismus im Argument**

Frieder Otto Wolf: Illusionärer Fordismus. 162/1987

Pietro Ingrao: Der Übergang zu einer neuen Produktionsweise und die Aufgaben eines »dritten Weges«. 154/1985

Joachim Hirsch: Auf dem Wege zum Postfordismus? Die aktuelle Neuformierung des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. 151/1985

Perry Anderson, Folker Fröbel, Jürgen Heinrichs und Otto Kreye: Politik des radikalen Realismus. 148/1984

Immanuel Wallerstein: Fortschrittsideologie und Zukunft des historischen Kapitalismus. 143/1984

Jürgen Häusler und Joachim Hirsch

## Regulation und Parteien im Übergang zum »Post-Fordismus«

Während in den entwickelten kapitalistischen Ländern die ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturveränderungen im Gefolge der seit den siebziger Jahren herrschenden Krise inzwischen deutlicher absehbar sind, herrscht bezüglich der Entwicklung des politischen Systems und insbesondere der Parteien eher Ungewißheit. Ist die Ära der massenintegrativen »Volksparteien« zu Ende? Folgt der Krise des fordistischen Kapitalismus die Herausbildung eines neuen »post-fordistischen« Parteiensystems?

Solche Fragen sind mit den Mitteln der etablierten Parteitheorie kaum zu beantworten. Wir versuchen daher, einen parteitheoretischen Ansatz zu skizzieren, der die Parteien als Bestandteile eines umfassenden Regulationszusammenhangs historischer gesellschaftlicher Formationen begreift. Dieser ist eingebettet in eine »nichtlineare« Theorie der kapitalistischen Entwicklung als krisenvermittelte Abfolge von Gesellschaftsformationen, die durch jeweils besondere Akkumulations- und Regulationsmodi geprägt sind. Parteitheorie wird so als Teil historisch-gesamtgesellschaftlicher Theorie gefaßt.

Bei der konkreten Parteianalyse beschränken wir uns auf die Bundesrepublik. Dies schon deshalb, weil die nationalen Parteilandschaften aus historisch-politischen Gründen sehr unterschiedliche Ausgangsvoraussetzungen aufweisen. Gleichwohl kann davon ausgegangen werden, daß einige der hier sichtbar werdenden Tendenzen von allgemeiner Bedeutung sein werden. Der mit »Modell Deutschland« apostrophierte fordistische Regulationsmodus der Bundesrepublik hatte sich in der Nachkriegszeit als international außerordentlich erfolgreich und politisch prägend erwiesen. Ob es zu seiner »postfordistisch« modifizierten Neuaufgabe kommen wird, bleibt abzuwarten, wenn auch eine Reihe von Anzeichen durchaus dafür sprechen. Dies wird jedenfalls stark davon abhängen, inwieweit es den Parteien gelingt, sich und damit den gesamten institutionellen Regulationszusammenhang den veränderten Verhältnissen des Nach-Fordismus anzupassen.

### Die kapitalistische Gesellschaftsformation: eine theoretische Skizze

Mit der Formulierung einer »nichtlinearen« Theorie der kapitalistischen Entwicklung greifen wir gesellschaftsanalytische Ansätze auf, die im Rahmen der sogenannten »Regulationsschule« entwickelt worden sind (vgl. Aglietta 1976, Boyer 1979, Coriat 1982, Boyer und Mistral 1983b, Mazier u.a. 1984, Lipietz 1984 und 1985; auch Jessop 1985 sowie Hirsch und Roth 1986).

Damit wenden wir uns gegen eine Auffassung der historisch-materialistischen Theorie, die Geschichte als gesetzmäßige Entfaltung einer in der ökonomischen Kernstruktur der kapitalistischen Produktionsweise angelegten »Logik« begreift und das komplexe Gefüge der Gesellschaft auf ein simples Basis-Überbau-Modell reduziert. Statt dessen gehen wir davon aus, daß die Geschichte des Kapita-

lismus im Weltmaßstab durch eine Abfolge spezifischer gesellschaftlicher Formationen geprägt ist, die auf der Basis einer gleichbleibenden Grundstruktur (Privatproduktion, Lohnarbeit, warentauschvermittelte Aneignung des Mehrprodukts) in ihren Produktions- und Ausbeutungsformen, den Vergesellschaftungs- und Klassenverhältnissen sowie dem Charakter des Staates und der politischen Herrschaft sich wesentlich unterscheiden. Die Übergänge zwischen diesen kapitalistischen Formationen nehmen die Form tiefgehender »säkularer« Krisen an, die von langfristigen Schwankungen der Profitrate bestimmt werden. Die Entwicklung der Profitrate, der Ausbruch und die Form säkularer Krisen folgen jedoch keiner objektiven Logik, sondern sind bedingt durch die ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse innerhalb der jeweiligen Formation. Vermittelt wird der Prozeß der Herausbildung und Krise der Formationen über den Weltmarkt und über die in nationale gesellschaftliche Bedingungen eingebundene Konkurrenz der Kapitale, was nationale Strukturunterschiede und Ungleichzeitigkeiten innerhalb einer global sich durchsetzenden Formation einschließt.

#### *Akkumulationsmodus, Regulationsweise und hegemoniale Struktur*

Jede kapitalistische Gesellschaftsformation ist durch einen spezifischen *Akkumulationsmodus* (Akkumulationsregime) und eine damit verbundene *Regulationsweise* geprägt. Mit Akkumulationsmodus wird eine auf spezifische Technologien gestützte Form der Produktions- und Arbeitsorganisation, d.h. die Art und Weise der Mehrwertproduktion und Mehrwertrealisierung verstanden. Daran gebunden sind die Form der Kapitalreproduktion (Investitionszyklen, Konkurrenzformen, Kapitalentwertungsmechanismen, Branchenstrukturen, insbesondere das Verhältnis von Produktionsmittel- und Konsumgütersektor, Konsummodell), des Lohnverhältnisses (incl. der vergesellschafteten Lohnfonds), der Klassenstruktur, der Staatsintervention, der Beziehungen zwischen kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Sektoren der gesellschaftlichen Arbeit sowie der Weltmarktintegration. Regulation bezeichnet die Art und Weise, in der die vorhandenen Elemente dieses komplexen Reproduktionszusammenhangs aufeinander bezogen werden, d.h. »the way in which the system as a whole functions, the conjunction of economic mechanisms associated with a given set of social relationships, of institutional forms and structures« (Boyer 1979, 100). Sie umfaßt eine vielgliedrige Konfiguration von ökonomischen und politisch-sozialen Institutionen und Normen, die der Reproduktion des Gesamtsystems eine gewisse Gleichgewichtigkeit und Stabilität verleiht, oder »die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze, expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern« (Lipietz 1985, 121). Jeder Akkumulationsmodus bedarf daher der Regulation, kann aber mit durchaus unterschiedlichen konkreten *Regulationsweisen* (z.B. Formen der Interessenorganisationen, Art und Ausmaß der Staatstätigkeit) verbunden sein. Mit *hegemonialer Struktur* bezeichnen wir die historisch konkrete Verbindung von Akkumulationsmodus und Regulationsweise, die der ökonomischen (verwertungssichernde Form der Kapitalreproduktion) und politisch-ideologischen

(Legitimation, Zwang und Konsens) Reproduktion des Gesamtsystems unter der Dominanz der herrschenden Klasse(n) eine relative Bestandsfähigkeit verleiht (Boyer und Mistral 1983a). Jede kapitalistische Formation ist durch eine spezifische hegemoniale Struktur, d.h. eine besondere Form der Ausbeutungs- und Klassenverhältnisse und ihrer institutionellen und normativen Reproduktion gekennzeichnet. Dies schließt nicht aus, daß es im Gefolge der Krise einer Formation zu längeranhaltenden »nichthegemonialen« Phasen kommt, in denen die Kämpfe um einen neuen Akkumulations- und Regulationsmodus andauern.

Mit dem Konzept von Akkumulationsmodus, Regulationsweise und hegemonialer Struktur als Kategorien der Gesellschaftsanalyse verlassen wir die abstrakte Entgegensetzung von »Ökonomie«, »Politik« und »Ideologie«, von »Basis« und »Überbau«. Die ökonomische Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft vollzieht sich in einem institutionellen und normativen Geflecht der Regulation und bleibt zugleich an die wertgesetzlichen Bedingungen der Kapitalverwertung gebunden. Freilich herrscht das Wertgesetz nicht »rein«, außerhalb der Politik, sondern setzt sich immer *in* und *mittels* historisch-spezifischer regulativer Arrangements durch. Die Art und Weise der Durchsetzung des Wertgesetzes ist also nicht abstrakt-logisch zu bestimmen, sondern historisch und formationsabhängig.

Die *säkulare Krise* einer kapitalistischen Formation, d.h. eines hegemonialen Akkumulations- und Regulationszusammenhangs, muß von konjunkturellen Krisen (ökonomischen Fluktuationen und sektoralen Anpassungsprozessen) *innerhalb* einer Akkumulations- und Regulationsweise unterschieden werden (Lipietz 1985, 112; Mazier 1982, 41; Mazier u.a. 1984). Sie entsteht dadurch, daß innerhalb einer relativ festgefügtten, institutionalisierten und nur begrenzt flexiblen hegemonialen Struktur die Stabilität der Profitrate zwar über längere Perioden hinweg, aber niemals dauerhaft garantiert ist. Generell sind Formationskrisen darauf zurückzuführen, daß die Dynamik des Verwertungsprozesses und die ökonomisch sozialen Folgen eines Akkumulationsmodus mit der institutionell und normativ verfestigten Regulationsweise kollidieren. Die gesellschaftlich und technologisch umwälzenden Effekte der Kapitalakkumulation müssen früher oder später die gesellschaftliche Regulationsweise sprengen, innerhalb derer sie sich entwickelt. Die dadurch verursachte strukturelle Störung der Reproduktion drückt sich in einem »säkularen« Fall der Profitrate aus. Die historische Form der Durchsetzung des Wertgesetzes, wie sie in einem spezifischen Akkumulations- und Regulationszusammenhang institutionalisiert ist, wird somit zur Schranke der Kapitalverwertung.

### *Die Theorie der Regulation*

Ganz allgemein formuliert, konstituiert sich »Gesellschaft« als ein soziales Verhältnis, in dem sich individuelle und kollektive Handlungen aufeinander beziehen. Zu ihrer materiellen Reproduktion und zur Reproduktion ihres Zusammenhalts benötigt sie Mechanismen, die Verhaltensorientierungen und -erwartungen von Individuen und Gruppen stabilisieren und verknüpfen. Die verhaltenssteuernden Mechanismen unterscheiden sich nach historischen Entwick-

lungsstufen, dem Grad der Entfaltung der Produktivkräfte, der sozialen Differenzierung, der Arbeitsteilung und den Klassenverhältnissen, den Formen der Ausbeutung usw. Traditionsgeleitete Normensysteme und Hierarchien gehören ebenso dazu wie soziale und politische Institutionen (Familie, Verbände, Kirchen, Medien, politisch-administratives System, Recht, Markt). Mit Regulation bezeichnen wir zunächst einmal das Zusammenspiel einer komplexen Konfiguration von handlungsprägenden Normen und Institutionen in einem konkreten gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang.

Der auf warentauschvermittelter Ausbeutung beruhende strukturelle Antagonismus der *kapitalistischen Gesellschaft* läßt weder das harmonische Walten einer sich im Markt manifestierenden »invisible hand« noch die Herstellung eines konsensualen »allgemeinen Willens« zu. Sie zerfällt in sich gegenseitig bekämpfende Klassen, Klassenfraktionen und Gruppen, d.h. ihre Reproduktion ist strukturell krisenhaft und unsicher. Sie muß daher den *Staat* als eine besondere, vom unmittelbaren Produktionsprozeß des Kapitals und von den Klassen formell getrennte Instanz herausbilden, die mit dem »Monopol legitimer physischer Gewaltbarkeit« (Max Weber) ausgestattet ist (zur »Staatsableitung« vgl. Holloway und Picciotto 1978). Der Staat ist wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Reproduktion und für den sozialen Zusammenhalt der Klassen. Er kann freilich das Waren- und Kapitalverhältnis und die daraus resultierenden Widersprüche und Konflikte nicht beseitigen, sondern beruht auf ihnen. Die Besondere des Staates gegenüber den Klassen ist das wesentliche Charakteristikum der bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsform, und sie erzeugt den scheinbaren Gegensatz von Staat und Markt, Politik und Ökonomie.

Als Sitz der Zwangsgewalt fungiert der Staat als institutionalisierte Verdichtung legitimatorischer und repressiver Klassenbeziehungen (Poulantzas 1978), die sich über sein Verhältnis zum gesamten Netz regulativer Instanzen herstellen. Er bildet insoweit den *Knotenpunkt des institutionalisierten Regulationszusammenhangs* (Lipietz 1985, 112; Boyer und Mistral 1983a, 495). Er ist kein Subjekt, sondern institutionalisiertes Klassenverhältnis, ein Komplex von Apparaten mit divergierenden Klassenbeziehungen, bleibt deshalb selbst Terrain von Klassen- und klassenfraktionellen Auseinandersetzungen. Die regulativ zu bewältigenden Widersprüche kommen auch innerhalb und zwischen den staatlichen Apparaten bzw. den Institutionen des »politischen Systems« zum Ausdruck.

Bestimmt man die Regulation auf diese Weise, so richtet sich dies gegen ein naheliegendes *funktionalistisches Mißverständnis*. Ganz im Gegenteil könnte man die Regulationstheorie als materialistische Alternative zur systemfunktionalen Konzeptionalisierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses betrachten. Als Ausdruck eines »Prozesses ohne Subjekt« kann sie nicht als planmäßig herbeigeführte Ordnung begriffen werden, sondern entwickelt sich in spezifischen Formbestimmungen als Ausdruck der materiellen, ökonomisch-sozialen Struktur der Gesellschaft.

Die *allgemeine Gestalt des regulativen Systems* geht aus der Grundstruktur des kapitalistischen Produktionsverhältnisses, Privatproduktion, Warentausch und Lohnarbeit hervor. Daraus resultiert die Entstehung des Geldes, des bürgerlichen Rechts, die Konkurrenz der Kapitalisten und Lohnarbeiter untereinander,

das Lohnverhältnis und die Konstitution der bürgerlichen Subjekte als individuelle Marktteilnehmer. Auf dieser Basis können sich kapitalistisches Privateigentum, die Familie, die freie Assoziation von Individuen zwecks Wahrung gemeinsamer Interessen (Vereine, Verbände) und die spezifische Form des Staates als einer vom unmittelbaren Produktionsprozeß und den sozialen Klassen formell getrennte, aber auch darauf gegründete und bezogene Instanz herausbilden. Als Vermittler zwischen dem Staat und den gesellschaftlichen Individuen und Institutionen spielen in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften die *Parteien* eine zentrale Rolle. Das institutionelle System der Regulation beruht auf diesen allgemeinen gesellschaftlichen Formbestimmungen und besitzt damit eine sich in der Entwicklung des Kapitalismus durchhaltende Grundstruktur.

### Parteien als regulative Institutionen

Das Parteiensystem verkörpert den Teil des regulativen Institutionenkomplexes, in dem antagonistisch-plurale Interessen und Handlungsweisen in der Weise produziert, artikuliert, gerichtet, geformt, gefiltert und miteinander verbunden werden, daß ein relativ kohärentes, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes *staatliches Handeln sowohl ermöglicht als auch legitimiert wird*. Die regulative Kapazität der Parteien beruht sehr wesentlich darauf, daß es sich bei ihnen in der Regel keineswegs um hierarchisch straff organisierte, geschlossene und homogen-zielgerichtete Apparate handelt, sondern eher um *dezentral-heterogene Organisationsgeflechte mit durchaus offenen Grenzen zu ihrer »Umwelt«* (Wiesendahl 1983, Jäger 1983, Esser und Hirsch 1984, 46). Parteien sind Komplexe von sowohl »vertikal« (parteiinterne Flügel und Gruppierungen) als »horizontal« (regionale und lokale Untergliederungen) vielfach divergierenden Teilorganisationen. Ihre heterogene innere Struktur ermöglicht ebenso »plurale« Beziehungen zu einem vielschichtigen und gegensätzlichen institutionellen »Vorfeld« von Unternehmen, Interessenorganisationen, Kirchen, Medien und Öffentlichkeiten. Vielfache personelle und institutionelle, oft die Parteigrenzen überschneidende Querverbindungen und Verflechtungen mit anderen regulativen Apparaten (z.B. Gewerkschaften) und die fließende Unterscheidung zwischen formellen Mitgliedern, Aktivisten und Anhängern verweisen auf die diffuse Grenzlinie zwischen »expliziter«, formeller Partei und »Vorfeld« (Jäger 1983). Die Parteien sind offen sowohl zum Staatsapparat hin, den sie aktuell oder potentiell mit ihrem Personal besetzen, als auch zu einem vielverzweigten gesellschaftlichen Umfeld (»Weitere Partei«).

Diese innere wie äußere Pluralität und Heterogenität produziert aber zugleich einen permanenten, innerorganisatorisch kleinzuarbeitenden Widerspruch zwischen inkorporierter Interessenvielfalt und programmatisch-politischer Einheit bzw. administrativer Handlungsfähigkeit. Eine institutionalisierte Form erhält diesen Widerspruch im Gegensatz zwischen der »Partei außerhalb des Staatsapparats« und der »Partei im Staatsapparat« (mit der parlamentarischen Fraktion als Vermittlungsglied bzw. Regierung im Wartestand), zwischen den parteiförmig rekrutierten Spitzen der Staatsadministration einerseits und der Parteiorganisation andererseits. Daraus resultiert eine strukturelle, zugleich aber auch regu-

lativ notwendige Divergenz zwischen Regierung/Fraktion, dem zentralen Parteiapparat sowie lokal-dezentralen Parteigruppierungen mit ihren jeweiligen »Vorfeld«-Beziehungen. Sieht man einmal von traditionellen, weltanschaulich-ideologischen und milieugebundenen Orientierungen ab, so vollzieht sich die relative politische Vereinheitlichung der in der Partei zusammengebundenen, heterogenen Organisations- und Beziehungsgeflechte unter dem doppelten und gleichfalls widersprüchlichen Zwang zu Stimmenmaximierung und Formulierung einer relativ kohärenten, den Imperativen der kapitalistischen Reproduktion gehorchenden Regierungspolitik. Dies wiederum versetzt die Parteien zugleich in die Lage, den ähnlich heterogenen, von gegenläufigen Klassen(fraktions)- und Interessenbeziehungen geprägten Komplex der einzelnen Staatsapparate mittels politischer Führung zu vereinheitlichen (Poulantzas 1978, 214ff.). Die regulative Funktion der Parteien beinhaltet zwei spezifische *Homogenisierungsleistungen*: die konkurrenznotwendige Bündelung von Interessen und Motiven zu einem unterscheidbaren politischen Profil und die Fähigkeit, diese in eine relativ kohärente politische Programmatik umzusetzen (Regierungs- und »Politik«-Fähigkeit). Beides hängt eng zusammen, beinhaltet aber — weil staatliches Handeln an die Bedingungen weltmarktregulierter Kapitalverwertung gebunden bleibt — einen nicht auflösbaren Widerspruch, der sich in permanenten innerparteilichen Konflikten niederschlagen muß. Weil zugleich der administrative Staatsapparat selbst einen heterogenen Komplex divergierender Agenturen mit durchaus unterschiedlichen Funktionsprinzipien und Interessenbezügen darstellt, ist dessen relative politische Homogenität von einer mittels der Parteien sich durchsetzenden politischen Führung abhängig. Die keineswegs funktional vorgegebene, sondern in permanenten Auseinandersetzungen und Kämpfen immer neu herzustellende, zugleich aber system-reproduktionsnotwendige »Besonderung« oder »relative Autonomie« des Staats verdankt sich zu einem wesentlichen Grad der Parteiform und der daran gebundenen regulativen Potentiale. Sie ist dort besonders prekär, wo es parlamentarische Parteien nicht gibt (USA).

Im Prozeß der regulativen Artikulation und Verarbeitung von Interessen und Handlungen erzeugt die Parteiform eine Reihe *systematischer Spaltungen und Verknüpfungen*:

(1) Sie polarisiert und ordnet die einzelnen gesellschaftlichen *Individuen* auf einer abstrakten, von realen Lebenslagen relativ abgehobenen Ebene, unterscheidet Amtsinhaber, Aktivisten, Mitglieder und Anhänger mit jeweils unterschiedlichen Zielsetzungen. Diese Differenzierung wird um so einschneidender, je mehr Parteiarbeit zum Beruf und Parteizugehörigkeit zum Karrierevehikel wird. Obwohl ihre formale Mitgliedschaft üblicherseits relativ gering ist, umfassen die Parteien tendenziell alle Gesellschaftsmitglieder:

•Parteien sind ein nahezu totales Phänomen, weil nur ganz wenige Individuen den Parteien gegenüber sich so indifferent verhalten, daß sie keiner von ihnen in irgendeiner Weise zugerechnet werden müssen.« (Steininger 1984, 115)

Dies schließt indessen nicht aus, daß Individuen sich gleichzeitig mehreren Parteien zuordnen. Die »implizite« Partei greift also sehr viel weiter als die formelle, »explizite« Parteiorganisation (Jäger 1983). Da der Wahl- und Stimmenmaximierungsmechanismus die Parteien zugleich dazu zwingt, ihre Programmatik verall-



gemeinernd oberhalb der Vielfalt konkreter Interessenlagen anzusiedeln, führt dies zu einer politischen Polarisierung auf Parteebene, die systematisch quer liegen *muß* zu strukturellen gesellschaftlichen Konfliktlinien: schiere »Interessen«- oder Klassenparteien sind in der Regel nicht mehrheitsfähig, besonders dann, wenn die Gesellschaft von mehreren querliegenden Spaltungslinien (»cleavages«) durchzogen ist (z.B. in der Gestalt der katholischen ländlichen Arbeiterin). Besteht ein Vielparteiensystem, so vollzieht sich die Entkoppelung von konkreten gesellschaftlichen Interessenlagen durch den Zwang zur Koalition. Der Prozeß der querliegenden Polarisierung wird dadurch verstärkt, daß jede Partei potentielle Regierungspartei und insofern »Staat« ist. Dies zwingt sie dazu, die Reproduktion des Gesamtsystems gefährdende Antagonismen systematisch zu de-thematisieren oder institutionell zu neutralisieren.

Die Parteiform impliziert ein (relatives) Monopol auf den Zugang zu staatlichen Ämtern und für die Bestimmung staatlich-politischer Entscheidungsprozesse. *Jede* gesellschaftliche Interessenartikulation muß sich daher grundsätzlich auf sie beziehen — und sei es negativ. Dieses »Politikmonopol« der Parteien bedeutet zugleich die Möglichkeit einer weitgehenden Kontrolle politischer Partizipationschancen. Dieses Kontrollpotential erlaubt die politisch-institutionelle Marginalisierung gesellschaftlicher Interessen und Gruppen (z.B. schon mit der Definitionsmacht darüber, was als »politisch«, d.h. entscheidungsrelevant zu gelten hat). Der parteiförmigen Marginalisierungswirkung steht ein ebensolcher Integrationseffekt gegenüber: indem die Parteien grundsätzlich für *alle* Staatsbürger ansprechbar und zugänglich (zumindest wählbar) sind, ermöglichen sie in einer korporativ verfestigten und gespaltenen Gesellschaft zugleich die politische Reintegration der aus den korporativen Blöcken ausgeschlossenen Individuen und Interessen in den politischen Regulationszusammenhang (eine Funktion, die zumindest zeitweise die bundesrepublikanischen *Grünen* hatten). Dies befähigt sie dazu, abweichende oder rebellierende Gruppen sozusagen »zurück-zuholen«, indem diese dazu veranlaßt werden, ihren Protest in der Sprache eines »parlamentarischen Arms« auszudrücken (Jäger 1983).

(2) Ein ähnlich widersprüchliches, zugleich spaltendes als auch verbindendes Verhältnis kennzeichnet die Beziehungen zwischen den Parteien und dem Geflecht gesellschaftlicher *Interessenorganisationen* (Unternehmer- und Bauernverbände, Gewerkschaften, Kirchen usw.). Die Parteien stabilisieren durch ihre Verbindungen mit diesen regulativen Institutionen ihre »implizite Parteiorganisation« und gewinnen dadurch wesentliche personelle, finanzielle und propagandistische Ressourcen. Das Gebot der Regierungs- und Mehrheitsfähigkeit zwingt sie dazu, Beziehungen zu tendenziell *allen* Interessenorganisationen zu halten, während diese ihrerseits auf Verbindungen zu allen (zumindest potentiellen Regierungs-)Parteien angewiesen sind.

Eine regulative Funktion der Parteien besteht darin, die korporativ institutionalisierte gesellschaftliche Interessenstruktur nach der Logik staatlicher Politikformulierungs- und Entscheidungsprozesse sowohl zu polarisieren als auch zusammenzufügen. Und sie sind als genereller Ansprechpartner für eine Vielzahl gesellschaftlicher Interessen, auch nicht oder nur schwach institutionalisierte, gegebenenfalls in der Lage, gegen bestehende korporative Blöcke zu

mobilisieren. Die funktionale Logik solcher Operationen liegt jedoch nicht allein in der Schwächung bzw. Reorganisation etablierter Interessenzusammenhänge, sondern kann auch in der integrativen »Rückholung« korporativ marginalisierter Interessen und Gruppen in den politischen Regulierungszusammenhang bestehen, die nur parteiförmig zu leisten ist. Versäumen dies die Parteien und koppeln sich zu stark an verfestigte korporative Strukturen an, so entsteht daraus eine Form »nichthegemonialer« Politik (Buci-Glucksmann 1982), die unter dem Gesamtaspekt von Mehrheits- und Regierungsfähigkeit, möglicherweise der Regulation überhaupt, zumindest langfristig bestandsbedrohend werden kann. Riskiert wird damit die Entstehung »außerinstitutioneller«, nicht in die bestehende Regulationsweise eingebundener Politikformen und Bewegungen.

(3) Der Prozeß widersprüchlicher Artikulation, Spaltung und Kombination von Interessen und Handlungsorientierungen ist wesentlich an die Pluralität der Parteien im Parteiensystem, insbesondere das Wechselspiel von Regierung und Opposition gebunden: er funktioniert nur mittels der *Parteienkonkurrenz*. Mit dieser Pluralität in der Einheit organisieren die Parteien als »System« zugleich Agressionsabfuhr, Problemverschiebung, Entscheidungsvertagung und die Paralyse sozialer Revolten (Jäger 1983). Individuelle Wahlentscheidungen müssen immer zwischen einem »größeren« und einem »kleineren« Übel erfolgen und bedeuten insoweit die Selbstpreisgabe virulenter Interessen im Wahlakt.

Das System der Parteien erscheint mithin als Garant der »Staat« und »Gesellschaft« trennenden »relativen Autonomie« des Staates. Es ist aber *zugleich* auch Mittel der *Durchstaatlichung* der Gesellschaft. Als regulative Vermittlungsinstanz zwischen »Interessenartikulation« und »Systemsteuerung« stellt es ein System der Interessenformierung und Handlungsorientierung bereit, das den nach den »Sachzwängen« der kapitalistischen Reproduktion operierenden und insofern »entpolitisierten« Verwaltungsstaat gegenüber »dysfunktionalen« Formen und Inhalten der Interessenartikulation abschirmt (Buci-Glucksmann 1982, 56). Es ordnet die gesellschaftlichen Interessen nach der Logik des Staates, fokussiert die politische Orientierung und das Verhalten der Individuen auf diesen und trägt wesentlich zur Koordination von Interessenverbands- und staatlicher Politik bei (partievermittelte »Sozialverträge« und »konzertierte Aktionen«). Es ist sehr wesentlich das Parteiensystem, welches die Imperative weltmarktbestimmter kapitalistischer Reproduktion in das institutionelle Regulierungsgeflecht in die kleinsten gesellschaftlichen Verästelungen bis zu den einzelnen Individuen hinein vermittelt.

Regulation ist immer und wesentlich ein *diskursiv* vermittelter Vorgang. Interessen sind nicht etwas dem politischen Prozeß einfach Vorausgesetztes, die es in einem politischen Verarbeitungsprozeß zu filtern, zu lenken und zu kanalisieren gälte. Vielmehr sind es die Form des politisch-institutionellen Regulationszusammenhangs und die in ihn eingebetteten Diskurse, die materielle Lagen, Erfahrungen, Weltbilder, traditionelle Situationsdeutungen und »Werte« so miteinander verknüpfen, daß sie als politisch virulente »Interessen« überhaupt zur Sprache kommen (Esser und Hirsch 1984b, 53). »Objektive« gesellschaftliche Stellungen und die daraus resultierenden Erfahrungen setzen sich erst über einen sehr komplexen und widersprüchlichen Vermittlungszusammenhang in »Inter-

essen« um. In derselben objektiven Lebenslage kann jedes Individuum durchaus unterschiedliche und sogar widersprüchliche Interessen ausbilden, und dies ist wesentlich abhängig von der Art des diskursiven Feldes, in das es eingebettet ist.

Die »implizite« Präsenz der Parteien in allen gesellschaftlichen Bereichen und bei fast allen Individuen ermöglicht es ihnen aber, schon im Prozeß der Entstehung und Artikulation von Interessen gegenwärtig zu sein, und die Heterogenität ihrer inneren Organisation und ihrer »Vorfeld«-Beziehungen befähigt sie, durchaus widersprüchliche Diskurse gleichzeitig zu transportieren. Dies ist eine Voraussetzung dafür, daß von den Parteien eine Vielzahl von auf materielle Lagen und Praxen sich beziehenden Diskursen entwickelt, gegeneinander ausgespielt und kombiniert werden können. Diskursive Widersprüchlichkeiten sind allerdings langfristig nur auf der Basis generalisierter »Grundkonsense« durchhaltbar, die von den Parteien nicht erzeugt, sondern höchstens stabilisiert und ausgebaut werden können. Insofern bleibt ihre regulative Funktion an die Existenz einer stabilen »hegemonialen Struktur« gebunden, die auf einer übergreifenden Vereinbarkeit von gesellschaftlichen Erfahrungen mit den politischen Formen der Interessenregulation beruht (so etwa im »keynesianischen« Wachstums- und Fortschrittskonsens des Fordismus).

### **Fordismus-Krise und die Veränderung der Regulationsbedingungen**

Die fordistische Phase des Kapitalismus war geprägt durch die Durchsetzung tayloristischer Arbeitsprozesse in wichtigen Sektoren, verbunden mit einer erheblichen Ausdehnung der Lohnarbeit (durch Zurückdrängung subsistenzwirtschaftlicher Produktionsformen im Agrar- und Haushaltssektor) bei gleichzeitiger relativer Angleichung der Lohnarbeitsverhältnisse (»Arbeitnehmergesellschaft«). Die industrielle Massenproduktion von Konsumgütern wurde Grundlage einer weitgehenden Durchkapitalisierung des Reproduktionsbereichs, d.h. die Reproduktion der Arbeitskräfte wurde zum integralen Bestandteil der Kapitalreproduktion auf der Basis eines verallgemeinerten Konsummodells. Hohe Produktivitätsfortschritte und die Koppelung der Masseneinkommen an die Produktivitätssteigerungen ermöglichten ein starkes Wachstum des Sozialprodukts und des allgemeinen Lebensstandards. Die forcierte Durchkapitalisierung des Produktions- und Reproduktionsbereichs führte zu einer Auflösung traditioneller sozio-kultureller Milieus.

Dieser Akkumulationsmodus verband sich mit einer »monopolistischen« Regulationsweise, die sich von der bis dahin ausgeprägten, eher liberal-konkurrenzförmigen Regulation wesentlich unterschied (Boyer und Mistral 1983a, 49ff.; Boyer und Mistral 1983b; Lipietz 1985, 121f.). Ihre Grundlage waren starke ökonomische Konzentrationsprozesse und die Herausbildung neuer Massenindustrien (insbesondere Automobil- und Elektroindustrie), die Entwicklung bürokratisierter und zentralisierter Gewerkschaften mit tendenziell alle Lohnabhängigen einbeziehendem Vertretungsanspruch und damit der Möglichkeit zum Abschluß umfassender Tarifverträge sowie der Ausbau des bürokratischen Sozialstaats, der sowohl die Bedingungen der Arbeitskraftreproduktion erheblich veränderte als auch entscheidend zur Stabilisierung des Massenkonsummodells

beitrag. Das Parteiensystem war geprägt durch die Herausbildung »reformistischer«, auf staatliche Umverteilungsspielräume gestützter, bürokratischer Massenintegrationsparteien mit sich lockernden weltanschaulichen und klassenmäßigen Bezügen (»catch-all-party«, vgl. Kaste und Raschke 1977). Auf dieser Basis konnte sich ein zentralisierter, auf sozialvertraglicher Kooperation von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Parteien und Staatsadministration beruhender Korporatismus und ein darauf gestützter keynesianischer Staatsinterventionismus entwickeln. Die Sicherung von Vollbeschäftigung und Wachstum, der Ausbau des Sozialstaats und eine auf das ausgebaute Instrumentarium der geld- und fiskalpolitischen Staatsintervention, korporative Verhandlungsstrukturen und volkswirtschaftliche Prognosen gestützte Globalsteuerung des ökonomischen Reproduktionsprozesses waren bestimmende Merkmale der fordistischen Hegemonialstruktur.

Die in den siebziger Jahren einsetzende Krise des Fordismus führte weltweit zu einem Zusammenbruch dieser »keynesianischen« Regulationsweise. Kennzeichen des sich abzeichnenden neuen *Akkumulationsmodus* sind

- der Übergang zu *nach-tayloristischen Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation* auf der Basis neuer Informations- und Kommunikationstechnologien; dies führt keineswegs zum »Ende der Massenproduktion«, sondern zu ihrer technologischen Neukonstituierung, die aber verbunden ist mit massenhafter Freisetzung von Arbeitskräften, weitreichenden sozialen Marginalisierungsprozessen und einer starken Fragmentierung der Arbeits- und Lohnverhältnisse;
- eine verstärkte *Industrialisierung des Dienstleistungssektors* auf der Basis der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (»Hyper-Industrialisierung«), was zu erheblichen Um- und Freisetzungen im Bereich der Dienstleistungsberufe führt und die soziale Struktur der Lohnabhängigen (z.B. das Verhältnis zwischen Arbeitern und Angestellten) umwälzt; zugleich haben Veränderungen des Informations- und Kommunikationsverhaltens erhebliche, stark individualisierende Auswirkungen auf die Form der Vergesellschaftung;
- einen *neuen Schub* der Durchkapitalisierung, die auf Dienstleistungs-Industrialisierung und eine weitere (möglicherweise gentechnologisch begründete) Industrialisierung der Landwirtschaft gegründet ist und erhöhte Zwangsmobilität und eine rasche Auflösung gewohnter Lebenszusammenhänge zur Folge hat;
- eine *Entkoppelung von Produktivitäts- und Masseneinkommenszuwachsen* und damit der Übergang zu einer Akkumulation auf niedrigem Wachstumsniveau, was sich mit einer Vergrößerung der Einkommensunterschiede und einer erhöhten Differenzierung des Konsummodells verbindet;
- eine auf Fragmentierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, informationstechnologische Vergesellschaftung, Konsumdifferenzierung, erhöhte Konkurrenz um Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Lockerung der Disziplinierungswirkungen standardisierter Lohnarbeit und psycho-soziale Freisetzungsprozesse gegründete »*Individualisierung*« und »*Pluralisierung der Lebensstile*«.

Damit zusammenhängend deutet sich die Herausbildung einer *Regulationsweise* an, die Elemente der überkommenen monopolistischen Regulation neu gewichtet und mit verstärkter, aber nach wie vor estatistisch kontrollierter Marktsteuerung verbindet. Ihre Kennzeichen sind:

- neue *Branchengliederungs- und industrielle Verflechtungsverhältnisse* auf der Basis fortgeschrittener Produktionstechnologien, verbunden mit starken internationalen Konzentrationsprozessen und einer Neuorganisation des Verhältnisses von Industrie- und Finanzkapital; parallel dazu wächst die Bedeutung marktnaher und innovativer Kleinunternehmen sowohl im High-Tech-Sektor als auch in den marginalisierten Bereichen der Ökonomie, verbunden mit einem zunehmenden Verschwimmen der Grenzlinien zwischen Selbständigkeit und Lohnarbeit;
- eine *quantitative Reduzierung und institutionelle Fragmentierung* des Systems sozialer Sicherung mit der Folge einer zusätzlich sozialstaatlich vermittelten Spaltung unterschiedlicher Lohnarbeiterkategorien;
- die *Schwächung der Gewerkschaften* durch Massenarbeitslosigkeit, Tertiarisierungsprozesse, die Heterogenisierung der Arbeitsverhältnisse und soziale Spaltungsprozesse innerhalb der Lohnabhängigen;
- die Herausbildung *neuer korporativer Formen*, die durch enge Staat-Industrieverflechtungen im Technologiebereich, eine *selektive* Einbindung privilegierter Teile der Lohnabhängigen in korporative Arrangements sowohl auf betrieblicher als auch auf überbetrieblicher Ebene und die Aufgabe der globalen, auf die Reproduktion der Gesamtarbeiterschaft bezogenen staatlichen Vollbeschäftigungs- und Reformpolitik gekennzeichnet sind (»selektiv-zentraler Korporatismus«).

### **Aktuelle Veränderungen im Organisations- und Politikmodus der Parteien**

In der Bundesrepublik befindet sich mit dem Fordismus auch der ihn in besonderem Maße kennzeichnende Parteityp in einer Krise: die »Volkspartei«. Sie, d.h. »der moderne Typ bürokratischer Apparatparteien mit Massenmitgliedschaft und sozial relativ breit gestreuter, heterogener Wählerschaft, (stellt) ... die Parteiform dar, die einer entwickelten 'fordistischen' und zugleich unter starkem Weltmarkt-Anpassungsdruck stehenden kapitalistischen Gesellschaft in besonders hohem Maße entspricht« (Esser und Hirsch 1984a, 110). »Volksparteien« etablierten sich als bürokratische, zentralisierte und estatistische Massenintegrationsagenturen, die vorrangig auf die Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion im Sinne der Bereitstellung staatlicher Leistungen zur Reproduktion des ökonomisch gesellschaftlichen Gesamtsystems hin ausgerichtet sind. Die parallel zur nachlassenden Verankerung in traditionellen sozialen und politischen Milieus sich vollziehende Professionalisierung, Bürokratisierung und soziale Verselbständigung der Parteiapparate hatte andererseits zur Folge, daß Interessenvertretung und -berücksichtigung stärker selektiv-taktisch und bürokratisch-zentralisiert organisiert erfolgte und Stimmenmaximierung zum vorrangigen parteistrategischen Orientierungsfixpunkt wurde.

Weitgehend getragen von beiden »Volksparteien«, CDU und SPD, entsprach das Regulationsmodell (korporatistisch vermittelte Interessenorganisation, politischer Keynesianismus, Sicherheitsstaat) in besonderem Maße den Erfordernissen des bundesdeutschen Akkumulationsmodells (Exportorientierung, hoch spezialisierte und dennoch integrierte »moderne« Branchenstruktur). Insbesondere der Sozialdemokratie gelang es, die in diesem Modell angelegten Konflikte zwischen »Systemimperativen« (Weltmarktanpassung als dominantes gesellschaftspolitisches Ziel) und individuellen Interessenlagen (gerichtet etwa gegen Zwangsmobilität und Auflösung traditioneller Lebensformen, Arbeitsintensivierung in tayloristischen Arbeitsprozessen etc.) mit materiellen Konzessionen und Kompromissen (lohnzentrierte Sozialpartnerschaft, Sozialstaat) kleinzuarbeiten.

Angesichts der spezifischen politisch-sozialen Konfliktlagen des Fordismus und bei wachsendem Weltmarktdruck wurde dieser Massenintegrationsmodus jedoch zunehmend prekärer und mußte schließlich scheitern (Hirsch und Roth 1980, 71). Auf parteipolitischer Ebene äußert sich die Krise des »Modell Deutschland« daher vornehmlich als Krise der Sozialdemokratie. Deren Krise hat jedoch paradigmatischen Charakter für die Situation der »Volksparteien« in der gegenwärtigen Umbruchsituation.

### *Die »Volksparteien« und ihre Krise*

Herausgefordert sehen sich die bürokratischen Großorganisationen mit all ihren Wahlkampfapparaturen zur Identifikation und Beeinflussung »ihrer« Wähler durch die zunehmende *Unberechenbarkeit* des »Wahlvolkes« (vgl. Radunski 1986). So werden trotz relativ hoher Wahlbeteiligung (parteispezifische) Stimmenthaltungen immer relevanter für den Wahlausgang. Zudem signalisieren Wahlenthaltungen möglicherweise bevorstehende »Neuorientierungen« der Wähler. Insgesamt steigt die Zahl derjenigen Wahlberechtigten, die noch kurz vor den Wahlen nicht entschieden haben, ob sie überhaupt wählen werden, und wenn ja, welcher Partei sie ihre Stimme geben.

Erste Konsequenz dieser Entwicklungen für die Parteistrategen: auf Kosten der »Stammwähler« rücken in der sich entwickelnden »Stimmungsdemokratie« (Radunski) die Nicht- und Wechselwähler immer stärker ins Zentrum des wahltaktischen Kalküls.

Zugleich verschwimmen den Parteien Begriffe wie Stamm-, Rand- und Wechselwähler zusehends; sie sind verstört »auf der Suche nach dem typischen Wähler« (Zundel 1987). Hilfe sollen umfassende sozialwissenschaftliche Studien leisten. Diese stellen jedoch nur die weitreichende Ausdifferenzierung des Wählerverhaltens auf dem Hintergrund zunehmender sozialstruktureller Segmentierung fest; unterschieden werden auch in ihren parteipolitischen Präferenzen differierende »Milieus«, »Lebenswelten« oder »Lebensstile«. Entscheidend für die Parteien: (potentielle) Wähler sowohl der SPD als auch der CDU finden sich in allen Milieus; und um mehrheitsfähig zu werden, müßten umgekehrt beide »Volksparteien« ihr Potential in allen Milieus voll ausschöpfen. Dies gilt besonders für die SPD. Die »Zersplitterung des sozialdemokratischen Wählerpotentials« (Glotz 1986, 64) ist am weitesten fortgeschritten.

Den »Volksparteien« tritt also ein »Wahlvolk« gegenüber, das den Parteien in steigendem Maße mit Indifferenz begegnet. Unterschiede zwischen den Parteien werden weniger wahrgenommen und von möglichen »Machtwechseln« werden kaum noch entscheidende politische Änderungen erwartet: Die »Angleichung der Sachkompetenzprofile« (Börner und Koschnick 1976, 213) zeigt ihre Wirkung. Bedroht ist damit der legitimatorische Kern des periodischen Wahlakts: eben die (empfundene) Relevanz der (wählbaren) Differenz.

Auf den Wähler wirkt schließlich der Kompetenzzweifel ähnlich demotivierend wie sein gleichzeitig auftretendes Ohnmachtsgefühl angesichts der Parteienallmacht: zu Recht — so die Parteimanager — würde den Parteien »vorgeworfen, daß sie ihren Einfluß in immer mehr gesellschaftliche Bereiche hinein ausweiten« (Geissler 1982, 277; ähnlich: Glotz und Wagner 1982).

Besonders aufgeschreckt reagieren strategischer denkende Parteimanager, wenn neben die Indifferenz der »schweigenden Masse« — mit der ein »amerikanisiertes« Parteiensystem immerhin leben könnte — die Ablehnung der »politisch Mobilien« tritt (Glotz und Wagner 1982, 290; Geissler 1982, 267). Bürgerinitiativen, neue soziale Bewegungen und nicht zuletzt das Auftreten der *Grünen* signalisieren in diesem Sinn für beide »Volksparteien« — aber wiederum insbesondere für die SPD — eine bedrohliche »Neigung zu alternativen Organisationsformen« (Glotz und Wagner 1982, 284). Die Zunahme politischer Aktivitäten und Organisationen quer zu und neben den »Volksparteien« machen deutlich, daß nur in stark verkürzter Sichtweise der »Wählermarkt« sich schlicht auflöst hin zu Individualisierten, Orientierungslosen und Apolitischen, die es nur noch mit geschickter politischer PR-Arbeit für die eine oder andere »Volkspartei« zu gewinnen gilt (so die »amerikanophile« Parteistrategie; exemplarisch: Clement/Hombach in der SPD; vgl. *Spiegel* 2/87).

Parallel zu Tendenzen der Auflösung gewachsener traditioneller sozialer Milieus — bis hin zur vollständigen »Individualisierung« — entfalten sich auch Gegenteilstendenzen, die auf die Entstehung neuer, politische Orientierung stiftender gesellschaftlicher Zusammenhänge verweisen. Nur lassen sich diese eben entweder parteipolitisch nicht mehr (»anarchistisch« orientierte Großstadt«szenen») oder jedenfalls nicht mehr ohne weiteres mit den traditionellen Mitteln organisieren.

»Außenbeziehungen« unterhält die Partei (im engeren Sinne) nicht nur zum Wähler — obwohl diese wählerzentrierte Sicht in den wahltaktischen und -arithmetischen Debatten in den »Volksparteien« dominiert. Von zentraler Bedeutung gerade für den strategischen Umgang der Partei mit dem »vorpolitischen Raum« sind die vielfältigen Verbindungen und Verknüpfungen mit »ihren« Vorfeldorganisationen. Doch auch hier werden traditionelle Zusammenhänge schwächer. Gesellschaftliche Heterogenisierungs- und Spaltungstendenzen restrukturieren auch die Mitgliederbasis der Verbände; veränderte Konkurrenzverhältnisse gefährden ganze Branchen, Sektoren oder Regionen und setzen die Spitzen organisierter Interessenvertretungen neuen und radikalisierten Forderungen »von unten« aus; industrielle Umstrukturierungen und Transformationen der Arbeitsprozesse lösen traditionelle Interessenidentitäten und »Solidargemeinschaften« auf. Konsequenzen dieser Entwicklungen in den Verbänden: veränderte Interes-

senkonstellationen, quer zu Traditionen liegende Konfliktverläufe und verschärfte organisationsinterne Auseinandersetzungen. Dies bewirkt ein tendenzielles Auseinanderdriften von »Volkspartei« und parteispezifischem politischem Vorfeld.

In den Parteien spiegeln sich Heterogenisierungstendenzen auf der Wähler-ebene und Desintegrationserscheinungen in traditionell auf die Partei bezogenen Organisationsgeflechten in zweifacher Weise wider: Zunächst »pluralisieren« sich auch dort die »Lebensstile«; v.a. aber entwickeln sich divergierende Strategien, mit denen auf die Zersplitterung und Auflösung des traditionellen Wählerpotentials reagiert werden soll. Gleichzeitig wirkt die gesellschaftspolitische Konzeptionslosigkeit der Parteien zusätzlich desintegrativ: Im Streit um post-keynesianische globale gesellschaftspolitische Konzepte wird bestenfalls programmatische Vielfalt, nicht jedoch inhaltlich vermittelte Kohärenz hergestellt. Fraktionierung, Flügelbildung und -kämpfe sowie erbitterte Strategiedebatten sind die Folge. Mit Vorliebe wird diese Entwicklung beim Gegner registriert und kritisiert: die »Zerklüftung der Rechten in fünf Fraktionen« notiert der sozialdemokratische, »zwei Parteien oder politische Richtungen« in der SPD entdeckt der christdemokratische Parteioberssekretär (vgl. Glotz 1984a, 18ff.; Geissler 1982, 279).

In der gegenwärtigen Umbruchsituation tritt damit ein in den »Volksparteien« strukturell angelegtes Dilemma zutage. Ihre Integrationsleistung setzt Pluralität und Heterogenität in ihrer Programmatik, ihren Binnenstrukturen wie in ihren »Vorfeldbeziehungen« voraus; diese wiederum untergraben aber gleichzeitig die interne Integrationsfähigkeit ständig, sie ermöglichen *und* begrenzen Strategien der Stimmenmaximierung, sie problematisieren die Erarbeitung und Existenz vereinheitlichender programmatisch-politischer Handlungsorientierungen und gefährden damit schließlich die durch die Parteien sicherzustellende staatlich-administrative, dem Weltmarktzwang adäquate Handlungsfähigkeit.

Auch für die »Volkspartei« gilt, »daß Parteitypen mit den Verhältnissen, die sie hervorgebracht haben, sich überleben« (vgl. Raschke 1983).

### *Modernisierungsstrategien*

Unter besonderem »Modernisierungsdruck« steht gegenwärtig die Sozialdemokratie. Als *die* Partei des »Modell Deutschland« ist sie von dessen Krise besonders hart getroffen: mit dem Zusammenbruch des Keynesianismus als hegemonialem Projekt findet sie sich v.a. in einem programmatisch-strategischen Vakuum wieder; die Auflösung und Neuformierung politisch-sozialer Milieus forciert die Zersplitterung insbesondere ihres Wählerpotentials; mit neuen sozialen Bewegungen und den *Grünen* erwachsen gerade ihr Wahlstimmen kostende alternative Organisationsformen oder gar parteiförmige Konkurrenz.

Die Folge sind programmatische Hyperaktivität und organisationspolitische Reformanstrengungen. Modernisierungsstrategien reichen von der »Amerikanisierung« der Partei (Reduktion zur Wahlkampfmaschine oder politischer Public-Relations-Agentur, durchgängige Personalisierung und »Entpolitisierung« ihrer Aktionen) bis zur »Rückbildung« zur alten »Arbeitnehmerpartei«. Zentral geht



es in der Debatte um *organisationspolitische* Neuerungen — der Vielfalt programmatischer Aktivitäten zum Trotz. Reagiert wird mit Reorganisationsstrategien auf den Verlust des Zusammenhangs von traditionellen Wählern und Partei, wie auf die Unfähigkeit der SPD, neu entstehende Wählerschichten an sich zu binden. Beide Krisenphänomene erfordern die Neuformierung ihres pluralen Geflechts von Beziehungen zu Klassen, Gruppen, Milieus und Vorfelddorganisationen. Angestrebt wird die allgegenwärtige Präsenz der Partei auch im »unpolitischen Raum« (Vereine, Verbände, im gesamten Freizeitbereich).

Im »vorparteilichen Raum« rückt der »parteilose Sozialdemokrat« insbesondere als »Multiplikator« oder »Meinungsführer« ins Zentrum des Interesses. Intellektuelle gewinnen im täglich und überall angesagten »Kampf um Köpfe« strategische Bedeutung für die Partei. Neue Organisationsformen (Foren, Fachkonferenzen, Werkstattgespräche) zielen auf deren Einbindung ebenso wie die Öffnung der Parteimedien. Damit soll erreicht werden, »daß also die gesamte Partei einen bestimmten Themenkomplex mit den interessierten Gesprächspartnern auch außerhalb der SPD offen debattiert« (Glotz 1981, 4; zu parallelen Entwicklungen in der CDU s. Schönbohm 1985, 146ff.; Geissler 1982). Pluralistisch organisierte, für die unterschiedlichsten Positionen offene und an zeitgemäßen Themen orientierte Diskussionsforen ersetzen in der Kommunikation mit dem »Vorfeld« weitgehend die dokumentierte Programmatik — die in ihrer »dienenden« Funktion für den taktisch bestimmten Diskurs in der Partei und mit dem Umfeld v.a. den Prinzipien Flexibilität, Offenheit und Pluralität zu folgen hat. Programmdebatten werden zum Selbstzweck, die programmatische Hyperaktivität zielt nicht vorrangig auf die Befriedigung der nur noch mancherorts vorzufindenden »Sehnsucht nach Programm« (Adam 1987), sondern folgt in ihrer Inszenierung den diskurstaktischen Ansprüchen der »modernen Volkspartei«: Dialogfähigkeit ist zu beweisen, Gemeinsamkeit *und* Unterscheidbarkeit zu signalisieren, Offenheit, Pluralität *und* Einheit zu dokumentieren.

Die parallele Ansprache einer Vielzahl heterogener »Zielgruppen« setzt in den zuständigen Parteigliederungen organisatorisch ein hohes Maß an diskursiver Autonomie voraus (Glotz 1981, 4). Ein parteischädigender »Überhang« an Autonomie wird indessen dadurch vermieden, daß die Arbeit z.B. von Arbeitsgemeinschaften immer an den zentralen Parteiapparat gebunden bleibt und daß darüber hinaus neben und gegen die »traditionelle Zielgruppenarbeit« in und durch die Arbeitsgemeinschaften mehr und mehr die von der Parteizentrale organisierten Fachkonferenzen oder -kommissionen treten. Jetzt initiiert und organisiert die Zentrale im Parteiapparat (die Bundesgeschäftsstelle) vielfältigste und themen- und zielgruppenspezifische Diskurse — auch und insbesondere mit der Absicht, damit die Aktivitäten der gesamten Partei zu steuern. Moderne Massenkommunikations- und Datenverarbeitungstechnologien sollen hier einen ihrer »Einsätze« haben (zentrale Erfassung und Aufbereitung von »Zielgruppen« in den Untergliederungen, Zielgruppen-Briefaktionen etc.; vgl. Börner und Koschnick 1977; Glotz 1984b).

Erfolgreiche Zielgruppenarbeit setzt »zielgruppenadäquate« Organisationsformen voraus. Sie erfolgt weitgehend »entpolitisiert«, da die Partei akzeptiert, »daß die meisten Menschen eben nicht politisch denken, sondern sich von an-

deren Motivationen leiten lassen« (Hombach, in *Spiegel* 2/87). Polit-Feten, Alten-Kaffeekränzchen und Ferienschulen sind Beispiele einer »Organisationspolitik in der ersten Person« (Glotz 1984b, 163). Der Ausbau der »Serviceangebote durch die Partei« (Börner und Koschnick 1976) reflektiert die »moderne« sozialdemokratische Vorstellung, »Politik selber als eine Dienstleistung anzusehen« (Wentz 1986, 13).

Tendenziell lösen sich in den Strategien der Parteien die für sie immer schwieriger zu erfassenden und sich ständig ausdifferenzierenden und reformierenden »Zielgruppen« auf in den individuellen *Wähler* (vgl. z.B. Wentz 1987). Ihre Aktionsformen richten sich nach den Maximen des »modernen Wahlkampfes im Zeitalter der Massenkommunikation« (vgl. Radunski 1986 und *Spiegel* 2/87). Vor allem *mediengerecht* gestaltet sich parteipolitische Arbeit: Die jeweils in der Medien-Öffentlichkeit dominierenden Themen greift die Partei schnell, flexibel und variabel auf. Ihre vielfältigen Stellungnahmen und Eingriffe in die öffentliche Diskussion erfolgen »adressatenbezogen«, differieren daher inhaltlich notwendigerweise oder geraten sogar widersprüchlich. Zentral entwickelte »Musterargumentationen«, Kampagnen und allgemeine »Begründungsnetze« (Glotz) sorgen gleichzeitig formal für die ebenfalls angestrebte Einheitlichkeit im »Erscheinungsbild« der Partei. Politik als »Medienereignis« (Glotz) stellt sich in mediengerechten Formen dar: »suggestive Bilder, große Abbreviationen, Archetypen« dominieren in der politischen Argumentation, Kontroversen werden inszeniert, Imagekampagnen von Werbeagenturen organisiert, Kommissionen kümmern sich um die Semantik in der Politik (vgl. Glotz 1986). In der (Parteien-)Konkurrenz um symbolische Handlungen rückt die »Persönlichkeit des Politikers« (Wentz 1987) in den Vordergrund. Diese »Amerikanisierung« des Wahlkampfes macht den Grad der Professionalisierung, Kommerzialisierung und Technisierung (EDV-Verbindung von Zentrale zu Ortsvereinen, technische Ausstattung der Ortsvereine, zentrale Referentenvermittlung, kommerzielle Plakatierung etc.) zu Leistungs- und Erfolgsindikatoren in der Parteienkonkurrenz (vgl. SPD 1983; CDU 1987).

Gestärkt — und nicht geschwächt oder gar abgeschafft (wie die aus dem beschriebenen Wahlkampf-Verhalten abgeleitete »Amerikanisierungs«-These häufig impliziert) — wird in diesem Transformierungsprozeß die Partei*organisation*, insbesondere die Parteizentrale. Als »Kommunikationszentrum« initiiert und organisiert sie den »großen gesellschaftlichen Kommunikationsprozeß« (d.h. hier Politik) und etabliert und festigt immer wieder »die Kampagnen- und Diskursfähigkeit« der Partei (Glotz). Die Ausdifferenzierung und Pluralisierung der Beziehungen zum gesellschaftlichen »Umfeld« wird innerorganisatorisch von einem Zentralisierungsprozeß begleitet: dem weiteren Öffnen und Zerfließen der Grenzen zur »Umwelt« entspricht in der Partei die fortschreitende Bürokratisierung des Parteiapparates und die ausgeweitete Dominanz der Parteizentrale. Sie organisiert die Maßnahmen zur Stärkung des Apparates. In seinem Erscheinungsbild, der technischen und personellen Ausstattung der Geschäftsstellen und den jeweils zu bearbeitenden Themen wird dieser bürokratisierte Apparat standardisiert. Unter anderem mit einer Parteschule sollen die Management- und sozialen Kompetenzen der hauptamtlichen Mitarbeiter zielstrebig gesteigert,

die *Professionalisierung* der Parteiarbeit damit weiter forciert werden. Dem dient auch der Ausbau der *technischen Ausstattung* des Apparates. Der verstärkte Einsatz von »EDV in der SPD« (SPD 1986) gewährleistet die direktere und schnellere Anbindung der Unterbezirke und Ortsvereine an die Zentrale — wie er dieser erlaubt, »an der Basis« wahrgenommene Entwicklungen schnellstens erfassen zu können.

### *Fazit: Ein Parteiensystem neuen Typs?*

Faßt man die skizzierten Tendenzen zusammen, so akzentuiert und verstärkt der »postfordistische« Parteityp Organisations- und Politikformen, die schon in den traditionellen »Volksparteien« angelegt waren und paßt sich auf diese Weise neuen gesellschaftlichen Regulationsbedingungen an. Allerdings ist der Prozeß der Umstrukturierung des Parteiensystems noch in vollem Gange und einige der beschriebenen Phänomene könnten sich durchaus als Eigentümlichkeiten einer Übergangsphase erweisen. Daß die Krise des Fordismus sich in der Bundesrepublik nicht zu einer Krise des politischen Institutionensystems insgesamt ausgeweitet hat, ist dem besonderen Charakter des traditionellen Volksparteiensystems mit seiner hoch bürokratisierten, etatisierten, an taktischer Stimmenmaximierung orientierten und von überkommenen sozialen Milieus bereits relativ abgekoppelten Struktur geschuldet. Sie vor allem ermöglicht die kontinuierliche, vom Mechanismus der Wahlkonkurrenz angetriebene Anpassung *ohne* offenen politischen Bruch.

Wesentliches Kennzeichen der neuen Parteiform ist eine noch weiter getriebene Zentralisierung, die — auf die rasche Einführung neuer Organisations- und Kommunikationstechnologien gestützt — das Gewicht der Parteizentralen gegenüber regionalen und interessensspezifischen Untereinheiten, Strömungen und Flügeln erheblich stärkt. Dies geht einher mit einem differenzierten Ausbau der regionalen »unteren« und interessensspezifisch-funktionalen Organisationsteile, die dabei aber immer stärker den Charakter zielgruppenorientierter Multiplikatoren und Transmissionsinstanzen annehmen. Das politische Gewicht der traditionellen, innerparteilich institutionalisierten Interessengruppen scheint erheblich abzunehmen. Die kommunikationstechnologisch mögliche Kurzschließung zwischen den gestärkten Zentralapparaten und lokalen Organisationseinheiten drängt sie an den Rand des innerparteilichen Willensbildungsprozesses. Statt (politischer) »Parteibasis« spräche man daher besser von organisatorischem »Unterbau«. Je weniger sich die Parteien auf traditionelle sozio-kulturelle Milieus stützen können und je stärker soziale Zusammenhänge, Szenen und Lebensstile fluktuieren, desto eher müssen sie versuchen, mit informations- und organisationstechnischen Mitteln in dieses sich ausdifferenzierende »Vorfeld« hineinzugreifen. Sie fungieren dabei als scheinbar entpolitisierte soziale Dienstleistungsagenturen, die Alternachmittage oder Straßenfeste nicht nur für ihre Werbezwecke benutzen, sondern selber veranstalten. Zweck ist die Herstellung einer positiven »corporate identity«, die einhergeht mit einer forcierten Personalisierung von Politik: Die Taktik widersprüchlich zielgruppenspezifischer Diskurse kann nur vor dem Hintergrund eines generalisierten, von konkreter Politik

abgehobenen Vertrauens Erfolg haben. Gleichzeitig lockern sich die institutionalisierten Beziehungen und Verflechtungen zu den Massenverbänden allein schon infolge ihrer gesellschaftlichen und politischen Heterogenisierung und Schwächung. Die Parteien werden dadurch verstärkt dazu gezwungen, ihr eigenes »Vorfeld« zu organisieren. Dabei riskieren sie allerdings, an virulenten Interessenlagen und aktiven politisch-sozialen Milieus vorbeizugehen: immer leichter entgeht ihnen, was sich »draußen im Lande« tatsächlich bewegt. Strukturell und unabhängig von aktuellen Bewegungskonjunkturen bleibt daher die entscheidende Gefahr für die Stabilität des Parteiensystems das Auftauchen außerinstitutioneller, sich ihrer Kontrolle entziehender politischer Artikulations- und Aktionszusammenhänge.

Als überzogen dürften sich Prognosen erweisen, die aus den Stimmenzuwächsen der kleineren Parteien in den vergangenen Wahlen die Tendenz zur Herausbildung eines heterogenen Vielparteiensystems und damit zum Verschwinden der dominanten Massenintegrationsparteien abgeleitet haben. Einiges spricht dafür, daß diese Erscheinung eher Ausdruck aktueller Anpassungsprobleme der »Volksparteien« als Zeichen eines langfristigen Trends ist. Die Wahlerfolge der *Grünen* und der FDP kommen daher, daß im aktuellen gesellschaftlichen Umstrukturierungsprozeß spezifisch »moderne« soziale Sektoren entstehen, die sich von den traditionellen Volksparteien zunächst nur noch schwer integrieren lassen. Dies muß aber nicht so bleiben. Einer Dezentralisierung des Parteiensystems steht der Monopoleffekt entgegen, der aus der wachsenden Bedeutung der technischen Apparaturen und der dafür erforderlichen Finanzmittel resultiert, stärker aber noch die Tatsache, daß die Gesellschaft trotz einschneidender sozialer Differenzierungen und Spaltungen Klassengesellschaft bleibt, was die Herausbildung entgegengesetzter politischer Blöcke mit jeweils dominanter Partei fördert — dies um so mehr, je geringer die Bedeutung der traditionellen Spaltungslinien (»cleavages«) wird. Wenn man andererseits davon ausgeht, daß die gesellschaftliche Heterogenisierung und Pluralisierung noch zunehmen wird, erscheint die Rückkehr zum faktischen Zweiparteiensystem der fordistischen Ära als ebenso unwahrscheinlich. Das Parteiensystem wird eher die Form eines ungleichgewichtigen Oligopols annehmen, in dem kleine, milieu- oder interessenspezifische Korrektur- und Protestparteien eine wichtige Rolle spielen. Sie könnten zugleich die Funktion einer doppelten Flexibilitätsreserve erfüllen: einmal vergrößern sie den wahlkonkurrenzbestimmten Anpassungsdruck auf das Parteiensystem insgesamt und zugleich ermöglichen sie die situative »Rückholung« abdriftender Szenen und Gruppierungen in den repräsentativen Integrationsmechanismus, was um so wichtiger ist, je wahrscheinlicher das Auftreten »außerinstitutioneller« Bewegungen wird.

Trotz organisatorischer und politischer Kontinuitäten zeichnet sich damit im Übergang zum »Postfordismus« ein recht veränderter parteiförmiger Regulationsmodus ab. Er wird wesentlich dadurch geprägt, daß die Parteien nicht mehr als politische Vermittler eines hochorganisierten, den Klassengegensatz zentral institutionalisierenden korporativen Arrangements fungieren können. Mit der Schwächung und der inneren Polarisierung der großen Massenverbände (Gewerkschaften, Bauern) bricht deren eine Säule quasi weg. Die fordistisch-kor-

porative Form der Regulation wird modifiziert und dabei sozial entscheidend umgewichtet. Grundlage dafür sind die enormen Konzentrations- und Verflechtungsprozesse im Unternehmenssektor und eine unter dem Druck weltmarktbestimmter Restrukturierungszwänge vorangetriebene Autonomisierung des autoritären Sicherheitsstaats gegenüber entgegenstehenden gesellschaftlichen Interessen. Der Regulationsmodus bleibt monopolistisch, weil sowohl der Monopolgrad der Wirtschaft als auch die Notwendigkeit zentral-administrativer Steuerung von Marktprozessen und damit verbundene Staats-Monopol-Verflechtungen eine Rückkehr zu Formen liberaler Marktregulierung unmöglich machen. Der »Liberalismus« des neuen Regulationsmodus beschränkt sich auf die subsidiäre Mobilisierung kleinunternehmerischer Innovationspotentiale und auf die um sich greifende Privatisierung individueller Schicksale und privater Risiken. Dies führt zu einer »Entpolitisierung«, in der das persönliche Schicksal zu einer Angelegenheit individuellen Leistungs- und Durchsetzungsvermögens wird — eine ideologische Entwicklung, die angesichts wachsender gesellschaftlicher Polarisierungen und Spaltungen sowie der Erosion des sozialen Sicherungssystems eine durchaus reale Basis hat. Politische Entscheidungen und staatliches Handeln scheinen dadurch für individuelle Perspektiven an Bedeutung zu verlieren. Dies könnte zur Erklärung abnehmender Parteibindungen und zunehmender Wahlenthaltungen beitragen, welche die Parteien zu ihren verstärkten zielgruppenorientierten Diskursstrategien zwingt: strukturell privatisierte Interessen werden situativ und taktisch, in quasi populistischer Weise mobilisiert, ohne dauerhafte Koalitionen und Interessenzusammenhänge entstehen zu lassen.

Auf solchen Grundlagen beruht der bisherige Erfolg der regierenden liberal-konservativen Koalition: Er geht weniger auf die erfolgreiche Herausbildung und Durchsetzung eines neuen gesellschaftspolitischen Konzepts zurück, sondern auf die Freisetzung des kapitalistischen Restrukturierungsprozesses von den Restriktionen sozialpartnerschaftlich-korporativer und etatistischer Regulierungen, verbunden mit dem Versprechen, die wiederhergestellte Dynamik des Markts werde auf längere Sicht die Wohlfahrt aller bringen. Nur so ist erklärlich, daß gewichtige gesellschaftliche Krisenerscheinungen wie Massenarbeitslosigkeit und um sich greifende Marginalisierungsprozesse («Zweidrittelgesellschaft») zu keinen politischen Eruptionen geführt haben, ja kaum ein beherrschendes politisches Thema sind. Der Preis dafür ist allerdings eine gewisse Entfremdung von den etablierten politischen Institutionen, »Staats-« und »Parteiverdrossenheit«. Dies kann längerfristig eine politische Apathisierung nach dem Muster der USA zur Folge haben, trägt aber auch die Möglichkeit immer wieder neu mobilisierter außerinstitutioneller Bewegungen und Konflikte mit sich. Der sich abzeichnende parteiförmige Regulierungsmodus trüge somit — selbst wenn er sich für eine längere Übergangsperiode hält — Züge struktureller Instabilität. Dies macht die Entwicklung rigiderer Formen des Sicherheits- und Überwachungsstaats recht wahrscheinlich, in denen die dominante(n) Partei(en) die Rolle flankierender, weit in das gesellschaftliche und institutionelle Geflecht hineinreichender Kontrollagenturen spielen, sei es durch soziale »Dienstleistungs«-Aktivitäten, die Überwachung der Massenmedien oder die Funktionalisierung von Milieus und Bewegungsaktivitäten. Der demokratische Prozeß wäre so im

Rahmen formell demokratischer Formen stillgestellt, die Verschmelzung von Parteiensystem und Staat ein entscheidendes Stück weitergetrieben. Selbst wenn die diskurstaktische Zielgruppenstrategie das Produkt einer durch rasche gesellschaftliche Umwälzungen geprägten Übergangsperiode in der Krise des Fordismus sein sollte, dürften die dadurch bewirkten Veränderungen im Organisations- und Politikmodus der Parteien bleibende Konsequenzen haben.

Die Alternative zur Perfektionierung des autoritären Sicherheitsstaats, der sich, parteiförmig flankiert, auf eine vielfach gespaltene, segmentierte und »individualisierte« Gesellschaft stützt, wäre nach dem Scheitern des sozialdemokratisch-keynesianischen Staatsreformismus die Entwicklung eines neuen, tragfähigen und überzeugenden, sich auf die veränderten ökonomisch-gesellschaftlichen Bedingungen des Postfordismus beziehenden gesellschaftspolitischen Reformkonzepts. Nur auf dieser Basis könnte es gelingen, das Auseinanderdriften der Restbestände der traditionell sozialdemokratischen und der grün-alternativen Milieus und Gruppierungen zu verhindern und eine Alternative zum liberal-konservativen »Umbau« der Gesellschaft zu entwickeln. Es ist allerdings zweifelhaft, ob dies auf der Ebene der hoch verapparaten und an taktischer Stimmenmaximierung orientierten Parteien — die entsprechenden Tendenzen bei den *Grünen* sind unverkennbar — noch gelingen kann. Um so entscheidender für die weitere politische Entwicklung wird daher die Stärkung »autonomer«, von den Parteien insgesamt unabhängiger politischer Aktionsformen und Öffentlichkeiten. Die Konsolidierung parteiunabhängiger politischer Praxiszusammenhänge, für die es seit dem Ende der sechziger Jahre in der Bundesrepublik deutliche, wenn auch immer wieder fragmentierte und parteiförmig überformte Ansätze gibt, wird zu einer immer entscheidenderen Voraussetzung für die Re-konsolidierung der demokratischen, reformerischen und emanzipativen Kräfte im Parteiensystem.

## Literaturverzeichnis

- Adam, Konrad, 1987: Sehnsucht nach Programm. Die Parteien und ihr verlorenes Profil. In: FAZ, 4.3.
- Aglietta, Michel, 1976: Régulation et crises du capitalisme. L'expérience des États-Unis. Paris
- Börner, Holger, und Hans Koschnick, 1976: Bundestagswahlkampf 1976: Analyse und Folgerungen für die Arbeit der SPD. Bonn
- Boyer, Robert, 1979: Wage Formation in Historical Perspective: The French Experience. In: Cambridge Journal of Economics, September
- ders. und Jacques Mistral, 1983a: Le Temps Présent: La Crise. In: Annales, 38. Jg. Nr.3(I), 483-506 u. Nr.4(II), 773-789
- ders., 1983b: Accumulation, Inflation, Crises. 2. Aufl., Paris
- Buci-Glucksmann, Christine und Göran Therborn, 1982: Der sozialdemokratische Staat. Die »Keynesianisierung« der Gesellschaft. Hamburg
- CDU 1987: Wahlkampfbericht der Bundesgeschäftsstelle zum Bundestagswahlkampf 1986/87. Manuskript
- Coriat, Benjamin, 1982: Relations industrielles, rapport salarial et régulation: l'inflexion néolibérale. In: Consommation Nr.3
- Esser, Josef, und Joachim Hirsch, 1984a: Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den »nachfordistischen« Kapitalismus. In: Prokla 56, 51-66

- dies., 1984b: Sind die »Volksparteien« am Ende? Transformationsprozesse im Parteiensystem der BRD. In: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael Th. Greven (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen, 109-118
- Geissler, Heiner, 1982: Das Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien aus der Sicht der CDU. In: Raschke 1982, 264-282
- Glötz, Peter, 1981: Zusammenfassung der Diskussion (Organisationspolitische Tagung der SPD am 2./3. Okt. 1981 in Bonn). Manuskript
- dies., 1984a: Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken. West-Berlin
- dies., 1984b: Organisationspolitische Arbeit 1981-1984. In: Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der SPD 1981-1983, Bonn, 163-174
- dies., 1986: Kampagne in Deutschland. Politisches Tagebuch 1981-1983. Hamburg
- dies. und Rainer Wagner, 1982: Das Verhältnis zwischen Bürgern und Parteien aus der Sicht der SPD. In: Raschke 1982, 283-293
- Hirsch, Joachim und Roland Roth, 1980: »Modell Deutschland« und neue soziale Bewegungen. In: Prokla 40, 14-39
- dies., 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg
- Holloway, John und Sol Picciotto (Hrsg.), 1978: State and Capital. A Marxist Debate. London
- Jäger, Michael, 1983: Über Macht und Parteien. In: Marxismus und Theorie der Parteien, 38-121. West-Berlin (Argument-Sonderband AS 91)
- Jessop, Bob, 1985: Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy. London
- Kaste, Hermann und Joachim Raschke, 1977: Zur Politik der Volkspartei. In: W.D.Narr (Hrsg.): Auf dem Weg zum Einparteiensstaat, 26-74. Opladen
- Lipietz, Alain, 1984: L'Audace ou l'Enlèvement. Sûr les Politiques Economiques de la Gauche. Paris
- dies., 1985: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodologische Anmerkungen zum Begriff der »Regulation«. In: Prokla 58, 109-137
- Mazier, Jacques, 1982: Growth and Crisis - A Marxist Interpretation. In: Andrea Boltho (Hrsg.): The European Economy. Growth and Crises, 38-71. Oxford
- dies., Maurice Basle und Jean-Francois Vidal, 1984: Quand les crises durent... Paris
- Poulantzas, Nicos, 1978: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. West-Berlin
- Radunski, Peter, 1986: Wahlkampf in den achtziger Jahren. Repolitisierung der Wahlkampfleitung und neue Techniken in den Wahlkämpfen der westlichen Demokratien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11/86, 34-45
- Raschke, Joachim (Hrsg.), 1982: Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 189). Bonn
- dies., 1983: Jenseits der Volkspartei. In: Das Argument 137, 54-65
- Schönbohm, Wulf, 1985: Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980. Stuttgart
- SPD 1983: Analyse und Konsequenzen der Bundestagswahl 1983 (Vorstand der SPD). Manuskript
- SPD 1986: Einsatz der EDV in der SPD. SPD-Kommunikationsnetz (Vorstand der SPD, Referat EDV). Manuskript
- Steininger, Rudolf, 1984: Soziologische Theorie der politischen Parteien. Frankfurt/M und New York
- Wentz, Martin, 1986: Der soziale Wandel in der Dienstleistungsgesellschaft und seine Auswirkungen auf die Politik der Frankfurter SPD. Manuskript
- dies., 1987: Sozialer Wandel, Dienstleistungsgesellschaft und sozialdemokratische Politik. In: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 4, 347-352
- Wiesendahl, Elmar, 1983: Wie politisch sind die Parteien? Zu einigen vernachlässigten Aspekten der Organisationswirksamkeit politischer Parteien. Manuskript
- Zundel, Rolf, 1987: Auf der Suche nach dem typischen Wähler. In: Die Zeit 16.1., 5

Der Beitrag wurde gekürzt. Der vollständige Text (67 Ms.-Seiten) kann angefordert werden bei Prof. Joachim Hirsch, J.W. Goethe-Universität, FB Gesellschaftswissenschaften, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt/M.

Wolfgang Fritz Haug

## Nach dem Fordismus: Post-Fordismus?

### Überlegungen im Anschluß an Jürgen Häusler und Joachim Hirsch

Die Zusammensetzungen mit »Post-« haben ihre Konjunktur gehabt. Wo sie nicht eine Wende herbeiführen helfen sollten oder dem Begriffsmarketing entstammten, drückten sie eine Verlegenheit aus. So der Begriff »Post-Fordismus«. So wenig es seinerzeit gebracht hätte, statt von »Fordismus« etwa von »Post-Liberalismus« zu sprechen, so wenig bringt der neue »Post-«-Begriff. »Daß wir von Postfordismus sprechen«, sagte Roland Roth in einem Gespräch mit der Zeitschrift *Sozialismus*, »zeigt im Grunde, daß wir ein neues Konzept erst in Ansätzen erkennen können.« Es geht heute vordringlich darum, die in Bildung begriffene Formation des Kapitalismus zu analysieren und einen Begriff dafür zu entwickeln.

»Fordistisch« konnte eine Produktionsweise genannt werden, die auf dem Fließband und der »Taylorisierung« der Arbeit beruhte. Sehr vereinfacht läßt sich die Anordnung so beschreiben: Das Werkstück wanderte zwischen den Arbeitsplätzen hindurch, an denen nurmehr so weit als möglich reduzierte und vereinfachte Arbeitsoptionen übrigblieben, die *monoton-repetitiv* ausgeübt wurden. Der Gesamtarbeiter wurde dabei auf eine Weise auseinandergelegt, die ihn kaum mehr erfahrbar sein ließ. Am Fließband aber setzte das System ein Arbeitersubjekt voraus, das den neuartigen Belastungen — die nicht weniger von der Monotonie als von der Intensität ausgingen — gewachsen war. Gramsci hat die von dieser Problematik ausstrahlenden Formationsimpulse studiert, wobei ihn vor allem die Probleme des Übergangs zum »Fordismus« vom Standpunkt zurückgebliebener Kapitalisten interessierten. Für den nachholenden Fordismus stellte der Faschismus eine terroristisch grundierte Mobilisierung der Subjekte bereit. Aber auch in den USA mußte der Staat die Einführung der neuen Produktionsweise stützen. Eine der Schnittstellen, an denen er eingespannt wurde, war die Kompatibilisierung der Lebensweise mit der Produktionsweise.

Vermutlich gilt für jede Produktionsweise, daß sie sich nur durchsetzen konnte, indem eine mit ihr vereinbare *Lebensweise* sich durchsetzte, mit einem moralischen und körperlichen Regime, das ihr die neuen Subjekte reproduziert. Gramscis Fragestellung von 1932 nach Formen und Dynamik der Fordisierung hat sich etwa für die Ideologieforschung als so fruchtbar erwiesen (vgl. Haug 1986 u. 1987), daß Kurt Hübners (1987, 42) Einwand, die »eigentliche Fordismusphase« sei zumindest in der Bundesrepublik fast nur eine »Episode« gewesen, an Gewicht verliert, obgleich die Frage nach dem »Post-« einer bloßen Episode etwas sonderbar klänge. Ob schließlich Hirsch, Häusler und Roth sich mit Recht auf die Regulationismusschule berufen, was Hübner bezweifelt, bleibt im folgenden außer acht; die Bewachung des »symbolischen Kapitals« einer Schule soll uns hier nichts angehen. Was dagegen brennend interessiert, ist der notwendige Versuch, »das neue Gesicht des Kapitalismus« ins Blickfeld zu bekommen.<sup>1</sup> Daß der Kapitalismus sich derzeit tiefgreifend verändert, ist offenkundig. Aber wohin treibt er? Welche neue »Konfiguration« (um mit Hirsch u. a. im Computerjargon zu sprechen) von Produktionsweise und Lebensweise, von Ökonomie, Politik und Ideologie, von Weltmarktbeziehungen und Kriegspotentialen zieht herauf?

An *neuen Namen* herrscht kein Mangel: das »postindustrielle Zeitalter« und sein Gegenbegriff, »der Hyperindustrialismus«; die »neofordistische Revolution«; die



»verkabelte« und »programmierte« »Kommunikations-«, »Dienstleistungs-« oder »Informationsgesellschaft«, Mikropolis und anderes mehr. Besonderes Interesse verdient eine Benennung, die den Begriff in Anlehnung an ein Unternehmen bildet, das heute so paradigmatisch erfolgreich ist wie seinerzeit das von Henry Ford: »Toyotismus«.

Was verbinden Hirsch u.a. mit ihrem Konzept der »nachfordistischen Gesellschaft«? Zunächst geht es um den »Übergang zu nach-tayloristischen Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation auf der Basis neuer Informations- und Kommunikationstechnologien«. Schon wieder das »Nach«. Ebenso gesichtslos wie dieses »Nach« ist das »Weiter«: Neu ist die »weitere ... Durchkapitalisierung« und »Durchstaatlichung der Gesellschaft« (B 115, B 142f). »Wesentliches Kennzeichen der neuen Parteiform ist eine noch weiter getriebene Zentralisierung«, der Staat bestimmt sich durch die weitere »Autonomisierung des autoritären Sicherheitsstaats«. »Der Regulationsmodus bleibt monopolistisch« usw. Wenn es nur »noch weiter« als bisher geht, heißt das ebensowohl, daß das Bisherige noch weiterbesteht. Wäre die neue Regulationsweise demnach nur ein *modifizierter Modus*?

Auch hinsichtlich der Lebensweise klaffen die Ankündigung eines ganz Neuen und die Beschreibung bloß gesteigerter Fortsetzung des Alten auseinander. »Die 'dritte industrielle Revolution' und das durch sie bewirkte Umstülpen der Konsummuster« (B 119) führen für Hirsch u.a. nur zu einem weiteren Schub »warenförmiger 'Kommodifizierung'<sup>2</sup> der Lebensverhältnisse« (B 115). »Entsprachen der tayloristischen Produktionsorganisation das Auto, der Kühlschrank, Geschirrspüler, Waschmaschine und Fernseher«, so sind die neuen Technologien Grundlage eines neuen »Konsummodells« (B 115). Wäre es nicht umfassender und weniger verzerrend, statt des bloßen »Konsummodells« die konkretere *Lebensweise*, und statt der kapitalseitigen »Produktionsorganisation« die *Produktionsweise* und den Zusammenhang der beiden Dimensionen zu analysieren? Die Aspekte von Warenkonsum und kapitalseitiger Produktionsorganisation fielen dabei ja keineswegs heraus, erschienen jedoch in ihrem Widerstreit mit anderen Bestimmungen, darunter denen, die von der Seite der Arbeitenden ausgehen. Worin besteht nun das Neue? Einerseits in »weiterer« Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit, andererseits in »Entgesellschaftlichung«. Beide Beobachtungen sind deskriptiv gehaltvoll, zugleich einseitig. Der »Hauptansatzpunkt« der »weiteren Durchkapitalisierung« liege »in der verstärkten Ersetzung persönlicher Dienstleistungen« durch Waren (»warenförmige Geräte«, B 115). Hinter dem Rauchvorhang des angeblichen Übergangs zum »Postindustrialismus« einer »tertiarisierten« »Dienstleistungsgesellschaft« hat, wie es zutreffend heißt, in Wirklichkeit »die Tendenz zur Verdrängung persönlicher Dienste durch industriell erzeugte Konsumgüter« dominiert, vor allem in Gestalt von Pkws und Haushaltsgeräten (B 116). Diese für den Fordismus charakteristische Tendenz gehe im »Postfordismus« weiter. »Gestützt auf die neuen Produktionstechnologien können noch mehr persönliche, vor allem aber in kollektiver Form erbrachte Dienstleistungen durch industrielle Waren ersetzt werden.« (B 117) Effekt sei die »Dekollektivierung« der Lebensweise. Diese »'Entgesellschaftlichung' der Gesellschaft« (B 119) soll zustande kommen kraft der Durchsetzung z.B. von »Video statt Massentourismus, Pay-TV statt Kino und Theater« (ebd.). Die Beispiele sind nicht schlüssig. Das Kino ist längst durch das »fordistische« Fernsehen in die Ecke gedrängt, und die Alternative zum »Massentourismus« mag eher Differenzierung und Individualisierung von Tourismus sein. Bestellungen am Bildschirm als »entgesellschaftlichend« nicht dem Bestellen nach Versandhauskatalogen gegenüberzustellen, sondern dem Einkaufsbummel, der so zum Muster von Gesellschaftlichkeit wird, ist nicht schlüssiger

(vgl. B 120f). Die Brüchigkeit der Beispiele, die doch den Realitätskontakt einer theoretischen Anstrengung verkörpern, scheint mir nicht zufällig. Sie haben eher rhetorischen Status, als daß sie zur Materialbasis gehörten, aus der Analysen und Verallgemeinerungen entwickelt werden. Auch die Vision der Ersetzung von Sex zwischen Individuen durch einsamen Sex vor dem Bildschirm gehört zu dieser Rhetorik. Die Durchdringung der sexuellen Beziehungen mit Ware-Geld-Beziehungen, die technische Erscheinungsabstraktion des Sexuellen und ihre Vervielfältigung, die Rückkoppelung imaginativer Wunscherfüllungen auf die Triebstruktur, die Funktionalisierung des Sexualimaginären zum allgemeinen Äquivalent des Wünschenswerten in der Warenästhetik usw., all das ist eine viel zu komplexe Geschichte, als daß die rhetorische Verwendung herausgelöster Elemente geeignet wäre, das qualitativ Neue erkennen zu helfen. Zu fragen wäre etwa, ob der Umgang mit interaktiven Computersystemen, nicht zuletzt in der Mischung von Science Fiction und Archaismen, wie die Computer-Video-Spiele sie zumeist verkörpern, zu einem Funktionswandel des Imaginären führt.

Im manifesten Text wenden die Autoren sich vehement gegen linken Traditionalismus. Wenn indes ihre Rhetorik gelegentlich der Analyse in die Quere kommt, so mag dies mit unbewußtem Traditionalismus zusammenhängen. Man muß nur dem Vorkommen des Wortes »traditionell« nachspüren, um darauf zu stoßen. Immer ist da etwas *Traditionelles* (eine Teilöffentlichkeit, eine Arbeitskultur, eine Form von Arbeitsteilung oder industriellem »Kernbereich« usw.), was erodiert wird. »Alles Ständische und Stehende verdampft«, hatte es schon im *Kommunistischen Manifest* geheißen. Den Gestaltungen des Neuen, denen dort das Hauptinteresse gegolten hatte, verschließt sich hier der Blick immer wieder, und das Untergehende verklärt sich. Ja, das Neue erscheint spontan als Bedrohung. Selbst das *lebenslange Lernen*, das die neuen Produktivkräfte ebenso nötig wie möglich machen, kommt nur negativ vor, als Rüttelsieb, durch das »viele« fallen; und »erhöhte Qualifikationsanforderungen« erscheinen vor allem als »steigender Leistungsdruck« (B 129). Wie lange steigt dieser Druck eigentlich schon?

Vielleicht kommt diese Beleuchtung dadurch zustande, daß die Frage des Kampfs um die Gestaltung der Verhältnisse, um die Nutzung der neuen Produktivkräfte, nicht die Perspektive bestimmt. Mit Ausnahme der wie von außen gelegentlich kurz auftauchenden »antiinstitutionellen« und »autonomen« Bewegungen oder der (gegen alle Realität) zu den wahren Hoffnungsträgern verklärten »neuen sozialen Bewegungen« gibt es keine Akteure »von unten«. Was am schwersten wiegt, ist aber das Versäumnis, die vielfältigen Nutzungsformen etwa der Computer, die im Bereich der Arbeit, auch in Bildungs- und Freizeitbereichen von unzähligen Akteuren erfunden werden, konstruktiv zu sichten und auf kollektive Handlungsmöglichkeiten neuen Typs hin abzulesen. Auch wünschte ich mir die Forschungsergebnisse des Projekts Automation und Qualifikation eingearbeitet. Wagner/Stahn (37) halten den Autoren zu recht die vergebliche Trauer über die untergegangene Klassenkultur der 20er Jahre vor.

Dazu kommt der explizit abgestrittene Hang zur system-funktionalistischen Betrachtungsweise. So unverzichtbar die Frage nach der *Reproduktion* der Verhältnisse ist, die ja auch für die neuere Ideologieforschung konstitutiv war, so verhängnisvoll wird sie, wenn sie umkippt in die Unterstellung einer geradezu schicksalhaft übermenschlichen Funktion, die sich alles organisierte Handeln einfügt. Die Autoren setzen zumeist die Reproduktion des Bestehenden kurzerhand voraus und als dominant. Das eigentliche Politikmachen wird als eine Art *List der Systemvernunft* behandelt, die uns hereinlegt. Zum Beispiel folgern sie aus der funktionellen Notwendig-

keit, daß eine Regulationsweise den Kapitalismus zum *antagonistischen Prozessieren* befähigen muß, daß Klassenkämpfe das System reproduzieren, statt es zu gefährden. Wieder: Entgegen der ausdrücklichen Versicherung interessieren sich die Autoren kaum für die *Veränderung* der Verhältnisse, die etwas anderes ist als ihre »Gefährdung«. Was Häusler/Hirsch gegen ein *funktionalistisches Mißverständnis* vorbringen: daß ihre Theorie allein deshalb schon die materialistische Alternative zum Systemfunktionalismus darstelle, weil es in deren Rahmen auf Grund der Antagonismen keine planmäßig herstellbare Ordnung geben könne, überzeugt nicht, solange sie als Systemeffekt immer das Gleichgewicht des Systems unterstellen, bzw. Störungen als dessen eigentliche Funktion harmonisieren, als ginge es statt um die Regulierung einer Formation nur um das Schwanken der Preise um die Werte. Hübner macht für den Funktionalismus die Staatszentriertheit der Analyse verantwortlich. Für Lipietz sei z.B. der keynesianische Korporatismus eine »gesellschaftliche Fundsache«, keine staatliche Strategie. Der Einwand überzeugt nicht ganz, weil eine in umkämpften Kompromissen gefundene Regulationsweise, die sich im Sinne der Herrschenden bewährt, sorgfältig und allseitig von deren Strategen gearbeitet und in Strategien übersetzt wird. Freilich können diese immer mit Gegenstrategien beantwortet werden. Und Häusler/Hirschs explizite Fassung des Staates macht diesen als in sich gegliederten und widersprüchlichen Kampfplatz verständlich. Dies wird aber keineswegs durchgehalten. In der Regel behandeln die Autoren Parteien und Gewerkschaften als massenintegrative Apparate, als *ideologische Staatsapparate*, die sie mit einem funktional dann doch einheitlich gefaßten Staat »äquifunktional« vorstellen: als Agenturen der »Durchstaatlichung« der Gesellschaft und der Vermittlung der Weltmarkt-Imperative bis in die kleinste gesellschaftliche Verästelung hinein. Dies gilt nicht minder für die Roten als für die Grünen und die Schwarzen. Alle Parteien gelten als Glieder eines selbstreproduktiven *Systems*. In Anlehnung an Michael Jäger wird die Geschlossenheit des Systems mitunter dämonisiert. So werden etwa der Streit zwischen den Parteien des Regierungslagers oder die diese Parteien fraktionierenden Auseinandersetzungen als Systemfunktionen gedeutet: »Sowohl die Integrationskraft als auch die regulative Flexibilität des Parteiensystems wachsen dadurch enorm an.« Gleiches gälte für das Wirken des sozialistischen Flügels in der SPD wie für die unorganisierte Linke. Das durchaus sinnvolle Konzept der »impliziten Partei« wird überdehnt; jede/r ist jeder Partei »zurechenbar«; andererseits schließt das »nicht aus, daß Individuen sich gleichzeitig mehreren Parteien zuordnen«. »Die Gewerkschaften sind ... immer auch ein spezifischer Teil der 'impliziten' CDU/CSU.« Überdehnt man diese Gedanken, an denen immer ein richtiges Moment ist, bleibt alles unter der Glaslocke eines Regulationssystems. Während die Autoren fast nirgends Kritik an der bürgerlichen Ideologie üben, sagen sie so allen einzelnen linken Tendenzen ihr Vereinnahmtsein durchs Ganze auf den Kopf zu. So sollen die TAZ-Leser mit Bild-, Spiegel- und Werbefunkkonsumenten »auch ... verbunden sein«. Auch scheint selbst für die TAZ gelten zu sollen: »Traditionelle (!) Teil- und Suböffentlichkeiten verschwinden zugunsten bürokratisch-kommerziell hergestellter und in neuer Weise segmentierter Öffentlichkeiten.« Müssen nicht in dieser funktionalistischen Nacht alle Katzen grau werden? Der Effekt kommt zustande, weil durchaus realitätshaltige *Beschreibungen* unvermittelt in den funktionalistischen Rahmen eingelesen werden, statt als Ausgangspunkt der Analyse genommen zu werden. So etwa, wenn mit Jäger apriori »die Notwendigkeit einer etwa gleich großen Stärke der Parteien« deduziert aus dem vorausgesetzten Resultat der Systemreproduktion. Ein bestimmter Typus von Totalitätsdenken führt hier zur Lähmung von Handlungsfähigkeit.

An die Stelle der Kapital-Logik scheint an solchen Stellen eine »Logik der Regulation« treten zu wollen, die kaum weniger lückenlos, omnipräsent und die Dinge dirigierend als jene alte »Logik« zu sein scheint, auch wenn die Autoren, über jedes Ziel hinausschießend, behaupten, es gebe überhaupt keine »objektive Logik«. Folgt man ihrer totalisierenden Lesart nicht, löst man das Material aus der Deutung, wo diese allzu starr wird, dann gehört die Lektüre zum Anregendsten, was es derzeit über das »neue Gesicht des Kapitalismus« gibt. Das Schwanken in der Deutung ist ebenso wenig vorzuwerfen wie ein gewisser Eklektizismus: das Bild der neuen Formation des Kapitalismus läßt sich erst versuchsweise zusammensetzen. Man muß sich nur der vorschnellen Schließung zur Wesenstheorie verweigern. Der Hauptimperativ aber lautet: sehr aufmerksam die Herausbildung der durch »Elektronisierung« und Automation geprägten neuen Produktionsweise studieren mit besonderem Interesse für neue Handlungs-, Kollektiv- und Individualitätsformen. Nichts ist heute nötiger als ein Wissen, das zum Ringen um die soziale Gestaltung der neuen Produktionsweise und der ihr entsprechenden Lebensweise(n) befähigt.

### Anmerkungen

- 1 Daher schließen meine Überlegungen nicht nur an den vorstehenden Artikel, sondern auch an das Buch von Hirsch und Roth, sowie an weitere Äußerungen in diesem Diskussionszusammenhang an.
- 2 Der englische Ausdruck *commodification* (von *commodity*, Ware) bedeutet nichts anderes als die Durchdringung bestimmter Lebensbereiche mit Ware-Geld-Beziehungen; »warenförmige 'Kommodifizierung'« ist also, abgesehen vom unschönen Verschwimmenlassen der Sprachen, doppelt gemoppelt.

### Literaturverzeichnis

- Häusler, J., und J. Hirsch, 1987: Regulation und Parteien. Fordismus-Krise und Transformationsprozesse im Parteiensystem (Langfassung des im vorliegenden Heft veröffentlichten Artikels; zit. ohne Zusatz)
- Haug, W.F., 1986: Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts. West-Berlin
- Ders., 1987: Entfremdete Handlungsfähigkeit. Fitneß und Selbstpsychiatisierung im Spannungsverhältnis von Produktions- und Lebensweise. In: Fremde Nähe. Festschrift für Erich Wulff (Argument-Sonderband AS 152). West-Berlin
- Hirsch, J., u. R. Roth, 1986: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg (zit B)
- dies., 1987: Immer so weiter? Oder: Der Konservatismus der Linken. Anmerkungen zur Kritik von Stahn/Wagner am »Neuen Gesicht des Kapitalismus«. In: Sozialismus 5, 36-39 (zit. A)
- dies., 1987: »Der Kapitalismus ist enorm anpassungsfähig« (Diskussion). In: Sozialismus 5, 40-46 (zit. D)
- Hübner, K., 1987: Neue Gesichtszüge? In: Sozialismus 4, 39-44
- Projekt Automation und Qualifikation, 1987: Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch. West-Berlin
- Wagner, H., u. P. Stahn, 1987: »Das neue Gesicht des Kapitalismus«. Debatte des neuen Theorieentwurfs von Hirsch und Roth. In: Sozialismus, H.4, 29-38

Gisela T. Kaplan und Lesley J. Rogers

## Die Faszination des Androgynen

### Die Gewißheit einer Illusion: Das Spiel mit den Geschlechtern

Wir alle leben innerhalb der Grenzen unseres Körpers. Was wir heute als Fortschritt bezeichnen, ist oft nichts anderes als die Bezeichnung eines jeden glücklichen Versuchs, diese Grenzen zu durchbrechen und zu überschreiten. Ob wir uns in Elementen bewegen, die uns biologisch versagt sind (unter Wasser, in der Luft, im luftleeren Raum), oder ob wir unsere Sinneswahrnehmung durch Hilfsmittel über unsere eigenen biologischen Fähigkeiten hinaus entwickeln, überall geht die Tendenz dahin, physische Grenzen zu überschreiten.

Nur wenn es nicht mehr um den Menschen im allgemeinen geht, sondern um die Feststellung, daß der Mensch biologisch in weiblich und männlich unterteilbar sei, wird das Denken plötzlich restriktiv und eine ganze Reihe von ungeschriebenen und geschriebenen Gesetzen treten in Kraft, die sich angeblich natürlich aus biologischen Gründen ergeben. Es wird so getan, als seien biologisches Geschlecht [sex] und Geschlechtsrolle [gender] identisch, als wenn sich aus Unterschieden der Physiognomie und der Genitalien eine große Zahl gesellschaftlicher Verhaltensnormen ableiten ließen! Es sind die Nutznießer starrer Normen, die lebhaft die Vorstellung verteidigen, daß die gesellschaftliche Erscheinungsform des weiblichen und des männlichen Wesens der jeweiligen biologischen Natur entspricht.

In psychomedizinischen Kreisen, soweit sich diese mit Sexologie befassen, ist eine Unterscheidung zwischen natürlichem Geschlecht (sex) und sozialer Geschlechtsrolle (gender) allgemein anerkannte Praxis. In *Gender Advertisement* faßt Goffman die Bedeutung des Konzepts der Geschlechtsrolle folgendermaßen zusammen:

»Soziale Geschlechtszugehörigkeit (gender) ... setzt, vielleicht in größerem Maße noch als Klassenzugehörigkeit und andere gesellschaftliche Trennung, ein Einvernehmen darüber voraus, was letztlich unsere Natur sein sollte und wie und wo diese zur Schau gestellt werden sollte.« (Goffmann 1979, 8)

Die gesellschaftliche Konstruktion der »wahren menschlichen Natur« ist also nicht, was biologisch notwendigerweise *ist* oder auch nur sein könnte, sondern was aus sozialen und ökonomischen Gründen wünschenswert *erscheint*.

### Die illusorische Einheit von biologischem Geschlecht und Geschlechtsrolle

Naturwissenschaftliche Studien haben sich nur selten mit der Frage beschäftigt, was ein männliches und ein weibliches Wesen ausmacht; vermutlich deshalb, weil diese Kategorisierung so offensichtlich erschien, daß sie keiner Fragestellung bedurfte. Die Naturwissenschaft hat sich weitgehend darauf beschränkt, auf einige biologische Unterschiede und Verhaltensdifferenzen hinzuweisen, aber sie hat wenig Interesse an den Ähnlichkeiten gezeigt (Archer 1978). Bekanntlich ist es das dominante Paradigma westlicher Naturwissenschaft, meßbare Diffe-

renzen zu finden und komplexe Phänomene auf den einfachsten Nenner zu reduzieren.

Erst in neuester Zeit ist einigen Wissenschaftlern deutlich geworden, daß die Dichotomie männlich/weiblich nicht absolut ist. Mitte der siebziger Jahre befand Gagnon (1974), daß es eine offene Frage sei, was in verhaltensspezifischem Sinne eine Frau oder ein Mann sei. Einige Psychologen haben erkannt, wie fragwürdig es ist, Verhaltensweisen in einem Kontinuum zwischen den extremen Polen von Weiblichkeit und Männlichkeit zu sehen. Bem (1974) schlug vor, beide in separaten Skalen zu messen, so daß ein Individuum hohe Männlichkeits- und Weiblichkeitswerte erzielen und in einer androgynen Kategorie erfaßt werden konnte. Diese Entwicklung ergab sich aus der Entstehung von Techniken, die es möglich machten, das Geschlecht von Individuen genetisch festzustellen. Das wiederum führte zu der Entdeckung, daß es Menschen gibt, die genetisch zu einem Geschlecht, aber in ihrem Äußeren, der physischen Struktur, zum anderen Geschlecht gehören (androgynen Insensivität). Weiterhin entdeckte man, daß Zell- und Hormonfaktoren beider Geschlechter bei weitem nicht so grundverschieden waren, wie man bisher geglaubt hatte.

Eine Kampfansage an die konventionelle Beschränkung der Geschlechtsrolle kam neuerdings von Außenseitergruppen, von Transvestiten und Transsexuellen, für die die Frage von gesellschaftlicher Rolle (gender) und biologischer Existenz (sex) mit all ihren Widersprüchen und Grenzen höchste Priorität hat. Eine in San Francisco entstandene Gruppe, die sich »Sisters of Perpetual Indulgence« nennt und aus homo- und heterosexuellen Männern besteht, hat sich Nonnenkleidung angelegt und tritt in dieser Aufmachung auch an die Öffentlichkeit. In einem Interview sagte einer ihrer Wortführer:

»Ich meine, Männer sollten Frauenkleidung tragen können. Das gehört doch zu einer Herausforderung an die ganze Frage der Bilder und Etikette, inwieweit diese eigentlich überhaupt darüber etwas sagen, wer man wirklich ist. Es sollte einem kein Etikett angehängt werden. Man sollte sich eines aussuchen können und es dann anpassen und benutzen.« (The Age, Melbourne, 12.5.1984, 5)

Für Jan Morris, einen Transsexuellen (ehemals Mann, heute Frau), ist das biologische Geschlecht (sex) ein physischer Zustand, während die Geschlechtsrolle (gender) »ein inneres Bewußtsein — Abstraktion und nicht Anatomie« ist (1984, 37). Der Photograph der »Fantasia Fair«, einer alljährlichen Messe zu alternativen Geschlechtsrollen in Provincetown bei Boston, U.S.A., schreibt folgendes über die Ausstellung seiner/ihrer Photographie:

»Diese Ausstellung befaßt sich ganz primär mit dem Transvestiten, dem Mann, der sich in seiner Suche nach Ganzheit nach dem Femininen sehnt. Frauenkleidung bietet eine Möglichkeit, mit der Illusion der Femininität zu spielen und zwar zusammen mit einem Zuschauerkreis, der weiß, was gespielt wird. Für den Transsexuellen ist es die Männlichkeit des Körpers selbst, die letztlich die höchste Illusion darstellt. Wenn das, was wir Schönheit nennen, in den Augen des Beschauers liegt [egal, ob nun dieser Beschauer in der Außenwelt oder ein Mensch ist, der in seinen/ihren eigenen Spiegel sieht], dann bleibt Schönheit für uns alle eine Illusion. Das Gleiche kann für Maskulinität und Femininität gesagt werden. Das ist äußerlicher Putz, der eine Person männlich oder weiblich erscheinen läßt. Und in der chirurgisch fortgeschrittenen Ära, in der wir leben, wird Anatomie an sich zu einer Illusion. Die größte Illusion ist dennoch, daß unser biologisches Geschlecht entscheidet, wie wir angeblich unser Leben zu führen haben.« (Allen 1984)

Nicht nur, daß in solchen Meinungen langgehegte Vorstellungen angegriffen werden: Die bloße Existenz und der immer stärker werdende Selbstbehauptungs-

wille von Transsexuellen und Transvestiten, die sich jetzt der Öffentlichkeit stellen, unterminieren in ganz gravierender Weise gesellschaftliche Annahmen und Kategorisierungen. Zweifel müssen entstehen, wie es um die scheinbar unumstößliche »Wahrheit« bestellt ist, mit der bisher hausieren gegangen wurde. Sie werfen Fragen auf, was Mann und Frau sein eigentlich bedeutet, sowohl im biologischen als auch im gesellschaftlichen Sinne. Sie weisen darauf hin, daß Stereotypen der Geschlechtsrolle Trugbilder sind und der gesellschaftliche Überbau zur biologischen Existenz arbiträr ist.

Wir wissen, daß gerade die Reklamewelt höchst erfolgreich mit stereotypen Trugbildern arbeitet und dem Konsumenten Bilder und Wünsche vorgaukelt, die er niemals in die Wirklichkeit umsetzen kann (Goffman 1979). Die Superfrau und den Supermann gibt es in der Wirklichkeit eben nicht, und deshalb ist das stereotype Geschlechtsrollenbild, das die Medien entwerfen, auch biologisch nicht erfüllbar. Das sind wohlbekannte Tatsachen, die keiner weiteren Erläuterung bedürfen. Der große Verkaufserfolg von Produkten, die im Rahmen einer geschlechtsspezifischen stereotypen Situation angeboten werden, ist bekannt. Reklame zeichnet sich durch extremen Konservatismus und deutliche Konformität aus, eben weil sie mit gesellschaftlich akzeptablen und restriktiven »Ich-Idealen« arbeitet (Williamson 1978, 65) und gleichzeitig diese Ideale bestätigt und neu propagiert.

Verbunden mit der Stereotypisierung und der Rigidität der Geschlechtsrollen ist auch das Problem der Verzerrung von zwischenmenschlichen Beziehungen und sexueller Anziehungskraft. Soziale Konventionen verdecken die wirklichen Prozesse menschlicher Interaktion. Während unser Sprachgebrauch dahin tendieren mag, daß wir in Dichotomien denken (vgl. Birke 1982) und so Idealtypen um Polaritäten konstruieren, weicht unsere Praxis oft stark von diesen Dichotomien ab. Wenig ist bisher über die dynamischen Vorgänge bei der Partnerwahl geschrieben worden. Goffman behauptet zu Recht:

»Was die Beziehung zwischen den Geschlechtern objektiv ist, als Ganzes gesehen, ist bisher noch nicht eingehend analysiert worden.« (Goffman 1979, 8)

Wir bauen auf den radikal offenen Vorstellungen auf, die durch Außenseitergruppen und durch die neue Frauenbewegung zur Debatte gestellt wurden. Wir gehen davon aus, daß die biologischen Erscheinungsformen von Mann und Frau so vielseitig sind, daß eine einfache Polarisierung in Männliches und Weibliches den Sachverhalt nicht gerecht wird. Die meisten Menschen besitzen Sekundärmerkmale beider Geschlechter, wobei die Unterscheidung in »weiblich« und »männlich« an sich auch schon einer Schulung bedarf und automatisch in den Sozialisationsprozeß des einzelnen in der jeweiligen Gesellschaft eingebaut ist. Es ist also durchaus möglich, daß ein »typischer Mann« eine empfindliche Haut, vielleicht sanfte Schultern oder zarte Hände hat, oder eine »typische Frau« ein energisches Kinn, starke Hände oder haarige Beine hat. In den Verhaltensweisen gilt das Gleiche, obwohl es in diesem Fall gänzlich von gesellschaftlichen Normen und der entsprechenden Aneerziehung abhängt, was nun arbiträr als »maskulin« und »feminin« bezeichnet werden soll.

Die Erkenntnis dieser Tatsachen problematisiert alle geschlechtsspezifischen Begriffe und fordert auf, darüber nachzudenken, was wir eigentlich genau

meinen, wenn wir von »weiblichen« und »männlichen« Merkmalen sprechen. In der Tat stellt sich die Frage, wie nützlich oder angemessen diese Termini überhaupt sind. Wir werden uns hier nicht mit den Biosozialen anlegen (das haben wir andernorts getan), die uns schon jahrelang weismachen wollen, daß selbst die allgemeinsten Charaktereigenschaften genetisch (und geschlechtsspezifisch) verankert sind und es deshalb müßig sei, auf sozialen Wandel der Geschlechterrollen, ja der Gesellschaft zu hoffen.

Wir vertreten die These, daß die Anziehungskraft, die eine Person auf eine andere ausübt, durch eine Reihe von Stimuli gesteuert wird, die die Dichotomie männlich/weiblich durchbrechen. Natürlich ist es denkbar, daß Geschlechtsrollensignale (gender signals) weitgehend das biologische Geschlecht reflektieren, doch gibt es gleichzeitig versteckte Signale und biologische Merkmale, die mit den positiv sanktionierten Vorstellungen von Weiblichkeit und Männlichkeit im Widerspruch stehen oder gar nichts mit ihnen zu tun haben. D.h. ein Mann mag auf eine Frau nicht nur deshalb reagieren (von ihr angezogen sein), weil einige ihrer Eigenschaften sehr »feminin« sind, sondern weil einige sehr »maskulin« sind. Was dann von dieser Attraktion zugegeben wird oder nur erkannt wird, ist das gesellschaftlich Akzeptable. Wir haben an anderer Stelle argumentiert (Kaplan/Rogers 1984), daß eine stärkere Anziehungskraft dort besteht, wo sich weibliche und männliche Charakteristiken nebeneinander in einer Person behaupten.

Unsere Vorstellung von dem Nebeneinander von Merkmalen beider Geschlechter darf nicht mit dem Konzept der Androgynität verwechselt werden, wie es seit der Antike in der europäischen Kultur verwendet wird (vgl. dazu auch die Ergänzungstheorien von Schopenhauer, in: *Die Welt als Wille und Vorstellung*, Bd.2, Kap.44 oder Hirschfeld 1935, 61-68). Abgesehen davon, daß Androgynität oftmals Ausdruck eines idealistischen Sehens nach Ganzheit und Harmonie war, wird der Begriff zumeist konkret als eine Verschmelzung von weiblichen und männlichen Eigenschaften gesehen. Verschmelzung heißt gleichzeitig Verwischen und Nivellieren primär geschlechtsspezifischer Merkmale. Das meinen wir nicht. Im Unterschied zu diesem Konzept sprechen wir davon, daß sich geschlechtsspezifische Merkmale beider Geschlechter in einer Person finden und als solche auch durchsetzen. Um ein popularkulturelles Beispiel zu geben: Elvis Presley war androgyn, Boy George dagegen signalisiert beide Geschlechterrollen gleichzeitig.

### **Das Spiel mit der Anziehungskraft der Geschlechtsambiguität**

Steckt die Forschung in all diesen Fragen noch in den Kinderschuhen, so scheint uns, daß in Kunst, Theater und Kultur (auch im anthropologisch weiten Sinne) schon lange eine intuitive, vielleicht nur vorrationale Erkenntnis davon besteht, daß a) die Menschen nicht stereotyp geboren werden, und daß b) die Form der Androgynität, wie wir sie verstanden wissen möchten, eine ganz besondere Anziehungskraft auf die Zuschauer ausübt. Diese Attraktion ist besonders in den darstellenden Künsten ausgenutzt worden, nicht nur in großen Kulturländern und



Religionskulturen, sondern auch in Völkern, von denen fälschlicherweise behauptet wurde, daß sie »primitiv« seien.

Wir wollen uns im folgenden mit einigen Beispielen beschäftigen, die die Geschlechtsrollen spielerisch aufbrechen. Unsere Auswahl ist notwendigerweise eklektisch. Sie soll aber auf verschiedene Erscheinungsformen des Rollentauschs hinweisen und unsere Vorstellungen des Androgynen bzw. der großen Anziehungskraft des männlich/weiblichen Gemischs verdeutlichen.

Bowra (1963) hat darauf hingewiesen, daß der Tanz — meist aus religiösem Impuls entwickelt — ein Vorläufer von Theater- und Bühnenaufführungen ist. In nicht monotheistischen Kulturen werden Götter ohnehin oft als androgyn bzw. hermaphroditische Wesen gesehen. Damit ist eine gewisse Fluidität der Geschlechtsrolle auch in tänzerischen Darstellungen schon vorgegeben. In der Hindu-Kultur z.B. können Rama und Shiva entweder männlich oder weiblich oder eine Mischung aus beidem sein. Aus verschiedenen Gründen werden Krishna, Shiva oder Rama zudem von Tänzern dargestellt, die dem anderen als dem in der Geschichte vorgeschriebenen Geschlecht angehören. In einem balinesischen Tanz z.B. ist Rama als Mann porträtiert. In der Tanzfolge soll er sich aber durch derart zarte und makellose Züge auszeichnen, daß er üblicherweise von einer jungen Frau dargestellt wird. Im Kechak-Tanz, der noch heute von der balinesischen Hindu-Bevölkerung aufgeführt wird, hat solch ein Rollentausch seinen eigenen Charme und ist nicht ohne eine gewisse Ambiguität. Rama und Sita, die ineinander verliebt sind, treffen sich im Affenwald und lieben sich. Beide Tänzer sind sichtbar weiblich. Ramas Rolle ist dadurch als eine männliche gekennzeichnet, daß die Tänzerin ein Schwert übergehängt hat und andere Hosen trägt als Sita. Abgesehen davon gibt die Tänzerin den Zuschauern durch versteckte Handbewegungen zu erkennen, daß sie einen jungen, göttlichen Mann verkörpert. Wir haben am Ort balinesische Zuschauer beobachtet, die, offensichtlich mit dem Inhalt der Geschichte vertraut, mit großem Genuß und unverhohlener Spannung und Freude den symbolischen Liebesakt verfolgten. Selbst in dieser hochstilisierten Tanzform scheint uns, daß der Rollentausch ein zusätzliches Vergnügen bot und die Tänzerin in ihrer Männerrolle ganz besonders faszinierte.

Traditionelle Tänze, wie die Orissi- und Bharata-Natyam-Tänze, mit ihrem Ursprung in der Hindu-Verehrung, haben auch Neuinterpretationen gefunden. Einer der profiliertesten ist der Malaysier Chandrabhanu, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, diese bis dato nur von Frauen getanzten Tänze neu vorzuführen. Sein Hauptanliegen ist dabei, das Nebeneinander des Männlichen und Weiblichen in einer Person zu zeigen. In einem Tanz, der die aus dem 17. Jahrhundert stammende Tamara-Saksha-Geschichte erzählt, spielt Chandrabhanu die weibliche Rolle der Radha. Radha, in Krishna verliebt, leidet unter der Trennung von ihm. Ihr Körper wird von der Hitze, »der Flamme des Verlangens«, wie der Autor Kshetragnya erklärt, verzehrt. Chandrabhanu tanzt diese Rolle in Männerkleidung und mit freiem Oberkörper, aber mit Gesten und Bewegungen, die über die weibliche Rolle keinen Zweifel lassen. Chandrabhanu tanzt seit Jahren vor ausverkauften Häusern in Indien, Südostasien und in Australien. Was Virginia Woolf in ihrem Roman *Orlando* (1928) über den transvestiten Hauptprotagonisten sagte,

läßt sich auch auf Chandrabhanu anwenden. Er ist ein Mensch, dessen »eigene Form in sich die Stärke eines Mannes und die Anmut einer Frau vereinte«. Mehr noch: die sinnliche Ausstrahlung des Tänzers in einer verführerischen Weiblichkeit und ostentativen Männlichkeit scheint für das Publikum immer wieder verwirrend und faszinierend zugleich zu sein.

Natürlich haben nicht alle Tänze einen religiösen Ursprung oder Zweck. Etliche Tanzpraktiken des Wodaabe-Stammes in Niger/Afrika, die den Rollentausch darstellen, haben weniger spirituelle als praktische soziale Funktionen im Alltagsleben (vgl. Beckwith 1983). In dem sogenannten »ruume«-Tanz, der während des Worso getanzt wird, tanzen die Männer, um heiratsfähige Frauen unter den weiblichen Zuschauern anzulocken. Interessanterweise verkleiden sich die Männer in diesem Tanz als Frauen. Ihr Schmuck und make-up sollen weibliche Schönheit symbolisieren und für die Frauen gleichzeitig sexuell attraktiv sein. Während des Tanzes blinzelt der verkleidete Mann den Frauen zu. Erwidert eine Frau seinen Blick, dann gehen die beiden unmittelbar nach dem Tanz eine sexuelle Beziehung ein. Der Stimulus für den Liebesakt ist für die Frau wohlge-merkt die angenommene Weiblichkeit des Mannes.

In westlichen Kulturen finden wir Beispiele des Rollentausches nur in den darstellenden Künsten. Wir behaupten nicht, daß nur die Freude am Doppelsinnigen zu solchen Theaterpraktiken geführt hat. Komplizierte Faktoren der Wirtschaft, der Machtverhältnisse, in etlichen Fällen auch die Unterdrückung der Frau, haben zur Entstehung und Erhaltung gewisser Formen der Bühnendarstellung und ihrer dramatischen Charaktere beigetragen. Wir dürfen dennoch nicht übersehen, daß es trotz großer Unterschiede im kulturellen, historischen und sozialen Kontext zahlreiche Bühnenbeispiele in westlichen und nicht-westlichen Kulturen gibt, die die Vorstellung und Vertauschung des biologischen Geschlechts zum Kunstgriff, ja, zum zentralen Thema des Stoffs und damit der Personenwahl gemacht haben.

Das Theater ist eine Scheinwelt, die bewußt mit Illusionen, Träumen und Wünschen spielt. In ihr darf so getan werden, als gehörte das Vorgetragene nicht zum wirklichen Leben. In diesem zugestandenen Raum kann sich das Theater erlauben, rhetorische Fragen zu stellen und gleichzeitig hautnah die wirklichen Sachverhalte der Gesellschaft und der persönlichen Beziehungen zu analysieren. Es kann visuelle und andere nicht-verbale Stimuli verwenden, die nicht nur gewisse Mißstände oder grundsätzliche Verhaltensweisen entlarven, sondern auch Bilder und Situationen auf der Bühne zeigen, die im wirklichen Leben oft nicht geduldet werden oder gar bedrohlich erscheinen.

Zu den letzteren gehört das Bild des Mannes in Frauenkleidung und -aufmachung und das Bild der Frau in Männerkleidung. Während Marlene Dietrich im Frack ihr Publikum begeisterte und Männer wie Frauen verzückt von ihr waren, fanden in Berlin gegen das Hosentragen von Frauen Kampagnen statt. Während Transvestiten-Shows und einzelne Darsteller wie Danny la Rue oder Dame Edna über Jahre hinweg Kassenreißer sind und sehr hohe Einschaltquoten im Fernsehen haben, passierte es nicht selten, daß die gleichen Darsteller, sobald sie von der Bühne traten und in ihrer Aufmachung ins Hotel gehen wollten, zusammengeschlagen wurden. Hoffmann (1984) hat gezeigt, daß monotheistische Kulturen

geschlechtliche Mischformen als bedrohlich empfinden. — In fernöstlichen Theater- und Operntraditionen liegt der Ursprung des Rollentauschs meist darin, daß gemischte Theatertruppen verboten waren. Es gab Männer- und Frauen-truppen, die dann jeweils auch die männlichen und weiblichen Rollen selbst übernahmen. Allerdings muß betont werden, daß sich die Männerdarstellungen von Frauenrollen und auch umgekehrt bis heute erhalten haben, obwohl die kaiserlichen Verbote in China und in Japan (vgl. Alleg 1957; Ernst 1956) schon längst aufgehoben sind. Zum Beispiel die *onnagata*, die männlichen Hauptdarsteller weiblicher Rollen im japanischen Kabuki-Theater, erfreuen sich auch heute nicht nur großer Beliebtheit, sondern einer begeisterten kulthaften Gefolgschaft. Solche Begeisterung für diese spezifische Rolle läßt sich sozial-psychologisch und kulturell nicht so leicht erklären, es sei denn, man zieht in Betracht, daß die doppelgeschlechtlichen Signale im Rollentausch eine besondere Faszination ausüben.

Im Gegensatz zu den fernöstlichen Theaterpraktiken finden sich Beispiele des Rollentauschs in der westlichen Tradition zumeist in Komödien und Farcen. In manchen modernen Aufführungen, z.B. in Transvestitenshows, wird das dargestellte Geschlecht oft ins Groteske und Bizarre verzerrt. Aber das war oder ist keineswegs immer der Fall. Neuerdings gibt es auch eine Reihe von Tragödien und dramatischen Darstellungen für Film und Bühne, die sich den Rollentausch (im wirklichen Leben) zum Thema gemacht haben, wie z.B. so erfolgreiche Broadway Stücke wie *Torchsong Trilogy* oder *La Cage Aux Folles*; aber auch ein australisches Stück *Eugenia Falleni* (Uraufführung 1986), das sich mit einer italienischen Einwanderin gleichen Namens beschäftigt. Eugenia Falleni kam 1918, nachdem sie auf der Überfahrt mehrfach vergewaltigt worden war, als Mann verkleidet in Australien an, heiratete zweimal und wurde schließlich des Mordes an ihrer Frau bezichtigt, angeblich, weil diese die wahre geschlechtliche Identität ihres Mannes entdeckt hatte. Sie kam ins Gefängnis, lebte dann als Gärtnerin in Sydney, wo sie vereinsamt starb. Solche Stücke gehören zu einem neuen Themenkreis des Theaters (und etwas länger schon zum Film). Hier werden die Beschränkungen der Geschlechtsrolle als soziales und menschliches Problem behandelt.

Für die westliche Theatertradition, die sich mit leichten Abwandlungen und Variationen über Jahrhunderte bis heute gehalten hat, ist es typisch, daß der Rollentausch und das Spiel mit der Anziehungskraft eines wirklichen oder vermeintlichen »anderen Geschlechts« als Kunstgriff für einen Handlungsablauf gebraucht wird. Zwei qualitativ sehr unterschiedliche Werke mögen hier als Beispiel genügen. Shakespeares Komödie *Twelfth Night (Was ihr wollt)* spielt mit der Verwirrung der Geschlechtsidentität und schafft eine Reihe von pikanten Situationen. Viola, als Cesario verkleidet, wird im Dienste des Herzogs zum Liebesboten. Die Gräfin, der sie nun leidenschaftlich von der Liebe des Herzogs erzählt, verliebt sich nun, anstatt in den Herzog, in den jungen Liebesboten. Der Liebesbote, eine junge schöne Frau in Männerkleidung, ist natürlich ein nicht statthaftes Liebesobjekt. Das Publikum kann diesen Irrtum der Gräfin genießen, denn es weiß, wer sich hinter der Kleidung verbirgt. Es gibt auch einige frühe Anzeichen in dem Stück, daß der Herzog von seinem neuen Diener sehr angetan

ist, an ihm aber die weiblichen Züge lobt. Was sagen diese Emotionen über den Herzog und die Gräfin aus? Verliebt sie sich auf einer Ebene nicht gerade deshalb, weil die nicht-verbale und versteckten Signale die einer Frau sind, die offiziell zur Schau gestellt, aber diese Anziehungskraft legitimieren? Offensichtlich reichen hier die Kleider als Index der biologischen Identität des Trägers aus. Ist nicht auch der Herzog gerade so fasziniert von seinem Pagen, weil dieser angebliche Jüngling so sanfte weibliche Züge trägt? Nur darf der kein über diese Faszination hinausgehendes Geständnis machen, denn eine Liebesregung zu einem Jüngling wäre alles andere als gesellschaftlich legitim. Und nimmt nicht das Publikum, das sich einerseits auf Kosten der Protagonisten vergnügt, auch an der Vorstellung teil, daß es in *diesem* Fall möglich ist, daß sich ein Mann und eine Frau in die gleiche Person verlieben? Am Ende der Geschichte findet sich schließlich ein Zwillingbruder der Viola, den die Gräfin nun nicht nur lieben, sondern auch heiraten kann. Viola darf sich wieder Frauenkleider anlegen und ihren Herzog lieben. Interessanterweise besteht Shakespeare darauf, daß Violas Bruder ein Zwillingbruder sein muß, der ihr zum Verwechseln ähnlich sieht. Das Sexualobjekt, einmal weiblich, dann männlich, muß also sehr ähnliche sekundäre Geschlechtsmerkmale tragen. Die Legitimität der Attraktion ist letztlich nur durch Genitalien bestimmt — eine sehr kluge Einsicht, spielerisch verkleidet.

Ein Stück des Herzogs von Braunschweig, *Arabella* (1642), trieb die Verwirrung durch die Verstellung noch um ein gutes Stück voran. Hier verliebt sich ein Mann, als Frau verkleidet, in eine Frau, die als Mann verkleidet ist. Am Ende der Geschichte entdecken beide ihre »wahre« biologische Geschlechtsidentität und können heiraten. Homosexuelle Neigungen treten in dieser Geschichte noch viel stärker in den Vordergrund. Gleichzeitig wird bestätigt, daß der spontane (teilweise unbewußte) Vorgang des Sich-Verliebens in komplexerer Weise vor sich geht, als es in heterosexuellen Normen vorgezeichnet ist. Hier geht es wiederum nicht um Genitalien, sondern um Sekundärmerkmale, die offensichtlich zweigeschlechtlich doppelgeschaltete gleichzeitige Signale sind. Der Mann und die Frau kennen ihre »wahre« geschlechtliche Identität, aber sie erkennen sie nicht in der anderen Person. Daher verliebt sich der Mann dem Schein nach zunächst in einen Mann, die Frau aber in eine Frau. Dieser Rollentausch wurde so beliebt, daß er sich als Kunstgriff im Theater weit verbreitete und auch in der Oper sehr schnell übernommen wurde. Wir schließen daraus, daß das einfache »Rezept« des Rollentauschs nachhaltig publikumswirksam war.

Hier sei angemerkt, daß die Oper die Geschlechtsverwirrung und den Rollentausch durch Gesangsstimmen noch viel weiter als das Theater treiben konnte. Castrati traten erstmals in Monteverdis Oper *Orfeo* (1607) auf, also praktisch mit Beginn der Entstehung der Oper. Obwohl es Bestrebungen gab, die Kastrations-sitte zu unterbinden, stieg die Popularität der Castrati durch das ganze 17. Jahrhundert in allen europäischen Ländern, Frankreich ausgenommen, so an, daß an eine Abschaffung oder Unterbindung der Sitte nicht zu denken war (Grunt 1965, 65). Es wird geschätzt, daß im 18. Jahrhundert über 70 % aller Sänger Castrati waren. Wie die *onnagata* in Japan hatten gerade die Castrati eine große Anhängerschaft und stiegen oft zu großem Reichtum und politischer Macht auf (Heriot 1956, 31).

Es ist nicht ganz eindeutig, warum Castrati in die Oper eingeführt wurden, obwohl es bekannt ist, daß Castrati zuvor in Kirchen sangen, weil dies Frauen versagt war. Die Übernahme in die Oper erfolgte aber keineswegs nur deshalb oder überhaupt, um Frauenrollen zu ersetzen. Erstens gab es wenig Frauenrollen in der frühen Oper und zweitens spielten Castrati oftmals Männerrollen mit der Stimmlage Sopran oder Kontraalt. Liebesduette zwischen Mann und Frau hörten sich deshalb oft an wie zwei Frauenstimmen. Noch in Glucks Oper *Orpheus und Eurydike* ist die Rolle des Orpheus für die Alt-Stimmlage geschrieben. Der stimmliche Rollentausch allein hatte eine Anziehungskraft. Eine Steigerung war wahrscheinlich doch der Kastrat in der Frauenrolle. Obwohl die Stimme dann zu dem Kostüm paßte, standen biologisches Geschlecht und Rolle in einem offensichtlichen Widerspruch zueinander.

Die Castrati sollen imposante (männliche) Erscheinungen gewesen sein, groß und breitschultrig, und waren gerade in Frauenrollen beliebt (ebd., 27). Der Widerspruch liegt also darin, daß Geschlechtsmerkmale beider Geschlechter zusammen vorgeführt wurden, und offensichtlich war gerade diese Tatsache ein Grund für die große Beliebtheit der Castrati. Goethe soll einmal dazu geschrieben haben, daß er an den Kastraten auf der Bühne besonders Gefallen gefunden habe, weil sich deren Darstellung auf der Bühne als eine doppelte Illusion mitteilte, die auf ihn gerade deshalb eine starke Wirkung ausgeübt hätte.

Der Katalog der Beispiele könnte hier sehr viel weiter ausgeführt werden und sich auf andere Kunstdarbietungen erstrecken, wie z.B. das Ballett, die Malerei und Bildhauerei. Sie würden aber zu den vorgeführten Grundmustern und damit zu unserer Diskussion nichts gravierend Neues beitragen können. Uns kam es darauf an, nicht nur die Spielformen des Rollentauschs zu zeigen und damit verbunden die spielerische Travestie einer gesellschaftlich angenommenen Identität zwischen biologischem Geschlecht und der gesellschaftlichen Geschlechtsrolle, sondern gerade auch die Faszination und sinnliche Ambiguität der Anziehungskraft zwischen Menschen, die wohl, aber nicht unbedingt, dem »anderen« Geschlecht angehören müssen.

Unsere Theorie stellt nicht nur die Dichotomie männlich/weiblich in Frage. Sie durchbricht gleichzeitig die Kategorien von Hetero- und Homosexualität. Wie wir andernorts schrieben (1987a), ist die gesellschaftlich akzeptable Partnerwahl stark mit Fortpflanzungsideologien verknüpft und definiert daher »Geschlecht« im reduzierten Sinne als die (gesunden, fortpflanzungsfähigen) Geschlechtsorgane. Die sexuelle, sinnliche oder allgemeine Anziehungskraft eines Menschen zum anderen geht aber selten von den Genitalien, sondern von Sekundär- und Tertiärmerkmalen aus — und diese sind eben nicht so eindeutig in männlich/weibliche Kategorien unterteilbar. Homosexualität ist u.a. genau darum unterdrückt worden, weil sich einmal die Gleichgeschlechtlichkeit nicht zur Fortpflanzung eignet und zum zweiten, weil homo sexualis auf seine Geschlechtsorgane reduziert wurde. Wir wissen, daß Erotik und sexuelle Anziehungskraft sehr komplexe Vorgänge sind. Dabei mögen weibliche und männliche Merkmale gleichzeitig wirken. Es sei hier betont, daß das für homosexuelle wie heterosexuelle Beziehungen gilt. Hätte sich der Mensch nicht der Realität der Androgynität (d.h. der Merkmale beider Geschlechter in einer Person) ange-

paßt, wäre es mit der sexuellen und erotischen Anziehungskraft zu einem anderen Menschen schlecht bestellt. Es ist kaum bestreitbar, daß weder der Vorgang der sexuellen Bereitschaft noch des Sich-Verliebens oder nur der allgemeinen Faszination ein rationaler Vorgang ist. Die gesellschaftliche Konstruktion der Realität ist ebenfalls auf Irrationalismen aufgebaut und gerade in bezug auf biologisches Sein, Geschlechtsrollenerwartungen und Anziehungskraft prallen die Illusionen und die aus ihnen geschaffenen Widersprüche aufeinander. Solange sich niemand gegen diese Widersprüche wehrte, wurden sie entweder ertragen, beschwiegen oder nur in sublimierter, d.h. künstlerischer Form wiedergegeben. Die zeitgenössischen feministischen Bewegungen und die fast gleichzeitige »gay liberation« haben angefangen, mit althergebrachten Vorstellungen aufzuräumen und sich gegen jede Form der Unterdrückung zu wehren. Die Frage, was »weiblich« und »männlich« sein bedeutet, ist dabei zu einem zentralen Problem für das gesellschaftliche und individuelle Bewußtsein geworden. Der Mensch besitzt eine ungeheuer gefächerte Fähigkeit, auf Reize zu reagieren. Die Frage ist nur, inwieweit ihm (ihr) das im gesellschaftlichen Kontext erlaubt ist — und warum etwas nicht erlaubt sein sollte. Antworten auf letztere Fragen öffnen die Büchse der Pandora der Machtverhältnisse und der aus ihnen hergeleiteten Anschauungen, die einem status quo dienen und damit der Herrschaft und der Scheinlegitimität der Unterdrückung.

Wir behaupten, daß der Geschlechterkampf ein so grundlegender und daher universaler Bestandteil der Menschheitsgeschichte ist wie sonst nur noch der Klassenkampf. Jede Ambivalenz oder Variante in der Geschlechtsrollendynamik und -konkurrenz ist ebenfalls zu diesem grundlegenden Kampf zu rechnen und hat daher einen gewissen Anspruch darauf, als universal betrachtet zu werden. Der Vorwurf einer transökonomischen und transhistorischen bzw. ahistorischen Verfahrensweise kann deshalb nicht entstehen, weil die Beziehung der Geschlechter und der Geschlechtsrollen zueinander und untereinander an sich immer schon ökonomisch und historisch fundiert ist. Darüber hinaus spielt der Tanz, das Theater, die Oper mit Illusionen und mit Möglichkeiten, die in der gesellschaftlichen Realität oft nicht verwirklicht werden können. Gleichgültig, wie sehr im Spiel übertrieben, verändert oder die Welt auf den Kopf gestellt wird, der Bezugspunkt ist doch immer die reale Welt, in dessen Kontext erst eine Aussage Gewicht erhält.

Die in der Gesellschaft zugelassenen Bilder sind meist nur die, die sich mit den Normen und Werten der spezifischen Gesellschaft decken oder zum großen Teil in Einklang gebracht werden können. Dazu gehören auch die »gender signals«, wie Morris (1980) sie nennt. Interessanterweise ist Morris seinem eigenen Sozialisationsprozeß teilweise erlegen. Er macht es sich zwar zur Aufgabe, nicht-verbale Zeichen zu lesen und zu entschlüsseln; er bleibt aber in der Dichotomie männlich/weiblich befangen. Die Signale, die er schildert und zeigt, beschränken sich auf weibliche für Frauen und auf männliche für Männer. Nicht berücksichtigt bleiben Anzeichen, Bilder und Signale, die nicht mit der Geschlechtsrolle übereinstimmen. Seine Arbeit zeigt, wie tief verwurzelt unser Denken in simplen Polarisierungen ist und wie willig der einzelne ist, die Irrationalismen und Illusionen als Wahrheit zu glauben.

## Literaturverzeichnis

- Allen, M.P., 1984: Artikel in Outreach Newsletter. Auszugsweise in: The Australian Seahorse Bulletin, Juni 1984
- Alley, R., 1957: Peking Opera. Peking
- Archer, J., 1978: Biological explanations of psychological sex differences, in: Lloyd, B. und J. Archer (Hrsg.): Exploring Sex Differences. New York, 241-266
- Beckwith, C., 1983: Niger's Wodaabe People of the Taboo, in: National Geographic, Bd. 16, Nr.4, 482-509
- Bem, S., 1974: The measurement of psychological androgyny, in: Journal of Consulting and Clinical Psychology, Bd. 42, 155-162
- Birke, L., 1982: Clearing the mind: speculations on conceptual dichotomies, in: Rose, S. (Hrsg.): Against Biological Determinism. London, 60-78
- Bowra, C.M., 1963: Primitive Song. New York
- Ernst, E., 1956: The Kabuki Theatre. New York
- Gagnon, J.H., 1975: Sex research and social Change, in: Archives of Sexual Behaviour, Bd.4, 111-141
- Goffman, E., 1979: Gender Advertisment. Massachusetts
- Grout, D.J., 1965: A Short History of Opera. New York
- Heriot, A., 1956: The Castrati in Opera. London
- Hirschfeld, M., 1935: Sex in Human Relationships. London
- Hoffmann, R.J., 1984: Vice, good and virtues: sociology as a mediating factor in attitudes towards male homosexuality, in: Journal of Homosexuality, Bd.9, Nr.2/3, 27-44
- Kaplan, G.T., und L.J. Rogers, 1984: Breaking out of a predominant paradigma a new look at sexual attraction, in: Journal of Homosexuality, Bd. 10, Nr.3/4, 71-75
- dies., 1987a: Women and Biology, in: Feminist Knowledge as Critique and Construct, Kap.7, Victoria (Australien)
- dies., 1987b: Definitions of male and female: Biology and the Sanctions of Normality, in: Gunew, S. (Hrsg.): Feminist Critique and Construct. London (im Druck)
- Morris, J., 1984: The End of Sex. Sydney Morning Herald, 9.6.
- Morris, P., 1980: Man Watching. London
- Theweleit, K., 1977: Männerphantasien. Frankfurt/M.
- Williamson, J., 1978: Decoding Advertising. Glasgow
- Woolf, Virginia, 1928: Orlando. New York

Literatur im  
historischen Prozeß



Stephan/Weigel (Hg.)  
Weiblichkeit  
und Avantgarde

Argument

**Weiblichkeit und Avantgarde**  
Hrsg. v. Inge Stephan und Sigrid Weigel

Auffallend viele Frauen stehen im Mittelpunkt des neuerwachten Interesses am Konzept der Avantgarde, das im Kontext des deutlichen Überdrusses an (weiblicher) Erfahrungsliteratur zu sehen ist. Der Ort von Frauen in der Geschichte der Avantgarde soll befragt werden: Russische Avantgarde (A.Achmatowa, M.Zwetaewa), G.Stein, H.D., D.Barnes, M.Fleißer, U.Zürn, H.Müller, B.Strauß, M.Duras, Performance-Künstlerinnen.

Literatur im Historischen Prozeß 16  
Argument-Sonderband 144  
190 Seiten, DM 18,50/15,50 f. Stud.

## **Wer kann Pazifist bleiben, wenn Hitler an die Macht kommt? Zum Wandel der politischen Überzeugungen deutscher Pazifisten nach 1933**

Viele Arbeiten zur Geschichte der deutschen Friedensbewegung setzen 1933 eine Zäsur. In diesem Jahr zerschlugen die Nationalsozialisten die pazifistischen Organisationen. Pazifisten wurden verfolgt, in Konzentrationslager verschleppt und ermordet. Die Vorgänge haben bis heute fortdauernde Wirkungen:

»Den Nationalsozialisten ist es nicht nur gelungen, die Friedensbewegung zu zerschlagen, sondern sie auch aus dem Bewußtsein der Deutschen zu verdrängen. Damit aber ging nicht nur eine — wenn auch nur kurze und überdies erfolglose — demokratische und emanzipatorische Traditionslinie in der neueren deutschen Geschichte verloren, sondern auch ein wichtiger Bestandteil der politischen Kultur.« (Riesenberg 1985, 251)

Aber war die Zäsur 1933 so tiefgreifend, daß die Friedensbewegung in der Bundesrepublik an keine Tradition mehr anknüpfen konnte? Welche friedenspolitischen Vorstellungen entwickelten die überlebenden Pazifisten in den Jahren nach 1933? Was taten sie im Exil? Wie schätzten sie den Nationalsozialismus ein? Wie sahen ihre Antworten auf die deutschen Expansionspläne und Kriegsvorbereitungen, auf den Zweiten Weltkrieg aus?

Ich will versuchen, einige Antworten auf die noch weiter zu erforschenden Fragen zu geben: Ausgehend von den vorherrschenden pazifistischen Strömungen der zwanziger Jahre innerhalb und im Umfeld der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG), der größten pazifistischen Organisation der Weimarer Republik (vgl. differenziert Scheer 1981, 371-420), werde ich die persönliche Entwicklung maßgeblicher Vertreter dieser Strömungen nach 1933 beschreiben. Dabei handelt es sich um den »organisatorischen« Pazifismus (Ludwig Quidde), den »ethischen« Pazifismus (Friedrich Wilhelm Foerster), den »radikalen« Pazifismus (Helene Stöcker) und den »revolutionären« Pazifismus (Kurt Hiller). Der biographische Ansatz ermöglicht es, auch nach 1933 das Schicksal der teilweise stark von einzelnen Personen geprägten pazifistischen Konzepte — trotz der Zerschlagung der Organisationen — in der Extremsituation des Exils zu verfolgen.

### **Die Programme der zwanziger Jahre**

Ebenso wie bei anderen pazifistischen Gruppen wuchs unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und unter dem Eindruck des erlebten Krieges die Mitgliederzahl der 1892 gegründeten Deutschen Friedensgesellschaft (DFG). Gleichzeitig fächerten sich die in der Gesellschaft vertretenen pazifistischen Anschauungen und Strömungen stärker auf. Der organisatorische, völkerrechtlich ausgerichtete Pazifismus, der im Kaiserreich die Arbeit der DFG bestimmt hatte, verlor zunehmend an Bedeutung. Mit Ludwig Quidde blieb aber einer seiner Repräsentanten bis 1929 Präsident der Friedensgesellschaft. Während Quiddes auch persönlicher Einfluß auf die deutsche Friedensbewegung der zwanziger Jahre ab-



nahm, stieg sein internationales Ansehen; die Verleihung des Friedensnobelpreises im Jahre 1927 zeugt davon (zur Person vgl. Rajewsky/Riesenberger 1987).

Quiddes Pazifismus verband die Friedensidee mit den Grundwerten liberaler Demokratie: »Demokratie« und »Pazifismus« bedingen einander; Pazifismus ist die »Anwendung der demokratischen Grundsätze« (1928; vgl. Scheer 1981, 137). Übertragen auf die internationale Politik formulierte Quidde wiederholt das Ziel der »gewaltlose(n) Austragung aller Streitigkeiten, sowohl national im Innern der Staaten, wie international zwischen den Völkern« (FW 1932, 228). Entsprechend spielte die Regulierung der internationalen Beziehungen durch ein verbindliches, den Werten der liberalen Demokratie verpflichtetes Recht für ihn eine zentrale Rolle. Der Rechtsgedanke wurde zum normativen Ausgangspunkt des Pazifismus:

»Der Pazifismus aber will eine neue Welt aufbauen, erfüllt von der Idee des Rechtes, getragen von den solidarischen Interessen der Menschheit. Das ist etwas viel Größeres, viel Weitergehendes als die Verhinderung des Krieges durch Heeresdienstverweigerung.« (1922, 153)

Im Gegensatz zu anderen organisatorischen Pazifisten befaßte sich Quidde nicht nur mit der systemischen Ebene der internationalen Politik, sondern nahm auch die Akteure selber in den Blick. Einem humanitären Fortschrittsglauben verhaftet und der Höherentwicklung des zwischenstaatlichen Rechts gewiß, wandte er sich häufig gegen eine doppelte Moral der politischen Entscheidungsträger (vgl. Scheer 1981, 138-141). Große Erwartungen setzte Quidde deshalb nach dem Ersten Weltkrieg in den Völkerbund, der erstmals eine internationale Instanz zu sein versprach, in der die einzelnen Staaten Konflikte nach demokratischen Regeln lösen können. Die Verankerung seines Pazifismus im Rechtsgedanken führte Quidde jedoch nicht zwangsläufig zur Ablehnung jedes Krieges:

»Wer dem Individuum kein Recht der Verteidigung zuerkennt, wer auf dem Standpunkt der Quäker oder Tolstois steht, daß ein Widerstand gegenüber dem Unrecht unmoralisch sei, (...) wer diesen Standpunkt für die individuelle Moral anerkennt, der muß auch die Konsequenzen für die Moral zwischen den Völkern ziehen. Wer aber (und das ist, wie ich glaube, die große Mehrheit von uns) für das Individuum ein Recht, ja eine Pflicht, der Selbstbehauptung anerkennt (...); wer für die persönliche Moral auf diesem Standpunkt steht, wird den Völkern dasselbe Recht zuerkennen.« (1910, 20)

Der Erste Weltkrieg hatte vielen Pazifisten deutlich gemacht, daß friedenssichernde Maßnahmen, die allein auf der internationalen Ebene ansetzen, nicht ausreichen. Ein Vertreter des ethischen Pazifismus war der Pädagoge Friedrich Wilhelm Foerster. Der scharfe Kritiker des preußisch-deutschen Militarismus lebte zwar vorwiegend außerhalb Deutschlands, und als aktives Mitglied der organisierten Friedensbewegung trat er in der Weimarer Republik nie in Erscheinung. Aber er übte einen nachhaltigen Einfluß auf die radikalpazifistische Programmatik des westdeutschen Landesverbandes der DFG aus. Dieser Verband erlangte gegen Ende der zwanziger Jahre die führende Rolle in der Gesellschaft und bestimmte in den letzten Jahren vor 1933 ihren Kurs.

Kernpunkt des Foersterschen Pazifismus (zur Person vgl. Rajewsky/Riesenberger 1987) war die Annahme, daß ein weitgehender Frieden in der Welt nur erreicht werden könne, wenn sich die international Handelnden — neben der Schaffung eines neuen Rechtes — auf »sittliche Prinzipien«, auf eine bindende

»neue Moral« einigen. Von der katholischen Lehre, besonders den Schriften Augustinus stark beeinflusst, entwickelte Foerster seine Moralphilosophie: nur auf religiöser Grundlage sei eine befriedete Ordnung der Welt möglich (vgl. Wehberg 1923, 57; Foerster 1953, 140-168, 289-298, 699-702):

»Alles kommt darauf an, daß diejenigen, die sich verpflichtet fühlen, das weltgeschichtliche Geschehen unbeirrt vom persönlichen Gewissen zu beurteilen, sich mit der Überzeugung erfüllen, daß das Moralische auf Dauer allein auch das wahrhaft Politische ist und daß es in der Welt nicht zweierlei Maßstäbe geben könne, so daß das ewig wahre Gesetz (der christlichen Religion; RvB) sich zu beugen hätte, sobald nur die Masse derer groß genug ist, die dagegen zu freveln wagen.« (1953, 291)

Foerster setzte vor allem auf pädagogische Mittel, auf die Erziehung der Völker zu einem »Weltbewusstsein« (vgl. Pöggeler 1957, 284ff.). Er kritisierte die deutsche Politik, weil eine nach moralischen Prinzipien ausgerichtete »Ethik« in ihr nicht zu finden sei — und forderte eine »Umkehr«, die ohne »Selbstanklage« im Hinblick auf die Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg jedoch nicht möglich sei (vgl. Scheer 1981, 416; Foerster 1920, 3). Diese Forderung nach »Buße« des deutschen Volkes, nach einer Selbstläuterung vom »militaristischen Geist«, machte Foerster nicht nur zu einer allgemein in der Weimarer Republik umstrittenen Figur; auch zahlreiche Pazifisten distanzieren sich von ihm. Ludwig Quidde argumentierte in der »Weltbühne«:

»Ich selbst bin der Ansicht, daß man keinem Volke zumuten kann, dauernd in Bitterstimmung zu leben, daß es vielmehr durch solche Zumutung nur zu trotzigen Exzessen der Überhebung aufgereizt wird ....« (WB, 1926, I.Hj., 523)

Nach dem Ersten Weltkrieg gewann der radikale Pazifismus oder »Antimilitarismus« auch in Deutschland Anhänger. Die 1869 in Elberfeld geborene Helene Stöcker, die als erste Frau in Deutschland den philosophischen Dokortitel erworben hatte, gehörte zu seinen profiliertesten Vertreterinnen. Von 1919 bis 1929 war sie Vizepräsidentin der DFG und des Deutschen Friedenskartells, des Dachverbandes der pazifistischen Organisationen zur Zeit der Weimarer Republik. Der Erste Weltkrieg stellte für ihre bis dahin von Fortschrittsoptimismus geprägte Weltanschauung einen tiefreichenden Einschnitt dar und markierte den Beginn ihres pazifistischen Engagements:

»In unserem naiven (sic) hohen Fortschrittsglauben, der die Errungenschaft des neunzehnten Jahrhunderts war, hatten wir uns eingebildet, der Krieg zwischen Kulturvölkern sei eigentlich eine überwindene oder jedenfalls bald zu überwindende Sache.« (Stöcker o.J.)

Die zentrale Forderung des Stöckerschen Pazifismus zielte auf die absolute »Unantastbarkeit des menschlichen Lebens«. Diese Norm müsse auch die Grundlage einer »gerechten« Gesellschaftsordnung sein, in der nicht die »toten« Dinge wie Geld und Eigentum das Leben bestimmen (vgl. NG 1926, 248). Sie forderte die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaften als Vorbedingung für die Abschaffung von Kriegen: Pazifisten mußten sich mit den Unterdrückten solidarisieren, um am Aufbau einer »besseren Gesellschaftsordnung« mitzuwirken (vgl. FW 1927, 326). Ihre Überzeugung brachte sie in einen Gegensatz zu den organisatorischen Pazifisten, die auf die Durchsetzung einer friedenssichernden internationalen Rechtsordnung mit der im Rechtsgedanken eingeschlossenen Unterscheidung zwischen gerechten und ungerechten Kriegen abzielten:

»Gesetzt, es gelingt, den Angreiferstaat zweifelsfrei festzustellen, so würde eine kriegerische Exekution gegen den Angreifer besonders bei Anwendung der modernen chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel in erster Linie wieder Unschuldige mit Tod und grauenvoller Qual und Verstummelung treffen — sowohl unschuldige Angehörige des Angreiferstaates wie unschuldige Angehörige der die Sanktion ausübenden Staaten.« (NG 1926, 275)

»Der Marx des Pazifismus muß noch kommen. An einem wirklichen Bund der Völker wollen wir sicherlich mitbauen helfen; aber zu ihm wird dann allerhand gehören, von dem sich das heutige 'Welttheater' in Genf noch nichts träumen läßt. Generalstreik und Verweigerung jeglicher Vorbereitung zum Menschenmord, jeder Teilnahme am Krieg, vielmehr Ächtung jedes Krieges sind dazu die ersten, wesentlichen Voraussetzungen.« (NG 1926, 100)

Wo die Norm der Unantastbarkeit menschlichen Lebens eingeschränkt wird, waren für Helene Stöcker auch revolutionäre Umwälzungen legitim. Auf einer Tagung der Internationale der Kriegsdienstgegner im niederösterreichischen Sonntagsberg forderte sie 1928 die Anerkennung des Rechts der Unterdrückten auf Revolution — einer Revolution jedoch, die auf Gewaltmittel zu verzichten habe. Sie verwies ebenso auf das Beispiel Gandhis wie auf Lassalles Rede »Die Wissenschaft und die Arbeiter« mit seiner Definition von Revolution als »Umwälzung«, die auch »im größten Frieden« stattfinden könne (vgl. DZ, 15.8.1928; Lassalle o.J., 298).

Die Frage nach der Rolle der Gewalt als Mittel pazifistischer Strategien war für eine weitere pazifistische Strömung der Weimarer Republik, den revolutionären Pazifismus, zentral. Kurt Hiller, zu Anfang der zwanziger Jahre noch radikaler Pazifist, entwickelte das Konzept und gründete 1926 die »Gruppe revolutionärer Pazifisten«, der neben anderen auch Tucholsky, Weinert und Mehring angehörten (vgl. zur Person Hiller 1969).

Für Hiller war die kapitalistische Gesellschaftsordnung die Hauptquelle von Kriegen — nicht im Sinne einer Zwangsläufigkeit, sondern einer besonderen Anfälligkeit:

»Die Lehrmeinung, der Kapitalismus führe zwangsläufig zu Kriegen, Kriege seien unter seiner Herrschaft einfach gar nicht zu vermeiden, mit der Notwendigkeit eines Naturereignisses breche demnächst der zweite Weltkrieg aus — diese unter Marxisten ziemlich verbreitete Doktrin irrt insofern, als sie das geschichtliche Geschehen mechanisiert faßt und das Element des gestaltenden Willens aus der Geschichte fortlegt.« — »Es hat vor dem Kapitalismus Kriege gegeben; die alleinige Ursache der Kriege kann er also nicht sein. Aber er führt mit Notwendigkeit immer wieder zu Krisen, die die Tendenz einer kriegerischen Lösung in sich tragen.« (1932, III)

Internationalen Schiedsorganisationen, gewaltfreien Aktionen und der Kriegsdienstverweigerung wurde deshalb zwar nicht jede friedensfördernde Wirkung abgesprochen, aber die zentrale »Friedensstrategie« lag für Hiller in der sozialen Revolution:

»Es gibt ein einziges Mittel zur Verhinderung des gigantischen Verbrechens: die revolutionäre Erhebung gegen die Verbrecher, die Eroberung der politischen Macht.« (1932, 115)

Diese Überzeugungen schlossen für Hiller ein Verständnis von Pazifismus aus, das zu gewaltfreiem Handeln verpflichtet: Revolutionäre Gewalt konnte das Mittel sein, um das Ziel »völliger Gewaltlosigkeit« zu erreichen (vgl. 1932, 124).

»Schwer wiegt das Argument der Kommunisten. Sie sehen in der Arbeitsverweigerung und in der Heeresdienstverweigerung etwas rein Passives; mit bloßem Nichttun erschüttert man nicht die Macht ... Führt der Generalstreik [bei drohendem Krieg; Anm.d.Verf.] nicht zu Aktionen, die über das bloße Streiken gewaltig hinausreichen, dann muß er ersticken.« (1932, 113)

Die Prämisse des revolutionären Pazifismus war nicht mehr die Unantastbarkeit des Lebens. Am 5. Mai 1927 schrieb Hiller an den Völkerrechtler Hans Wehberg:

»Der revolutionäre Pazifismus (...) geht nicht von der *Heiligkeit* des Menschenlebens, sondern von der Unantastbarkeit des Rechtes auf Leben aus. Das ist ein großer Unterschied. Die *Heiligkeit* des Lebens ist unbedingt; das *Recht* auf Leben ist preisgebbar, veräußerlich.« (BAK, NI Wehberg 48)

Die von Hiller — soweit bekannt — nie ausdrücklich formulierte Konsequenz dieser Haltung findet sich bei einem anderen revolutionären Pazifisten. Kurt Tucholsky schrieb 1930:

»Ich fühle in keiner Hinsicht vegetarisch: es mag Situationen geben, in denen Blut zu vergießen kein Unrecht ist.« (WB 1930, 2. Hjb., 685)

## Der Weg im Exil

Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand am 27.2.1933 wurden die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) und die Deutsche Liga für Menschenrechte verboten. Die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen war ausreichender Grund für Verfolgung durch die Nationalsozialisten. So wurde im August 1933 zum Beispiel in einem Erlaß des preußischen Unterrichtsministers verfügt, daß Studenten, die pazifistischen Organisationen angehört hatten, von den Universitäten ausgeschlossen seien (vgl. FW 1945, 232). Pazifistische Zeitschriften wurden verboten, ihre Mitarbeiter und Herausgeber verfolgt. Fritz Küster, dessen Wochenzeitschrift »Das Andere Deutschland« schon 1932 mehrere Monate nicht erscheinen durfte, wurde im März 1933 in ein Konzentrationslager gebracht (vgl. FW 1934, 80). Der Herausgeber der Zeitschrift »Deutsche Zukunft«, Riechert, wurde mit seinem Sohn am 28.6.1933 von SA aus dem Polizeigefängnis in seiner Heimatstadt Heide (Holstein) geholt; beide wurden auf einem Rollwagen, um den Hals Plakate gehängt (»Ich bin ein Hoch- und Landesverräter«, »Und meine Familie ist ebenso«), durch die Stadt gefahren (vgl. FW 1945, 233). Der Vorgang verweist darauf, daß die Verfolgung von Pazifisten durch die Nationalsozialisten offensichtlich schon 1933 auch an eine latente Pazifismusfeindlichkeit in der Bevölkerung anknüpfen konnte.

Helene Stöcker verließ nach dem Reichstagsbrand Deutschland. Sie lebte, schwer krank, zunächst in der Schweiz, dann in England, übersiedelte 1940 nach Schweden und ein Jahr später in die USA, wo sie am 24. Februar 1942 starb. Ludwig Quidde ging im März 1933 als Vierundsiebzigjähriger ins Schweizer Exil und lebte bis zu seinem Tod am 4.3.1941 in Genf. Kurt Hiller wurde im März 1933 verhaftet, kam nach schweren Mißhandlungen durch die SS in den KZ Brandenburg und Oranienburg noch einmal frei und flüchtete vor der erneuten Verhaftung nach Prag. Der Einmarsch deutscher Truppen zwang ihn zur weiteren Flucht nach London, wo er bis zu seiner Rückkehr in die Bundesrepublik 1955 blieb. Friedrich Wilhelm Foerster lebte vor 1933 bereits ständig im Ausland, weil er schon in den zwanziger Jahren in Deutschland seines Lebens nicht mehr sicher sein durfte.

Das Exil brachte für engagierte Pazifisten besondere Schwierigkeiten mit sich. In der Regel gehörten sie nicht einer der größeren Parteien an. Deshalb blieb die Unterstützung durch deren Exilorganisationen aus. Auch die an Parteien orien-

tierten Exil-Verlage und -Zeitschriften waren ihnen nur schwer zugänglich. Dies war besonders problematisch, weil viele Pazifisten ihren Broterwerb mit publizistischen und literarischen Tätigkeiten bestritten. Kurt Hiller beschrieb die Situation am 7.11.1936 in einem Brief an Ludwig Quidde:

»Wahr bleibt, daß der Pazifist, als solcher, unter allen politischen Emigranten einstweilen am schlechtesten gestellt ist. Für den pazifistischen Schriftsteller, egal welcher Richtung, kommt hinzu, daß es eine bürgerlich-liberale, eine sozialdemokratische, eine kommunistische, keine spezifisch pazifistische Presse gibt ...« (BAK, NI Quidde 31)

Der »Anschluß« Österreichs und die Besetzung der Tschechoslowakei verschlechterten die Situation weiter. Der literarische Markt für Texte deutschsprachiger Exilautoren wurde zunehmend kleiner, die Honorare sanken durch das Überangebot an Texten dieser Schriftsteller. Nach Beginn des Zweiten Weltkriegs war es nahezu unmöglich, Artikel mit pazifistischen Grundgedanken zu veröffentlichen. Helene Stöcker, die fast seit der Jahrhundertwende international veröffentlicht hatte, beklagte sich am 27.2.1940 bei Ludwig Quidde:

»Daß ich es in den Diktatorländern nicht kann, mag begreiflich sein, daß es aber auch in keinem der sogenannten demokratischen Länder möglich ist — ob es nun in den Krieg hineingerissen worden ist oder nicht — zeigt doch, wie anders die Lage heute ist, als vor 25 Jahren.« (BAK, NI Quidde 40)

Bereits 1936, als deutschsprachigen Exilautoren noch die Buchverlage und die Presse Österreichs offen standen, klagte Stöcker am 29. April:

»Mit dem Artikelhonorar kommt man kaum zur Deckung seiner Unkosten, höchstens noch zu einem kleinen Taschengeld, aber nicht zu irgendeinem in Betracht kommenden Einkommen.« (IISA, Hugenholtz-Archiv 261)

Zwar erschienen einige Zeitschriften in der Schweiz, die auch für pazifistische Autoren in Frage kamen, doch war dort — wie etwa in der »Friedens-Warte« — aus Furcht vor dem Druck der Schweizer Behörden kaum Raum für Stellungnahmen, die in »Rom oder Berlin Anstoß erregen« konnten (Hiller, 7.11.1936; vgl. BAK, NI Quidde 31).

Viele Exilierte waren auf die Unterstützung von Hilfskomitees angewiesen. Sie wurde häufig jedoch ausschließlich bestimmten Personengruppen gewährt. Nur in geringem Umfang gab es diese Art der Unterstützung für Pazifisten. 1935 wurde in Genf auf maßgebliche Initiative von Ludwig Quidde ein solches Hilfskomitee für Pazifisten gegründet. Der Unterstützterkreis blieb aber relativ klein, so daß nur bescheidene Mittel zur Verteilung verfügbar waren. 1937 konnte Quidde gerade von 13 Personen berichten, die Zuwendungen seines Komitees erhielten (vgl. FW 1937, 118). Daneben kümmerten sich Hellmut von Gerlach in Paris und Kurt Großmann in Prag (»Demokratische Flüchtlingsfürsorge«) um exilierte Pazifisten (vgl. Scheer 1981, 596).

Unter diesen Bedingungen blieben nach 1933 Stellungnahmen von Repräsentanten der Friedensbewegung in der Weimarer Republik zum Thema »Krieg und Frieden« eher spärlich: In Deutschland wurden Vertreter pazifistischer Überzeugungen verfolgt. Im Exil fehlte den Pazifisten nicht nur die materielle Grundlage, um sich ihren Vorstellungen gemäß zu artikulieren; es fehlten auch die Medien. Hinzu kamen andere politische Schwerpunktsetzungen ehemals engagierter Pazifisten. So schrieb Eugen M. Brehm auf meine Frage, welchen Stellenwert pazifistische Problemkreise für ihn und seine Freunde nach 1933 hatten:

»In meiner illegalen Arbeit für die SAP [noch in Deutschland; Anm.d.Verf.] und nachher im Exil galt es für K.H. (d.i. Kurt Hiller), mich und andere, sich mit neuen Problemen zu befassen.« (Brief vom 26.1.1983; Besitz d.Verf.)

Was läßt sich angesichts dieser Situation gegenwärtig schon über das Schicksal pazifistischer Überzeugungen nach 1933 sagen? Wie setzten sich die führenden Pazifisten der Weimarer Republik mit dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg auseinander?

Ludwig Quidde pazifistische Anschauungen blieben von der seit 1933 veränderten Situation weitgehend unberührt. Anfangs schenkte er sogar den Friedensbekundungen Hitlers Glauben (vgl. Scheer 1981, 596). 1936 stellte er fest, daß ein neuer Krieg angesichts der kriegstechnologischen Entwicklung die »absolute Zerstörung« und eine »Vernichtung der europäischen Zivilisation« bringen würde: »Ruchlos ist es deshalb, mit dem Gedanken eines neuen großen Krieges zu spielen.« Ein neuer Weltkrieg war ihm unvorstellbar (vgl. FW 1936, 196, 197). Zwar mißbilligte er die innere Entwicklung Deutschlands, doch nahm er nach 1933 hierzu publizistisch kaum Stellung. In seinen pazifistischen Überzeugungen zentrierte er den Blick unverändert auf das internationale System und die Notwendigkeit, international den Rechtsgedanken durchzusetzen. Die innere Situation eines Landes, die politischen Herrschafts- und Machtverhältnisse in den Staaten blendete er aus; sie blieben ihm weiterhin »black boxes«. So konnte er 1936 zu dem Ergebnis kommen, daß in Deutschland nur abgerüstet werden könne und Deutschland die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages nur »zugemutet« werden können, wenn die Siegermächte selbst »zu einer radikalen Abrüstung bereit seien.« Den Grund dafür, daß es nicht zur Abrüstung komme, konnte Quidde noch zu diesem Zeitpunkt nur mit Hilfe einer der Psychologie entlehnten Metapher beschreiben: er liege in einem »krankhaft gestiegenen« Mißtrauen der Staaten untereinander (vgl. FW 1936, 195).

Weil Quidde am Rechtsgedanken als zentralem Bezugspunkt seines Pazifismus festhielt, wurden seine pazifistischen Anschauungen auch durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs nicht grundlegend in Frage gestellt. Wiederholt stellte er fest, daß es Situationen gebe, in denen ein »Recht« und eine »Pflicht der nationalen Notwehr« bestehe:

»So sehr mit der Behauptung, einen Verteidigungskrieg zu führen, schamloser Unfug getrieben wird, gibt es doch Fälle, in denen über das Recht zu nationaler Abwehr einer Vergewaltigung kein Zweifel bestehen kann.« (Vgl. FW 1936, 195)

Er wandte sich weiter gegen pazifistische Vorstellungen, die die Kriegsdienstverweigerung zur zentralen »Friedensstrategie« erhoben hatten. Nach 1939 war in der Konsequenz seiner Überzeugung ein Verteidigungskrieg gegen Deutschland als dem Angreiferstaat notwendig (vgl. FW 1939, 237).

Auch für Friedrich Wilhelm Foerster gab es nach 1933 keinen Anlaß zur Veränderung seiner Anschauungen. Er sah seine Aussagen und Mahnungen aus den zwanziger Jahren durch die Entwicklung in Deutschland bestätigt. Überzeugt, daß kriegstreibende Staaten für ihr Verhalten »büßen« müssen, ehe sie »friedlich« werden, gelangte er zu dem Schluß, daß die Auflagen des Versailler Vertrages gegenüber Deutschland noch zu schonend gewesen seien. Die Siegerstaaten hätten 1919 einen »Sicherheitsfrieden« schließen müssen, mit dem sich ganz

Europa gegen den »ganz bestimmten, ganz eindeutigen großen Friedensstörer« hätte schützen sollen, so »daß demselben jede Hoffnung auf Umsturz der neuen Prinzipien vergangen wäre.« Da in seinem Pazifismus »Repression« gegenüber kriegstreibenden Staaten ein mitgedachtes Mittel war, um das Ziel eines auf einer spezifisch christlichen Grundlage herrschenden »Weltgewissens« zu erreichen, gelangte er 1937 zu dem Schluß, daß das nationalsozialistische Deutschland nur durch »militärische Abwehr« und »geistige Defensive« (= Propaganda) im Zaum gehalten werden könne (vgl. 1937, 498, 505):

»Möge man endlich aufhören zu glauben, daß man das jetzt in Macht stehende Deutschland irgendwie bekehren und in die europäische Gemeinschaft zurückleiten kann.« (1937, 501)

Kurt Hiller, der durch seine KZ-Haft den Nationalsozialismus in leidvoller Weise persönlich kennengelernt hatte, erklärte 1934 in einer Rede im Prager Exil, daß der Pazifist »von allen lächerlichen Spielarten des Weltverbesserers die lächerlichste« sei. Er monierte, daß der organisatorische Pazifismus seine Unzulänglichkeit beweise, wenn trotz Schiedssystem eines Tages der zu erwartende Krieg ausbreche. Dem Dienstverweigerungs-Pazifismus hielt er vor, daß er zwar eine »edle Lehre« sei, es aber den »handfesten Barbaren« erleichtere, am Ende Sieger zu bleiben. Er hielt jedoch am revolutionären Pazifismus fest und sah sich nach 1933 durch die geschichtliche Entwicklung bestätigt: unter den Bedingungen des kapitalistischen Systems seien Kriege nicht abschaffbar; eine sozialistische Gesellschaftsordnung im Weltmaßstab sei eine Vorbedingung für eine friedliche Welt (vgl. 1938, 164-166). Hiller forderte bereits 1934, daß die Nachbarn Deutschlands aufrüsten müßten, um die vom nationalsozialistischen Deutschland ausgehende Gefahr zu begrenzen. Alle Nachbarstaaten müßten sich über ideologische Grenzen hinweg zusammenschließen:

»Diese Solidarität, dieser gegen den Rückfall Europas ins Vorchristliche geschlossene Bund zwischen Liberalismus und Kommunismus ist freilich das A und O. Nur sie vermag unter den gegenwärtigen Umständen den Krieg zu verhüten.« (1938, 172)

Damit setzte Hiller nicht nur ausschließlich auf militärische Handlungsmöglichkeiten; er gab auch — indirekt — Prämissen des revolutionären Pazifismus auf, die er selbst in den zwanziger Jahre formuliert hatte (auch wenn er dies nach 1933 nicht ausdrücklich zugab). Unter den gegebenen Umständen schien es Hiller gerechtfertigt, das »Recht auf Leben« im Kampf gegen den Nationalsozialismus zu veräußern. Seine Forderung nach militärischer Aufrüstung bedeutete jedoch darüberhinaus, daß im Kriegsfall auch Menschen betroffen sein würden, die ihr »Recht auf Leben« nicht freiwillig veräußert hätten. Den Widerspruch, Prämissen des revolutionären Pazifismus aufzugeben und zugleich an ihm festzuhalten, überbrückte Hiller mit der Feststellung, daß nach 1933 eine Art Pause für Diskussionen über pazifistische Konzepte eingetreten sei:

»Wird einst die Hitlerei erledigt, das deutsche Volk von seiner schweren Psychose, dieser aus Enttäuschung erklärbaren Regression ins Barbarische, genesen sein, dann kann und soll der Friedensgedanke sich wieder unmittelbar und in gerader Linie zu verwirklichen trachten.« (1938, 172)

Quidde, Hiller und Foerster antworteten auf die nationalsozialistische Bedrohung mit dem Rückgriff auf militärische Lösungen. Diese Lösungen waren mehr oder weniger in der Logik ihrer Konzepte bereits angelegt gewesen. Nach 1933 wurde die begrenzte Reichweite dieser Pazifismus-Konzepte im Hinblick auf das

Ziel der Friedenserhaltung und -sicherung deutlich. Solange solche Konzepte nicht den unbedingten Schutz des Lebens zum Ausgangspunkt nehmen, geben sie im Ernstfall Raum zur Legitimation von »gerechten« Kriegen.

Wie verarbeitete der radikale Pazifismus die Bedrohung durch den Nationalsozialismus und die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs? Helene Stöcker, die ihre Überzeugungen vom Grundsatz der »Unantastbarkeit des menschlichen Lebens« aus entwickelt hatte, konnte nach 1933 keine ihren Vorstellungen entsprechende Lösungsperspektive entwickeln. Sie hielt an ihrem Grundsatz fest, verfiel jedoch in lähmende Resignation: »Ich habe alle Hoffnung so gut wie aufgegeben auf eine Entwicklung zum Besseren«, schrieb sie am 2.1.1940 an den Völkerrechtler Hans Wehberg (vgl. FW 1945, 261). Den Status quo konnte sie nicht rechtfertigen, weil die herrschenden Gewaltverhältnisse dem Grundsatz der »Unantastbarkeit des Lebens« widersprachen. Eine realistische Strategie zur Veränderung dieser Verhältnisse schien nur mit militärischen Mitteln vorstellbar. Typische radikale »Friedensstrategien« wie Kriegsdienstverweigerung und Generalstreik konnten in Deutschland nicht angewandt werden, weil der Nationalsozialismus eine breite Basis in der deutschen Bevölkerung hatte. Eine Veränderung der Verhältnisse mit Gewaltmitteln widersprach Stöckers Überzeugungen. Das Problem hatte sie zwar schon 1928 in einem Aufsatz angesprochen — mit ihm konfrontiert, blieb ihr in einem Brief vom 27.7.1941 nur der fatalistische Schluß, daß eine Welt frei von Kriegen in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen sei:

»Daß sie [die Weltlage; Anm.d.Verf.] so problematisch werden würde, haben wir vielleicht doch nicht ganz vorausgesehen. Und man müßte wohl noch tausend oder zehntausend Jahre leben, um eine Entwicklung zu sehen, die uns vielleicht freuen würde.« (IISA, Brupbacher-Archiv 30)

\* \* \*

Die in der Weimarer Republik vorherrschenden Pazifismus-Konzepte haben auf die Bedrohung durch den Nationalsozialismus keine »pazifistischen« Antworten in dem Sinne gefunden, daß sie auf militärische Gewalt als Mittel verzichten konnten — außer zum Preis des Rückzugs in die Handlungsunfähigkeit. Einmal mehr wurde der Ziel-Mittel-Konflikt pazifistischer Konzepte deutlich: Im Ziel einer friedlichen, gewaltfreien Welt einig, bricht die Frage dort auf, wo es um die angemessenen Mittel zur Erreichung dieses Ziels geht. Radikale Pazifisten verweisen auch heute auf gewaltfreie Methoden, mit denen in Konflikten durchaus Erfolge erzielt werden konnten. Ob diese Mittel aber in einem Extremfall, wie er nach 1933 gegeben war, wirkungsvoll sein können, bleibt selbst dann fraglich, wenn Vertreter einer gewaltfreien Aktionstheorie (vgl. Jochheim 1984) auf die Erfolge gewaltfreier Aktionen im Widerstand gegen nationalsozialistische Besetzung (Norwegen, Dänemark) verweisen. In der aktuellen Diskussion erfahren diese Fälle eher eine Überbewertung. Stöckers Resignation im Exil macht deutlich, daß diese Methoden noch erheblich weiterentwickelt werden müssen, wenn es darum geht, angemessene, gewaltfreie, unblutige und vor allem glaubhafte Lösungsperspektiven aufzuzeigen, die auch in Extremsituationen wie der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft Bestand haben.



## Literaturverzeichnis

BAK = Bundesarchiv, Koblenz

DZ = Deutsche Zukunft

FW = Die Friedenswarte

IISA = Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam

NG = Die neue Generation

WB = Die Weltbühne

Donat, Helmut, und Karl Holl (Hrsg.), 1983: Die Friedensbewegung. Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Düsseldorf

Foerster, Friedrich Wilhelm, 1920: Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland. Gesichtspunkte zur deutschen Selbsterkenntnis und zum Aufbau eines neuen Deutschland. Stuttgart

ders., 1937: Europa und die deutsche Frage. Eine Deutung und ein Ausblick. Luzern

ders., 1953: Erlebte Weltgeschichte 1869-1953. Memoiren. Nürnberg

Hiller, Kurt, 1932: Der Sprung ins Helle. Reden, offene Briefe, Zwiegespräche, Essays, Thesen, Pamphlete gegen den Krieg, Klerus und Kapitalismus. Leipzig

ders., 1938: Profile. Prosa aus einem Jahrzehnt. Paris

ders., 1969: Leben gegen die Zeit. Reinbek

Holl, Karl, 1977: Historische Friedensforschung. In: Neue Politische Literatur, 22(2), 202ff.

Jochheim, Gernot, 1984: Die gewaltfreie Aktion. Idee und Methoden, Vorbilder und Wirkungen. Hamburg/Zürich

Lassalle, Ferdinand, o.J.: Die Wissenschaft und die Arbeiter. In: Blum, Erich (Hrsg.): Ferdinand Lassalles Gesamtwerke. Bd.1., Leipzig

Pöggeler, Franz, 1957: Die Pädagogik Friedrich Wilhelm Foersterns. Eine systematische Darstellung. Freiburg

Quidde, Ludwig, 1910: Nationale Lebens- und Ehrenfragen. O.O.

ders., 1922: Die Geschichte des Pazifismus. In: ders. 1977

ders., 1926: Erinnerungen. Im Kampf gegen Cäsarismus und Byzantinismus im kaiserlichen Deutschland. In: ders. 1977

ders., 1928: Wie ich zur Demokratie und zum Pazifismus kam. In: Frankfurter Zeitung, 4.1.1928 (2.Morgenblatt) (BAK, NI Wehberg 71)

ders., 1977: Caligula. Schriften über Militarismus und Pazifismus. Frankfurt/M.

Rajewsky, Christiane, und Dieter Riesenberger (Hrsg.), 1987: Wider den Krieg. Große Pazifisten von Immanuel Kant bis Heinrich Böll. München

Riesenberger, Dieter, 1985: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933. Göttingen

Scheer, Friedrich-Karl, 1981: Die deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland. Frankfurt/M.

Stöcker, Helene, o.J.: Autobiographie, Kapitel 1918-1940. (Unveröffentlichtes Manuskript. NI Stöcker, Swarthmore College-Peace Collection, Pennsylvania, Box 1, III)

dies., 1928: Klassenkampf und Gewaltlosigkeit. In: Kobler, Franz (Hrsg.): Gewalt und Gewaltlosigkeit. Leipzig, 140ff.

Wehberg, Hans, 1923: Die Führer der deutschen Friedensbewegung. Leipzig

## Horizontale und vertikale Dezentralisation der politischen Macht in China\*

In den letzten Jahren hat die Wirtschaftsreform in China große Fortschritte gemacht. Aber gleichzeitig stieß sie auf eine Reihe von Problemen, von denen einige mit dem ganzen System des Staates zusammenhängen und nicht im Rahmen der Ökonomie gelöst werden können. Das heißt, daß sobald die Wirtschaftsreform bis zu einem bestimmten Grad fortgeschritten ist, notwendigerweise auch eine politische Reform auf der Tagesordnung steht. Darüber hinaus wird die Wirtschaftsreform Auswirkungen im gesellschaftlichen, rechtlichen, ideologischen, kulturellen und in dem Bereich der Erziehung haben. Die überholten traditionellen Institutionen, Gebräuche, Gewohnheiten und Denkweisen müssen reformiert werden, weil die Gesellschaft sich sonst nicht weiterentwickeln und das Land nicht modernisiert werden kann.

Die politische Reform wird umfassend und stellt eine weitere Selbstvervollkommnung des sozialistischen Systems dar. Das langfristige Ziel ist, in China ein sozialistisches System zu etablieren, das in hohem Maße demokratisch, von großer Effizienz und mit einem vollständigen Rechtssystem ausgestattet ist. Kurzfristig sollen die politischen Strukturreformen das Führungssystem in der Partei und im Land erneuern und verbessern, und sie sollen die Beziehungen zwischen den Organen der Staatsmacht und den verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen neu ordnen. Diese kurzfristigen Ziele können nach meiner Schätzung in einem Zeitraum von einigen wenigen bis reichlich zehn Jahren erreicht werden.

### I. Über-Zentralisation

Chinas gegenwärtige politische Struktur hat sich in einem historischen Prozeß herausgebildet. Schon während der zehnjährigen Periode der Agrarrevolution (1927-1937) baute die KPCh in Jiangxi ein Regime der Roten Armee auf. Später, im anti-japanischen Krieg (1937-1945), wurde in Yan'an (in Nord-Shenxi) ein volksdemokratisches Regime etabliert. Deswegen hatte die KPCh dann 1949, als das ganze Land befreit war, bereits 22 Jahre lang Erfahrung in der Kontrolle politischer Macht gesammelt und eine Reihe von Politikformen entwickelt, die in Kriegszeiten erfolgreich waren. Man sollte hier beachten, daß unsere politischen Strukturen in den 22 Jahren vor der Gründung der Volksrepublik China durchweg während revolutionärer Kriege ausgebildet wurden. Sie betonen zwangsläufig die Zentralisierung der Macht gegenüber einer Dezentralisation und eher Zentralismus anstelle von Demokratie. Nach der Gründung der Volksrepublik bezogen wir die Erfahrungen anderer sozialistischer Staaten mit ein, die natürlich ebenfalls eine stark zentralistische Staatsmacht hatten. Auf diese Weise

\* Aus dem Englischen von Lienhard Schmidt.

bildete sich über rund 30 Jahre der stark zentralisierte politische Aufbau unserer Volksrepublik. Diese Struktur hatte die Funktion, das sozialistische System zu konsolidieren und eine vorläufige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung Chinas zu schaffen. Aber mit dem weiteren Fortschreiten der Ökonomie haben sich allmählich ernsthafte Nachteile bemerkbar gemacht.

In seiner Rede vor dem erweiterten Politbüro des ZK der Partei am 18. August 1980 wies Deng Xiaping darauf hin:

»Was die Führung und das Kadernsystem von Partei und Staat betrifft, bestehen die Hauptprobleme in Bürokratie, Über-Zentralisierung der Macht, patriarchalen Methoden, 'Pacht' von leitenden Posten auf Lebenszeit und verschiedensten Privilegien.« (Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping, chin. Ausgabe, 288)

Einige chinesische Wissenschaftler sind überzeugt, daß der Dreh- und Angelpunkt der obigen Probleme die Über-Zentralisation der Macht ist, und daß sich alle übrigen Probleme aus diesem einen ergeben.

Die wichtigste Aufgabe der derzeitigen Reform besteht also darin, das Problem der Über-Zentralisation zu lösen, um eine rationale Verteilung der politischen Macht zu erreichen. Die wichtigste Triebfeder liegt dabei in den Widersprüchen zwischen einer politischen Struktur mit überzentralisierter staatlicher Macht und der Entwicklung der sozialistischen Warenwirtschaft. Im Verlauf der Entwicklung der Warenwirtschaft und der Reform der wirtschaftlichen Strukturen werden die ökonomischen Einheiten zunehmend unabhängiger, wirtschaftliche Interessen pluralistischer und Entscheidungsprozesse dezentralisiert. Dies erfordert eine Umwandlung der politischen Struktur hin zu relativer Dezentralisation. Diese Dezentralisation erfolgt in zwei Richtungen: horizontal und vertikal.

## II. Horizontale Dezentralisation

Die horizontale Dezentralisation der Macht umfaßt eine Trennung von Partei und Regierung, eine Stärkung des Volkskongresses als Institution, eine Stärkung des sozialistischen Rechtssystems und die volle Beteiligung der verschiedenen demokratischen Parteien und Massenorganisationen an den Überwachungs-, Kontroll- und Ausgleichsfunktionen.

Die sogenannte Über-Zentralisation der Macht bezieht sich vor allem auf die Macht der KPCh. Da sie die staatstragende Partei ist, stellt sie auch die führende Kraft der gesamten Gesellschaft dar. Unter dem Slogan der »Vereinigten Parteiführung« wurde die gesamte Macht beim Parteikomitee zusammengefaßt, in unangemessenem Ausmaß und ohne vorherige Analyse.

Des weiteren wurde die Macht des Parteikomitees auf einige wenige Sekretariate konzentriert. Insbesondere der Erste Sekretär hatte das Kommando zu übernehmen und Entscheidungen in allen Bereichen zu treffen. Auf diese Weise wurde die »Vereinigte Parteiführung« zur Führung durch ein Individuum. Dieses Phänomen war auf allen Parteiebenen anzutreffen und bedeutete nichts anderes, als den Übergang der staatlichen Aufgaben — der administrativen Funktion — auf die Partei. Die Organisationsabteilung des Parteikomitees ersetzte auf allen Ebenen die Personalabteilung der Regierung in der konkreten Führung der

Kader. Beim Volkskongreß und im Rechtssystem trat dasselbe Problem auf: Einmischung in die Arbeit des Volkskongresses und seines Ständigen Ausschusses und in die der Justizorgane. Die Ersetzung der Regierung durch die Partei war sehr schädlich. *Erstens* war die Partei nicht die Regierung, nicht das Organ der Macht. Die Übernahme der Regierung durch die Partei machte die Parteiorganisation mächtig und zur ausführenden Gewalt, aber auf diese Weise wurde die politische Führerschaft der Partei in den Aktivitäten des Landes geschwächt. *Zweitens* repräsentierte die Partei eher die grundsätzlichen Interessen der gesamten Gesellschaft als die Vielzahl von Einzelinteressen. Wenn die Partei aber weiterhin alle Aktivitäten auf sich zieht, dann werden die Massen ihre Beschwerden über viele einzelne soziale Probleme ausschließlich gegen die Partei vorbringen. Damit würde ein direkter Antagonismus zwischen Partei und Massen erzeugt. *Drittens* konnten die Partei und ihre Mitglieder korrumpiert werden, was einen ungesunden Trend in der Partei erzeugte und ihrem Ansehen schadete. *Viertens* verletzte die Zentrierung der Macht auf die Partei und die des Parteikomitees auf den Ersten Sekretär unweigerlich das organisatorische Grundprinzip der Partei: den demokratischen Zentralismus. Im Ergebnis wurde das demokratische Leben in der Partei beeinträchtigt und durch eine feudale Ideologie vergiftet, wodurch Erscheinungen wie Bürokratismus, Paternalismus, Autoritismus, Privilegien und sogar Personenkult hervorgebracht wurden. Die Katastrophe der zehn Jahre Kulturrevolution hat uns eine ausreichende geschichtliche Lektion erteilt.

Aus all dem folgt, daß im Verlauf der weiteren Reformierung der politischen Strukturen Chinas die Trennung von Partei- und Staatsfunktionen erreicht werden muß.

Die Führungsrolle der Partei liegt im Prinzipiellen und in der Politik. Mit den richtigen Prinzipien und der richtigen Politik gibt die Partei die Ziele vor für die Aktivitäten der staatlichen Organe, der sozialen Organisationen und der betrieblichen Gruppen. Sie koordiniert und überwacht die Arbeit der verschiedenen Organisationen, um deren Harmonie und Übereinstimmung innerhalb des politischen Lebens des Landes sicherzustellen. Daraus folgt, daß in der Hauptverantwortung der Parteiführung folgendes liegen sollte: (1) Sicherzustellen und zu überwachen, daß die Richtlinien, die Prinzipien und die Politik der Partei ausgeführt und erfüllt werden, zu gewährleisten, daß die Bevölkerung ihre eigenen Angelegenheiten selbst in der Hand behält und daß die sozialistische Richtung beim Aufbau des Landes beibehalten wird. (2) Sicherzustellen und zu überwachen, daß die Parteikader auf jeder Ebene den Gesetzen und der Disziplin unterworfen sind, die Partei ideologisch und organisatorisch gestärkt wird und daß die Rolle der Parteimitglieder als beispielhafte Vorreiter voll ins Spiel gebracht wird. (3) Die Führung der Partei auf dem ökonomischen Sektor sollte nicht mehr als eine politische Anleitung sein. Sie sollte z. B. die Prinzipien der Entwicklung unserer sozialen Wirtschaft formulieren, ihre strategischen Ziele und die wichtigste Politik vorgeben, anstatt direkt Verantwortung für die Produktion zu übernehmen.

Um die obigen Bedürfnisse erfüllen zu können, muß die Organisationsform der Partei neu ausgerichtet werden. Z. B. sollte der Zustand geändert werden, daß Parteiorganisationen entsprechend dem Gewerbebezweig aufgebaut werden

und statt dessen ein Aufbau nach der Region übernommen wird. In den Staatsorganen sollte ein System von Parteikomitees eingesetzt und die »Führende Partei-gruppe«, die derzeit als die obersten Macher der Politik innerhalb der Staatsorgane fungiert, sollte entlassen werden.

Die funktionalen Abteilungen, die in lokalen Parteikomitees als Gegenstück zu Regierungsorganisationen eingerichtet wurden (z.B. während die Stadtverwaltung ein Erziehungsbüro hat, hat das städtische Parteikomitee eine Erziehungsabteilung), sollten abgeschafft werden.

Die Trennung von Partei und Regierung darf auf keinen Fall so verstanden werden, daß die Führerschaft der Kommunistischen Partei abgeschafft werden soll. Im Gegenteil. Aber die Führerschaft der Partei kann nur dann gestärkt werden, wenn sie verbessert wird.

Abgesehen von der Trennung der Partei von der Regierung, brauchen wir eine Stärkung des *Volkskongresses*, der grundlegenden politischen Institutionen in unserem Land und Widerspiegelung der sozialistischen Demokratie. Entsprechend den Regelungen in der Verfassung haben sowohl der National-Kongreß als auch die Kongresse der Provinzen das Recht der Gesetzgebung, der Kontrolle und der Überwachung, Abmachungen zu schließen und zu widerrufen, und sie haben das Recht, über wichtige Fragen des Staates zu beschließen. Damit der Volkskongreß seine Funktion als oberstes Machtorgan auch tatsächlich ausfüllen kann, müssen wir die Partei und den Volkskongreß in die richtige Relation zueinander bringen und dafür sorgen, daß der Volkskongreß auf jeder Ebene seine Macht unabhängig ausüben kann. Die Kommunistische Partei soll ihren Einfluß durch ihre Mitglieder im Kongreß geltend machen, soll ihre Richtlinien, Prinzipien und ihre Politik mittels gesetzgeberischer Verfahren in staatliche Gesetze und Verordnungen umsetzen. Auf keinen Fall kann sich die Partei aber über den Volkskongreß stellen. Sie hat auch nicht das Recht, ihm Anweisungen zu erteilen. Andererseits sollte die Qualität der Repräsentanten des Volkes verbessert werden. Sie sollten die Fähigkeit haben, eine Politik zugunsten des Volkes zu diskutieren und zu beschließen. Es ist zweifelsohne richtig, daß die verschiedensten Helden der Arbeit, »Stars« aus Literatur, Kunst und Sport und alle anderen, die hervorragende Beiträge für das Volk in den verschiedensten Gewerben und Berufen geleistet haben, überall respektiert werden sollen. Trotzdem hat nicht jeder unter ihnen die Fähigkeit, die Politik zu diskutieren und zu entscheiden, und nicht jeder ist ein qualifizierter Abgeordneter im Volkskongreß. Daneben sollten eine Reihe von Arbeitsausschüssen des Volkskongresses eingerichtet und gestärkt werden. Das Recht zur politischen Mitarbeit auf seiten der Bürger sollte man ausweiten. Die Rolle des Volkskongresses bei der Überwachung der Exekutive und Judikative müßte ins Spiel kommen.

Zusätzlich müßten wir auch das sozialistische Rechtssystem stärken, das Prinzip der richterlichen Unabhängigkeit einführen und gewährleisten, daß das Gesetz allgemein, gleich und gerecht angewandt wird. Partei und Regierung sollten die Führung dabei übernehmen, die Unverletzlichkeit des Gesetzes und die Würde der Justizorgane zu bewahren. Auch die Aktivitäten von Parteiorganisationen und Parteimitgliedern müssen durch die Grenzen, die das Gesetz vorgibt, eingeschränkt werden. »Macht über das Gesetz stellen« oder »Das Gesetz

durch die Führer ersetzen«, ist nicht erlaubt. Seit der dritten Plenartagung des alten Zentralkomitees wurde das chinesische Rechtswesen erheblich restauriert und verändert. Am 4. Dezember 1982 hat die 5. Tagung des 5. Volkskongresses formell eine neue Verfassung beschlossen und verabschiedet. Dazu hat der Nationale Volkskongreß und sein Ständiger Ausschuß bis Ende 1986 45 Gesetze, 16 Beschlüsse zur Erweiterung und zum Ersatz von Gesetzen, 13 Resolutionen und Beschlüsse zu gesetzlichen Vorhaben verabschiedet und 9 Verordnungen und Beschlüsse ratifiziert, zusammen also 83. Während derselben Zeit hat der Staatsrat 326 Verwaltungsvorschriften gemacht. Die Volkskongresse der verschiedenen Provinzen, Städte und autonomen Gebiete mit ihren Ständigen Ausschüssen haben zusammen 528 lokale Verordnungen verabschiedet.

Ein weiterer Punkt ist der Aufbau eines Systems der Überwachung und Rechtspflege der Administration, um die Kontrolle über administrative Rechtsverletzung zu verstärken. In der Anfangszeit der VR China wurde ein Volksüberwachungskomitee unter dem Regierungsverwaltungsrat eingerichtet. Nach der Verabschiedung der Verfassung von 1954 wurde es zu einer Überwachungsabteilung beim Staatsrat. 1958 wurde es unter dem damals herrschenden Trend ultra-»linken« Gedankenguts abgeschafft und seine Macht den überwachenden Organisationen der Partei übergeben. Am 27. November 1986 schlug Premier Zhao Zeyang bei der 18. Plenartagung des Ständigen Ausschusses des 6. Volkskongresses vor, ein Überwachungsministerium einzurichten, um die Verwaltungsangestellten und das übrige Personal des Staates, die führenden Kader von Unternehmen und Institutionen, die zu staatlichen Verwaltungsorganisationen gehören, zu überwachen (*Volkszeitung*, 28.11.1986). Am 2. Dezember des gleichen Jahres beschloß der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses, das Überwachungsministerium der Volksrepublik China einzurichten (*Volkszeitung*, 3.12.1986).

Die horizontale Dezentralisierung der Macht sollte auch die verschiedenen demokratischen Parteien und Massenorganisationen ins Spiel bringen. Neben der KPCh gibt es derzeit acht demokratische Parteien in China: Demokratische Nationale Aufbau Vereinigung, Demokratische Liga, Das Revolutionäre Komitee der Chinesischen K.M.T., Demokratische Partei der Chinesischen Bauern und Arbeiter, China Zhi Gong Dang, Vereinigung zur Förderung der Demokratie, Jiu-San Gesellschaft, Taiwanisch Demokratische Selbst-Regierungs Liga.

Diese demokratischen Parteien waren nicht nur Kampfgefährten der KPCh während der demokratisch-revolutionären Kämpfe, sondern sie halfen auch der Partei und der Regierung nach der Gründung des Neuen China, die Grundsätze der Politik zu verbreiten und durchzuführen und die Demokratie zu fördern. Die Rolle der demokratischen Parteien waren sehr wichtig. Speziell in der ersten Hälfte der 50er Jahre spielten sie eine aktive Unterstützerrolle als China die sozialistische Umwandlung der kapitalistischen Industrie und Handelsunternehmen betrieb. 1956 proklamierte das ZK der KPCh eine Politik der »langfristigen Koexistenz und gegenseitigen Überwachung« zwischen der Kommunistischen Partei und den demokratischen Parteien. Von 1956 bis in die erste Hälfte des Jahres 1957 ergriff die KPCh eine Reihe von Maßnahmen, um diese Politik durchzuführen und die Demokratie im Volk zu erweitern. Sie zeigte ernsthaften

Respekt vor der politischen Freiheit und organisatorischen Unabhängigkeit der demokratischen Parteien innerhalb der von Verfassung und Gesetz gesteckten Grenzen. Aber in der zweiten Jahreshälfte 1957, in jenem ultra-»linken« Trend des Denkens, erfuhr diese Politik schwere Rückschläge.

Wir sollten jetzt dafür sorgen, daß das richtige Prinzip der Zusammenarbeit vieler Beteiligter unter der Führung der Kommunistischen Partei durchgeführt wird. Es ist ein wichtiger Aspekt bei der Lösung des Problems der Über-Zentralisierung der Macht und beim Aufbau von Kontrollen und Ausgleichsmechanismen.

Die gegenseitige politische Konsultation und demokratische Kontrollen zwischen der KPCh und den demokratischen Parteien sollte in Regeln gefaßt, institutionalisiert und legalisiert werden. Demokratische Parteien sollten eine Rolle bei der Formulierung der wichtigsten Prinzipien und politischen Hauptrichtungen spielen. Dies ist wichtig, damit eine relative Machtverteilung, aber auch eine gewisse Kontrolle und Balance erreicht werden. Dadurch würde das Anliegen unseres Sozialismus vorangetrieben und käme zum Blühen, und die Kommunistische Partei könnte eher Fehler bei der politischen Entscheidungsfindung vermeiden.

Heute achten die Regierungen, von der Zentralregierung bis zu lokalen Regierungen, mehr und mehr darauf, daß die Politische Konsultativ Konferenz stärker ins Spiel kommt. Bis zum Ende des Jahres 1986 gab es 2800 Politische Konsultativorganisationen auf allen Ebenen im Land, das sind mehr als doppelt so viele wie direkt vor der Kulturrevolution. 350000 Menschen sind Mitglieder solcher Konsultativkomitees. Sie haben eine gewichtige Rolle in vielen Bereichen des staatlichen politischen Handelns — einschließlich der derzeitigen Reform der politischen Struktur (siehe *Volkszeitung*, 21.2.1986).

Daneben gibt es in China weitere politische Gruppierungen, wie die Gewerkschaften, den Kommunistischen Jugendverband und den Frauenverband, die die Interessen der breiten Massen vertreten. Auch sie sollten stärker an der Politik und Diskussion beteiligt werden.

### III. Vertikale Dezentralisation

Die vertikale Dezentralisation der Macht betrifft das Verhältnis von Zentralregierung und lokalen Regierungen, von über- und untergeordneten Behörden, von Regierungsstellen auf der einen und Unternehmen und anderen Wirtschaftsorganisationen auf der anderen Seite. Gegenwärtig liegt die Macht eher bei der Zentralregierung. Um diese Situation zu verändern, muß die Macht in vernünftiger Weise neu verteilt werden, so daß die Macht der lokalen Behörden und Regierungen, aber auch der Unternehmen gestärkt wird und gleichzeitig die vereinigte Führung der Zentralregierung erhalten bleibt. Eine ganze Reihe von Schritten sind nötig, um eine vertikale Dezentralisierung der Macht zu erreichen.

Erstens sollten einige Veränderungen in der Funktion der Regierung stattfinden. In der Vergangenheit war die Regierung — de facto die Partei — zuständig für alles, einschließlich des wirtschaftlichen Aufbaus. Nicht nur der politische Entscheidungsprozeß, sondern auch die konkrete Ausführung von Plänen

und die Durchführung von Verwaltungsaufgaben wurden von der Regierung kontrolliert. Ein solches Management ist weit entfernt von den Bedürfnissen der derzeitigen Entwicklung der sozialistischen Warenwirtschaft. Deshalb ist es nötig, die direkte Regierungskontrolle in eine indirekte zu überführen, die Macht an untere Ebenen zu delegieren und Regierung und Unternehmen zu trennen. Dann können wir die Wirtschaft mit wirtschaftlichen Methoden lenken und ein modernes administratives System mit einem wissenschaftlich fundierten Management aufbauen. China hat bereits einige Maßnahmen in diese Richtung eingeleitet. Z.B. berichtet die *Volkszeitung* am 14. Februar 1987, daß Fluggesellschaften nicht mehr direkt durch die Nationale Zivile Luftfahrtbehörde kontrolliert werden. Mittlerweile wurden sechs Pilot-Fluggesellschaften über das Land verteilt gegründet, von denen jede selbständig wirtschaftet und volle Verantwortung für Gewinne und Verluste trägt. So etwas ist ein gewaltiger Antrieb für Unternehmen und beschleunigt den wirtschaftlichen Aufbau. Die Verantwortlichkeiten der Regierung werden hauptsächlich auf den Gebieten der Makro-Politik, der Kontrolle über die Gesamtsituation und der Bereitstellung von Dienstleistungen für die Unternehmen und Organisationen auf der Basisebene liegen. Nur auf diese Weise können wir zwischen den verschiedenen Verantwortungsbereichen unterscheiden, die Effizienz vergrößern und all das erfolgreich lenken, was gelenkt werden muß.

Zweitens wurde die Reform der Verwaltung und die Vereinfachung der Verwaltungsstruktur im Verlauf der sich ändernden Funktion der Regierung zu einer Aufgabe mit höchster Priorität. Seit der Gründung der VR China wurden einige Anstrengungen unternommen, die Verwaltungsstruktur »stromlinienförmig« zu machen, aber der Effekt war im Nachhinein immer eine erneute Expansion. Die Reform der Verwaltungsstruktur ist ein systematisches Projekt. Sie sollte zusammen mit der Reform des Kadernsystems und der Wirtschaftsstruktur durchgeführt werden. Mit anderen Worten, wir sollten die Reformen der verschiedenen Bereiche miteinander koordinieren. Innerhalb der Struktur der Regierungsorganisationen sollten die Systeme der Konsultation, der Information und der Überwachung gestärkt werden, während das exekutive System vereinfacht wird. Gegenwärtig wird eine administrative Strukturreform auf experimenteller Basis in 16 mittelgroßen Städten, unter der Aufsicht des Staatsrates, durchgeführt. Die vertikale Anpassung der Verwaltungsstruktur bedeutet die Verringerung von Posten in der Regierung auf jeder Ebene, die horizontale Anpassung, die Abschaffung oder Zusammenfassung einiger Abteilungen der Verwaltung, die mit ähnlichen oder sogar überlappenden Aufgaben betraut sind. Alles das auf der Basis der Klärung von Verantwortlichkeiten und vernünftiger Arbeitsteilung. Um das Personal zu verringern braucht man die Personalstärke nur strikt innerhalb des Rahmens zu halten, der von der Regierung genehmigt ist. Der Staatsrat hat jetzt beschlossen, eine Staatskommission für die Maschinenindustrie einzurichten, in der das Ministerium für Maschinenindustrie und das für Waffenindustrie zusammengefaßt werden. Die Exekutivorgane auf Abteilungsebene (unter einem Ministerium) und auf Büroebe (unter einer Abteilung) dieser beiden Ministerien wurden von 38 auf gegenwärtig 27 reduziert und das Personal von 3400 auf 1000 vermindert (s. *Volkszeitung*, 25.2.1987).



Drittens ist die Reform des Kadersystems ein weiteres Hauptproblem bei der Frage, ob die vertikale Dezentralisation erfolgreich ist.

Vor allem sollte die vereinigte Führung, die die Kader stark zentralisiert, reformiert werden, zugleich sollten die verschiedenen Arten und Ebenen der Kaderführung den Erfordernissen angepaßt werden. Auch im Hinblick darauf, muß die Partei von der Regierung getrennt werden. Die Kommunistische Partei ist nur zuständig für diejenigen Kader, die in den Parteiorganisationen Ämter haben, und dafür, die allgemeinen Grundsätze und die Politik zu formulieren, auf Grund derer die Kader ausgewählt werden. Kader im administrativen System sollten alle der Personalabteilung des Staates unterstehen. In sozialistischen Ländern dienen die Kader dem Volk als »Diener der Öffentlichkeit«, und das Volk hat das Recht, sie zu wählen und einzusetzen oder sie abzurufen. Das System der Einsetzung von oben sollte allmählich ersetzt werden durch ein Wahlsystem. Das System der individuellen Verantwortlichkeit — mit Belohnung und Bestrafung — müßte perfektioniert werden. Ein System der Anstellung auf Zeit sollte eingeführt, die Anstellung auf Lebenszeit abgeschafft werden. Beibehalten werden sollte, daß ältere Kader in den Ruhestand treten. Von den Kadern, die die KPCh in den 22 Jahren von 1927 bis 1949 ausgebildet hat, sind jetzt noch mehr als zwei Millionen am Leben, von diesen haben 1268000 bis Ende 1986 ihre Posten aufgegeben (s. *Volkszeitung*, 9.2.1986). Andererseits haben seit dem Aufruf der Partei zur Verjüngung der Kader etwa 469000 Kader mittleren und jüngeren Alters führende Posten auf Kreisebene oder darüber übernommen und bilden damit eine Hauptmacht, wenn es darum geht, die Reformen in China voranzutreiben. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das dringendste Problem der Aufbau eines Überwachungssystems, unter dem die Massen die Kader — und speziell die führenden Kader — überwachen. Die Massen haben das Recht, jeden zu beschuldigen, anzuzweifeln und abzurufen, der Privilegien sucht und seine Macht für eigennützige Ziele mißbraucht, und sie haben das Recht, solche Kader durch Verwaltungsvorschriften und/oder Gesetze zu bestrafen.

Schließlich muß die Legalisierung des Personalmanagements verwirklicht werden. »Herrschaft durch Menschen« sollte umgewandelt werden in »Herrschaft durch Gesetz«. Nur durch eine Verstärkung der gesetzlichen Grundlagen für das Personal können wir das sichern, was in der Reform des Kader-Systems erreicht wurde.

#### IV. Entscheidungsprozesse demokratisch und wissenschaftlich machen

Ein wesentliches Merkmal des zentralisierten politischen Systems ist, daß die Politik von den obersten Führern gemacht wird und weder demokratisch noch wissenschaftlich begründet wird. Wir sprechen von sozialistischer Demokratie und vom Recht des Volkes auf Partizipation. Das wichtigste Recht, das die Massen in Anspruch nehmen können, ist das Recht auf Teilnahme am Politikmachen.

Theoretisch beruht die sozialistische Gesellschaft auf Gemeineigentum und einem sozialisierten Produktionsprozeß. Sie benötigt eine Entscheidungsfindung, die demokratisch und wissenschaftlich ist und die Interessen der Nation

und der Bevölkerung widerspiegelt. Ein berühmter Satz von Mao Zedong lautet: »Von den Massen, zu den Massen.« Tatsache ist, daß in dieser Hinsicht, in den mehr als 30 Jahren seit der Befreiung, wenig erreicht worden ist. Die Ursachen dafür sind, daß die chinesische Gesellschaft die Auswirkungen von mehreren tausend Jahren Feudalismus und Kleinproduktion nicht plötzlich abstreifen konnte, daß Kultur und Erziehung rückständig sind und das Rechtssystem unvollständig ist. Politische Macht ist extrem zentralisiert und letztlich konzentriert auf das Zentralkomitee der Partei und seinen Ersten Sekretär. Normalerweise werden Entscheidungen zu wichtigen internen oder externen Fragen durch einige wenige Parteiführer getroffen, ohne solide Konsultation, Bewertung, Überwachung oder Rückkoppelung. Jede Entscheidung kann deshalb von den Führern nur aus deren Erfahrung heraus getroffen werden. Es kann nicht geprüft werden, ob diese Entscheidung wissenschaftlich ist, und es ist schwierig, sie gründlich und prompt auf Fehler zu überprüfen. Wenn Fehler im Entscheidungsprozeß der Führer gefunden werden, ist es schwierig, sie zu korrigieren. Selbst wenn schwerwiegende Fehler gemacht worden sind, geht alles solange weiter, bis die »Macher« ihre Ansicht ändern.

Die fehlerhaften Entscheidungen, die im »Großen Sprung Vorwärts« 1958 getroffen wurden, haben die Lebenskraft unserer Nation geschädigt; Irrtümer während der Kulturrevolution 1966 bis 1976 verursachten eine Katastrophe, die die Welt erschütterte. Diese bitteren Lektionen haben uns klargemacht, daß es ohne die Errungenschaften der demokratischen und wissenschaftlichen Entscheidungsfindung unmöglich ist, unser sozialistisches System zu verbessern und unsere nationale Wirtschaft weiterzuentwickeln.

Es ist richtig, wenn man sagt, daß »Wissenschaft und Demokratie in der modernen Gesellschaft nicht voneinander getrennt werden können«. Entsprechend gilt, daß die Verwissenschaftlichung von Entscheidungsprozessen nicht von deren Demokratisierung getrennt werden kann. Wissenschaftlich sein heißt vor allem anderen, demokratisch sein. Ohne dieses ist es uns unmöglich, unsere Gedankenwelt zu erweitern, Kanäle zu öffnen, durch die Ansichten wie frischer Wind hereinströmen, konkrete Situationen vollständig zu erfassen und die Weisheit der Massen zusammenzufassen. Darüber hinaus können Entscheidungsprozesse kaum demokratisch sein, wenn Wissen, Talent und praktische Erfahrung nicht respektiert werden und keine wissenschaftlichen Mechanismen vorhanden sind.

Um Entscheidungsprozesse demokratisch und wissenschaftlich zu machen, ist es notwendig, ein politisches Umfeld zu schaffen, das stabil, vereint, demokratisch und beratend ist. In der Zwischenzeit sollten »weiche« Wissenschaften ausgebaut und voll genutzt werden, um wissenschaftliche Vorgehensweisen in der Entscheidungsfindung einzuführen und wissenschaftliche Technologien der Entscheidungsfindung zu nutzen. »Think-Tanks« und Beratungssysteme sind aufzubauen. Zusätzlich sollten Bedingungen geschaffen werden, die die Massen ermutigen, an den Entscheidungsprozessen der Partei und der Regierung teilzunehmen. Erst wenn es uns gelingt, Entscheidungsprozesse demokratisch und wissenschaftlich zu machen, können wir das ernste Problem der Über-Zentralisierung der Macht im politischen System Chinas lösen und den Enthusiasmus

und die Kreativität der Eine-Milliarde-Bevölkerung und die verschiedenen Vorteile des sozialistischen Systems in China voll ins Spiel bringen.

Zu den Realitäten Chinas gehören auch seine enorme Größe und die geistige Vergiftung durch eine mehrtausendjährige Tradition des feudalen Totalitarismus, dessen Spuren nicht an einem Tag beseitigt werden können. Die traditionelle chinesische politische Philosophie betrachtet »den heiligen Kaiser, weise Kanzler, ehrliche und aufrechte Beamte« als höchstes Ideal. Sie hält die Herrschaft durch Menschen für wichtig und verabscheut eine Herrschaft durch Gesetz. Auf diese Weise bereitet sie den Boden für das »patriarchale« und »autoritäre« Verhalten und die verschiedensten Privilegien der Kader.

Chinas politische Strukturreform muß mit aller Bestimmtheit, aber nicht zu schnell durchgeführt werden. In ihrem Verlauf wird es Widerstand und Komplikationen geben. Wie Deng Xiaoping 1978 angedeutet hat,

»werden die Reformen in den Produktionsverhältnissen und im Überbau nicht einfach einzuführen sein. Sie berühren ein weites Feld an Fragen und betreffen den unmittelbaren Interessenbereich einer großen Zahl von Menschen und geben deshalb zwangsläufig Anlaß zu Komplikationen und Problemen und werden auf eine Vielzahl von Hindernissen treffen. (...) Weil wir solchen Problemen bald gegenüberstehen werden, müssen wir geistig auf sie vorbereitet sein«. (Befreie die Gedanken, Suche die Wahrheit bei Tatsachen und schließt Euch zusammen, Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping, 164)

In der Realität werden, abgesehen von den vielen Hindernissen in der objektiven Welt, unvermeidlich auch subjektive Fehler im Lauf unserer Arbeit gemacht werden, ungeachtet unserer Bemühungen, Fehler zu vermeiden. Der Gang der Geschichte jedoch kann nicht geändert werden. Das chinesische Volk vertraut darauf, jede Schwierigkeit überwinden zu können und schließlich die Reform zu vollenden, die bereits in Angriff genommen ist.

Alex Demirović

## Nicos Poulantzas

Eine kritische Auseinandersetzung



Argument

### Alex Demirović Nicos Poulantzas Eine kritische Auseinandersetzung

Poulantzas war einer der wichtigsten marxistischen Theoretiker der Neuen Linken. Seine Analysen des bürgerlichen Ausnahmestaates, der Klassenkämpfe und der politischen Krisen, seine Überlegungen zum Parlamentarismus, zur Basisdemokratie und zu den Problemen der Transformation der kapitalistischen Gesellschaften stellen nach wie vor eine Anregung und Herausforderung dar.

168 Seiten, br., 24,- DM

## Nicaragua — überlebt die Revolution?

Der Verfasser verbrachte zwischen 1984 und 1986 einundzwanzig Monate in Nicaragua, die letzten zwölf mit Unterstützung des *Argument*, als leitender Redakteur der Politik-Seite von *El Nuevo Diario*, einer der drei Tageszeitungen Nicaraguas. Er reflektiert hier seine Erfahrungen im Lichte der neuesten Entwicklungen. Red.

### Es ist ihre Revolution

Während im alten Europa revolutionäre Ideen produziert und höchstens bescheidene Reformen zustande gebracht werden, werden anderswo entscheidende, oft schmerzhaft, blutige Schritte zu einem menschenwürdigeren Sein der Menschheit getan. Es sind Reaktionen auf unsagbares Elend, wie es z.B. in Indien oder im Norden Brasiliens besteht, auf Überbevölkerung, wie in Bangladesh, auf Diskriminierung, wie in Südafrika — alles Orte, an denen die Menschheit als Kollektiv im Elementarsten versagt hat, wo man sich fragen kann, »warum Gott«, wie Ernesto Cardenal in einem seiner neuen Gedichte schreibt, »all jene Schöpfungstage so schrecklich viel gearbeitet hat, um uns am Ende eine solche Welt zu bescheren«?

In Lateinamerika, in Nicaragua, haben nicht nur die Kolonialmacht Spanien und später die USA versagt. Auch die christlichen Kirchen, als Vertreter von Moral und Menschenwürde, haben sich auf schlimmste Weise mit Unmoral und Unterdrückung verbündet. Die spanisch-katholische Version des Christentums, nach der das Leben (in Worten der großen spanischen Heiligen Theresia von Jesu) nur »eine schlechte Nacht in einem schlechten Gasthaus« sei, erzog die Gläubigen zu Anpassung und Unterordnung und machte sie, in Erwartung des »wahren« Lebens, zum wehrlosen Opfer für die Ausbeuter aller Konfessionen. Die andere Version des Christentums, die protestantisch-calvinistische, verurteilte die Länder Mittelamerikas und insbesondere das Armenhaus Nicaragua, allesamt wirtschaftlich schwach, zur Beute der wirtschaftlich Gesegneten, der »Auserwählten Gottes«. Eines Gottes, in den sie eine »manifest destiny« für die angelsächsischen Eroberer hinein interpretierten, die göttliche Sendung, die Welt zu unterjochen und sie zu Zucht und Ordnung zu erziehen. Später, in einer säkularisierten Welt, verfestigte die »Weltwirtschaftsordnung« diese Verhältnisse mit der Aureola des Wissenschaftlichen und spezialisierte Nicaragua auf die Rolle des Agrarproduzenten. Nicaragua könnte, wollte es seine Rolle in dieser »Ordnung« weiter spielen, nur ein Viertel seiner Bevölkerung ernähren und menschenwürdig leben lassen, gleich, ob Liberale oder Marxisten die Ökonomie bestimmen. Diese Verhältnisse herrschen sowohl im christlich-demokratisch regierten Guatemala und El Salvador als auch im revolutionären Nicaragua; und die Revolution wird erst endgültig siegen, wenn es ihr gelingt, sich aus dieser »Ordnung« zu lösen.

Christlich im eigentlichen Sinne ist allerdings dieses Mittelamerika nicht, wohl aber ein Opfer beider (Per-)Versionen des Christentums. Katholiken und

Protestanten, unter sich verfeindet, waren sich im wesentlichen einig, als es darum ging, ein Christentum der Eroberer und im Dienste der Eroberung zu verkünden. Beide haben Nicaragua die Botschaft Jesu in der Lesart der Mächtigen und der Reichen gebracht.

In diesem Nicaragua erhebt sich der Widerstand der Menschheit gegen die Lüge des Kapitalismus und seiner Macht-Ordnung der Welt, gegen die Lüge des mit ihm kollaborierenden Pseudo-Christentums. Diesen Aufstand zu ersticken, ist das gemeinsame Ziel der Lügner. Und im Grunde deckt sich ihr Ziel mit unseren — europäischen — Interessen. Denn der revolutionäre Aufstand in Nicaragua, konsequent durchgeführt, reißt die etablierte Verteilung der Güter dieser Welt nieder, gefährdet unseren Wohlstand. Darum können wir, Bewohner eines der wohlhabendsten Länder, diese Revolution schwerlich verstehen. Das war eine große Einsicht meiner Nicaragua-Jahre, übersetzt als ständige Mahnung zur Bescheidenheit des Denkens und zur Unterordnung unter die Denkweise der Gestalter dieser Revolution. Bei den häufigen Auseinandersetzungen mit der Zensur oder bei Meinungsverschiedenheiten mit Kollegen in der Redaktion oder mit Politikern habe ich langsam gelernt, zurückzustecken: Es ist ihre Revolution, die den Interessen meines alten Europa widerspricht!

### »Verratene« Revolution?

Revolutionen sind große Umwälzungen, Vulkanausbrüche. Wo sie siegen, dort gibt es notwendigerweise Spaltung, Volk gegen Volk, Bruder gegen Schwester. Diese Spaltung wird nicht von der Revolution geschaffen, sie wird nur nach ihr manifest.

Und so gibt es zwei Nicaraguas. Ein Viertel der Bevölkerung etwa hat mit der Revolution etwas oder vieles verloren, weitere 50 Prozent haben mit ihr viel gewonnen. Dazu kommen jene 25 Prozent, die sich jedem Regime anpassen. Es gibt das eine Nicaragua, das mitmacht, und das andere, das nach der alten »Ordnung« schießt. Hier die »Vielen«, dort die »Wenigen«. Die Revolution in Nicaragua vertritt eindeutig die Interessen der »Vielen«. Westliche Demokratievorstellungen (»wenn sie wirklich die Mehrheit stellen, dann werden sie durch Wahlen an die Macht kommen«) verkennen die Macht der strukturellen Gewalt, fatal, wie die Bahn der Gestirne: Kultur, Sprache, Massenmedien, Geld, Politik, »Demokratie«, sämtliche Requisiten der Macht sind im Monopolbesitz der »Wenigen«. Diese Gewaltstruktur zu durchbrechen, ist ohne Gewalt nicht möglich. Auch unsere westliche Demokratie weiß das nur zu gut. Siegt eine Revolution zum zweiten Mal, wie 1984 durch die Wahl in Nicaragua, erstaunen sie darüber, daß die eingebauten Mechanismen, die sonst dafür sorgen, daß die Mächtigen an der Macht bleiben, hier versagt haben, und erklären die Wahl für manipuliert.

Revolutionen werden niemals von den Massen eingeleitet. Sie brauchen eine Avantgarde. Und dann Zeit, viel Zeit, um die Massen zu gewinnen, denen man die Sprache der Sklaven beigebracht hat. Seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts sterben in Nicaragua die »Vielen« in revolutionären Aufständen, aber letztlich immer zugunsten der »Wenigen«. Heute sterben sie auch, aber zugunsten ihrer Klasse. Das ist das Revolutionäre in Nicaragua. Wenn Nicaraguenser sich

darüber beklagen, daß ihnen heute »Freiheiten« abgehen, so muß man sich die Klassengeschichte Nicaraguas vor Augen halten: Die Freiheiten, die sie meinen, haben die »Vielen« nie besessen!

### Warum in Nicaragua und nicht anderswo?

Ich lebte in den Jahren 1968 bis 1970 in Chile, einem Land, das seit nunmehr fünfzehn Jahren von einer blutigen Diktatur regiert wird, und ich habe mich oft in Nicaragua gefragt: Warum gab es keine Revolution im höher entwickelten Cono Sur (Chile, Argentinien, Uruguay), wohl aber im armen Nicaragua?

Eine Revolution braucht Menschen, die bereit sind, zu sterben. Erst dann ist sie unbesiegbar. Normalerweise sind, könnte man denken, eher diejenigen bereit zu sterben, die weniger am Leben hängen, weil es für sie nicht so schön, reich, vollkommen ist. Das berühmte Wort: »Das einzige, was ihr zu verlieren, habt, sind eure Ketten«, ist nur bedingt richtig. Die Nicaraguenser hängen nicht weniger als andere am Leben, aber sie können es mehr relativieren. Nicht Mangel an Sensibilität für das Leben, geschweige denn seine Verachtung machen die Nicaraguenser eher todesbereit und somit echt revolutionär, sondern ein weniger durch die Verlockungen des Wohlstandes getrübert Sinn für das Wesentliche oder — anders ausgedrückt — ein erhöhtes Bewußtsein des Unerträglichen. Dieses Bewußtsein wird in Nicaragua sogar von den einfachsten Menschen in dem Kampfprud ausgedrückt »Patria libre, o morir« (Freies Vaterland oder Tod).

### Wie groß ist der Rückhalt der Revolution im Volk?

Die sandinistische Befreiungsfront (FSLN) hat im November 1984 mit 67 Prozent der abgegebenen Stimmen die Wahlen gewonnen. Wenn man berücksichtigen will, daß 25 Prozent der Wahlberechtigten der Urne fernblieben, ergibt sich auch dann noch eine Anhängerschaft von 50,2 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung: ein fabelhaftes Ergebnis für jede Demokratie, aber enttäuschend für eine Revolution?

Ich meine: Nein. Denn es bedeutet, daß über die Hälfte der Nicaraguenser die FSNL gewählt haben. Hinzu kommen mit 9,5 Prozent die Wähler kleinerer linker Parteien, die auch zur Revolution stehen. Über 76 Prozent der Wähler (nach obiger Bereinigung 57 Prozent der Wahlberechtigten) haben 1984 den Revolutionskurs bejaht. Drei Jahre später haben sich m.E. die Stimmenverhältnisse kaum geändert. Mag ein kleiner Teil der damaligen Wähler für die revolutionäre Front, zermürbt durch die Strafen des US-Imperiums (Krieg, Wirtschaftsblockade), abgebröckelt sein: mindestens ebenso viele sind inzwischen hinzu gekommen, belehrt und überzeugt durch die harten Realitäten in ihrem Land. Denn die Lektionen in politischer Bildung, die heute in Nicaragua erteilt werden, betreffen sogar die Unvermögendsten. Es ist der Kapitalismus, chemisch rein, die Methoden des Imperialismus, die Macht der Konzerne, die bittere Unnachgiebigkeit der Privilegierten. All dies ist in Nicaragua sinnlich erfassbar. Das Volk Nicaraguas ist politisch aktiv, politisiert wie kaum ein anderes.

## Die Menschenrechte

Die grundlegenden Rechte des Menschen — Recht auf Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Kultur, Menschenwürde — hat in Nicaragua für die »Vielen« erst die sandinistische Revolution eingeführt. Das ist die fundamentale Leistung der Revolution, der Kurs, der stimmt. Die Gesinnung einer Partei kann man nicht an den Anliegen messen, für die sie einzutreten erklärt. Die Stelle in der Prioritätenliste ist entscheidend. Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenwürde ... Wer wollte nicht für alle diese Werte sein? Aber Freiheit für alle zeigt sich in der Geschichte als schwer vereinbar mit Gerechtigkeit; Freiheit ohne gleiche Startchancen für alle kann die Gerechtigkeit ersticken. Da ein hohes Maß an Gerechtigkeit immer das Ziel einer Revolution ist, wird sehr oft das Anliegen »Freiheit« zu kurz kommen müssen, höchstwahrscheinlich die Freiheit der »Wenigen«. So sieht es auch in Nicaragua aus, wobei ich nicht bestreite, daß es hier und da Verletzungen von Menschenrechten gibt, die sich nicht rechtfertigen lassen.

Mich hat besonders betroffen, daß de facto keine Pressefreiheit besteht. Jeden Abend mußte ich die zweite Seite von *El Nuevo Diario* zur Pressezensur schicken. Aber Pressefreiheit, wie wir sie verstehen, ist zumindest in einer sehr jungen Revolution nicht angeraten, noch weniger, wenn sie einen Überlebenskampf führt. Den Ideen der bis dahin Herrschenden muß ihr Forum weitgehend entzogen werden, damit das Neue Einzug halten kann. In dieser Hinsicht ist die Existenz einer Tageszeitung wie *El Nuevo Diario* im heutigen Nicaragua absolutes Neuland in der Geschichte der Revolutionen: Es ist eine Zeitung, die zwar für die Revolution, aber keineswegs Regierungs- oder Parteiorgan ist (wie *Barri-cada*). Revolutionen haben jedoch bisher stets die Presse gleichgeschaltet. So faszinierte mich an meiner Arbeit dieses Experiment besonders.

## Die Revolution überlebt: »Himmlische« Zeichen

Vor allem 1984 haben wir unter der ständig wiederkehrenden Bedrohung einer Invasion der USA gelebt. Nach der Logik des Imperiums müßte eigentlich die Revolution zerbrechen. Kein Ungehorsam gegen die heilige Räson der »manifest destiny« blieb bisher ungestraft, wie die Geschichte der US-Invasionen in Lateinamerika zeigt; und kein Ungehorsam war so tiefgreifend wie der Nicaraguas. Dennoch: Die Zeichen für Nicaragua stehen gut. Die Entspannungspolitik der Sowjetunion, der Mißkredit der Reagan-Administration im In- und Ausland, die militärische Erfolglosigkeit der Contra-Revolution, das bemerkenswerte diplomatische Geschick und der moralische Sieg Nicaraguas in Den Haag sichern das Überleben der Revolution. Und man darf die Kraft der Armen nicht verkennen. Ein äußerst sensibler und interessierter Beobachter kommt offenbar zum selben Urteil: die katholische Kirche. Der neue Botschafter des Vatikan mit seiner Politik des Dialogs und die tatsächlich angelaufenen Gespräche mit den Sandinisten sind unmißverständliche Anzeichen dafür, daß der Vatikan sich mit den Sandinisten arrangieren will. Und dies *nur* deshalb, weil Rom diese Revolution für *nicht mehr umkehrbar* hält, anders als noch 1984 und 1985 (das Jahr, in dem der Heilige Stuhl den Erzbischof Obando zum Kardinal ernannte).

## Gemeinwirtschaft — Sozialismus für Besserverdienende?

### Zur Gemeinwirtschafts-Diskussion (*Argument* 162)

Klaus Novy kritisiert neuere Reformkonzeptionen für einen *kommunalen* gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau, die sich auf Traditionen des Gemeindesozialismus gründen (Krätke 1985): 1. als Neuauflage eines längst »gescheiterten Staatssozialismus«, 2. als »Geschichtsverdrängung« im Sinne einer Nichtberücksichtigung des für Novy auch heute noch zukunftsweisenden historischen Modells der deutschen Wohnungsgemeinwirtschaft der zwanziger Jahre, 3. als einen Ansatz, der »Sozialismus als Rechenaufgabe« begreife und dabei u.a. die »Opportunitätskosten« staatlich/kommunaler Aufgabenerfüllung vernachlässige (Novy 1987). Zur Anregung einer weiterführenden Diskussion um die Zukunft gemeinwirtschaftlicher Ansätze erscheint es sinnvoll, diese Kritikpunkte aufzugreifen.

1. Die von Novy kritisierte Konzeption bemüht sich auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungssektors um eine Wiederbelebung *reformsozialistischer* Politik für die lokale/kommunale Ebene. Dies kann der (noch weiterreichenden) Konzeption des Gemeindesozialismus zugeordnet werden, welche historisch von *formellen* Kommunalisierungs-Aktionen bürgerlicher Stadtpolitik deutlich abzugrenzen ist (Schülke 1921, Lindemann 1906 und 1909). Es ist irreführend, den dezentralen *Gemeindesozialismus* mit zentralistischem Staatssozialismus gleichzusetzen. Doch ist es in Mode, auch kommunale öffentliche Aufgabenträger undifferenziert mit *dem* Staat zu identifizieren, und *das* Staatshandeln anschließend in ahistorischer und apolitischer Weise zu betrachten. Um ein differenzierteres Verständnis *des* Staates anzuregen, möchte ich die These aufstellen, daß innerhalb kapitalistischer Gesellschaften der vermeintlich »gescheiterte« Staatssozialismus nichts anderes darstellt als einen »erfolgreichen« Staatskapitalismus, soweit es sich um die öffentlich-wirtschaftliche Erfüllung »sozialer« Aufgaben handelt, und einen »erfolgreichen« Staatssozialismus, soweit es sich um die Verwendung öffentlicher Mittel für Privatinvestoren und besitzende Klassen handelt (denen Steuermittel nach wie vor zu nicht-kapitalistischen Konditionen zugeteilt werden). In der historischen Entwicklung staatlich/kommunaler Wirtschaftsunternehmen zeigt sich deren fortlaufende »Ökonomisierung« in Form einer Durchkapitalisierung und Strukturanpassung an kapitalistische Unternehmen. Reformsozialistische Konzepte gegenüber solchen Unternehmen müssen bemüht sein, deren »realen Staatskapitalismus« zu überwinden. Zugleich muß es darum gehen, den realen »Staatssozialismus« des Subventionswesens für besitzende Klassen abzuschaffen, und die freiwerdenden Mittel einer sozial und ökologisch sinnvollen Verwendung zuzuführen. Da es vornehmlich um eine alternative Verwendungsart und Umverteilung bereits *verfügbarer* Steuermittel geht, setzen solche Reformen keineswegs Steuererhöhungen voraus (wie Novy unterstellt).

Die Rede vom »Scheitern« sozialistischer Modelle trifft, wenn sie bloß im Sinne von *Diskreditierung* verstanden werden soll, mehr oder weniger alle im historischen Verlauf realisierten reformsozialistischen Vorhaben — *auch* das »Genossenschaftsmodell«, es sei denn, man ignoriert alle Analysen über die Entdemokratisierung und Durchkapitalisierung im Genossenschaftssektor (z.B. Weisser 1953, Komossa 1976, Compart 1977). Noch viel mehr diskreditiert erscheint mir aber das von Novy als zukunftsweisend hochgehaltene »einmalige Sondermodell« der deutschen Wohnungsgemeinwirtschaft, der von den Gewerkschaften in den zwanziger Jahren geschaffene



zentralisierte »freigemeinwirtschaftliche« Konzernverbund (Krätke 1987). Eine sinnvollere und geschichtsbewußte Debatte über das vermeintliche »Scheitern« reformsozialistischer Versuche auf kommunaler Ebene würde zumindest die Unterscheidung nötig machen, (a) wieweit ein »extern« verursachter Zusammenbruch eintrat — z.B. durch militärische Niederschlagung wie im Falle des »Roten Wien«, oder durch autoritär-etatistische Auflösung lokaler demokratischer Institutionen wie im Falle der Unterdrückung reformsozialistischer Kommunalpolitik durch den Thatcherismus in England, oder durch (das historisch und gegenwärtig weitverbreitete) finanzielle Aushungern »von oben«; (b) wieweit ein »immanentes« Scheitern bezogen auf die eigene Zielsetzung reformsozialistischer Projekte zustande kam — z.B. durch ihre Transformation in kapitalistisch-angepaßte Formen der Gemeinwirtschaft (letzteres ist seit den zwanziger Jahren notorisch für den Gemeinde-»Sozialismus« der deutschen Sozialdemokratie und ebenso für den freigemeinwirtschaftlichen Sektor der deutschen Gewerkschaftsbewegung) oder durch ihre Entdemokratisierung im Wege der organisatorischen Veralterung, Zentralisierung und Bürokratisierung (dies ist nicht nur ein Entwicklungsmerkmal der deutschen Kommunalwirtschaft, sondern auch der freigemeinwirtschaftlichen Unternehmen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, also *kein Spezifikum* »staatlicher« Formen der Gemeinwirtschaft). In Deutschland haben gemeindesozialistische Projekte im strengen Sinne nie eine Chance zur praktischen Realisierung erhalten. Man kann dies ein Scheitern an gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnissen nennen, kann aber keineswegs von einem »immanenten« Scheitern reden.

2. Gegen den »Oldtimer-Sozialismus« der Konzeption einer demokratisierten und *entkapitalisierten* kommunalen Wohnungsgemeinwirtschaft setzt Novy den historischen freigemeinwirtschaftlichen Trägerverbund der deutschen Gewerkschaften als zukunftsweisendes Vorbild. Dabei wird das historische Modell allerdings in technokratisch-unkritischer Weise auf eine *organisatorische* Form reduziert — die Gliederung eines Großverbands in »professionalisierungsbedürftige« übergeordnete Bauträger- und Finanzierungsinstitutionen einerseits und dezentrale »genossenschaftliche« Verwaltungsorganisationen andererseits. Ist es nicht ein Fall von Geschichtsverdrängung, wenn man verschweigt, daß diese Organisationsgliederung beim historischen Vorbild *inhaltlich* zu einem erwerbswirtschaftlich-kapitalistisch geführten Konzernverbund in Gewerkschaftshand ausgestaltet wurde, und daß sie ihre Wachstumsdynamik durch Akkumulations- und Zentralisierungswut auf Kosten genossenschaftlicher Ansätze erreicht hatte? Also wäre zumindest Vorsicht geboten vor einer erneuten Propagierung dieses historischen Modells, das nicht organisatorisch, sondern vom sozialen Inhalt her völlig diskreditiert ist als Vorläufer und Vorbild des späteren Neue-Heimat-Konzerns. Bei diesem freigemeinwirtschaftlichen Großverbund kann man in der Tat von einem »immanenten« Scheitern sprechen: die kapitalistisch-angepaßte Unternehmensführung (nach dem Verzinsungsprinzip) und die zentralisierte Konzernorganisation war ausdrückliches Programm des Martin Wagner (der seine Ablehnung gemeindesozialistischer Ansätze im Wohnungssektor übrigens auch mit einem »Opportunitätskosten-Argument« begründet hat). Aus der unkritischen Wiederbelebung dieses »außerstaatlichen« Modells entstehen organisatorische Leerformeln als neue Werbeformeln für die Public-Relations-Abteilungen einer Sozialdemokratie, die hinsichtlich der Wirtschaftsführung von gemeinnützigen Unternehmen nach wie vor reformunwillig ist. Nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern auch bei den Grünen wird mit inhaltsentleerten organisatorischen Formeln wie »Vernetzung« oder »Funktionstrennung« zwischen Bau- und Verwaltungsaufgaben hantiert und vergessen, daß mit diesen äußerlichen Begriffen jederzeit auch

die Funktionsweise eines Verbunds kapitalistisch-angepaßter gemeinwirtschaftlicher Unternehmen umschrieben werden kann, daß man sich auf diese Art um eine *konkrete* Inhaltsbestimmung gemeinwirtschaftlicher Unternehmensführung herumdrücken kann, ebenso wie um die Notwendigkeit, alternative Konzepte in ihren quantifizierbaren Dimensionen »vorzurechnen« (Rechenaufgaben sind ja verpönt).

3. Gemeindesozialistische Konzeptionen werden stets mit einer vermeintlich radikalen Kritik an »der« Staatsbürokratie konfrontiert. Dabei verbindet sich eine ahistorische mit einer apolitischen Staatsauffassung, da regelmäßig auch von grün/links neoliberale Theorien des »Staatsversagens« ins Feld geführt werden, die den bürgerlichen Staat auf einen abstrakten Organisationsapparat mit bürokratischen Effizienzmängeln reduzieren. Die vielbeklagten »überhöhten Kosten« im öffentlichen Sektor ergeben sich dagegen z.B. durch Kontrollmängel bei der Auftragsvergabe an Privatunternehmen — dies stellt aber trotz aller neoliberalen Krokodilstränen eine planmäßige Form der »Förderung« kapitalistischer Privatunternehmen dar, ist also nicht apolitisch auf Organisationsmängel des öffentlichen Sektors zu reduzieren. Die von *gesellschaftlichen* Kräften im historischen Verlauf *politisch* durchgesetzte Indienstnahme und Anpassung von staatlichen Aufgabenträgern an die gesellschaftlich dominanten kapitalistischen Strukturen — als entscheidender Grund für das Staatsversagen in vielen »sozialen« Aufgabenfeldern — gerät der modischen Kritik »des« Staates völlig aus dem Blickfeld.

Mehr als fragwürdig erscheint nun das Verfahren, gegen das Konzept eines steuerfinanzierten und nicht-kapitalistisch bewirtschafteten kommunalen Wohnungsbaus das aus der liberalen Wirtschaftstheorie stammende Opportunitätskosten-Argument vorzubringen, wonach bei *jedweder* Wirtschaftstätigkeit »entgangene« Gewinne oder Zinserträge als »Kosten« in Rechnung zu stellen seien (gemessen an der Profitabilität alternativer Kapitalanlagemöglichkeiten). In der Praxis fungiert dieses Argument seit langem als Rechtfertigung für eine *kapitalistische* Verwendungsart öffentlicher Mittel, z.B. für die marktüblichen Zinsansprüche öffentlicher Unternehmen bei ihrer Tätigkeit in sozialen Bedarfsfeldern. Das Opportunitätskosten-Argument wird dagegen nie im Bereich des Subventionswesens für Privatinvestoren und Besitzende gebraucht. Wenn Novy die »opportune« ertragsorientierte Verwendungsart öffentlicher Mittel für eine bestmögliche Effizienzgarantie hält, kann er damit auch der Wiederbelebung von Wohnungsgenossenschaften nur schaden: Die Staatsunabhängigkeit genossenschaftlicher Träger ist eine (modische) Illusion; die eigentlichen Möglichkeiten umfassen (a) die *vollständig* selbstfinanzierte Genossenschaft — sicherlich nur realisierbar als Beamten-Genossenschaft, als »Sozialismus für Besserverdienende«: historisch und auch gegenwärtig vorherrschend ist die weitgehend fremdfinanzierte Genossenschaft, die in zwei Richtungen ausgestaltet werden kann (wobei natürlich eher Mischformen verbreitet sind); (b) die von Kapitalmarktkrediten abhängige Genossenschaft, d.h. die »Genossenschaft in Bankenhand« — dies ist z.B. das Konzept der Weltbank bei der Genossenschaftsförderung in Ländern der Dritten Welt (v. Werlhof 1985); (c) die unter Zuhilfenahme staatlicher/kommunaler Mittel finanzierte Genossenschaft. Ist die Stärkung einer neuen Genossenschaftsbewegung beabsichtigt, käme es hier nun gerade auf die Durchsetzung nicht-kapitalistischer Konditionen der öffentlichen Finanzhilfen an: verhalten sich Staat oder Kommunen nämlich im Sinne von Novys Opportunitätskosten-Denken, müßten sie die öffentliche Mittelvergabe an Genossenschaften mit Verwertungs- und Zinsansprüchen verbinden (Beispiel: die noch von sozialdemokratischer Seite durchgesetzten Konditionen der Mittelvergabe bei der »Stiftung nachbarschaftliche Träger« in Hessen). Auf dem Umweg über die vermeintlich opportune, »effizienzsteigernde«

staatskapitalistische Verwendungsart öffentlicher Mittel würden Genossenschaftsprojekte notwendigerweise zu einem »Sozialismus für Besserverdienende« tendieren. Das Opportunitätskosten-Denken dürfte *jedem* Reformversuch schaden. Auch die These, Selbsthilfeeinrichtungen wären »billiger« als öffentlich-wirtschaftliche Einrichtungen, ist nur glaubwürdig, soweit Selbsthilfeeinrichtungen als *Entlastungsprogramm* für öffentliche Haushaltsmittel funktionalisiert werden. Das bringt natürlich »Kostensparnis« — durch unbezahlte Eigenarbeit der Selbstversorger. Staatliches Sparen durch Mobilisierung unbezahlter Eigenarbeit im informellen Sektor ist genau das Rezept der Weltbank und geht vor allem auf Kosten der Frauen (v. Werlhof 1985).

Wer *heute* wieder Genossenschaftsmodelle propagiert, sollte sich nicht auf den Standpunkt zurückziehen, daß »Sozialismus keine Rechenaufgabe« sei, sondern die Realität einer zunehmenden sozialen Polarisierung und neuen Armut zur Kenntnis nehmen, und folglich auch präzise darlegen (»vorrechnen«), wie Finanzierung, Unternehmensführung und Mieten bei Genossenschaftslösungen im Wohnungssektor ausgestaltet werden sollen, und *für wen* sie dann in Frage kommen.

Eine Wiederbelebung von kulturell *gemeinschaftlichen Lebenszusammenhängen* im Wohnbereich, auf die Novy besonderen Wert legt, ist sicher erstrebenswert, doch sollten Gemeinschaftsgefühle *nicht als Ersatz* für eine problemgerechte Finanzierungs-konzeption mißbraucht werden. Die neue »Reformkultur« hat bereits genügend Modelle einer »Vergenossenschaftlichung auf Basis höchstmöglicher Mieten und Kapitaleinlagen« hervorgebracht. Eine lebendige »Gemeinschaftskultur« hat sich übrigens, wie Novy selbst einmal am Beispiel des »Roten Wien« herausgestellt hat (Novy 1979), *historisch* nicht exklusiv auf Genossenschaftssiedlungen beschränkt, sondern auch im Rahmen eines reformsozialistisch gestalteten *kommunalen* Wohnungsbaus entfaltet (heute wieder bei partiell selbstverwalteten Siedlungen des kommunalen Wohnungsbaus in England und Holland). Dies deutet darauf hin, daß weder die *bauliche* Siedlungsform noch die *ökonomische* Form der Trägerschaft ausschlaggebend ist für die Entstehung und Entwicklung von »Gemeinschaftskultur«, sondern vielmehr die Gewährung von konkreten eigenverantwortlichen Gestaltungsspielräumen für die Siedlungsbewohner, und vor allem (!) der *gesellschaftlich und historisch* bestimmte Entwicklungsstand eines klassenkulturellen Lebenszusammenhangs, oder auch eines (klassenunspezifischen) traditionellen örtlichen Lebenszusammenhangs. Nicht Ablehnung, sondern eine gewisse Skepsis gegenüber der *Möglichkeit* einer Wiederbelebung gemeinschaftskultureller Lebenszusammenhänge auf breiterer Basis ist angebracht, wenn man den historischen »Individualisierungsschub« und die fortgeschrittene Auflösung zumindest der *klassenkulturellen* Lebenszusammenhänge in Rechnung stellt.

## Literaturverzeichnis

- Compart, E. 1977: Kapitalistische Entwicklungswege bei der Genossenschaft, Frankfurt/M.  
 Komossa, D. 1976: Die Entwicklung von Wohnungsbaugenossenschaften. Diss. Bochum  
 Krätke, S. 1985: Gemeinwirtschaftliche Reformperspektiven im Wohnungsbau. In: Prokla 61  
 ders., 1987: Gemeinwirtschaft: Einsteigen statt Aussteigen. In: *Das Argument* 162  
 Lindemann, H. 1906: Die deutsche Städteverwaltung und ihre Aufgaben. Stuttgart  
 ders., 1909: Arbeiterpolitik und Wirtschaftspflege in der deutschen Städteverwaltung. Stuttgart  
 Novy, K. 1979: Sozialisierung von unten — Überlegungen zur vergessenen Gemeinwirtschaft im »Roten Wien« 1918-1934. In: Mehrwert 19  
 ders., 1987: Ende oder Anfang der Gemeinwirtschaft? Plädoyer für einen behutsamen Umbau. In: *Das Argument* 162  
 Schülke, W. 1921: Das Problem der Kommunalisierung, Greifswald  
 Weisser, G. 1953: Stilwandlungen der Wohnungsgenossenschaften, Göttingen  
 v. Werlhof, C. 1985: Auf dem Wege zu einer neuen Zwangsarbeit? In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10

## Kongreßberichte

### Erneuerung der sozialistischen Länder?

Tagung der Zeitschrift *sozialismus* zu den Reformprozessen in der UdSSR, in China u.a. am 25./26. Juli 1987 in Frankfurt/M.

Etwa 150 west- und ostdeutsche Sozialisten waren der Einladung gefolgt. Sieben Redner stellten in kurzen Beiträgen ihre Position zur Diskussion.

*Heinz Brakemeier* meinte, es gebe zwar eine soziale Ausdifferenzierung, aber die Führung müsse auf die Basis Rücksicht nehmen. Er verwies auf die Erfahrungen der CSSR von 1968 und von *Solidarnósc* in Polen 1980, ohne näher auf die wesentlichen Unterschiede einzugehen. Da die realen Probleme nicht gelöst seien, erwarte er einen konfliktreichen Prozeß. Auf Grund intensiver Beobachtungen der chinesischen Entwicklung, beurteilte *Ulrich Menzel* die Aussichten, das Reformprogramm zu realisieren, eher skeptisch. Seit Januar dieses Jahres sei der Reformkurs in Frage gestellt. Perspektive sei zudem nicht mehr eine sozialistische Gesellschaft, sondern ein mächtiger, unabhängiger Staat. Modernisierung sei das Ziel, der Reformismus die Strategie. Gründe für den Reformkurs sah er hauptsächlich darin, daß Lenins Imperialismustheorie nicht zutreffe. Die Expansionskraft des Kapitalismus sei ungebrochen und entwickle in Ostasien die größte Dynamik; der Sozialismus habe sich als Entwicklungsstrategie nicht bewährt. Die Reformen wollten zwar die westliche Technologie, nicht aber deren Ideologie. Wegen der Legitimationsschwierigkeiten des Sozialismus, der Gefährdung der chinesischen Kultur und des Machtanspruchs der KP würden nun die konservativen Bremsen angezogen; es bilde sich eine neue Fraktionierung in der Parteiführung: einerseits Reformgegner, andererseits gemäßigte und radikale Reformen. Die Erhaltung der Macht der Bürokratie setze den Reformen die Grenzen. Es werde keine Rückkehr zu Maos System geben, jedoch ein verfeinertes bürokratisches Planungssystem.

*Ursula Schmiederer* extemporierte sehr temperamentvoll, scheute sich auch nicht, sich zu widersprechen. Da ihr und »unser« Anspruch der eines »herrschaftsfreien Sozialismus« ist (den wir 1968er im Reich unserer deutschen Träume bereits verwirklicht haben), konnte sie der SU keinen sozialistischen Charakter zubilligen. Um so schlimmer für die SU! Gorbatschow säge zwar an dem Ast, auf dem er sitze, aber der Charakter der Herrschaft sei unverändert. Die Reform habe bisher weder die KP noch die Massen mobilisiert — kein Grund also zur Euphorie. *Theodor Bergmann*, als letzter Redner der Einleitungsrunde, war am weitesten zu Optimismus geneigt, auch auf Grund seiner Studienreisen in China und in der SU. Er ignorierte nicht die inneren Widerstände und äußeren Gefahren, sah jedoch eine logische und geschlossene Konzeption, die alle Politikfelder umfaßt. Neues Denken in Außenpolitik und Abrüstungsfrage, radikale sozialökonomische Umstrukturierung, Offenheit und Demokratisierung gehörten zusammen. Erste Wirkungen eines irreversiblen Prozesses seien erkennbar.

*Klaus Segbers* versuchte eine politische Bewertung, die über die bisherige Darstellung von Fakten hinausgehe. Die Reform werde von inneren Kräften angestoßen, sei daher glaubwürdig. Die Zeit der antiimperialistischen Politik sei vorbei; der Weltmachtstatus sei unverzichtbar. Da die Wirtschaftsreform soziale Kosten verursache, einige soziale Gruppen fördere, andere benachteilige, würden große soziale Gruppen abwarten. Die Diskussion verbreitere sich vor allem in Kunst und Kultur. Was aber sei mit Demokratisierung in der Wirtschaft gemeint? Wo bleibe das integrierte Reformkonzept, wo die theoretische Analyse der Stalin-Ära?

*Joachim Bischoff* sah in Ungarn und Jugoslawien, die vor der SU die Reformen begonnen haben, riesige Probleme. Die neue sowjetische Führung wisse, daß radikale Reformen notwendig seien, könne dabei die bisherigen Reformenerfahrungen nutzen. Ein qualitativer Sprung sei erforderlich, nicht nur eine Verfeinerung.

In der zweiten Runde äußerte sich *Hans-Georg Conert* skeptisch über die Erfolgchancen der ökonomischen Reform, da sie in sich nicht kohärent sei; die Produktionsdecke sei knapp, die Erfolgstermine zu kurzfristig, die Manager nicht qualifiziert; von den Arbeitern gehe kein Reformdruck aus. Die nun propagierten genossenschaftlichen und individuellen Produktionsformen seien in der SU nicht zu realisieren. *Joachim Bischoff* hoffte dagegen auf einen neuen Typus sozialistischer Planwirtschaft in allen sozialistischen Ländern mit mehreren Formen des Eigentums an Produktionsmitteln. Er sah keine Gefahr einer Rückkehr zum Kapitalismus. *Jakob Moneta* war wiederum sehr pessimistisch. Die Intelligenz sei für die Reformen, nicht aber die Arbeiterklasse. Die einfachen Arbeiter seien passiv oder dagegen wegen drohender Einkommensenkungen (bei schlechter Produktqualität). Die ökonomische Theorie der Bürokratie sei falsch; das System müsse revolutionär verändert werden.

*Jörg Holtberg* stellte fest, die Reformen seien keine Rückkehr zum Kapitalismus; die hohe Qualifikation der Menschen erfordere und ermögliche eine Demokratisierung. Eine ökologie-gerechte Wirtschaft sei ohne Planung unmöglich. Wie aber solle man sich das Zusammenwirken von Plan und Markt vorstellen?

*Nathan Steinberger* wandte sich gegen Monetas Bedenken und Forderungen. Nicht nur die Intelligenz, auch die Arbeiter seien Reformfreunde; u.a. trage die Dezentralisation zur Identifikation der Arbeiter mit ihrem Betrieb bei. Allerdings seien ihre kurzfristigen Interessen andere als die langfristigen Interessen der Gesellschaft.

Die letzte Gesprächsrunde wurde durch *Zdeněk Mlynař* eingeleitet; sein Beitrag war wohl der eindrucksvollste — vorsichtiger, begründeter Optimismus, aus eigener positiver und bitterer Erfahrung formuliert. Oben und unten seien keine Gegensätze. 1968 habe sich in der CSSR ein Zusammenwirken der beiden »Extreme« gezeigt. Die »Elite« war nicht abgehoben, nicht geistig korrumpiert, sondern fähig zu neuem, selbständigem Denken und zur Formulierung der Forderungen von unten. Sozialistische Systeme seien demnach entwicklungsfähig; allerdings bestehe keine Automatik. Welche Perspektive wäre gegeben gewesen ohne die Intervention der fünf »Bruderländer«! In den kleinen sozialistischen Ländern — außer der CSSR — war der Sozialismus eine Importware; daher gab es in begrenzten Schichten den Wunsch nach Rückkehr zum früheren Zustand. Dieser Gedanke eines »Zurück vor 1917« ist in der SU nicht möglich. Die großen Reformversuche kommen dort verspätet, weil neues Denken in der Breschnjew-Ära verboten war; erst nach dem Personen- und Generationenwechsel ist es wieder erlaubt und erwünscht. Noch fehlen Garantien, daß keine Sanktionen zu befürchten sind. Die sozialen Träger der Reform seien alle qualifizierten Arbeitskräfte; sie bringe jedoch allen materiellen Vorteile. Die qualitative Veränderung der Machtelite sei ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung. Jetzt sei der Sozialismus kein Schreckgespenst mehr; das verbesserte die Rahmenbedingungen für den Sozialismus im Westen und ermöglichte kritische Solidarität mit den Reformern. Noch bestehe jedoch eine Isolierung von der westeuropäischen Linken. Sie müsse durch Kontakte und Debatten durchbrochen werden.

*Jakob Moneta* zeichnete ein dunkleres Bild. Soziale Differenzierung, Abbau der Prämien bei schlechter Produktqualität, Bekämpfung des Alkoholismus würden die Masse der einfachen Arbeiter zum Widerstand veranlassen. Die SU werde durch Reform und Technologietransfer in das kapitalistische Weltsystem integriert. Die Ar-

beiterbewegung im Westen habe ein Recht, sich in die Veränderungsprozesse einzumischen und müsse hier und heute ihre Forderungen formulieren; sonst drohe eine Katastrophe. *Theodor Bergmann* bezog mit eigenen Argumenten die Position von Mlynař, die er voll bejahte. — In der Schlußdebatte überwog eine positive Einschätzung der Reformbemühungen. Ein Beitrag erwähnte die Begeisterung für Chruschtschows Bemühungen, die Enttäuschung über Breschnjew und äußerte eine positive Erwartung für den neuen Versuch. Andere bestritten die politische Legitimation zur »Einmischung«. Einige beschworen die fehlenden Freiheiten und Rechte der nationalen Minoritäten. Einer sagte, die wenig erfolgreiche Praxis der hiesigen Theoretiker mache eine etwas bescheidenere Haltung notwendig.

Das Ergebnis: Keine westdeutschen Rezepte für die SU und die VR China, auch nicht von Marxisten. Ein breites Spektrum möglicher sozialistischer Positionen wurde deutlich und in Disziplin und Toleranz debattiert. Manche Positionen waren von den persönlichen Biographien her zu erklären. Wie die Reformer, stehen auch wir noch ziemlich am Anfang. Es bedarf vieler weiterer Seminare und einer breiten öffentlichen Debatte — möglichst mit Menschen aus den sozialistischen Ländern, bis die Veränderungen im Sozialismus voll verständlich werden und die marxistische Linke der BRD ihre eigene Perestrojka und dann die der BRD-Gesellschaft anpacken kann.

Theodor Bergmann (Stuttgart)

## 10. Marxistische Volksuni Stockholm

28. bis 31. Mai 1987

Die Marxistische Volksuni wird organisiert vom *Zentrum für marxistische Studien* (CMS), das 1977 gegründet wurde. Dessen Ziel ist es, Forschung und Studium auf verschiedenen Gebieten zu unterstützen, in erster Linie solche Arbeiten, die sich auf eine marxistische Theorie und Tradition stützen. Neben der alljährlichen Volksuni organisiert das CMS Seminare und Konferenzen zu unterschiedlichen Themen. Zudem veröffentlicht es Bücher in verschiedenen Verlagen. Finanzielle Unterstützung erhält das Zentrum durch ABF, die *Arbeiterstudien Vereinigung*, einer Dachorganisation der schwedischen Arbeiterbewegung.

Während der 10. Volksuni gab es über 450 Vorträge und Diskussionen mit insgesamt 550 Referenten. Die Teilnehmerzahl in den Veranstaltungen schwankte natürlich zwischen einigen zehn und dreihundert bis vierhundert. In den letzten Jahren zählte die Volksuni um die zweitausend Besucher während der vier Tage. Die Vorträge wurden sowohl von schwedischen als auch von ausländischen Fachleuten gehalten. In diesem Jahr hatten wir Gäste aus Großbritannien, Italien, Finnland, Norwegen, Dänemark, der BRD und Westberlin. Es war eine große Freude für die Teilnehmer, Vertreter der Schwesterunis aus Westberlin, Hamburg und Finnland begrüßen zu können.

Ein Themenschwerpunkt in diesem Jahr war »Marxismus heute«, mit einer Einführung in den Analytischen Marxismus und einer Vorlesung von Gerald A. Cohen über »Sozialistische Gleichheit und kapitalistische Freiheit«. In einigen Vorträgen wurden die Standorte der marxistischen politischen Ökonomie heute bestimmt. Dem Andenken Antonio Gramscis widmeten sich einige Referenten aus Italien, Deutschland und Schweden. Weitere Gegenstände waren Feminismus und Marxismus, die Theorien der sogenannten Dienstleistungsgesellschaft, linke Parteien und Europastrategie, aktuelle Probleme der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. Aber auch: das Drogenproblem, die moderne Stadt, Apokalypse und die Theologie der Befreiung. Eine besondere Vortragsreihe gab es zu Lateinamerika. Die abschließende Diskussion hatte die Perspektiven des Sozialismus und die Kritik des neuen Libera-

lismus zum Gegenstand. — Im Rahmen der Marxistischen Volksuni gibt es auch eine Reihe kultureller Aktivitäten — Theater, Film, Lesungen, Ausstellungen, Musik, Gesang und Tanz. Lesungen. Außerdem gab es Exkursionen zu den Orten, die in der *Ästhetik des Widerstands* von Peter Weiss beschrieben sind.

C.M. Hermansson (Stockholm)

## 8. Westberliner Volksuni

West-Berlin, Pfingsten, 5. bis 8. Juni 1987

### I

»Volksuni« — was mag sich wohl hinter dieser Begriffsverbindung verbergen? Eher mit den — in einer Veranstaltung besprochenen — »postmodernen Jugendkulturen« vertraut als mit linken Traditionen und ihren Begriffen und Diskursen und der Verschränkung von Wissenschaft, Politik und Volk, war mir weder Geschichte noch Konzeption der Volksuni sonderlich bekannt, als ich zusammen mit mehreren Frauen — und auf deren Empfehlung — aus Hamburg nach Berlin fuhr, um den Besuch des Neuen mit dem von Altbekanntem zu verbinden. Volksuni — vielleicht endlose, ermüdende Debatten eines kleinen, eingespielten Alt-68er-Zirkels, drei Tage in strenger Nüchternheit damit beschäftigt, aus den Elementen alter Gedankenketten neue aneinanderzureihen, die sich an meinen Ohren vorbeischlängeln oder in meinem Kopf verknotten würden und keineswegs von mir ergriffen werden könnten, oder eher eine bunte Menschenmenge, die Seminarräume und Hörsäle füllt, sich um Büchertische, an Informationsständen sowie vor Getränke- und Essenausgaben gruppiert, um rege Diskussionen aller Art zu führen, in die ich mich also würde drunter- und einmischen können? — Ich hatte keine Vorstellungen davon, was ich erwarten sollte.

Angekommen dann, ließ mich ein erster orientierender Blick ins Programmheft mit der großen Bandbreite von Themenfeldern bereits mehr in Richtung des Letztgenannten, der Vielfalt tippen: Veranstaltungen zu Fragestellungen, mit denen ich mich selbst schon mal auseinandergesetzt hatte oder dies gerade tat, wurden neben solchen angeboten, unter denen ich mir sehr wenig oder nur ganz vage etwas vorstellen konnte — und dies auf unterschiedlichen Ebenen und in Formen, die vom Erfahrungsaustausch über Podiumsdiskussion bis zum Vortrag reichten. Beim Durchblättern der Ankündigungen fand ich so zunächst fast alles interessant: das Fremde ob seiner Fremdheit, das Halbgewußte, etwa die vielen Beiträge zu den aktuellen öffentlichen Debatten (z.B. Aids oder Gorbatschows Reformpolitik), um mehr darüber zu erfahren, und die Themengebiete, in denen ich mich heimischer fühlte, um andere Standpunkte dazu kennenzulernen. Positiv überrascht hat mich zudem das begleitende kulturelle Abendprogramm, das ich dann allerdings doch nicht nutzte, da ich es bei dem größtenteils gutem Wetter vorzog, auch abends noch in dem kleinen, im Innenhof gelegenen tolleren Park weiter zu diskutieren und zu klönen. Schließlich zerstreute auch die Eröffnungsveranstaltung gleich meine Bedenken, mich vielleicht zu einem Treffen zäher Langeweile oder eingeschworener Experten begeben zu haben. Wenn auch sehr lang, überstieg doch die Zahl der Einzelbeiträge zum Leben und Denken Gramscis nicht das Konzentrations- und Aufnahmevermögen, indem Anekdotenhaftes, Lustiges und Anstrengendes, erzählende Darstellungen und theoretische Darlegungen einander spannungsvoll abwechselten. Dabei bereitete es mir zwar zuweilen Schwierigkeiten, den theoretischen Teilen zu folgen, dies jedoch nicht so sehr deshalb, weil etwa, wie befürchtet, undurchschaubare Begriffsgebäude aufgetürmt und umgestapelt worden wären, sondern mehr wegen der engagierten Rede des

Vortragenden, die sich auch in einem entsprechend packenden Tempo der Gedankenfolgen äußerte — die kommenden Tage versprachen mehr atemlos als langatmig zu werden. Das offensichtliche Interesse der fast 2000 versammelten Menschen, die eingespielte Musik, die ich im Rahmen der ziemlich kargen, voll besetzten Aula ungewohnt und dabei ungeheuer bewegend fand, die mit je eigenem Temperament vorgebrachten Begrüßungsreden der Teilnehmer/innen aus anderen Ländern, schufen zudem eine Atmosphäre von Offenheit, Neugier, Bewegung und Verbundenheit, in die ich gerne eintauchte und die meine Lust zum Austausch von Gedanken und Erfahrungen in den nächsten Tagen steigerte.

Spaß hatte ich daran, in den Bereich »Gewerkschaften und Betriebe« hineinzuhören, mit dem ich bislang kaum in Berührung gekommen war. Hier bot sich nun mal die Gelegenheit, theoretische Überlegungen und Erfahrungsberichte zu Automation, zu Betriebspolitik und zu Arbeitskämpfen zu hören und Einblicke wie Anknüpfungspunkte in Diskussionen und Kontroversen zu bekommen, die sonst eher unbemerkt an mir vorüberziehen. Mehr zu meinen »Heimspielen« zählten dagegen solche Themenschwerpunkte wie Geschichtsschreibung, insbesondere der Historikerstreit und Frauen: hier konnte ich die unterschiedlichsten Ansätze und Standpunkte schon besser mitdenken, gewann neue Aspekte hinzu und fühlte mich aufgefordert, selber Stellung zu beziehen.

Dabei kam ich in manchen Veranstaltungen nicht nur über die Inhalte, sondern auch über die Formen von Vermittlung mit Auseinandersetzung ins Nachdenken z.B. *F. Haugs* Vortrag zum Arbeitsbegriff. Es war interessant, wie sie eigene Erfahrungen mit Arbeit verknüpfte mit theoretischen Bestimmungen und so in der Entwicklung ihrer Überlegungen über die Theorie zu einer neuen begrifflichen Fassung ihrer widersprüchlichen Erfahrungen gelangte. Dieses Vorführen einer methodischen Möglichkeit, das eigene Erleben gedanklich zu ergreifen, war allerdings nur ein Strang innerhalb ihres »öffentlichen Nachdenkens« über die Arbeit. Zugleich stellte sie dabei ihre Rezeption der Marxschen Bestimmungen und die Ausführungen der Kritischen Psychologie dazu vor, beleuchtete sie auf ihre Brauchbarkeit gerade auch zur Erfassung spezifisch weiblicher Arbeitsbereiche wie der Hausarbeit und wandte sich zudem gegen die Ansätze, wie sie etwa von *J. Habermas* vertreten werden, die auf eine Eliminierung des Arbeitsbegriffes als einer grundlegenden gesellschaftstheoretischen Kategorie zielen. Obwohl die einzelnen Gedankenschritte stimmig, verständlich und spannend entwickelt wurden, war es mir doch leider auch hier, wie schon in der Eingangsveranstaltung, kaum möglich, mit der Geschwindigkeit der Vortragenden Schritt zu halten und die wesentlichen Knotenpunkte ihrer Argumentationslinien festzuhalten. Ganz ähnlich, nur in noch verstärktem Maße, erging es mir in der Aufarbeitung der Geschichte der »'Neuen Mütterlichkeit' in der deutschen Frauenbewegung vor 1933« von *I. Stoehr*. Ihre interessanten und diskussionswerten zentralen Schlußfolgerungen, die sie zur gegenwärtigen Mütterlichkeitsdebatte auf Grundlage ihrer historischen Studien gewonnen hatte, gingen in der Fülle der zuvor sehr eilig dargelegten geschichtlichen Details und in der Unruhe der voll besetzten und für einen Vortrag dieser Art eigentlich ungeeigneten Cafeteria fast ganz unter, so daß die anschließende Diskussion, vergleichbar der zu *F. Haugs* Thesen, nicht um das gerade Gehörte kreiste, sondern sich in einem Schlagabtausch bereits zuvor gewußter Positionen erschöpfte. Ich hätte mir eher gewünscht, daß gerade auf Grundlage der vorgestellten Arbeiten die eigenen Standpunkte unter bislang nicht bemerkten Gesichtspunkten ein Stückweit neu sicht- und prüfbar und in gemeinsamen gedanklichen Anstrengungen vielleicht sogar verschoben werden. Aus diesen beiden großen Frauenplena — eine dritte mit Spannung erwartete Veranstaltung, die von



Ch. Neusüß, mußte leider ausfallen — nahm ich daher neben den jeweiligen themenbezogenen Anregungen — im wesentlichen zwei Gedanken mit: einmal den Wunsch, daß doch beide Autorinnen ihre Arbeit auch veröffentlichen mögen, um sie einer gründlicheren, breitgestreuten Debatte zugänglich zu machen, zum anderen die Überlegung, daß es nicht unbedingt perfekt und professionell ausgefeilte Beiträge sein müssen, sondern auch, wie ich es in anderen Veranstaltungen erlebt hatte, kleinere Projektberichte mit vergleichsweise wenig Material und Thesen sein können, die Stoff zur Gedankenentwicklung und -erweiterung geben und Diskussionen entfachen.

Die Intensität und Dichte der Gespräche begeisterte mich, ein trockener Mund vom vielen Reden und deutliche Übermüdigungserscheinungen infolge des geringen Schlafes waren am Pfingstmontag die Folge davon, eine andere war, daß ich selbst Lust bekam, auf der nächsten Volksuni etwas aus meinem Arbeitsgebiet vorzustellen. »Volks-Uni« — diese Verbindung habe ich nach den diesjährigen drei Tagen begriffen als ein Forum, auf dem sich vielerlei Volk versammelt, um sich zu streiten und zu verbünden — auf jeden Fall: um selbst tätig zu sein.

Anja Weberling (Hamburg)

## II

Unter meinen Freunden in Wien gab es nur wenige, die mit dem Begriff »Volksuni Berlin« etwas anfangen konnten. Nur ein befreundeter Journalist, engagiert in der linken Szene, erzählte mir, daß er mal vor Jahren dort gewesen sei und beglückwünschte mich zu meinem Entschluß, hinzufahren.

Die Anonymität, die ich in Wien nicht mehr habe, tat mir gut. Ich war bewußt nicht als Journalistin hier, es war ein rein privates, privat-politisches Interesse, das mich aufmerksam zuhören ließ, ich stand auch nicht unter dem Zwang, mitschreiben zu müssen, nicht unter dem Zwang, Kontakte knüpfen zu müssen, wie es sonst so oft zu Hause der Fall ist.

Der Einstieg war die Diskussion zwischen *Peter Glotz* und *Antje Vollmer*. Peter Glotz kannte ich bereits von einigen Auftritten in Wien, Antje Vollmer nur aus Zeitungsartikeln. Die rot-grüne Zusammenarbeit war außerdem ein Thema, das mich sehr beschäftigt, denn, so dachte ich, die deutsche Grünkultur ist eine viel stärker entwickelte als die österreichische. Die Grünen sind zwar bei uns im Parlament, doch werden sie nicht als Bündnispartner wahrgenommen und wenn, dann als mitunter nötiges Korrektiv, als uneinheitliches Sammelsurium von links bis rechts, grüngefärbt. Das Niveau der Diskussion begeisterte mich, die Inhalte weniger. Denn zu tiefe Kluften scheinen zwischen den Begriffen der politischen Kultur zu liegen, zu wenig wirkliche Chancen für eine echte Zusammenarbeit vorhanden zu sein.

Das weitere Programm wählte ich nach zwei Gesichtspunkten aus: Zum einen Diskussionen, die mir neue Erkenntnisse versprochen, auf einem Diskussionsstand, der in Wien noch nicht erreicht ist, zum anderen Themen, die ich für die Vorbereitung der »Sommerwerkstatt« in Steyr verwenden konnte. Das bedeutete, daß ich zwischen der Gewerkschaftsleiste und der Grundfragenleiste hin- und herpendelte.

Die vorgetragene Technologiekritik schien mir einen hohen Standard zu haben, die Differenzen mit Gewerkschaftsvertretern zeigten mir, wie tief auch in der BRD die Kluft zwischen Theorie und Praxis, zwischen den Erkenntnissen und deren pragmatischen Umsetzungen ist.

*Birgit Wagner*, meine Landsfrau, über Gramsci und Pasolini hatte ich schon in Wien gehört. Doch die Diskussion im Plenum zeigte mir das große Interesse an dieser Arbeit, was mich freute. *Herrgotts* Männerphantasmen fand ich interessant,

vor allem bewunderte ich seinen Mut, dazu Stellung zu nehmen, doch die anschließende Diskussion schien mir von vielen Mißverständnissen geprägt, zeigte mir wieder einmal die erstarrten Fronten zwischen den Geschlechtern, und ich verließ den Saal. *Wolf Haugs* Beitrag über Verarbeitungsmuster von Aids war ein neuer Ansatz für mich; ich beschloß, hier weiterzudenken. Die spannendste Veranstaltung war die Präsentation des PAQ (Projekt Automation und Qualifikation), nicht nur weil mein Spezialthema für die »Sommerwerkstatt« angesprochen war, sondern weil hier die Lust an der Forschung vermittelt wurde und die Spannung zwischen Faszination der technischen Möglichkeiten und der Skepsis, bzw. Ablehnung voll zu Tage trat. Die Diskussion »Gorbatschow und Wir« ließ mich wieder mutloser zurück, denn die Haltung des SPD-Vertreters war genau die skeptische und unreflektierte, die ich auch zu Hause bekämpfe, weil sie lähmt, weil sie so wenig neue Ansätze zuläßt.

Ein Punkt, der mich störte: durch die Parallelveranstaltungen war ich gezwungen, mich aufzuteilen in den politisch interessierten Menschen und die feministische Frau. Da ich diese Spaltung aber ablehne und ich mich für den ganzheitlichen Menschen entschied, besuchte ich keine einzige Frauendiskussion, was mir leid tat.

Was blieb zurück von diesen Tagen in Berlin? Ich merkte den Altersunterschied, die Bewegung, die hier versammelt war, war nie meine, meine Wurzeln sind andere, die kommen aus der 80er Jugendbewegung, der anarchistisch-chaotischen. Die Lust am Denken, die versuchte Vermittlung gab mir Mut, wieder mehr Theorie zu rezipieren.

Andrea Hlavac (Wien)

#### 4. Österreichische Frauensommeruniversität

12. bis 19. Juli in Salzburg

In Österreich beginnt die Frauensommeruniversität als Forum einer Öffentlichkeit für Frauen Geschichte zu machen.

Nach Wien, Klagenfurt und Innsbruck stand Salzburg eine Woche (freilich im Schatten der Festspielereignisse) im Zeichen der Frauen. An die 1000 bis 1300 Frauen aus Österreich und aus der BRD diskutierten eine Woche lang in der neuen Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität über Frauenunterdrückung, Ausbeutung, Sexualität sowie über die neuen Fortpflanzungstechnologien.

Eine »bunte Frauenszene« (Autonome, Frauen aus Parteien und Projekten, Gewerkschaftsfrauen und viele andere) hat diese feministische Öffentlichkeit versucht zu organisieren. Unsere Buntheit machte es aus, daß es nicht immer einfach war, unsere Wünsche, Hoffnungen, Phantasien und politische Strategien unter einen Hut zu bringen.

Mangels einer »feministischen Infrastruktur« — kein Frauenlehrstuhl in Österreich, wenig kooperative Wissenschaftlerinnen, von denen es sowieso zuwenig gibt, keine Tradition der feministischen Wissenschaft — fiel die Auswahl der Referentinnen nicht leicht. So spannte sich der Bogen von Annette Kuhn über Mechthild Jansen zu Frigga Haug und Kornelia Hauser, um nur einige zu nennen.

Ausgangspunkt unserer Diskussion war die gegenwärtige Wirtschaftskrise, die Frauen in ganz besonderer Weise vor Probleme stellt. Probleme, die nicht nur ihre Situation am Arbeitsmarkt betreffen, sondern vor allem ihre Existenz im sogenannten »Privatbereich«, der Familie. Die Auswirkungen des verstärkten Technologieinsatzes sowie der derzeit gepriesenen und praktizierten Arbeitszeitmodelle — KAPOVAZ, Job-sharing, Teilzeit- und Heimarbeit — registrieren wir in Österreich erst in ihren Anfängen. Die Verschärfung der Situation ist nur mehr eine Frage der Zeit.

Um die komplexen Dimensionen des weiblichen Lebenszusammenhanges in ihrer gesellschaftlichen Tragweite annähernd erfassen zu können, erschien die Auseinandersetzung mit dem Bereich Sexualität unabdingbar: verlieren Frauen ihre mühsam erkämpfte ökonomische Unabhängigkeit, hat das Auswirkungen auf ihre privaten Beziehungen — die beängstigende Zunahme von sexueller Gewalt ist nur die Spitze eines Eisberges aus Gewalt und Unterdrückung. Eine solche Repression verfestigt und unterstützt die Sprachlosigkeit von Frauen; Frauen reden nicht »darüber«, weil es privat und damit anscheinend »normal« ist. Genau jene Normalität ist einer Analyse zu unterziehen.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, die Verzahnung von ökonomisch-politischen Entwicklungen mit dem individuellen Leben von Frauen aus verschiedenen Herkunftsbereichen zu analysieren, um Ansatzpunkte für Strategien der weiteren Frauenpolitik zu erarbeiten.

Wollten wir zuerst alles bewältigen, machten wir doch schnell die Erfahrung, daß »alles« aufgeteilt werden mußte. In einem langwierigen Diskussionsprozeß einigten wir uns schließlich aus arbeitstechnischen Gründen für folgende Themenstellungen: 1.) ausgehend von unserem eigenen Verdrängtwerden aus dem kommerziellen Produktionsprozeß, der Diskussion um die Aufnahme von Ehe und Familie in die österreichische Bundesverfassung (und in die Salzburger Landesverfassung) sowie die Tendenzen und Strategien der Unternehmer zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und die ansteigende Frauenarbeitslosigkeit, beschäftigten wir uns mit der »Verarbeit-ung« von Frauen; 2.) die Spaltung von Frauen in Lesben und Heterosexuelle, die Diskussion um frauenbezogene Sexualpraktiken und unsere Unterdrückung auf Grund unserer weiblichen Sexualität veranlaßte uns, letztere aus verschiedensten Blickwinkeln — feministischer, psychoanalytischer und marxistischer — zu thematisieren; 3.) vom derzeitigen Fortpflanzungs- und Gentechnologieboom und seinen Konsequenzen für Frauen und die Natur spannen wir die Fäden zurück zu den Anfängen der Verquickung von Frauenunterdrückung und Naturzerstörung.

Wir forschten gegen den Strich nach dem Motto: »alles ist frag-würdig«; wir untersuchten nicht »die Frau«, sondern blickten aus feministischer Sicht auf alles, was uns umgab. In unserer Forschung war und ist die Person, die fragt, im Zentrum und nicht der untersuchte Gegenstand. Ziel feministischer Wissenschaft sind die Erkenntnisse, die uns zu neuen Fragen führen, die komplexe Zusammenhänge aufdecken, d.h. der Prozeß und nicht »die eine Antwort«. Wir wollten nicht wieder in der Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen sowie der zu verändernden Machtverhältnisse steckenbleiben, sondern das Vorgefundene in Frage stellen und neue provozierende Thesen aufstellen. Gerade die Frage nach den Strategien, die wieder alle drei Themenbereiche zusammenbringen sollte, bot sich für solche »Provokationen« an.

Wenn es uns um eine aktive Gestaltung und Veränderung der Verhältnisse im Sinne eigener Interessen, Utopien und Bedürfnisse geht, dann ist allerdings zu fragen, warum uns die Formulierung radikaler und provokanter Thesen nicht gelingen ist? Warum mußten wir das Utopiemoment aus unserem Diskurs ausklammern?

Trotz vieler ungelöster Fragen und Aufgaben war es eine schöne und ereignisreiche Woche. Eine Woche lang »Subjekt sein«, löste unheimlich viel Emotions- und Erkenntnisschübe aus. Das wird uns die Kraft, den Mut und auch die Kreativität zum Weiterarbeiten geben, damit wir uns an die gestellten Fragen herantasten und auf dem Hintergrund unserer Utopievorstellungen Strategiepositionen erarbeiten und diese auch umsetzen.

Doris Gödl (Salzburg)

## Gramsci-Pasolini: Volkskultur und Kulturpolitik

Tagung im Renner-Haus in Wien, 8./9. Mai 1987

Das Konzept dieser Tagung, die im Mai 1987 mit der organisatorischen und finanziellen Unterstützung des Renner-Institutes, der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik und des Instituts für Wissenschaft und Kunst stattfand, wurde von den Autorinnen des Bandes »Gramsci, Pasolini. Ein imaginärer Dialog« (Johanna Borek, Sonja Puntischer Riekmann und Birgit Wagner) erarbeitet. Es ging dabei im wesentlichen um zwei Ziele: Erstens sollten die zwei großen Figuren der italienischen Linken, von denen Gramsci für Vernunft, Aufklärung und Fortschritt, Pasolini aber für den Primat der Leidenschaften steht, nebeneinander gestellt werden und ihre so verschiedenen, z.T. kontroversen Beiträge zu einem linken Denken diskutiert werden. Zweitens sollte durch die interdisziplinäre Herkunft der Teilnehmer ein politisches Gespräch jenseits fachlicher Grenzen ermöglicht werden.

Begonnen wurde mit einem politikwissenschaftlich-philosophischen Teil. *Wolfgang Fritz Haug* (West-Berlin) entwickelte in seinem Beitrag zur »Politik des Kulturellen« Gramscis Kulturtheorie und erörterte zugleich die sprachlich-kulturellen Barrieren, die Gramscis Rezeption im deutschen Sprachraum so schwierig gestalten; *Detlev Albers* (Bremen) führte in einem sehr umstrittenen Beitrag die Frage aus, inwieweit der heutigen Linken das »Ringens um die kulturelle Hegemonie« gelinge, eine Frage, die auch in der allgemeinen Podiumsdiskussion heftig diskutiert wurde.

Im zweiten Block kamen Linguisten und Literaturwissenschaftler zu Wort: *Franco Lo Piparo* (Palermo) erörterte die sprachwissenschaftlichen Wurzeln von Gramscis Denken, die die Eigenart seiner »Philosophie der Praxis« besser begreifen lassen; *Gianni Scalia* (Bologna) legte das widersprüchliche, aus Bewunderung und Abwehr zusammengesetzte Verhältnis Pasolinis zu Gramsci dar, und *Fritz Peter Kirsch* (Wien) sprach über den jungen friulanischen Pasolini, den Dichter einer Minderheitensprache, und versuchte, aus dieser politisch-biographischen Ausgangssituation die weitere Entwicklung des Autors und Filmemachers (Verhältnis zum römischen Subproletariat und zur Dritten Welt) abzuleiten. Der letzte Teil war mit *Tullio Seppilli* (Perugia) der Anthropologie gewidmet. Seppilli erläuterte, wie sich die wichtige italienische Anthropologie der Nachkriegszeit (De Martino u.a.) an Gramscis Folklore-Analysen orientierte und welchen Beitrag diese Wissenschaft generell zu einer kritischen italienischen Gesellschaftstheorie leistete. Birgit Wagner (Wien)

## Die »Illegalen« in Europa

Zur Tagung »Wanderarbeiter ohne Papiere auf dem europäischen Arbeitsmarkt«, 2. bis 5. Mai 1987 in Palermo

*Illegale Leiharbeit* — Spätestens seit Günter Wallraffs Buch »Ganz unten« wurden die Geschäfte mit den »Illegalen« ein öffentliches Thema. Es wurden Firmen gegründet, die als Vermittler von »Zeitarbeit« fungieren. Andere leihen sich die Arbeitskräfte, ohne sozial- und arbeitsrechtliche Verantwortung tragen zu müssen. Die juristischen Grundlagen dieser Form der Beschäftigung sind in allen europäischen Ländern infolge der Flexibilisierung der Arbeit erweitert worden. Es ist also zunächst legal, z.B. für drei Wochen Arbeitskräfte zu leihen, für die die soziale und juristische Verantwortung bei einer anderen Firma liegt. Die heute blühende Leiharbeit bietet den Firmen große Vorteile, denn von den Zeitarbeitern kann sich ein Konzern leichter trennen; besondere Sozialleistungen, Kündigungsschutz oder Sozialpläne bei Entlassungen entfallen. Zudem bietet Leiharbeit die Möglichkeit, daß gewerkschaftliche Aktivitäten im Betrieb unterlaufen werden. Mit Leiharbeit werden mit einem Handstreich alle sozialen Rechte und deren institutionalisierte Ab-

sicherung abgeschafft. Die Gewerkschaften plädieren deshalb — bisher erfolglos — für ein Verbot. Aber die Kriminalität beginnt erst richtig bei den Leihfirmen.

Wird der Arbeiter legal verliehen, bekommt die Leihfirma gewöhnlich einen bestimmten Prozentsatz des Lohns für ihre »Leistungen« und führt die Steuern und Sozialabgaben des Beschäftigten selbst ab. Viele Firmen, die sich mit den kriminellsten Methoden auf diesem Gebiet eingerichtet haben, verdienen jedoch das große Geld damit, daß sie diese Leistungen nicht abführen. Sie rechnen z.B. mit dem Konzern je nach Einsatzbereich pro Stunde 40 bis 50 DM ab, entlohnen den Arbeiter mit 8 bis 12 DM netto und können damit pro Stunde und Beschäftigten 30 bis 40 DM verdienen. Auf diese Weise werden »Unsummen« verdient. Die Behörden sind »hilflos« und können nicht mehr als Geldstrafen auferlegen. Dies trifft diese Leute jedoch wenig. Langfristig sind sie kaum zu erfassen, da sie hinter Firmen fungieren, die täglich neu gegründet und wieder aufgelöst werden. Die Opfer sind meist Immigranten ohne Papiere, die deshalb selbst den Behörden aus dem Weg gehen müssen. »Nur manchmal dringt durch Zufall etwas ans Tageslicht: Der Leiter der Duisburger Einsatztruppe wird durch einen Telefonanruf eines Arbeiters über Vorfälle auf einer Aachener Baustelle informiert: Ein Türke war aus großer Höhe vom Gerüst gefallen. Er blutete aus Mund und Ohren und gab kein Lebenszeichen mehr von sich. Blitzschnell kam ein Transporter vorgefahren, vier Männer trugen den Verunglückten in Windeseile ins Auto und brausten los. Die Staatsanwaltschaft ermittelt.« (Frankfurter Rundschau 25.4.1987) Viel Erfolg wird sie dabei nicht haben, denn die Baufirma wird dicht halten, die Verleihfirma erst recht, und die illegalen Kollegen des Türken können sich nicht an die Polizei wenden.

*Die Illegalisierten* — Es gibt keine genauen Zahlen über die »Illegalen« und illegal Beschäftigten in Europa. Es sollen bis zu 5 Millionen sein, davon der größte Teil in südeuropäischen Ländern. Ein großer Teil von ihnen ist zunächst illegal oder als Besucher eingewandert, um irgendwie an Arbeit zu kommen. Sie haben oft von Freunden und Verwandten erfahren, daß da und dort diese Möglichkeit besteht. Es sind diese klassischen »Illegalen«, die 80 % und mehr der Immigranten in den südeuropäischen EG-Staaten ausmachen. Die Zahl der Immigranten, die zwar eine Aufenthalt-, jedoch keine Arbeiterlaubnis haben, ist kaum ermittelbar. Es sind vor allem zwei Gruppen, die insbesondere in den nordeuropäischen EG-Staaten in dieser Situation sind: Familienangehörige von Immigranten bekommen (z.B. in der Bundesrepublik) erst nach fünfjähriger Wartezeit eine Arbeitserlaubnis, und das auch nur, falls die Arbeitsmarktlage es erlaubt. Dieser fünfjährigen Wartezeit gehen je nach Bundesland ein bis drei Jahre Wartezeit nach der Eheschließung voraus, die einen Nachzug erst ermöglicht. Viele halten sich nicht an diese Bestimmungen und versuchen, gleich nach der Legalisierung ihres Aufenthalts irgendwie Geld zu verdienen. Bei Männern ist der Druck zu illegaler Arbeit meist größer, da die Ehefrauen mit ihren niedrigeren Löhnen — die meisten Frauen arbeiten im Reinigungsgewerbe — kaum in der Lage sind, Mann und Kinder mitzuernähren. Flüchtlinge und Asylsuchende sind die zweite Gruppe, die zur illegalen Arbeitsaufnahme gezwungen ist. Sie bekommen in der Zeit ihres Asylverfahrens, das Jahre dauert, keine Arbeitserlaubnis. Die Sozialhilfe für diese Gruppe wurde in den letzten Jahren ständig herabgesetzt und wird in manchen EG-Staaten nur in Form von Naturalien gewährt, um Asylsuchende »abzuschrecken«. Ein Umstand, der geradezu zu illegaler Beschäftigung zwingt. Noch schlimmer steht es für diejenigen, deren Asylantrag abgelehnt wird. Sie müssen entweder vor einer Abschiebung in eine anderes Land flüchten, oder sie werden »geduldet«. In beiden Fällen bleibt nur die Möglichkeit, unterzutau- chen und sich mit Schwarzarbeit durchzuschlagen.

*Beispiel Italien* — Es ist seit Jahren bekannt, daß klassische Emigrationsländer wie Spanien, Portugal, Griechenland und Italien selbst zunehmend Ziel der Einwanderung (vorwiegend aus Nordafrika) geworden sind. Die Ursachen der Einwanderung sind mit denen der nordeuropäischen Immigration nahezu identisch. Die Situation der Immigranten dagegen ist nur bedingt zu vergleichen. In diesen Ländern gab und gibt es z.B. keine administrativ organisierte Anwerbung von Arbeitskräften. Sie erfolgt vielmehr illegal und auf Grund der Nachfrage bestimmter Regionen und Wirtschaftszweige. Seit etwa 1970 werden die Italiener mit »Gastarbeitern« — heute sind es schätzungsweise eine Million Menschen — konfrontiert. Sie sind etwas verunsichert, da sie selbst Erfahrungen mit Emigration und mit der Diskriminierung als »Maccharoni« haben. Ihre Reaktion auf die Immigranten aus Nordafrika ist jedoch häufig genauso wie in nordeuropäischen Staaten.

Die Immigranten arbeiten z.B. auf Fischerbooten (etwa in Mazara del Vallo in der Provinz Trapani-Sizilien) oder an der Ostküste der Insel, in den Gewächshäusern. Die Landwirtschaft insgesamt bietet Beschäftigung während der Erntezeit. Die Arbeit ist hart, gefährlich, schlecht bezahlt und kaum geregelt. Zu erwähnen ist auch der Bausektor, der wie im Norden Europas von Schwarzarbeit lebt, und »colf«, was für »collobratrice familiare« steht. Tausende von Frauen und Mädchen von den Philippinen, Seychellen, Kapverdischen Inseln, aus Sri Lanka etc. arbeiten als Dienstmädchen in reichen römischen Häusern. Sklaverei heute: Arbeit rund um die Uhr, keine Sozialversicherung, willkürliche Bezahlung. Dennoch glauben viele Italiener heute genauso wie in der Bundesrepublik, daß die Immigranten ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen.

Eine Mafia, also organisierte Ausbeutung der »Illegalen« durch »Verleiher« wie in der Bundesrepublik, ist allerdings nicht zu beobachten. Gewerkschaften und Parteien, allen voran die KPI, versuchen seit 1982 eine rechtliche Grundlage für die Immigranten zu schaffen. Mit der steigenden Zahl illegal Beschäftigter wird zum einen die Verhandlungsgrundlage der Gewerkschaften zunehmend untergraben. Andererseits steigt das illegal zirkulierende Kapital stetig, kann aber vom Staat kaum versteuert werden. Dennoch hat es die Regierung erst nach fünfjähriger Beratung geschafft, eine neue Gesetzesgrundlage zu schaffen. Die ersten Maßnahmen zu Legalisierung laufen an. Bis Ende Juni hatten die »Illegalen« die Möglichkeit, ihren Status zu ändern, sofern sie sich seit einem Jahr in Italien aufhielten. So einfach das ist, sie wurde dennoch nicht wahrgenommen. Die zuerst gesetzte Frist (im April) wurde um zwei Monate verlängert, da sich bis dahin lediglich 40000, nicht einmal 5 % der Angesprochenen, bei den Behörden gemeldet hatten.

Dafür gibt es viele Erklärungen. Gewerkschaftskreise vermuten, daß die Kommunalbehörden, denen die Legalisierungsprozeduren obliegen, nicht hinter dem Gesetz stehen und die Betroffenen nicht ermutigen. Auch Mißtrauen gegenüber der Erfassung durch die Behörden ist ein Grund. Zudem erwarten die wenigsten durch die Legalisierung eine Verbesserung ihrer Arbeitssituation. Im Gegenteil: Viele haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Die »Arbeitgeber« möchten keine Steuern und Sozialabgaben zahlen, sind an regulärer Arbeit nicht interessiert und halten die illegal Beschäftigten von einer Legalisierung ab.

Das Verdienst der Tagung war, dieses Problem überhaupt aufzugreifen. Es liegen zwar ein Bericht und Maßnahmenkatalog zu Überwindung des sozialen Elends der »Illegalen« vor, erstellt im Auftrag der Evangelischen Kirchen Europas, die auch die Organisatoren der Tagung waren. Aber bei allen Teilnehmern war eine gewisse Ohnmacht und Skepsis gegenüber einer »realistischen Lösung des Problems« zu beobachten. Es war unweigerlich die Rede von »Weltwirtschaftsordnung«, politischen

Krisen und den kapitalistischen »Metropolen«, die letztlich die Ursachen dieses Elends seien. Ein katholischer Priester begeisterte die Teilnehmer, als er fragte, »woher sich die reichen Länder das Recht nehmen, einen Teil der Welt für sich zu pachten, in dem sie Wohlstand und Reichtum anhäufen«. Welche Moral und welcher Glaube das seien, die dies legitimierten. Er könne die Menschen verstehen, die sich an diese »Ordnung« nicht mehr halten. Die Vertreter der EG-Organen dagegen warnten vor »Unordnung«. Man müsse realistisch bleiben. Wenn die Vorstellungen der Kirchen realisiert werden, kann das Problem zwar nicht beseitigt, aber das Elend etwas vermindert werden.

Ali Yurtgöl (Brüssel)

#### 4. nationaler Gesundheitstag

vom 27. bis 31. März 1987 in Kassel

4000 Menschen nahmen am Gesundheitstag teil — 6000 weniger als in Berlin 1980. Planung, Organisation und Vorbereitungsgruppe unterschieden sich diesmal auch wesentlich von den vorangegangenen Gesundheitstagen in Berlin (1980), Hamburg (1981) und Bremen (1984). Letzteren organisierten Aktivisten aus der Gesundheitsbewegung nahezu ohne staatliche Unterstützung. Die Kasseler Organisatoren, eine universitäre Gruppe, gründeten für den Gesundheitstag einen Gesundheitsladen, besorgten mehr als eine halbe Million Mark über das rot-grüne Bündnis in Hessen und konnten über ABM-Stellen und Zivildienststellen professionell und finanziell abgesicherter vorgehen. Dies sollte durchaus als Erfolg für die Kasseler gewertet werden.

Dennoch sind Professionalisierung und ausreichende Finanzierung noch kein Garant für die erfolgreiche Durchführung eines derart großen Projektes. Zeitliche Verschiebungen von Veranstaltungen, räumliche Zersplitterung an verschiedenen Stellen der Stadt machten für viele den Gesundheitstag zu einem Suchspiel mit vielen Frustrationen. »Die Chance, zur richtigen Zeit am richtigen Ort die gewünschte Veranstaltung zu erleben, betrug nicht mehr als 50 Prozent«, meinte ein Teilnehmer.

Die Spannungen zwischen den Kasseler Vorbereitungen und der Gesundheitsbewegung konnte von beiden Seiten während der Vorbereitung nicht ausgeräumt werden. Schließlich explodierte der Streit an der Frage der Sterbehilfe für Aids-Kranke. Hackethal, Teilnehmer des ersten Gesundheitstages in Berlin und populärer Opponent sowie Außenseiter in der Ärzteschaft, sollte nach dem Willen der Kasseler Vorbereitungsgruppe auch diesmal prominentestes Zugpferd in Kassel werden. Einige Wissenschaftler, die sich seit vielen Jahren mit Fragen der Euthanasie im Faschismus beschäftigten, wollten sich jedoch nicht mit Hackethal an einen Tisch setzen: weil er in einem Bildzeitungs-Interview öffentlich die Sterbehilfe für Aids-Kranke gefordert hatte. Sie riefen zwei Tage vor Beginn des Gesundheitstages in der *Tageszeitung* zum Boykott des Gesundheitstages auf. Die Vertrauensbasis zwischen Behindertengruppen, Krüppelinitiativen auf der einen und Gesundheitsbewegung auf der anderen Seite zerbrach an diesem Streit für einige Tage. Sterbehilfe wurde somit ungewollt zum zentralen Thema des Gesundheitstages, aber leider in negativen und zum Teil selbstzerstörerischen Formen.

In einigen Bereichen, wie z.B. Arbeit und Gesundheit, Krankheit und Gesundheit in der Dritten Welt, Privatisierung des Gesundheitswesens, gab es hingegen viele gute Veranstaltungen. Schön war auch das Wiedersehen vieler Freunde und Bekannte. Die Möglichkeit, mehrere Tage Seminare besuchen zu können, das gemeinsame Essen am Abend. Einige nannten den Gesundheitstag deshalb auch ein »Familientreffen«.

Ob sich noch einmal eine Gruppe bereiterklären wird, das Risiko und die Arbeit der Organisation einzugehen, ist derzeit offen. Nur auf Basis von unentgeltlicher Ar-

beit und Spenden sollte so ein Projekt nicht mehr gemacht werden. Die Gründung einer Stiftung könnte vielleicht weiterhelfen. Die Grünen als Basis-Partei sollten hierbei helfen. 1989 wird, wie schon 1980, ein offizieller Ärztetag in Berlin stattfinden. Ellis Huber, Präsident der Berliner Ärztekammer und Mitorganisator des ersten Gesundheitstages sowie die linksalternative Fraktion Gesundheit in der Berliner Ärztekammer müssen sich für 1989 Gedanken über ein lebendiges Mit- und Gegen-einander von Ärztetag und Gesundheitsbewegung machen.

Eberhard Göbel (West-Berlin)

## Kongressankündigung

### Die Französische Revolution: Philosophie und Wissenschaften

Paris, 3. bis 5. Mai 1988

Veranstalter: Internationale Gesellschaft für Dialektische Philosophie, Societas Hegeliana. Vorträge von F.Benseler, O.Bloch, M.Buhr, J.D'Hondt, H.H.Holz, Jiu-xing Wang, G.Labica, A.Massone, Th.Metscher, I.S.Narski, T.I.Oiserman, L.Sève, M.Siemek, J.Zeleny u.v.a. — Information und Anmeldung: Prof. Dr. Hans Jörg Sandkühler, Universität Bremen, Zentrum Philosophische Grundlagen der Wissenschaften, Postfach 330 440, 2800 Bremen 33.

## Aufruf

### Freiheitssender Mandela (Radio Freedom)

In Südafrika ist Krieg! Das Regime der weißen Rassisten hat der Mehrheit der Bevölkerung, den 25 Millionen Afrikanern, diesen Krieg erklärt. Seit über einem Jahr herrscht Kriegsrecht; Armee, Polizei und Geheimdienst haben freie Bahn. Die Opposition gegen Apartheid wird in den Untergrund gezwungen. Massenverhaftungen, Folter und Mord durch die sogenannten »Sicherheitsorgane« sind an der Tagesordnung. Die Rassisten schrecken nicht einmal davor zurück, Kinder in die Gefängnisse zu sperren. Gegen die Befreiungsbewegung des Landes, den ANC, wurde ein regelrechter Vernichtungsfeldzug begonnen. Der Rechtsruck bei den »Wahlen« Anfang Mai — es war natürlich nur eine Minderheit wahlberechtigt — hat den Aggressionskurs des Botha-Regimes bestärkt. Unmittelbar nach der »Wahl« hat Botha angekündigt, seine harte Linie noch weiter zu verschärfen. Dabei hat er sich u.a. ausdrücklich gegen die internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf gewandt: »Das Land soll wissen, daß ich entschlossen dafür sorgen werde, daß die Regierung scharf gegen außerparlamentarische Aktionen vorgeht, ebenso wie gegen die Finanzierung von Organisationen durch Kräfte von außerhalb.«

Nehmen wir die Herausforderung an! Da die Rassisten die Medien in Südafrika beherrschen und zudem die Zensur jede unbequeme Information und jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, kommt der Versorgung der Bevölkerung mit unverfälschten Informationen größte Bedeutung zu. Zwar strahlt der ANC mit Hilfe afrikanischer Staaten schon seit längerem Sendungen nach Südafrika aus, aber heute reichen die Kapazitäten nicht mehr. Ein neuer Sender — Radio Mandela — wird deshalb eine wichtige Rolle spielen. Radio Mandela gibt den Unterdrückten eine Stimme. Über 300000 DM wurden bisher für das Projekt von verschiedenen Organisationen gesammelt. Es müssen aber noch viel mehr werden! Damit die Lüge keine Chance hat! Damit die Wahrheit unüberhörbar wird!

(Sonderkonto Prof. Erich Wulff, Postgiroamt Frankfurt/M., 527055 — 602 Kennwort: Radio Mandela)



## Besprechungen

### Philosophie

**Foucault, Michel: Der Gebrauch der Lüste.** Sexualität und Wahrheit 2. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (327 S., Ln., 38,- DM)

**Foucault, Michel: Die Sorge um sich.** Sexualität und Wahrheit 3. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1986 (316 S., Ln., 38,- DM)

Foucault hat mit diesen beiden Bänden eine »Analyse des Begehrensmenschen am Schnittpunkt einer Archäologie der Problematisierungen und einer Genealogie der Selbstpraktiken« begonnen (Gebrauch der Lüste, 21). »Analyse des Begehrensmenschen« heißt Kritik am Begehren, wie es im heutigen »Sexualitäts«-Dispositiv erlebt wird (11), auch implizit an seiner psychoanalytischen Artikulation. Die Kritik geht »archäologisch« vor: man wird durch die Lektüre der Bände darauf aufmerksam, daß sich in der »Sexualität« Formationen der gesellschaftlichen Regulierung der »Lüste« überlagern, die auf historisch ganz verschiedene Problemlagen geantwortet haben, aber nicht etwa mit dem Fortgang der Geschichte verschwunden sind, sondern sich vielmehr Schicht um Schicht zu eben dem Trümmergebirge aufgetürmt haben, in dem wir heute naiv und gestreift herumklettern.

Im »Gebrauch der Lüste« geht es um die griechische Antike zur Zeit Platons, dessen »Symposion« am Ende dieses Bands interpretiert wird. Foucault versucht hier, die platonische Wahrheitskonzeption aus dem Kontext der zeitgenössischen Geschlechterverhältnisse zu begreifen. Methodisch folgt er dem in der »Archäologie des Wissens« begründeten Leitfadens: nach dem diskursiven Gegenstand fragen, dann nach den Subjektpositionen im Diskurs, nach der diskursiven Artikulation und schließlich nach den strategischen Einsätzen, die den Diskurs schließen. Das heißt beim Thema »Lüste«: »ethische Substanz, Unterwerfungstypen, Formen der Selbstausarbeitung und der moralischen Teleologie« (44f.) oder mit anderen Worten: Ontologie, Deontologie, Asketik und Teleologie der Lüste (51). Die Ontologie der Lüste wird in der Medizin konstituiert. Hier erscheinen die Lüste als Plural einzelner Begehren (statt als Einheitsgefühl »der« Lust), die noch nicht bewertet, vorgeschrieben oder verboten werden, sondern nur unter dem Aspekt der »maßvollen« Ausübung interessieren. Als maßvoll gilt ein Verhalten, das sich an den Unterschied der aktiven und der passiven Geschlechtsrolle hält (112), wobei die letztere von den Frauen, den Knaben und den Sklaven zu spielen ist (63f.). Es gibt entsprechend auch keinen »Unterwerfungstyp«, der von außen erlaubt und verbietet, sondern nur Regeln der Selbstdisziplinierung, die je nach Situation und gesellschaftlichem Stand des Betroffenen variieren; man könnte sie nicht in einem kategorischen Imperativ zusammenfassen (72, 83). Eine solche Moral bezeichnet Foucault als »Ethik« (42). Allerdings geht es insofern immer um dasselbe, als die Lüste ein Feld der Einübung in die gesellschaftlichen Befehlsrollen sind: wenn jemand z.B. Befehlshaber werden soll, muß er auch »Herr seiner Liebesbegierden« sein können (81). Die »Formen der Selbstausarbeitung« sind die Techniken, durch die man das lernt. Es sind Techniken eines *Krieges* des Mannes gegen sich selbst (89) und gegen seine Frau — letzteres im Geschlechtsakt, der als »ein Zweikampf gewissermaßen« aufgefaßt wird, in dem der Mann »den Anstoß gibt und den Endsieg erringt« (165). Die »Teleologie der Lüste« wird dann als Weisheitslehre in der Philosophie ausgearbeitet.

In diesem Zusammenhang stellt Foucault die zentrale These des Bandes auf, nämlich daß Platons Wahrheitsbegriff als Antwort auf die diskursiven Schwierigkeiten

entstanden sei, die die Knabenliebe aufgeworfen habe. Es kommt zu einem Rollenkonflikt: da die Knaben freie Bürger sind wie ihre Liebhaber und später in deren gesellschaftliche Position aufrücken werden, müßten sie schon als Knaben eher befehlend als gehorchend agieren, und doch sind sie im Liebesverhältnis der passive Teil. Das ist, was Foucault in der *Ordnung der Dinge* einen Punkt der Häresie genannt hätte — eine Diskursspaltung. »Es gibt da insgesamt so etwas wie einen blinden Fleck und einen überbewerteten Punkt.« (267) Hier wird nun eine »archäologische« Verhaltensdimension im »Gebrauch der Lüste« sichtbar, die noch heute ihren Stellenwert in homo- und heterosexuellen Geschlechterverhältnissen hat: man behauptet, daß der Knabe sich zwar hingebende, aber in seiner Passivität keine Lust empfinde (283) (seine Passivität beweist also nicht seinen Gehorsam), und man läßt diese Hingabe aus einem geistigen, nicht körperlichen Motiv entspringen: er »gewährt seine Gunst' auf Grund einer Regung, die einem Begehren und dem Verlangen des anderen zustimmt, die aber selber nicht von der gleichen Art ist. Es ist eine Antwort; es ist nicht die Gemeinsamkeit einer Empfindung« (284). Diese Vergeistigung wird dann von Platon noch zugespitzt und gewissermaßen zum Angelhaken seiner Philosophie gemacht. Nicht nur, weil die »platonische Liebe« den körperlichen Lüsten ganz enträt, an deren Stelle das Begehren nach Schönheit als Idee tritt, sondern mehr noch, weil in dieser Problemverschiebung die Liebesrollen umgekehrt werden: wie die Geschichte von Sokrates und Alkibiades im »Symposion« demonstriert, ist der schöne Knabe auf einmal der Rolle des Umworbenen ledig, weil sein älterer Meister ihm anrät, seinerseits die (philosophische) Schönheit zu begehren, und dies hat zur Folge, daß der *Meister selbst* »für die jungen wahrheitsbegierigen Leute Liebesobjekt« wird (304). Der Meister wird gerade in dem Maße geliebt, wie er der Versuchung der Knabenreize widersteht (305). Mit einem solchen Spiel führt Sokrates »einen anderen Typ von Herrschaft ein« (306). Und die Idee der Schönheit fungiert hier ja nur als Einfallstor, durch das, einmal aufgestoßen, eine ganze Metaphysik des Seins und des Einen, für die das »Knaben-Problem« nur ein allererstes Beispiel ist, über die Jünglinge hereinbrechen wird. So wie Platon die Debatte über die Ehre des Knaben mit seiner Frage, was die Liebe »in ihrem Wesen selbst« sei (294), vom Tisch wischt, so wird er auch mit anderen Problemen umspringen. Und nicht nur er.

Foucault sagt nicht, daß es seine Absicht sei, Platons Philosophie zu interpretieren. Aber in seinem programmatischen Vortrag *Die Ordnung des Diskurses* war diese Interpretation als Schlüsselfrage seiner gesamten Arbeit erschienen. Platonisches »Ausschließungssystem«: »Zwischen Hesoid und Platon hat sich eine Teilung durchgesetzt, welche den wahren Diskurs und den falschen Diskurs trennte. (...) Diese historische Grenzziehung hat unserem Willen zum Wissen zweifellos seine allgemeine Form gegeben.« (Frankfurt, West-Berlin, Wien 1977, 11f.) Nur im »Gebrauch der Lüste« hat Foucault sie untersucht. Dabei zeigt sich jedenfalls, daß der Zugang über eine Geschichte der Sexualität notwendig, aber nicht hinreichend ist zum Begreifen der platonischen Wahrheits-Konzeption. Man sieht zwar deutlich, wie es Platon gelingt, eine Verwirrung im Diskurs der Lüste auszunutzen, um seine Wahrheit des »Seins« in die Subjekte zu pflanzen und sie zu deren Stützpunkten zu machen, aber wenn Foucault geglaubt haben sollte, daß das »Knaben-Problem« die *wichtigste Ursache* der platonischen Konzeption sei, so wird das aus seiner Darstellung nicht plausibel. Hebt er doch selbst hervor, daß Platon »gegenüber dem Frage-spiel, das in den Debatten über die Liebe üblich war, ... eine Reihe wesentlicher Umformungen und Verschiebungen durch(führt)« (297), ja die Frage »ganz und gar anders« stellt (294) — warum, erfährt man nicht. Wahrscheinlich müßte man dazu auch die zeitgenössischen Umwälzungen in Ökonomie und Politik studieren.

Das tut Foucault selbst im anderen Band, der »Sorge um sich«, der sich im wesentlichen mit den Veränderungen des Eheverständnisses nach der Errichtung des Prinzipats befaßt. Zur Zeit des Augustus wird die Ehe zunehmend zu einer öffentlich sanktionierten Institution (99f.). Damit geht einher, daß die Praxis der Ehe sich in der Bevölkerung ausbreitet (100). Man kann das sicher nicht aus den Gesetzen zum Schutz der Ehe erklären, die Augustus erlassen hat (56), wohl aber aus dem veränderten politischen Spiel zu seiner Zeit. Im zentralisierten Römischen Reich handelt es sich für die freien Männer nicht mehr einfach darum, aus Umständen und Standesbewußtsein Schlüsse für ein richtiges Selbstverhalten zu ziehen: die Umstände sind unsicher geworden (Konkurrenz) und man befindet sich in der prekären Situation eines Mittelsmannes zwischen höheren und niedrigeren Befehlsebenen (114). Status und Vermögen, die man erlangen wird, hängen nicht mehr nur vom Stand, sondern auch von der persönlichen Tat ab (119). Das heißt eben auch, daß sie nicht mehr in erster Linie vom Rang und Reichtum des eigenen Hauses abhängen. Wichtiger ist der Platz im Befehlsgefüge, die Nähe zum Fürsten. Das ist es, was die Ehe verändert: »Weniger mit diversen Strategien überfrachtet, wird die Ehe 'freier«, auch in der Gattenwahl (101). Das *Gesetz des Herzens* beginnt in ihr eine Hauptrolle zu spielen (105). Während die Rolle der griechischen Gattin zur Zeit Platons bestenfalls die des wichtigsten Unteroffiziers im Hauswesen ist (Gebrauch der Lüste, 197), aber auch ein wenig an die des geliebten Schäferhunds erinnert (bei Isomachos z.B. wird die Gattin vom Gatten nach der Eheschließung erst einmal »soweit gezähmt, daß sie sich unterhalten konnten«, vgl. 199), wird in den römischen Texten die Ungleichheit zwischen den Gatten stark reduziert, ohne allerdings zu verschwinden (Sorge um sich, 102). Die Aufwertung der Ehe führt zur Abwertung, aber noch nicht zur Diffamierung der Knabenliebe (243ff.). Sie ist zugleich das zentrale Übungsfeld der neuen stoischen Selbsttechniken, in denen sich die Subjekte zur Umkehr auf ihre eigentliche Natur und auf ihre »Vernunft« besinnen (64), weil es eben gerade die Ehe ist, die beides verbindet: »paarige« Natur des Menschen, durch die er sich vom Herdentrieb der Tiere unterscheidet (200), und Vernunft der Eheschließung, die darin besteht, daß man sich dem Naturgesetz aus freien Stücken untergeordnet hat (65, 239). Auch dieser Band legt eine »archäologische« Schicht unserer heutigen Geschlechterverhältnisse frei. Daß die guten Gatten sich so wenig wie möglich voneinander entfernen wollen; daß einer dem andern immerzu berichtet, was er getan hat, daß frau sich über Erfolge mitfreut, Ratschläge gibt, ermutigt (211ff.); daß nun auch der Ehebruch des Mannes verurteilt, aber gleichzeitig der Gattin angeraten wird, ihn als eine »Schwäche« zu verzeihen (228); daß das Körperverhältnis zur Zärtlichkeit verdampft, weil es die »Scham« ist, die in ihrer teilweisen Vergeistigung »für ausschließliche Zuneigung steht« (234); und daß »Liebe, Jungfräulichkeit und Ehe ... ein Ganzes« bilden (296): dies alles und noch mehr mag natürlich und vernünftig sein, aber es ist jedenfalls auch funktional für das Leben von haltsuchenden Männern in flexiblen Befehlshierarchien, und deshalb ist es gerade im augustianischen Zeitalter entstanden. Bei Musonius sind die Gatten »vergleichbar ... zwei Tieren eines Gespanns« (199). Hinter ihnen sitzt einer, der lenkt.

Man darf solche Verhaltensweisen nicht mit denen verwechseln, die das Christentum fordern wird. Während die »Sorge um sich« in der hier untersuchten Zeit Sorge um *Selbstbehauptung* bleibt, eine Männersorge, die sich auf weibliche Kameradschaft zu stützen sucht, wird das Christentum eine ganz andere Forderung aufstellen: *Selbstentsagung* (307). Bei der Arbeit an dem Band, der das herausarbeiten sollte (»Die Geständnisse des Fleisches«), ist Foucault gestorben.

Michael Jäger (West-Berlin)

**Lipowatz, Thanos: Die Verleugnung des Politischen.** Die Ethik des Symbolischen bei Jacques Lacan. Quadriga Verlag, Weinheim, West-Berlin 1986 (256 S., br., 38,- DM)

Die Diskussion um eine politische Ethik ist in der gegenwärtigen Politologie nur eine Randerscheinung, in den Feuilletons dagegen spricht man von Staatsverdrossenheit, Verfall des demokratischen Konsenses und macht Volkszählungsgegner mit moralischen Argumenten zu Verfassungsfeinden. In der Realpolitik allerdings ist der vorgebliche demokratische Konsens oft genug ersetzt durch strategisch gemeinte Glaubensbekenntnisse, die nurmehr zur Befestigung des eigenen Machtanspruches dienen. Der Wunsch nach Anerkennung des eigenen Ich scheint auch in der Linken gelegentlich stärker als das Bestreben, Sachprobleme zu lösen. An dieser Problematik knüpft Lipowatz an. Er will mit dem Instrumentarium von Linguistik und Psychoanalyse eine Ethik des Politischen entwickeln. Diese Absicht mag inzwischen geradezu konservativ erscheinen, setzt sie doch dem Anspruch auf die Befriedigung von Bedürfnissen und Interessen die Einsicht in die prinzipielle Existenz des Mangels entgegen. In Lacans Perspektive erscheinen politische oder ökonomische Auseinandersetzungen als Verschiebungen dieser unaufhebbaren Bedürftigkeit des Individuums. Sie zu akzeptieren, bedeutet allerdings nicht, in Resignation zu verfallen; es bedeutet allerdings, der Sphäre des Sozialen, in der die Interessengegensätze unvermittelt gegeneinandertreffen und die sich als Kampffeld beschreiben läßt, einen Bereich des Politischen überzuordnen, der der symbolischen Repräsentanz des Mangels dient und von den politischen Subjekten »Sublimierungsvermögen« (192) fordert.

Ein Grundbegriff der politischen Theorie, wie der des Gesetzes, wird hier mit Lacan reinterpretiert als Instanz des Symbolischen, die zum einen die Beziehungen der Menschen untereinander regelt, zum anderen aber — und hier situiert Lipowatz die politische Dimension Lacans — von vornherein die Differenz in sich trägt. Es ist die der Sprache selbst immanente Differenz von Zeichen und Bezeichnetem, die Lacan auf Grund der sprachlichen Struktur des Unbewußten verallgemeinert zur Grundbedingung menschlichen Handelns überhaupt. Selbst wenn man diese Prämisse in ihrer Radikalität nicht teilt, bildet die Möglichkeit, Differenzen zuzulassen, einen Prüfstein für die Bewertung politischer Institutionen, die die Beschränkung auf Partialinteressen und eine nach Konjunktur wechselnde »Ethik der Gesinnung« überwinden sollen. Die »Verleugnung des Symbolischen«, die dem Buch den Titel gab, ist der entscheidende Mangel totalitärer Formen von Politik, die sich immer dann in der Geschichte entwickeln, wenn Globalrezepte das allgemeine Heil versprechen und sowohl die konkreten Differenzen zwischen Klassen, Individuen und Schichten als auch die prinzipielle Unvollkommenheit des Subjekts überhaupt außer acht lassen. Lipowatz nimmt hier insbesondere die Defizite der sozialistischen Bewegung in den Blick, wenn sie etwa das Proletariat idealisiert und so in der politischen Praxis zum Manipulationsobjekt macht — ein Mechanismus, der sich von der französischen Revolution bis in die jüngste Gegenwart hinein nachvollziehen läßt.

In der politischen Theorie untersucht der Autor die Verleugnung des Symbolischen insbesondere an Carl Schmitt, dessen Anziehungskraft für Rechte wie Linke bis heute ungebrochen ist. Gerade seine Fetischisierung einer politischen Repräsentationsfunktion führt zur Forderung nach einem Herrn »jenseits von Gut und Böse« (153), zur Rechtssimulation durch dezisionistische Setzung. Den Schritt von solch dualistischem Denken zur menschenverachtenden Perversion vermag Lipowatz bei zahlreichen Denkern wie Realpolitikern nachzuweisen, so daß die »Stunde von Lacan« (210) durchaus gekommen zu sein scheint.

Das Plädoyer für die Differenz als Motor der politischen Bewegung hätte an Überzeugungskraft gewinnen können, wenn Lipowatz Theoretiker wie Adler und Gramsci, aber auch neuere ideologietheoretische Schriften in seine Überlegungen einbezogen hätte. Einige unvermittelte Übergänge von der Psyche zur Politik wären durch den Einbezug von vermittelnden und transformierenden Instanzen sicherlich plausibler geworden. Zudem bleiben Realisierung und Institutionalisierung von Instanzen, die das Symbolische allgemeinverbindlich repräsentieren, nur schwer vorstellbar, und auch das Verhältnis von Politischem und dem nach wie vor von Partikularinteressen beherrschten Sozialen ist unklar. Dennoch hat Lipowatz gegenüber der inzwischen oft »auf reine Schöngestei und Tiefsinnigkeit« (7) reduzierten Lacan-Rezeption eine klare und ausbaufähige Position besetzt.

Claudia Albert (West-Berlin)

**Bucher, Rainer: Nietzsches Mensch und Nietzsches Gott. Das Spätwerk als philosophisch-theologisches Programm.** Verlag Peter D. Lang, Frankfurt/M., Bern, New York 1986 (407 S., br., 75,- Sfr)

Buchers Dissertation, die Reihe »Würzburger Studien zur Fundamentaltheologie« eröffnend, offenbart nicht nur das Sein Gottes in einer neuen Form, sondern zugleich den Anspruch der Kirche, sich das Primat der Alles-Umfassung nicht aus der Hand nehmen zu lassen. »Herr auch des Atheismus ist Gott jedenfalls allemal« (300), beschließt der Autor seine Abhandlung. Bis dahin hat er aus dem Nachlaß des »Antichristen« Nietzsches einen Gottesbegriff destilliert. Ausgangspunkt und Interpretationsraster ist der Begriff der Authentizität. Bucher interpretiert die Kritik Nietzsches am Christentum als eine Feststellung des Verlustes von personaler Authentizität. Da dieser Zustand in der *décadence* auszumachen ist, werden Mensch und Gott in ihr ausführlich analysiert.

Grundprinzip der *décadence* ist die »Dichotomisierung« des Menschen und der Welt. Der Mensch ist »gut« und »böse«, »Bewußtsein« und »Leib«; die Welt wird unterschieden in eine »wahre« und eine »scheinbare«. Die *décadence* liegt darin, daß, nach Nietzsche, gerade den falschen Werten das höhere Gewicht zugestanden wurde. Das »Schwache« wurde vom »Menschen des Ressentiment« zum »Guten« erklärt, während das »Starke« das »Böse« wurde. Der »Leib« mit seiner Instinkt-Klugheit wurde zugunsten des »Bewußtseins« denunziert. Der höhere Wert wurde in die »wahren« Welten der Philosophen oder ins »Jenseits« Gottes gelegt. Damit wurde die »scheinbare« Welt in der der Mensch lebt, ja das Leben selbst diskreditiert. »Die christliche Religion ist für Nietzsche das Phänomen eines zweifachen Selbstwiderspruches: es konstituiert zum einen einen quasi kosmologischen, verobjektivierten Widerspruch zwischen der 'wahren Welt' Gottes, dem 'Jenseits', und der defizitären Welt des Menschen; die Einheit des Wirklichen wird damit aufgehoben.« (153) Zum anderen wird der Mensch in einen »guten« und einen »sündigen« Teil getrennt.

Gott selbst nun, nach Nietzsche eine »Erdichtung« des Menschen, ist »auf einen Gott des 'bloß Guten« (179) reduziert worden. Aus ihm sind »die Voraussetzungen des aufsteigenden Lebens, ... alles Starke, Tapfere, Herrische, Stolze« eliminiert, wie Nietzsche im »Antichrist« feststellt. Nur die »Wünschbarkeiten«, die »Ideale« sind in Gott, in ein »Jenseits« verlegt worden. »Der 'gute Gott' der *décadence* ist für Nietzsche in seiner Authentizität als Gott ebenso zerstört wie der Christ in der als Mensch.« (179) Im Christentum »werden sie nicht das, was sie sind« (186). Nicht die Christen, so Nietzsches Konsequenz, sondern die Heiden sind die, die das Leben bejahen.

Mit dieser niederschmetternden Feststellung beschließt der Theologe Bucher seine

Bestandsaufnahme. Was folgt, ist eine Er-Lösung durch einen philosophischen Gottesbegriff im Horizont des Willens zur Macht.

Die Welt konstituiert sich aus Quanten von Willen zur Macht. Diese Machtquanten existieren aber nur durch ihre Relationen zueinander und sind kein »Ding an sich«. Ihr Sein ist die Wirkung, sich vermehrenwollende Wirkung auf andere. Die Welt ist Wille zur Macht. Da die »Dinge« sich nur durch ihre Relationen konstituieren, »construiert jedes Kraftzentrum von sich aus die ganze übrige Welt«, erklärt Nietzsche im Nachlaß. Der daraus sich ergebende Perspektivismus erübrigt die Frage nach »Schein« und »Wahrheit«, weil keine Welt, auch keine »wahre« übrig bliebe, wenn das Perspektivische abgerechnet wird.

Wie alles Seiende, ist auch Gott Relation. Nur ist »Gott ... Relation zu allem was ist. Dies aber heißt auch: nichts besitzt Existenz ohne Gott.« (266) Gott selbst konstituiert sich als Summe dieser Relationen. Da der Personenbegriff »die innere dynamische Machtorganisation des einzelnen meint, ... kann Nietzsches Personenbegriff auf diesen Gottesbegriff bezogen werden« (271). Gott ist Universum und Person. Er steht nicht im Widerspruch zum Menschen, da er sich nicht anders konstituiert als der Mensch. Durch die Perspektiven auf alles aber, ist er vollkommen. »Gott konstituiert alles, was an Endlichem ist: nicht von außen, sondern als es selbst.« (266) Er besitzt somit selbst Authentizität und garantiert die des Menschen.

Buchers Konzeption der Welt als Wille zur Macht macht es nicht notwendig, Gott als Spinne auf das Netz der Relationen zu setzen. Auch wenn das »Unbedingte« aus Buchers Gottesbegriff eliminiert wurde, verbirgt sich hinter diesem Gott, mit seinen Relationen zu allem nichts anderes als das »All«. Es ist ebenso »hinzugedacht« wie die »fingierte Einheit des Ego« (213). In einem Aphorismus des Nachlasses gibt Nietzsche zu bedenken: »Es scheint mir wichtig, daß man das All, die Einheit los wird, ... man würde nicht umhin können, es als höchste Instanz zu nehmen und 'Gott' zu taufen.« Genau das tut Bucher. Die Theologie, die zudem auf die »All«macht Gottes nicht schließt, sondern von ihr ausgeht, kann ihren Schatten nicht überspringen.

Hans-Jürgen Georgi (West-Berlin)

**Altwegg, Jürg: Die Republik des Geistes.** Frankreichs Intellektuelle zwischen Revolution und Reaktion. Piper Verlag, Stuttgart 1986 (397 S., Ln., 44,- DM)

»Der Mai 68, den man eine 'symbolische Revolution', auch eine révolution introuvable genannt hat, der jedoch die tiefsten Umwälzungen der französischen Nachkriegsgesellschaft zur Folge hat, kann aus unterschiedlichen Richtungen mit guten Argumenten als Aufstand des Unbewußten gegen die Vergangenheitsverdrängung und ihren Überbau gedeutet werden — zahlreiche Symptome lassen auf einen kollektiven Ausbruch irrationaler Kräfte schließen.« (340) Dieses Thema umkreist Altwegg in immer neuen Ansätzen.

Die Zerschlagung des Faschismus führte nicht zu einer Aufklärung über die Gründe des Zusammenbruches von 1940, sondern zu der Etablierung eines Mythos: des Résistance-Mythos. »Der Eifer, mit dem Faschisten und Kollaborateuren der Prozeß gemacht wurde, lieferte der kollektiven Verdrängung das kulturelle und politische Alibi und ermöglichte es dem Land, über die wahren — und tiefen — Ursachen wie Hintergründe der Niederlage von 1940 und über die Realität der Jahre danach hinwegzusehen. Der Mythos von der Maginot-Linie, die — man weiß nicht, wie — zusammengebrochen war, wird ersetzt durch den Résistance-Mythos.« (60) Zum ideologischen Kristallisationszentrum wurde die existenzialistische Philosophie von Sartre, Camus, Merleau-Ponty u.a.

Die Algerien-Krise enthüllte schlaglichtartig, daß die Linke trotz ihrer kulturellen

Hegemonie politisch einflußlos war. Dies führte nicht nur zu einer Wiederannäherung der Intellektuellen an die Kommunistische Partei, sondern auch zu einem neuen theoretischen Ansatz: den Spielarten des Strukturalismus. Daß aber auch das strukturalistische Programm mit seinen überzogenen Aussagen — etwa, daß nicht nur die »fünfte Republik« noch faschistisch sei, sondern Sprache überhaupt (Barthes) —, zum Scheitern verurteilt war, zeigte spätestens die Mai-Bewegung. Und statt daß die genauen Ursachen für das Fehlschlagen analysiert wurden, kippte das Lager der Intellektuellen um: Schuld am gescheiterten Mai seien die Macht-Phantasien der Meisterdenker — so jedenfalls die »Neuen Philosophen«, die schon 1970 verkündeten: »Marx est mort« (Jean-Marie Benoist). Damit war der antifaschistische Konsens der französischen Nachkriegsgesellschaft zerbrochen. Und nicht nur das: »Die Neue Philosophie hinterließ eine heillose Verwirrung — doch vor allem hatte sie, wie sich umgehend zeigen sollte, die Rechte, mit der sie geistig überhaupt nicht und politisch nicht ohne große Einschränkungen identifiziert werden darf, von ihrem Komplex der Kulturlosigkeit befreit — und damit aus einer gewissen Zurückhaltung. (...) Es waren die Neuen Philosophen, die für die rechtsintellektuelle Renaissance die Bresche schlugen — und es war die Neue Rechte, die die Schleusen für die Rückkehr der verdrängten Schimären, wie den Rassismus, in die Kultur, schließlich in die Politik öffnete.« (118, 124f.) Schade, daß Altwegg zu dieser m.E. zutreffenden Behauptung keine genauere Analyse vorgelegt hat.

Das Umschwenken der Intellektuellen vollzog sich, als ein Wahlsieg der Linken unmittelbar bevorzustehen schien. Und als dann Mitterrand tatsächlich die Wahlen gewann, befanden sich die meisten Intellektuellen schon im Lager von Chirac und Giscard d'Estaing.

Ich habe hier nur die Hauptlinien der Argumentation Altweggs darzustellen versucht; man findet in dem Buch außerdem Essays zu Régis Debray, Sartre, Aron, Foucault, Barthes u.a. Wer sich über das kulturelle Leben in Frankreich informieren möchte, sollte es lesen.

Michael Weingarten (Bodenheim)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Ueding, Gert, und Bernd Steinbrink: Grundriß der Rhetorik.** Metzler Verlag, Stuttgart 1986 (372 S., Ln., 46,- DM)

Wer herausfinden möchte, mit welchen rhetorischen Tricks man ein Waschmittel oder einen Politiker dem staunenden Publikum als strahlend sauber präsentieren kann, wird in diesem Buch nicht viel finden. Ganz im Gegenteil — die Autoren der völlig überarbeiteten Fassung der 1976 erschienenen »Einführung in die Rhetorik« betonen es fast bis zum Überdruß: »Rhetorik erscheint ohne ethische Grundlagen als Wissen um wirkungsvolle Techniken der Manipulation«. (185) Die Rhetorik ist von den modernen Verführern abzusetzen als die Welt bewegt habendes und sie trotz des Niedergangs des umfassenden Faches Rhetorik weiter bewegendes Erkenntnis- und Bildungsmittel: »Galt für Cicero und Quintilian, für die mittelalterlichen Rhetoriklehren bis hin zu Knigge in der gesamten rhetorischen Tradition ein vir-bonus-Ideal, das vom Redner Sittlichkeit, Moralität, Rechtschaffenheit und Tugend als Eigenschaft forderte, war also der gute, sittlich handelnde Mensch die Voraussetzung für die gute, überzeugende Rede, so wird die dort geforderte Menschlichkeit hier instrumentalisiert, sie wird, um des Erfolges willen, vorgespielt.« (184)

Das Buch zerfällt in einen historischen und einen systematischen Teil, wobei die Diskrepanz zwischen beiden auch dadurch nicht gemildert wird, daß die Autoren be-

reits im Vorwort versuchen, sie aufzufangen. Der erste Teil gibt einen gut lesbaren Überblick. Antike, Mittelalter, Barock, Aufklärung, 19. und 20. Jahrhundert lauten die Stationen, in denen die historischen Ausprägungen genereller Fragen wie der nach der Gefahr der Verselbständigung rhetorischer Techniken, sei es als gewissenlose Propaganda oder als Schwulst, oder der nach der Rolle, die die Rhetorik für die Erkenntnisfähigkeit spielt, so dargestellt werden, daß dem Leser diese zeitübergreifenden Probleme nicht im Gewirr historischer Details verloren gehen.

Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts hält sich die akademische Beschäftigung mit den Aufgaben des Redners, zu unterrichten, Leidenschaften zu erregen und zu unterhalten, in der Spitzengruppe der Gegenstände, die des Nachdenkens wert sind. Dann aber »verliert sie ihren wissenschaftlichen Einfluß ... , die ihr gewidmeten Lehrstühle werden bald von Germanisten und Historikern, Philosophen und sogar Naturwissenschaftlern besetzt, und die Literatur im weitesten Verständnis ... löst von ihren rhetorischen Begriff« (134).

Rhetorik als kohärentes Bildungssystem wird ersetzt durch eine Vielzahl von speziellen Disziplinen, die Teilaspekte der Rhetorik aufnehmen, nach Meinung der Autoren jedoch nicht deren schon erreichte Komplexität bewahren. Diskutiert werden als Vertreter der Erben im 20. Jahrhundert unter anderem Literaturwissenschaft und Literaturkritik, Hermeneutik, »new rhetoric«, politische Beredsamkeit, Pädagogik, Jurisprudenz, Predigtlehre, populäre Rhetoriken, die Tübinger Rhetorik, die, Welch' Überraschung, als einzige Erbin einigermaßen ungeschoren davonkommt, und natürlich die Medien- und Kommunikationswissenschaft, die in einer Art abgekanzelt wird — »theoretische Differenziertheit, Problembewußtsein, methodischer und technischer Rang der antiken Rhetorik übertreffen den Standard der Kommunikationswissenschaft bis heute bei weitem« (164) —, die den Verdacht aufkommen läßt, als nehme hier der Schreiber für die Rhetorik die Position des verschmähten Liebhabers ein.

Auch wenn die Autoren feststellen müssen, daß die Geschichte der Rhetorik gezeigt hat, »wie hilflos moralische und politische Appelle bleiben, und wie wenig sie es verhindert haben, daß die rednerische Praxis ein Tummelplatz sämtlicher Ideologen wurde« (188), lassen sie sich nicht davon abbringen, »den humanistischen Anspruch der Rhetorik in einem auf sprachlich-rednerischer Kultur begründeten Bildungssystem« (ebd.) hochzuhalten. Wie dieses — und nicht das verengte technokratische — Rhetorikkonzept sich aber anders als per Appell durchsetzen könnte, wird bei dem Streifzug durch die Rhetorikgeschichte nicht deutlich, es scheint das Wünschbare zu bleiben.

Der Rest ist so, wie Einführungen und Überblicke oft sind und doch nicht sein sollten. Ordentlich gegliedert erlaubt er dem Leser einen systematischen Zugriff auf die Schätze der alten Meister, aktualisiert durch Beispiele aus der neueren Zeit. Fragen, die man als Jetztzeiter ja so haben könnte, z.B. was es den Dallas-Schreibern ermöglicht, bis zur nächsten Werbeeinblendung, bis zum Schluß einer einzelnen Sendung und bis zum Ende einer Reihe jeweils die Höhepunkte zu produzieren, die die Zuschauer süchtig machen, werden nicht gestellt. Dafür erhält der Leser solide Informationen über die Produktionsstadien der Rede, die Beweise und ihre Fundstätten, Redegegenstände und Redegattungen, Redeteile, die Wirkungsfunktionen der Rede, den Redeschmuck und die Rolle des Übens. Von Ausrutschern wie einer unsinnigen doppelten Anführung eines Quintilian-Zitats auf derselben Seite (203) abgesehen, ist daran eigentlich nichts auszusetzen, außer daß man doch von einem Rhetorikbuch erwarten könnte, daß es als Modus der Belehrung nicht auf eine der trockensten Varianten verfällt.

Dietmar Rösler (London)



**Greule, Albrecht, und Elisabeth Ahlvers-Liebel: Germanistische Sprachpflege. Geschichte, Praxis und Zielsetzung.** Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt 1986 (IX u. 148 S., Ln., 32,50 DM)

Sprachpflege bewegte sich in der BRD bis in die sechziger Jahre — von Ausnahmen abgesehen — im Fahrwasser nationalistischer Weltanschauung. Konsequenterweise betrachtet die politische Rechte sie noch heute als ihre ureigenste Domäne, verfolgte sie die Entwicklung in der »Gesellschaft für deutsche Sprache« (der als Nachfolgerin des »Deutschen Sprachvereins« noch heute einzigen überregionalen Sprachpfleger-Organisation in Deutschland) in Richtung auf Deskriptivität und politische Neutralität mit Skepsis und leitete sie teilweise Sezessionen wie den Hamburger »Verein für Sprachpflege« ein. Die vorliegende Monografie, die sich als Marktstein in der Geschichte der Sprachpflege präsentiert, unternimmt erstmals den Versuch, Sprachpflege in eine linke Gesellschaftstheorie einzubauen. Ich halte ihn für gründlich mißlungen.

Der erste Teil zur Geschichte der Sprachpflege lebt von einigen Sekundärpublikationen über diesen Bereich. Autopsie ist dem Opus an keiner Stelle anzumerken. Folglich schleppt es die z.T. eklatanten Unwahrheiten und Fehleinschätzungen der Sprachwissenschaftsgeschichtsschreibung vor allem zum 3. Reich mit sich fort. An folgendem Satz z.B. ist so gut wie alles falsch: »Die Machtübernahme durch die National-Sozialisten brachte keine wesentlichen Veränderungen in der Theorie oder der Praxis der 'Sprachpflege', im Gegenteil: Die Fremdwortbekämpfung (Purismus) entwickelte sich nach dem Ersten Weltkrieg konsequent von einer völkischen zu einer rassistischen und antisemitischen Ausprägung bis zu ihrem — mit dem Platzen einer Seifenblase vergleichbar — von höchster Stelle verordneten Verbot von 1940.« (35)

1. Der »Purismus«, der sich selbst — schon wegen des Fremdworts — nie so nannte, sondern stets von Sprachpflege- oder -reinigungsbewegung sprach, erschöpfte sich auch in seiner radikalsten Gestalt nie in Fremdwortbekämpfung. Greule und Ahlvers-Liebel können denn auch keine Veröffentlichung anführen, die Fremdwortbekämpfung als allein erstrebenswert darstellt. Ein auf Fremdwortbekämpfung reduzierter Purismus ist also nichts als ein Fantasieprodukt des hier zu rezensierenden Werks.

2. Zumindest der Sprachverein hat ähnlich wie Greule/Ahlvers-Liebel von Beginn an jeden Purismus ausgegrenzt. Allerdings zieht er die Grenze an einer anderen Stelle. Sein Schlagwort »Kein Fremdwort für das, was deutsch gut ausgedrückt werden kann«, wandte sich nicht nur gegen die »Wortmengerei«, sondern auch gegen einen Purismus, der alle Fremdwörter und möglichst noch die Lehnwörter eingedeutscht wissen wollte. Mit Campe und seinen Nachfolgern konnte er auch eine historische Ausformung dieses Purismus vorweisen. Diese Definition des Purismus stand bislang nicht in Frage. Greule und Ahlvers-Liebel geben keinen plausiblen Grund an, warum die Grenze an anderer Stelle gezogen werden muß. Im Gegenteil, sie selbst sind der Auffassung, daß einzelne historische Ausprägungen der Fremdwortbekämpfung z.B. in der Barockzeit durchaus zur Sprachpflege zu rechnen seien (9).

3. Eine widerspruchsverdächtige Äußerung dieser Art enthält auch das obige Zitat. Obwohl es »keine wesentlichen Veränderungen« feststellt, »entwickelte sich (der Purismus) konsequent von einer völkischen zu einer rassistischen und antisemitischen Ausprägung«. So wichtig es mir scheint, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der völkische Nationalismus der Weimarer Zeit und der Rassismus des 3. Reichs eine gemeinsame, vorwiegend ökonomische Basis hatten, so viele rassistische Elemente der völkische Nationalismus schon enthalten konnte, so sehr muß doch betont

werden, daß es hier klare Unterschiede gab. Es muß auch zur Ehre des Sprachvereins festgehalten werden, daß er sich keineswegs kampflös »entwickelte«. Zumindest Oskar Streicher, dem langjährigen Schriftleiter der »Muttersprache«, kann man nicht nachsagen, er hätte die völkische Bastion nicht bis zuletzt (1937) gegen die Nazis aktiv verteidigt. Differenzierter zu sehen ist selbst der Fall des wissenschaftlichen Beirats des Sprachvereins, Georg Schmidt-Rohr. »Entwickelt« hat sich aber nicht der von Greule und Ahlvers-Liebel so genannte Purismus, den es — wie gesagt — in dieser Form gar nicht gab, sondern der in der damaligen Zeit konkurrenzlose Sprachverein und seine Auffassung von Sprachpflege. Und diese Entwicklung ist nun einmal dadurch geprägt, daß man bewußt alles wegließ, was als Fremdwortbekämpfung zu deuten gewesen wäre. Lange vor 1940, ja, schon lange vor Goebbels berühmter Puristen-Schelte vor der Reichskulturkammer am 1. Mai 1937, hatte der Sprachvereinsvorstand intensiv darauf hingewirkt, daß sich seine Mitglieder der Fremdwortkritik möglichst enthalten. In der neuen Satzung, die er zur 50-Jahresfeier 1935 verabschieden ließ, war absichtlich jeder Hinweis auf die Fremdwortbekämpfung getilgt worden. Es waren sogar die »Rassisten« unter den Vorstandsmitgliedern, die wie Alfred Götze und Ewald Geissler eine Sprachpflege ohne Fremdwortbekämpfung propagierten. Wie sehr Greule und Ahlvers-Liebel — teilweise beeinflußt durch die übrige Sprachpflegegeschichtsschreibung — die Tatsachen flugs ins Gegenteil verkehren, zeigt der Umstand, daß ausgerechnet Götze und Geissler bei ihnen als Puristen und Fremdwortausmerzer dargestellt werden.

4. Es platzte auch keine »Seifenblase«. Der Sprachverein und seine Sprachpflege lagen spätestens mit der erwähnten Goebbels-Rede am Boden. Das dürfte aber mehr mit Goebbels Versuchen zu tun haben, Rosenberg und seine Leute mit ihren Gleichschaltungsbestrebungen in die Schranken zu weisen — dieser hatte Anstalten gemacht, den Sprachverein seinem »Kampfbund für deutsche Kultur« einzuverleiben —, als mit dem Sprachverein selbst oder mit Sprachpflege an und für sich. Hitlers Fremdwort-Erlaß von 1940 ist bestenfalls als Gelegenheits-Erlaß zu werten, der den Niedergang des Sprachvereins auch nach außen hin sichtbar machte. Wichtiger war demgegenüber der Erlaß von 1941, der aus der unter Goebbels Regie stehenden Deutschen Akademie eine Anstalt öffentlichen Rechts machte und dieser explizit die Macht über alle nichtstaatlichen und nichtparteilichen Aktivitäten in Sachen Sprache, vor allem aber Sprachpflege übertrug. Das sprachpflegerische Gedankengut lebte in dem von der Deutschen Akademie 1941 gegründeten Sprachamt — die Vorstandsmitglieder des Sprachvereins Geissler und Gierach sollten es leiten — nicht nur ungebrochen weiter, sondern überstieg in ihm sogar alle bis dahin auch nur erträumten Dimensionen. Bei Greule und Ahlvers-Liebel findet man über diese »Entwicklungen« ebenso wenig wie in der gesamten Sprachpflegegeschichtsschreibung. Natürlich fehlt dort auch ein Hinweis auf die Zwangsbücherverbrennungen und Einweisungen in Sicherungslager im Elsaß wegen Sprachsünden. Das Ziel von konformistischen Geschichtsklitterungen erkennt man immer am besten daran, daß sie auf die haarsträubendsten Auswirkungen ihres Darstellungsgegenstandes gar nicht eingehen.

Der zweite Teil der Monografie ist der gegenwärtigen Praxis, vor allem den Sprachpflege-Institutionen in den deutschsprachigen Ländern gewidmet. Wenn man von der erwähnten problematischen Ausgrenzung der Fremdwort-Kritik aus der Sprachpflege absieht, die das ganze Buch durchzieht, dann finde ich hier nichts Wesentliches zu beanstanden, obwohl die Darstellung auch hier vor allem von denen von Ülkü und Hillen lebt.

Den Abschluß bildet der Versuch, die historisch gewachsene Sprachpflege mit

ihren in der Gegenwart mehr als verdoppelten Aktivitäten in die Gesellschaftstheorie der Frankfurter Schule einzubauen. Ich bekenne gerne, daß ich mir die Geschichte der BRD ohne die Frankfurter Schule nicht denken kann, und daß ich sie in ihr auch nicht missen möchte. Aber ich stehe dieser Richtung der Sozial- und Geisteswissenschaften nicht kritiklos gegenüber und gerate daher in eine merkwürdige, wenn nicht widersprüchliche Situation, wenn ich sie vor Vereinnahmungen in Schutz nehme. Ohne mir besondere Kompetenz in Sachen Frankfurter Schule anmaßen zu wollen und ohne in lächerlichen Protektionismus zu verfallen, möchte ich dennoch auf drei Punkte hinweisen:

1. Greule und Ahlvers-Liebel definieren Sprachpflege als eine Unterart von Sprachlenkung (6f. u.ö.). Damit wird Kritik in verdächtiger Weise als Unterart von Lenkung, Führung, Herrschaft behandelt. In der Tat ist Sprachpflege zumeist an den jeweils Regierenden und ihren Vorstellungen orientiert gewesen. Noch heute lassen sich die führenden Sprachpflege-Organisationen überwiegend von den jetzt Herrschenden finanzieren. Ausgesprochen regierungs- oder gar gesellschaftskritische Beiträge sucht man daher in ihren Organen vergeblich. Die Frankfurter Schule weiß demgegenüber, daß so etwas wie Kritik im Munde von Herrschenden repressiv, d.h. zu einem Disziplinierungsakt werden kann. Sinnvoll ist sie in der Regel nur als Ausdruck der Interessen von Unterdrückten und Unterprivilegierten. Greule und Ahlvers-Liebel deuten nirgendwo an, daß sie so etwas wie eine Sprachpflege von unten im Sinn haben. Selbst dann müßten sie sich den Vorwurf gefallen lassen, daß sie damit von den eigentlichen gesellschaftlichen Problemen nur ablenken.

2. Nicht weniger bekannt ist der Frankfurter Schule, daß die Ausgrenzung einzelner Mitglieder oder Gruppen und ihre Abstempelung zu Sündenböcken für die Vorgänge im Nationalsozialismus selbst eine tendenziell faschistische Struktur aufweist. Greule und Ahlvers-Liebel sind also nicht nur blind gegenüber dem präfaschistischen Charakter der Kritik des Sprachvereins an den Puristen, sie reproduzieren diese nicht nur, sondern geben sie auch noch als linke Faschismus-Kritik aus.

3. Die Sprachkritik der Frankfurter Schule will — so sehr auch sie sich manchmal, wie Adorno im »Jargon der Eigentlichkeit«, an Sprachoberflächenphänomenen orientiert — Ideologie- und Gesellschaftskritik sein. Nichts ist ihr fremder als Sprachkritik um ihrer selbst willen oder als unreflektierte Verstärkung geltender Normen. So ungenügend und spärlich sie auch die Bedeutungsproblematik thematisiert, so verfehlt ist das Bestreben, sie vor den Karren von notorischen Marginalienkritikern zu spannen, die ihren Mitmenschen am Mundwerk herumfummeln. Der Versuch, Sprachpflege unter dem Mantel der Kritischen Theorie wiederaufleben zu lassen, erweist sich als allzu durchsichtiger Etikettenschwindel.

Gerd Simon (Tübingen)

**Kroll, Fredric (Hrsg.): Klaus-Mann-Schriftenreihe Bd. 5: 1937-1942. Trauma Amerika.** Edition Klaus Blahak, Wiesbaden 1986 (494 S., Ln., 110,- DM)

»Trauma Amerika« ist der 5. Band der auf 6 Bände geplanten Klaus-Mann-Schriften-Reihe. Der Autor und Herausgeber Fredric Kroll, der 1973 in den USA über das Frühwerk Klaus Manns promoviert hat, kann nicht nur beanspruchen, Klaus Mann für die literaturwissenschaftliche Forschung in der BRD entdeckt zu haben; er hat — zusammen mit Klaus Täubert — aus der Spurensicherung von Biografie und Werk dieses Autors und deren Aufzeichnung so etwas wie eine Lebensaufgabe gemacht, deren Ertrag jeden, so auch den gegenwärtigen, Klaus-Mann-Trend, ebenso bereichert wie er ihn überdauern wird. — Der vorliegende Band umfaßt den Zeitraum von 1937 bis 1942. (Die Jahre 1906 bis 1933 sind in den 1977 und 1979 erschienenen

Bänden 2 und 3 abgehandelt; die Bände 4 [1933-1937] und 6 [1942-1949] sind in Vorbereitung. Eine Bibliographie der gedruckten und ungedruckten Schriften von und über Klaus Mann enthält der 1976 erschienene erste Band; sie ist zu ergänzen durch die 1984 erschienene ausführliche Bibliographie von Michel Grunewald.) Es handelt sich, nicht nur für Klaus Mann, um den geschichtlichen Wendepunkt des Exils: mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beginnt die zweite Welle der Emigration, die die Flüchtlinge von Europa nach Übersee führt und die nach ihrem Umschlag eine Reihe von ihnen nach Europa und Deutschland zurückführen wird. Klaus Mann, wie in vielem anderen auch, vollzog die Wende früher und radikaler: seit 1937 in den USA als Lecturer, Schriftsteller, Zeitschriftenherausgeber betreibt er ab 1940 seine Einbürgerung, mit dem Eintritt der USA in den Krieg seine Aufnahme in die Armee. Die Integration erstreckt sich auch auf die literarische Tätigkeit. Seit Ende 1939 beginnt Klaus Mann, wie Fredric Kroll nachweisen kann, englisch zu schreiben. Der im Frühjahr 1939 in Amsterdam erschienene »Vulkan«, Klaus Manns wichtigster Beitrag nicht nur zum deutschen Exil, sondern zur Epik der europäischen Avantgarde, ist noch in deutsch geschrieben. Der zusammen mit Erika Mann verfaßte Essay-Band »The other Germany« (1940), die Autobiographie »The turning point« (1942), eine Kurzfassung des späteren »Wendepunkt«, sind in englischer Sprache konzipiert, geschrieben und veröffentlicht. Was Klaus Mann in den USA suchte, war weniger eine neue Identität — dazu stand die Integration zu sehr im Zeichen der frühen antifaschistischen Ziele Klaus Manns, wurde auch die Skepsis gegenüber dem kulturellen und politischen Amerika, wie Kroll an z.T. krassen Äußerungen nachweisen kann, zunehmend größer. Eher sah Klaus Mann sich in der Rolle eines Vermittlers deutscher und europäischer Kultur. Diesem Ziel diene das nach der »Sammlung« anspruchsvollste publizistische Unternehmen Klaus Manns, die Herausgabe der Zeitschrift »Decision«. Was Kroll über Finanzierung und Organisation dieser zwischen Januar 1941 und Februar 1942 erschienenen Zeitschrift recherchiert hat, in der nicht nur die wichtigsten deutschen Exilautoren in den USA, sondern auch André Gide und Jean Paul Sartre, Somerset Maugham, Upton Sinclair, Wystan Auden, Sherwood Anderson, Dylan Thomas, Carson Mc Cullers mit Beiträgen vertreten waren, gehört zum Wichtigsten des Bandes.

Klaus-Mann-Forscher, Exil- und USA-Spezialisten dürfte ferner die Auswertung eines prekären Archivfonds interessieren, der von Kroll wiederentdeckten FBI-Akte über Klaus Mann. Sie gibt mit ihren Details über die Männerfreundschaften und die »subversiven« politischen Aktivitäten Klaus Manns nicht nur einen Einblick in das bigott-antikommunistische Amerika, das sich gleichwohl anschickte, im Namen einer großen demokratischen Tradition den deutschen Faschismus zu bekämpfen. Sie erhellt zugleich die Paradoxie der Emigrantenexistenz Klaus Manns, der umgeben von einem perfekt funktionierenden System denunzierender Hotelbediensteter, unter Geheimdienstkontrolle für das »bessere« Amerika warb.

Der etwas umständliche Titel »Klaus-Mann-Schriftenreihe« für das ca. 2000-seitige Gesamtunternehmen vermeidet den Begriff »Biographie«. Zu Recht, denn die Auswahl erscheint aleatorisch, die Erzählweise allzu linear, detailbesessen und anekdotisch-ausschweifend. Im Vordergrund steht nicht das Überpersönliche, Unvergängliche des Werks, wie es sich biographischer Deutung erschließt, sondern das Vergängliche der Person, wie sie in Begegnungen und Gesprächen, auf Reisen und im Interieur New Yorker Hotels und großbürgerlicher Villen sich manifestierte. Angemessen dürfte zur Bezeichnung dessen, was hier mit unermeßlichem Fleiß aus Briefwechseln und Lebenserinnerungen, Interviews überlebender Zeitgenossen, den Archiven über das Leben und Werk Klaus Manns zusammengetragen wird, der aus

der mittelalterlichen Quellenkunde vertraute Begriff des Itinerars sein. Der Autor selbst mag als unermüdlicher Sammler sich in der an Thesen, Fragen und Polemiken nicht armen Klaus-Mann-Forschung denn auch am ehesten als geduldiger und verlässlicher Wegweiser begreifen.

Lutz Winckler (Besançon/Tübingen)

**Schnell, Ralph: Die Literatur der Bundesrepublik.** Autoren, Geschichte, Literaturbetrieb. J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1986 (432 S., Ln., 39,80 DM)

Der Zeitgeist ist der Literaturgeschichte nicht günstig. Sie entstand als Gattung im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert, untrennbar verbunden mit den großen Geschichtsmodellen der Aufklärung, der Romantik und des hegelianisch inspirierten Vormärz. Was Schnell rückblickend über die Literaturkritik sagt, gilt uneingeschränkt auch für die Tradition der Literaturgeschichte: »So hat alle bedeutende Literaturkritik vom 18. bis zum ersten Drittel des 20. Jahrhunderts den Wind der Geschichte im Rücken gespürt, aus dem Geist der Aufklärung, des Fortschritts, dem Glauben an eine veränderbare Gegenwart und eine beherrschbare Zukunft« heraus argumentiert.

Die deutsche Literatur der Gegenwart aber ist, so abermals Schnell: »desillusioniert, antidialektisch wie posthistorisch«. Hier wird ein Widerspruch offenbar zwischen dem Geschichtsverständnis der Gegenwartsliteratur und dem Projekt der Literaturgeschichte überhaupt, der aller Literaturgeschichte der Bundesrepublik bis zur Gegenwart eine schlechte Prognose stellt.

Eine weitere Schwierigkeit: Literaturgeschichten sind in ihren besten Zeiten und Exemplaren fast immer nationalhistorisch orientiert. Gibt es aber überhaupt eine »bundesrepublikanische« Literatur? Oder doch nur *eine* deutsche? Oder eine der Bundesrepublik, der DDR, der deutschsprachigen Schweiz und Österreichs?

Zudem stellen sich einer Literaturgeschichte konzentriert alle literaturtheoretischen und historiographischen Fragen, die die gegenwärtige theoriemüde Germanistik gern umgeht. Literaturgeschichte braucht eine Methode, sie muß ihre Einteilungen und Perioden ausweisen, sie muß einen Begriff ihres Gegenstandes haben. Literaturgeschichten sollen repräsentativ sein, über einen breiten Kanon informieren, sie sollen aber auch mehr sein als triste Dateien, sie sollen einen vertretbaren Umfang haben — man verlangt von ihnen so vieles, was zusammen eigentlich nicht zu haben ist.

Und nicht zuletzt: Literaturgeschichten sind Konzentrate. Sie setzen, wenn sie seriös sind, ein immenses Lesensum voraus. Etwa siebenhundert Autoren nennt das Personenverzeichnis von Schnell. Hätte er von jedem Autor auch nur ein Werk gelesen — und darunter wären Werke wie Schmidts »Zettels Traum« —, so wäre das zuwenig und immens zugleich.

So kann man gegen alle neueren Literaturgeschichten immer einwenden, sie hätten einen falschen Begriff vom Gegenstand, das Material nach falschen Kriterien geordnet, die Entwicklungslinien falsch gezogen, falsch gewichtet, Wesentliches vergessen, manches aus zweiter Hand bezogen und falsche Fakten angegeben — von falschen Deutungen zu schweigen.

Solchen Einwänden bietet auch das Werk von Schnell durchaus Stoff. Seine Methode, so schreibt er, sei sozialgeschichtlich, er will die Werke aber weder nach soziologischen, historiographischen oder politik-geschichtlichen Fakten gliedern, sondern nach »Gattungsveränderungen und Formenwandel« periodisieren. Praktisch sieht es aber dann anders aus. Die vier großen Abschnitte der Literaturgeschichte heißen: »Literatur in der Entscheidung (1945-1949)«, »Literatur versus Politik«

(1950-1959)«, »Die Politisierung der Literatur (1960-1968)«, »Neue Subjektivität (1969-1977)« sowie »Widerstand der Ästhetik (1978-1986)«. Hier spielt denn doch der Bezug auf inhaltsästhetische Fragen und politische Entwicklungen eine ganz offene Rolle, ohne daß freilich über Konvergenz oder Differenz der politischen und ästhetischen Umbrüche in der Geschichte der Bundesrepublik wirklich nachgedacht worden wäre.

Die Untergliederung erfolgt dann im wesentlichen nach Gattungen, manchmal allerdings auch nach literarischen Gruppierungen wie dem »Werkkreis Literatur der Arbeitswelt« oder Strömungen wie der »Frauenliteratur«. Was die Gattungstheorie angeht, folgt Schnell der bekannten Trias von Lyrik, Epik und Dramatik. Nur gelegentlich kommen literarische Texte vor, die sich dem Schema nicht fügen, wie z.B. das Kabarett. Der Gattungszwang führt zu empfindlichen Lücken. So kommt etwa die Reportageliteratur der Nachkriegszeit nicht vor, obgleich sie doch in dieser Periode zu den wichtigsten literarischen Formen gehörte. Oder es fehlt das politische Lied Degenhards, Waders, Moßmanns, obgleich solche gesungene Lyrik doch viel breitere Publikumsschichten erreichte als ein Großteil der »klassischen« Lyrik.

Zweifelhaft ist auch die zum Glück ebenfalls nicht konsequent durchgeführte Entscheidung, die DDR-Literatur auszuklammern, die deutschsprachige Literatur der Schweiz und die österreichische Literatur aber einzubeziehen mit dem Argument, Christa Wolf oder Heiner Müller seien »anders als ihre Kollegen aus Österreich und der Schweiz keine 'westlichen' Autoren«. So wäre also doch das Gesellschaftssystem und nicht Nation oder Sprache der entscheidende Faktor bei der Konstitution der Literatur? Das ist, wie man später liest, so nicht gemeint. Aber selbst wenn das so wäre, sollte es nicht dazu führen, daß Wolf Biermann, der ja nun schon seit einem Jahrzehnt in der Bundesrepublik lebt, lediglich zweimal beiläufig erwähnt wird, während viele Autoren minderen Ranges ausführliche Erwähnung erfahren.

Auch über den Literaturbegriff könnte mit Schnell gestritten werden. Ist die Literatur wirklich, wie er schreibt, »ein Medium, das allen Zwängen prinzipiell opponiert«? Oder ist das nur unsere Hoffnung? Kann man so einfach zwischen der eigentlichen Literatur und den »sie bedingenden Faktoren« unterscheiden? Dort, wo Schnell diese »bedingenden Faktoren« vorstellt, auf den ersten sieben Seiten über den Literaturbetrieb, dort fehlt deutlich eine Theorie über den Zusammenhang dieser Faktoren wie Schriftstellerverbände, Verlagswesen, Buchhandel, Buchgemeinschaften, Leser, Kulturpolitik und Literaturförderung, Literaturkritik, Kulturzeitschriften, literarischer Sozialisation, Literaturwissenschaft, Theatern, Bibliotheken. Konzepte wie das der Literaturgesellschaft oder etwa die Kunstsoziologie Bourdieus werden nicht einmal erwähnt, geschweige denn diskutiert. Dabei hat Schnell natürlich einen — wenn auch sehr ekklektischen — Bezugsrahmen. Aber die Weise, wie er ihn markiert, ist unglücklich. Da spricht er von »Verdinglichung des Bewußtseins« und setzt dahinter in Klammern den Namen von Georg Lukács. Oder von der »Dialektik der Aufklärung« und setzt dahinter den Namen Adornos. Diese Art »name-dropping« ist ganz unnützlich, denn wer sich schon auskennt, der weiß, auf wessen Theorien sich solche Kürzel beziehen, wer sich nicht auskennt, dem wird weder der Zusammenhang erklärt noch wenigstens ein Literaturhinweis gegeben. Auch literaturhistorische Verweise werden so präsentiert.

So heißt es etwa über Koeppen, er entwerfe in seinem Roman »Tauben im Gras« »das Panorama eines einzigen Tages«, worauf in Klammern der Name Joyce folgt. Entweder hat man »Ulysses« schon gelesen, dann möchte man gern selbst auf den Zusammenhang kommen, oder der Hinweis bleibt unentschlüsselbar.

Und die Fakten? Da kann man natürlich auch manches einwenden. Die literaturge-

schichtliche Darstellung fängt z.B. an mit der Behauptung, Thomas Mann habe »vor der These einer Kollektivschuld des deutschen Volkes gewarnt«. Nicht erst die gerade veröffentlichten Tagebücher Manns aus den Jahren 1944-1946 zeigen aber, wie weitgehend dieser selbst der Kollektivschuldthese anhing. Natürlich gibt es auch blinde Stellen in den Darstellungen der Biographien. Es werden auch falsche Inhaltsangaben gemacht, etwa, wenn Schnell den Erzähler am Ende des zweiten Bandes von Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« aus Schweden ausreisen läßt, wo er doch — im Gegenteil — im Lande bleibt. — Auch Banalitäten bleiben dem Leser nicht überall erspart. So heißt es etwa über die gegenwärtige Situation der Germanistik: »Unverkennbar stehen nebeneinander semiologische und strukturalistische, sozialgeschichtliche und rezeptionsästhetische Schulen, unverkennbar gibt es Einflüsse aufeinander wie durch bedeutende ausländische Theoretiker (U. Eco, R. Barthes, M. Foucault, J. Lacan, J. Derrida). Die schiere Aufzählung von Namen mit dem Hinweis, alles hänge mit allem unverkennbar zusammen, ist erkennbar nutzlos.

Obgleich es so viele Einwände gegen Schnells Buch gibt, die vom Prinzipiellen bis zum kleinsten Detail reichen, obwohl ein »Verriß« so leicht zu begründen wäre — trotz alledem ist dieses Buch ein Buch mit vielen Stärken zu nennen, wenn man es mit den bisher vorliegenden gleichen Anspruchs vergleicht. Auch die Verächter der Literaturgeschichten müssen eingestehen, daß man Literaturgeschichten eben bisweilen braucht und so besteht gegenwärtig trotz aller Rede vom »Post-histoire« eine erhebliche Nachfrage nach solchen Kompendien, so daß viele Verlage an meist sehr voluminösen literaturhistorischen Gesamtdarstellungen arbeiten lassen. So gesehen, wäre es überaus scheinheilig, wollte man Schnells Werk mit seiner Gattung in Bausch und Bogen aburteilen. — Dies Werk hat Stärken. Zu den unscheinbarsten, aber nicht unerheblichen gehört, daß man es lesen kann, fortlaufend lesen kann, ohne von tödlicher Langeweile übermannt zu werden. Das liegt daran, daß hier wirklich nur ein Autor am Werk ist und nicht eine ganze Gruppe, wie bei den meisten neueren Literaturgeschichten. Schnells Literaturgeschichte hat einen persönlichen Stil, zeigt Vorlieben, scheut Polemik nicht. Sie verkündigt nicht, sondern argumentiert. Sie ist auf Geschichte aus, aber deutet sie von der Gegenwart her. Sie hat ein einfaches Ordnungsschema, ist aber dadurch auch recht übersichtlich. Sie hat ein Ordnungsschema, aber im Zweifelsfall opfert sie lieber das Schema als die Individualität eines literarischen Werkes. Sie liebt ihren Gegenstand, ohne ihn hymnisch zu verklären. Sie gestattet sich anstelle einer Pseudoausgewogenheit auch, einige Texte ausführlich zu analysieren, während andere nur summarisch erwähnt werden. Ihre Sprache ist bisweilen etwas sorglos, aber sie hält sich fern vom Jargon. Zudem ist die Literaturgeschichte im allgemeinen doch recht zuverlässig. Die zahlreichen Bilder illustrieren nicht nur, sondern sind in vielen Fällen ein eigenständiges Element, kommentieren auf ihre Weise selbständig den Gegenstand.

Man wird Schnells Urteilen nicht überall folgen wollen, aber vorschnell sind sie selten, sondern werden vor den Augen des Lesers erwogen. Indem seine Literaturgeschichte sich besonders für die schwierigen Werke interessiert, die nicht nur Widerständigkeit proklamieren, sondern sie auch in ihrer Form mit sich tragen, also etwa die Werke Arno Schmidts oder Vespers »Die Reise«, Ingeborg Bachmanns Todesarten-Zyklus, Alexander Kluges Erzählungen, Peter Weiss' »Ästhetik des Widerstands« oder Johnsons »Jahrestage«, ist sie gewiß unausgewogen, zeigt aber auch, daß nicht jede werkübergreifende Darstellung immer schon Verrat an der Individualität und Vielstimmigkeit der Literatur sein muß, sondern auch Deutungsvorschlag sein kann, der die Vielstimmigkeit des literarischen Prozesses erweitert.

Karl-Heinz Götze (Nizza/Frankfurt)

**Brekle, Wolfgang: Schriftsteller im antifaschistischen Widerstand 1933-1945 in Deutschland.** Aufbau-Verlag, Berlin/DDR, Weimar 1985  
(352 S., br., 11,20 DM)

Brekle legt in seinem auf Vorarbeiten von 1967 zurückgehenden Band eine zusammenfassende Darstellung der antifaschistischen Widerstandsliteratur im nationalsozialistischen Deutschland vor. Den langen Vorlauf merkt man dem Band deutlich an, versucht er doch nach wie vor, einzelne Kategorien von Widerstandsliteratur nach dem Maß ihres Engagements deutlich voneinander zu trennen und ihren politischen Wert zu bestimmen. Dies gelingt noch am ehesten bei der Darstellung der illegalen Arbeit des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller und der ihm verbundenen Autoren, die jedoch im nationalsozialistischen Deutschland sehr wenige Wirkungsmöglichkeiten hatten. Identitätsstiftende Funktion konnte diese Literatur auf breiter Basis erst mit der Gründung der DDR erlangen, als »die Auseinandersetzung mit dem Faschismus und die künstlerische Gestaltung des antifaschistischen Kampfes tragende Bestandteile der Kulturpolitik wie des literarischen Schaffens« wurden (27).

Dieses Selbstverständnis spiegelt die Arbeit in hohem Maße wider, und so wertet sie auch die nicht parteipolitisch gebundenen Werke bürgerlicher Schriftsteller, wie Werner Krauss, Adam Kuckhoff, Günther Weisenborn, oder christlicher Autoren, wie Ernst Wiechert, Reinhold Schneider oder Werner Bergengruen, nach dem Grad ihrer verbalen Distanzierung vom (hier fast durchgehend Faschismus genannten) Nationalsozialismus. Nicht nur, daß die Grenzen zwischen der bürgerlichen und der in der Untersuchung ausgegrenzten »nichtfaschistischen Literatur der Innerlichkeit« (38), d.h. also der inneren Emigration, fließend sind; es fragt sich auch, ob die Wirksamkeit dieser Literatur überhaupt an der Wiedergabe antifaschistischer *Inhalte* abgelesen werden kann. Brekle stößt gelegentlich auf dieses Problem, wenn er auch bei bürgerlichen Autoren von »unverkennbar(er) humanistische(r) Substanz« und »Distanzierung gegenüber der faschistischen Ideologie« (15) spricht, diese aber nicht in den weitgehend auf Inhaltswiedergaben reduzierten Textanalysen nachzuweisen vermag. Die Brechtsche »List beim Schreiben der Wahrheit« erscheint hier nur als »Tarnung« (23) mit dem Risiko der »Fehlleitung« des Lesers, nicht aber als (aus der Not geborene) Schreibmethode, die Bekanntes verfremden will. Statt die Leistung solcher Textstrategien im einzelnen zu untersuchen, reduziert Brekle den Leser auf den Status eines Empfängers mehr oder weniger widerstandshaltiger Texte; ihm selbst, seiner Kombinationsfähigkeit und seiner in der Situation der Übersättigung mit Propaganda von außen geschärften Wahrnehmungsbereitschaft für Details und Zwischentöne traut er wenig zu. Zahlreiche Aussagen Überlebender bezeugen aber gerade diese Lektüre — selbst bei Texten weit zurückliegender Epochen. Insofern muß auch die genauere Analyse des Romans »PLN« von Werner Krauss, der zahlreiche Verfremdungs- und Distanzierungsmechanismen verwendet, dort relativiert werden, wo Brekle den Text als unzugänglich und hermetisch kritisiert. Reale Rezeptionsschwierigkeiten werden erst für die Nachkriegszeit und dort nicht empirisch, sondern als Prognose Stephan Hermlins nachgewiesen (120, 277)! Über die reale Rezeption des Romans im nationalsozialistischen Deutschland erfährt man dagegen nichts.

Das Schwanken des Autors zwischen der Anerkennung humanistischer Haltung und dem Vorwurf ungenügender politischer Stellungnahme verstärkt sich bei der Darstellung der christlichen Autoren, denen er Rückzug aus der Tagespolitik, subjektiv-idealistische Weltanschauung und Opferhaltung vorwirft, deren enorme Wirksamkeit er dennoch ständig anzuerkennen gezwungen ist (154, 160, 179). Im letzten



Kapitel behandelt Brekle das literarische Schaffen in Haftanstalten und Konzentrationslagern, das ebenfalls in die Kategorien »sozialistische« und »bürgerliche« Literatur eingeteilt wird. Ein eigener Abschnitt ist dem KZ Buchenwald gewidmet. Schließlich bieten zwei Anhänge sowohl Auszüge aus im Text erwähnten Briefen und Dokumenten als auch aus den zitierten literarischen Werken, die zum Teil in der Bundesrepublik nicht zugänglich sind. Der Gebrauchswert des Bandes als Dokumentation ist in diesen beiden Teilen unzweifelhaft am größten, in der Hauptsache erschließt er sich erst durch standhaftes Gegen-den-Strich-Lesen.

Claudia Albert (West-Berlin)

**Bürger, Christa, und Peter Bürger (Hrsg.): Postmoderne. Alltag, Allegorie und Avantgarde.** Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1987 (214 S., br., 16,- DM)

Die Herausgeber wissen, daß nichts als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, wenn man über postmoderne Kunst redet, nicht einmal, daß es sie gibt. Der erste Satz der Vorbemerkung lautet: »Ob es postmoderne Kunstwerke gibt, kann keineswegs als ausgemacht gelten.« Ebenso wenig ist klar, ob es eine postmoderne Kunsttheorie gibt oder eine spezifisch postmoderne Haltung der Kunstrezeption. Postmoderne Kunst, wenn es sie denn gibt, hat keine Gründungsurkunde, hat keine Enzyklopädie wie die Aufklärung, keinen Ort wie die Weimarer Klassik oder die Jenerser Romantik, hat keine Manifeste wie der Surrealismus, hat auch keine paradigmatischen Werke, die unübersehbar ihre Existenz verbürgen würden. Und so sind denn die elf Beiträge des Sammelbandes auch notwendig alle damit beschäftigt, zu bestimmen, was denn unter Postmoderne zu verstehen sei. Dabei werden im wesentlichen zwei Verfahren angewandt. Ein Teil der Beiträge schaut in die USA, nach Frankreich und ein wenig nach Italien, von wo der Begriff auf uns gekommen ist in der Hoffnung, daß sich an den Quellen klarer zeigt, was sich uns hier so mächtig wie trüb und undurchsichtig darbietet. Dabei gibt es drei Originalbeiträge aus dem anglo-amerikanischen Raum, aber keinen aus Frankreich. Die französische Postmodernismus-Diskussion kommt nur vor, indem darüber geschrieben wird, die amerikanische kommt direkt zu Wort, wenn dieses auch vor allem den Kritikern erteilt wird. Ein anderer Teil der Beiträge versucht postmodernes Kunstdenken systematisch zu verorten, bezieht es vor allem auf die ästhetische Theorie von Adorno und auf Bürgers eigene Theorie der Avantgarde und der Institution Kunst.

Trotz, vielleicht sogar wegen der unbestreitbaren Qualität der meisten Beiträge mißlingen beide Ansätze, derjenige, der Aufschluß bei den Quellen sucht, wie derjenige, der des Begriffs Postmoderne habhaft zu werden versucht, indem er ihn ins Verhältnis setzt zu vorliegenden »modernen« Ästhetiken, anzuknüpfen versucht an darin eingelassene Begriffe wie Alltag, Allegorie und Avantgarde. Trotz dieses Scheiterns ist es ein aufschlußreiches und nützliches Buch, sieht man vom ärgerlichen Sprachgestus einiger Beiträge ab, die von der Imitation der adornoschen Sprechweise nicht lassen können.

Der aus der Lukàcs-Schule stammende, jetzt in den USA lebende Ferenc Feher will im ersten Beitrag im Rückgriff auf die Geschichte der Kunst deutlich machen, warum der Begriff der Postmoderne nur ein vages »Danach« bezeichnen und niemals einen positiven Inhalt entwickeln oder bleibende Werke hervorbringen kann. Er zeigt, zentriert um die Begriffe der Autonomie und der Emanzipation, wie die Kunst sich allmählich von den Regeln der Religion, der Philosophie, der Politik, aber auch allen selbstentwickelten Regeln frei macht, bis sie in ihr postmodernes Stadium des »anything goes« eintritt, orientierungslos hierhin und dorthin schaut, hierhin und dorthin greift, alles besiegt, aber damit auch ihre Kraft verloren hat wie einst

Phyrrus bei seinen Feldzügen. »Meiner Ansicht nach beinhaltet die Postmoderne eben nichts anderes als das intensive Gefühl des »Danach«, der Ausdruck des Phyrussiegs der Kunst und Literatur in ihrem Kampf um Befreiung«.

Christa Bürger trägt zwei überaus informative Texte zur amerikanischen Diskussion um den Begriff der Postmoderne und zu Lyotard bei. Sie arbeitet bei Newman den Ausgangspunkt der Faszination des postmodernen Diskurses heraus, daß nämlich die moderne Kunst irgendwann die Anerkennung der Institutionen der Kunst erlangte, aus der Randständigkeit heraus zur herrschenden Kunstform wurde; bei Jameson das postmoderne Schweifen zwischen Vergangenheit und Gegenwart ohne strukturierten Zeithorizont. Insbesondere ihre Auseinandersetzung mit Lyotard verdient aufmerksame Lektüre. Herauspräpariert wird der anarchistische Grundimpuls, der Affekt gegen die Vernunft, die im Kapitalismus an der Macht sei, gegen die Moral, die als heimliche Quelle des Marxschen Denkens unterstellt wird, gegen die Kritik und für das Ja-Sagen, gegen das Erinnern, gegen die Rückführung der Zeichen auf Bedeutung, gegen die ästhetische Moderne — gegen Brecht und Adorno —, aber für den technischen Fortschritt. Zugleich zeigt sich aber, daß die ästhetischen Auffassungen und Äußerungen Lyotards keineswegs zu seinen eigenen theoretischen Grundauffassungen passen, sondern traditionell der Moderne zugeschriebene Züge aufweisen. Ebensowenig passen sie, wie in einem Exkurs gezeigt wird, zum Postmodernismus der italienischen Oliva-Gruppe. Peter Bürger überführt in seinem Beitrag zum französischen postmodernen Denken Foucault sogar einer heimlichen Sehnsucht nach den Idealen der so heftig bekämpften Philosophie zwischen Kant und Sartre.

Hans Sanders hingegen, um ein weiteres Beispiel herauszugreifen, setzt in seinem Beitrag postmoderne Bewegung weitgehend mit der grün-alternativen gleich, obgleich das quer etwa zu Lyotards Technikgläubigkeit wie zur alltäglichen Erfahrung liegt, daß rauh-kieferhölzerne Natürlichkeit und glatter Lifestyle nichts miteinander zu tun haben wollen. Kurzum: Man weiß nach der Lektüre mehr über verschiedene postmoderne Denkhorizonte, aber man hat keineswegs einen systematisch oder historisch fundierten Begriff der Sache.

So liegt der Versuch nahe, sich solchen Begriff durch den Bezug auf vorliegende ästhetische Theorien zu entwickeln, hier auf die Ästhetik der Frankfurter Schule und Bürgers eigene »Theorie der Avantgarde«. »Was wir heute mit dem eher hilflosen Begriff 'Postmoderne'« zu fassen versuchen, könnte sich als Einbruch der avantgardistischen Problematik in die Kunst der Moderne erweisen«, mutmaßt die Vorbemerkung des Buches, obgleich doch der Augenschein dagegen spricht: Zeichnet sich postmodernes Erzählen nicht gerade durch ironischen Rückgriff auf traditionelle Formen aus, wie Umberto Eco meint?

Dennoch hat der Versuch, Postmoderne im Verhältnis zur Avantgarde zu bestimmen, ein gewichtiges Argument für sich. Die Avantgarde wollte die Kunst in die Lebenspraxis überführen, in eine durch Kunst und/oder Revolution gründlich geänderte Lebenspraxis freilich. Die postmoderne Kunst schafft, was der Avantgarde mißlang, aber auf selbstmörderische Weise: Sie überführt die Kunst ins Leben, aber ins Leben, wie es eben ist, gibt also nicht nur ihre revolutionären Impulse, sondern ihre Differenz überhaupt auf. Russel A. Berman, der in den USA lebt, erscheint gerade die Nivellierung zwischen Kunst und Leben als Sündenfall der Postmoderne. Bürgers Einwand dagegen, daß sich solche linke Kritik am Vorhaben der Postmoderne in verräterischer Nachbarschaft zu kulturkonservativen Positionen ansiedle, ist nicht von der Hand zu weisen. Viele der Beiträge unterstellen viel zu selbstverständlich unter Hinweis auf die gemeinsame Intention der Auflösung von Kunst in

Lebenspraxis eine Nähe von avantgardistischer und postmoderner Kunst. Das mutet manchmal so an, als wolle man das Neue in schon bewährte Schubfächer quetschen, um es überhaupt fassen zu können. Erfreulich ist, daß Christa Bürger den gewichtigsten Einwand gegen diese These selbst anführt: Die Institution Kunst löst sich mit der Postmoderne in vielen Bereichen ja gerade nicht in Lebenspraxis auf, sondern die Museen erleben z.B. neue Blütezeiten und die modische Kunst erzielt Höchstpreise.

Der im Untertitel gleichfalls angedeutete Versuch, postmoderne Kunst mit Hilfe des Begriffs der Allegorie zu fassen, führt zu einigen interessanten Ergebnissen: Tatsächlich entspricht die Allegorie, in der die ästhetische Figur und die Bedeutung keinen notwendigen Bezug haben, dem postmodernen Anschlag auf den Zusammenhang von Zeichen und Bedeutung viel eher als etwa die symbolische Form. Wo freilich, wie im Beitrag von Kilb, die Anstrengung unternommen wird, das gesamte postmoderne Feld vom Allegoriebegriff her zu umzäunen, geht die Sache aus wie bei Charly Chaplin das Kofferpacken: was nicht hineinpaßt, wird abgeschnitten.

Bürger weiß, daß postmoderne Kunst sich nicht um theoretische Begründung schert. Dieses Buch mit Beiträgen, die großenteils nach theoretischen Begründungen der Postmoderne fragen, ist damit von vornherein ein widersprüchliches Vorhaben. Man hätte sich gewünscht, daß sich diese Beiträge mehr auf Kunstwerke eingelassen hätten, die im Verdacht stehen, postmodern verfaßt zu sein. Davon darf man sich zwar gleichfalls keine kohärente Theorie erwarten, aber doch interessante Aufschlüsse, wie etwa die in den abschließenden Überlegungen zu Joseph Beuys. Sie haben eine Konkretion, die man an anderen Stellen über viele Seiten vermißt.

Ganz und gar vermißt man Beiträge, die einer in der Einleitung formulierten Überlegung folgten, daß nämlich das Nachdenken über Postmoderne sich nicht mit dem Nachdenken über Kunst oder Theorie begnügen kann, sondern auch Nachdenken über veränderte Einstellungen der Intelligenz und ihre realen historischen Gründe sein sollte. Vielleicht kann das theoretische Tohuwabou um den Begriff Postmoderne gar nicht auf systematische Weise geordnet werden, sondern nur dadurch, daß man versteht, warum welche Intelligenz in welchem Lande mit diesem Begriff operiert; dadurch, daß man Mentalitäten versteht und Verhältnisse, über die nachgedacht wird.

Karl Heinz Götze (Nizza/Frankfurt)

## Kunst- und Kulturwissenschaft

**Kramer, Dieter: Theorien zur historischen Arbeiterkultur.** Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaften, Marburg 1987 (398 S., br., 38,- DM)

Kramer untersucht, »welche Theorien entwickelt wurden, um den kulturellen Niederschlag der Lebenspraxis und Lebensinteressen der Lohnabhängigen im sich entwickelnden Industriekapitalismus bis zum Faschismus zu interpretieren« (15). Dabei berücksichtigt er die Ergebnisse verschiedener Disziplinen, die sich speziell mit dem Gegenstand befassen (z.B. Volkskunde, Sozial- und Kulturgeschichte), aber auch anderer Fächer, »die ihre jeweiligen 'proletarischen' Traditionen aufarbeiten« (17), beispielsweise Kunst- und Literaturwissenschaft. Obwohl das Schwergewicht auf der deutschsprachigen Forschung (BRD, DDR, Österreich, Schweiz) liegt, finden sich auch Hinweise auf Ergebnisse der schwedischen Kulturforschung und der sowjetischen Ethnologie. Ausführlich wird die britische Kulturwissenschaft (Thompson, Williams, Centre for Contemporary Cultural Studies/Birmingham) dargestellt, da

sie bislang die einzige ausländische Tradition ist, die hierzulande breit rezipiert wurde.

Auch wenn Kramer sich mit einer bestimmten Phase der Arbeiterkultur befaßt, so stellt seine Studie doch keine historische Untersuchung dar, von der eine Chronologie oder Systematik des historischen Gegenstandes »Arbeiterkultur« zu erwarten wäre. Er selbst sieht seine Schrift im Hinblick auf das Verhältnis von Theorien zu ihrem Gegenstand als »eine historisch-empirische Arbeit«, in der »die vorliegenden Aussagen zur Arbeiterkultur nach den Methoden qualitativer Inhaltsanalyse untersucht werden« (16). Seine Kernfrage ist dabei, was die jeweilige Konzeption leistet zum Begreifen der historischen Arbeiterkultur in ihrer Eigenheit, Komplexität und ihren Beziehungen zur Gesamtgesellschaft.

So geht seine Untersuchung von den Erklärungsmustern der deutschen Volkskunde vor dem Ersten Weltkrieg, die in der Arbeiterkultur nur die »Schwundstufe« der vorindustriellen Volkskultur (30) erkennen konnte, über die Anerkennung des Neuartigen in der Arbeit Will-Erich Peuckerts (52ff.) zur Kritik an der »Auflösung der Arbeiterkultur in der empirischen Forschung« (3. Kapitel) in einer Vielfalt beliebiger Gruppen- und Subkulturen. Kramer besteht auf der Besonderheit der Arbeiterkultur gegenüber anderen Kulturen und postuliert: »Die ökonomischen Verhältnisse und die politische und soziale Struktur der Gesamtgesellschaft sind nicht nur Bewerk, sondern Voraussetzung der Kulturanalyse.« (198) Mit Ansätzen, die davon ausgehen (z.B. Lenins Zwei-Kulturen-Theorie), erörtert er die »Klassen- und Formationsspezifika« der Arbeiterkultur (5. Kapitel). Auf dieser Basis unterscheidet er dann zwischen »qualitativen und normativen« Leistungen (208ff.) der Arbeiterkultur und diskutiert die (auch theoretisch) notwendige Verbindung von Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur (7. und 8. Kapitel). Seine Schlußüberlegungen gelten den Perspektiven des historischen Gegenstandes: »Die Auflösung der Arbeiterkultur: Ende oder Übergang?« (316).

Besonders bei den letzten Kapiteln wird deutlich, daß der Autor nicht nur die Kulturtheoriediskussion der letzten Jahre (Haug, Maase, Metscher u.a.) intensiv verfolgt hat, sondern auch eine Vielzahl von historischen Detailstudien berücksichtigt. Für eine wissenschaftliche Kultur beispielhaft ist dabei sein Umgang mit den von ihm kritisierten Kulturkonzepten. So verweist er selbst in seiner scharfen Kritik an Negt/Kluge (»basieren auf vergleichsweise dünner empirischer sozialgeschichtlicher Basis ... wirken daher an vielen Stellen spekulativ«; 154) doch auf eine positive Funktion ihrer Theorien: »sie ist einflußreich gewesen, weil sie von monokausal nur auf die Arbeitswelt bezogenen Erklärungsmodellen wegführte und viele erstmals wieder auf die sinnlich-emotionalen Aspekte von Herrschaft und Klassenkampf hinwies« (155f.).

Auch wenn man einige Aspekte nicht für genügend behandelt hält (oder gar nicht: so z.B. die von Willis beschriebene kulturelle »Durchdringung« gesellschaftlicher Verhältnisse, die sich zugleich als »Fesselung« an die Reproduktion dieser Verhältnisse erweist), auch wenn man die Bestimmung von Klassenspezifika und Formationsspezifika in der heutigen globalen Situation (325ff.) so nicht teilen mag, auch dann gilt: »Die Erarbeitung einer angemessenen Fragestellung ist schon die halbe Antwort: Insofern ist unsere Auseinandersetzung mit der bisherigen Theoriarbeit eigentlich Teil einer eigenen Theorie, und die hier erarbeiteten Differenzierungen können ein Maßstab sein für die Einschätzung weiterer Darstellungsversuche.« (331) Namens- und Stichwortregister ergänzen dieses wichtige Arbeitsbuch für alle, die an kulturwissenschaftlichen Fragen interessiert sind.

Uwe Hirschfeld (Kassel)

**Schreiner-Seip, Claudia: Film- und Informationspolitik als Mittel der nationalen Verteidigung in den USA, 1939-1941.** Eine Studie über die Umsetzung außenpolitischer Programme in Filminhalte. Verlag Peter D. Lang, Frankfurt/M., Bern, New York 1985 (438 S., Ln., 79,- Sfr)

Die übersichtlich gegliederte Darstellung amerikanischer Filmpolitik zwischen dem deutschen Überfall auf Polen und dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 schließt nicht nur eine Lücke auch im Hinblick auf die angelsächsische Literatur, sondern ist — neben der Arbeit von Jan-Christopher Horak über Hollywoods Anti-Nazi-Filme, die die Autorin offenbar nicht mehr benutzen konnte — die einzige geschlossene Darstellung für den Themenbereich alliierter Filmpropaganda während des Zweiten Weltkriegs in deutscher Sprache.

In den gut zwei Jahren vor der unmittelbaren militärischen Beteiligung am Krieg ist die Filmpolitik der USA im Gegensatz zu der von Goebbels zentral gelenkten Filmproduktion in Deutschland gekennzeichnet durch eine dezentrale Vorgehensweise. Mehrere von Roosevelt eingesetzte zivile Informationsbehörden betreiben unabhängig voneinander eine in jeder Hinsicht wenig erfolgreiche Regierungsfilmproduktion. Kriegs- und Marineministerium verfolgen ihre eigene militärische Filmpolitik, die von der Kooperation mit Hollywood bei Spielfilmproduktionen mit militärischem Sujet über den Betrieb von Kinos in den zahlreichen Truppenstandorten bis zur ausgiebigen Produktion von Trainingsfilmen reicht. Außenministerium und ein Coordinator of Commercial and Cultural Relations in Person von Nelson A. Rockefeller kümmerten sich in Absprache um die Sicherstellung des US-amerikanischen Einflusses auf dem lateinamerikanischen Subkontinent durch Produktion und Vertrieb von Wochenschauen, Informations- und Bildungsfilmen sowie die Förderung von Spielfilmproduktionen mit lateinamerikanischen Sujets.

Schließlich wandten sich die acht großen Produktionsgesellschaften Hollywoods selbst zunehmend den zentralen Programmpunkten der nationalen Verteidigung zu: Spielfilme zur Demonstration militärischer Stärke und Hebung vaterländischer Gesinnung waren mit dem Geschäftsinteresse der Filmindustrie gut zu vereinbaren, weil durch die kostenlose Bereitstellung von militärischem Gerät und Soldaten die Produktionskosten effektvoller Szenen herabgesetzt werden konnten und derartige Filme bei wachsender Mobilisierungsbereitschaft in der Bevölkerung vom Publikumsgeschmack mehr und mehr honoriert wurden. Die Erschließung des lateinamerikanischen Filmmarkts lag selbst im unmittelbaren Interesse Hollywoods, nachdem fast der gesamte europäische Exportmarkt durch die faschistische Expansion verlorengegangen war. So zogen Regierung und Industrie trotz vieler Reibereien letztendlich doch einmütig an einem Strang, und das politische Interesse an öffentlicher Mobilisierung wurde vom Profitinteresse Hollywoods bestens zufriedengestellt, ohne daß es hierzu eines zentralen staatlichen Propagandaapparates bedurft hätte.

Da die Autorin den Erfolg der demokratisch kapitalistischen Abwicklung filmischer Mobilisierungspropaganda selbst ausführlich aufzeigt, erscheint es unangebracht, wenn sie mehrfach Roosevelts »Konzeptionslosigkeit« (38), »Überlagerung von Kompetenzen« (91), »Informationschaos« (419) und dergleichen Übelstände der zivilen staatlichen Filmpolitik beklagt, wobei seltsamerweise die Vorstellung einer Leitungszentrale, wie sie real etwa Goebbels' Propagandaministerium darstellt, den nicht explizierten Maßstab des negativen Urteils über Roosevelts Informationspolitik abgibt.

Eine gewisse Konzeptionslosigkeit der Autorin begegnet dem Leser auch an anderen Knotenpunkten der Arbeit. Wer, vom Untertitel angeregt, zu dem Buch greift und nach Erkenntnissen sucht über die Transformationsprozesse, die von der ab-

strakten Formulierung politischer Programmpunkte bis hin zu ihrer dramaturgischen Umsetzung in eine emotional ergreifende Handlung im Endprodukt Film in Gang gesetzt werden, wird sich enttäuscht sehen. In einer narrativen Kompilation von Filmplots und Kommentaren des Filmkritikers der *New York Times* werden die einschlägigen Produktionen der Reihe nach vorgestellt, aber in keiner Weise analysiert. Mehrfach wird eine von der Verfasserin attestierte »mindere Qualität« oder »Oberflächlichkeit« der Filme allen Ernstes als Argument gebracht, sich nicht mit ihnen zu befassen. Dabei hätte eine detaillierte Produktanalyse etwa aus der Banalität des Bösen, wie es in Anti-Nazi-Filmen auf die Leinwand gebracht wird, einiges über die brutale Simplifizierung filmischer Feindbildproduktion in Erfahrung bringen können. Umgekehrt wäre es lohnend gewesen, an einem exemplarischen Filmprodukt einmal der Frage nachzugehen, ob und wieso sich Politik- und Filmemacher so sicher sein könnten, daß das Demonstrieren militärischer Stärke der eigenen Nation vom Kinopublikum positiv und nicht negativ aufgenommen wird. Ärgerlich ist es, wenn die Autorin durchgehend den Tenor der amerikanischen Staatspropaganda dupliziert und als Motiv der nationalen Verteidigung beharrlich eine existentielle Zwangslage qua Bedrohung von außen referiert, während sie doch selbst darauf hinweist, daß die Proklamation der »4 Freiheiten« als offensives Kriegsziel verkündete, »die Welt für die Demokratie zu sichern« (3), und z.B. die jährliche Aufrüstung der Luftwaffe ohne kriegswirtschaftliche Restriktionen geleistet werden konnte (vgl. 313ff.).

Unverständlich ist es, daß keinerlei Bezüge zum 1942 gegründeten Office of War Information (OWI) hergestellt werden, obwohl es der Anspruch des Buches ist, die Vorgeschichte dieser Institution zu schreiben, und in der Tat die Darstellung der zivilen Informationsbehörden und ihrer Filmpolitik und -produktion das Verdienst der Kölner Dissertation ausmacht.

Martin Loiperdinger (Kassel)

**Zielinski, Siegfried: Zur Geschichte des Videorecorders.** Wissenschaftsverlag Volker Spiess, West-Berlin 1986 (408 S., br., 48,- DM)

Die Entwicklung dieses Mediums umfaßt erst vier Jahrzehnte, die Existenz einer Videokultur ist gerade ins allgemeine Bewußtsein und die öffentliche Rechtsprechung gedrungen — und schon eine »Geschichte« des Videorecorders? Zielinski, Medienwissenschaftler an der TU Berlin, versteht seine Dissertation als Baustein zu einem übergreifenden Projekt: einer um das Fernsehen zentrierten Geschichte audiovisueller Vermittlung. Unter diesem Vorzeichen gewinnt diese Geschichte des Videorecorders, die von der des Fernsehens nicht zu trennen ist, ihre wesentliche Bestimmung.

Das von Zielinski entwickelte Konzept einer nicht nur auf den besonderen Gegenstand gerichteten Mediengeschichtsschreibung ist folgerichtig das Produkt zweier Vorgaben: zum einen der Ausrichtung auf die Rehabilitation des technischen Sachsystems, soweit es in der sozialwissenschaftlichen Vergangenheit als konstituierender Faktor kommunikativer Prozesse vernachlässigt worden ist; zum anderen des Versuchs, das gesellschaftliche »Spannungsverhältnis von Technik und Kultur« (41) auch im kategorialen Rahmen einer anvisierten »integrierenden Geschichtsschreibung« widerzuspiegeln. Die Arbeit schließt damit an eine Tradition »anderer« Mediengeschichte an, die sich vor allem von bürgerlichen Technikphilosophien kritisch abzusetzen versucht. Was noch im Zeichen der Studentenbewegung als materialistische »Soziologie« (vor allem der Presse und des Films) begann, sich in jüngster Zeit zur alltags- und biographieorientierten »Sozialgeschichte« (z.B. des Rundfunks und des Fernsehens) entwickelte, wird von Zielinski als »moderne Technikgeschichte« fort-

geführt. In Anlehnung an die Thesen des englischen Kulturosoziologen Raymond Williams zielt er dabei, der Videorecorder als Exemplum, auf die Erfassung des Wechselverhältnisses sozio-technischer Entstehungs- und Entwicklungszusammenhänge und sozio-kultureller Verwendungen.

Dessen Geschichte gilt der breit angelegte, empirische Teil der Studie. Als »Folge von Beziehungsqualitäten« werden dabei die verschiedenen Entwicklungsphasen des Mediums ausgemacht — das Ergebnis ist ein detailliertes Bild seines »erfolgreiche(n) Lauf(s) durch die verschiedenen Märkte der Fernsehkommunikation« (86). Die einzelnen Schritte der Analyse: Nach nur wenigen Jahren technischer Experimente in amerikanischen Labors (»Erfindungsniveau«) wird 1956 ein Prototyp der Öffentlichkeit präsentiert — um in kürzester Zeit die Programmproduktion und -distribution zu revolutionieren, zuerst in den großen kommerziellen Networks (»Innovationsniveau«), dann auch in den Studios außerhalb der USA (»erstes Verbreitungsniveau«).

Auf seinem zweiten Verbreitungsniveau (ab 1962) überspringt das technische Artefakt, das mittlerweile kleiner, einfacher und billiger geworden ist, die Grenzen des massenmedialen Fernsehens und etabliert sich als vielseitig verwendbare Kommunikationstechnik: als Instrument der Überwachung und Kontrolle, der Aus- und Weiterbildung, der Informationsdistribution und Unterhaltung in unzähligen Lebensbereichen; als Instrument künstlerischer Selbstverständigung und kritischer Medienarbeit, um abseits von ökonomischen Verwertungsinteressen mit neuen Kommunikationsformen zu experimentieren. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sind schließlich die Voraussetzungen geschaffen, damit der Videorecorder in die privaten Haushalte einziehen und zum »Konsumgut für die Gestaltung von Restzeiten« (201) werden kann (»höchstes Verbreitungsniveau«); infolgedessen ist auch der neue Absatzmarkt für cineastische Massenwaren geöffnet, vom Horror-Video bis zum internationalen Filmhit der Major Companies.

Zielinski gelingt es, der noch jungen Geschichte dieser Technik bereits einige Geständnisse abzugewinnen, die beim konzentrierten Blick auf die massenmediale Praxis und öffentliche Diskussion verschlossen bleiben müssen. Dazu gehört sicher die Darstellung der verschiedenen Anwendungsfelder des Videorecorders, seine zu schnell unterschätzte Nutzung in militärischen, pädagogischen und medizinischen Bereichen, die Genese und Entwicklung stark beeinflussen. Dazu gehört auch die empirische Widerlegung einiger Vorurteile, nicht zuletzt jenes von der »Einstufung des Gros' der Videonutzer als soziokulturelles Lumpenproletariat« (250).

Diese Rekonstruktion, die Technik und Kultur als zwei zusammenhängende Seiten eines sozialen Prozesses zu integrieren versucht, verdeutlicht auch am »Fall« Videorecorder das Wirken bekannter Gesetzmäßigkeiten: die Entwicklung des technischen Sachsystems erscheint zum einen als von den Verwertungsimperativen der Medienkapitale, der Elektro-, Fernseh- und Filmindustrie, abhängige Variable. Ob die in der Technik angelegten Gebrauchswerteigenschaften besetzt oder unterdrückt werden, ob der Videorecorder in erster Linie als Instrument zum Aufzeichnen von Sendungen (»zeitversetztes Fernsehen«), zum Abspulen audiovisueller Konserven (»Wohnzimmerkino«) oder zur Produktion eigener Programme genutzt wird, verweist zum anderen immer auch auf den allgemeinen Stand gesellschaftlicher Produktion, auf Arbeitslosigkeit, Kaufkraft und Freizeitverhalten der Konsumenten. — Wenn Zielinski abschließend die »audiovisuelle Zeitmaschine« Videorecorder »als nützliches und damit auch für Emanzipationsprozesse einsetzbares Artefakt« (330), als vom Zeitdiktat der Fernsehkommunikation befreiendes Instrument beschreibt, so müssen das heute noch (optimistische) Hinweise auf zukünftige Prozesse sein. Auf

dem Weg zu einer »anderen« Fernsehkommunikation ist diese Arbeit jedoch sowohl in Fragen der Theorie als auch der Praxis eine wertvolle Unterstützung.

Jochen Robes (Münster)

## Erziehungswissenschaften

**Kalpaka, Annita: Handlungsfähigkeit statt »Integration«.** Schulische und außerschulische Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten griechischer Jugendlicher. Ergebnisse einer Untersuchung in der Stadt Hamburg, DJI Forschungsberichte, München 1986 (328 S., br., 29,80 DM)

Kalpaka geht es im wesentlichen um den Nachweis, daß die Befähigung zum Leben in dieser Gesellschaft für ausländische Jugendliche nicht, wie vielfach angenommen, von der möglichst frühzeitigen Integration in das deutsche Regelschulsystem abhängig gemacht werden kann. Wenn sie sich gegen Integration wendet, wie schon aus dem provokativ formulierten Titel des Buches hervorgeht, so zielt sie gegen ein Integrationsverständnis, bei dem kulturelle Integration, sprich: Assimilation, verlangt wird, ohne eine soziale Integration zu gewährleisten. Die Verfasserin stellt dagegen den Begriff der Handlungsfähigkeit als »die Fähigkeit, Lebenssituationen gemeinsam mit anderen zu bewältigen. In bezug auf Einwandererkinder ist darunter auch die Fähigkeit zu verstehen, sich in unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen orientieren zu können« (143). Für die Entwicklung einer solchen Handlungsfähigkeit ist nach Kalpakas Annahmen die Beteiligung am Leben der Einwandererkolonie besonders wichtig. Deshalb ist ein Abschnitt des Buches auch der Darstellung der Institutionen, des Lebens und der Perspektiven der griechischen Einwandererkolonie in Hamburg gewidmet. Im Mittelpunkt der empirischen Untersuchung steht allerdings die Frage der Beschulungsform, der gerade innerhalb der griechischen Kolonie in der Bundesrepublik große Bedeutung beigemessen wird und der auch die Verfasserin besondere Aufmerksamkeit als einer erklärenden Variablen schenkt.

Die Verfasserin stützt sich bei ihrer Untersuchung auf teilnehmende Beobachtung, Expertengespräche und eine Befragung von über hundert Jugendlichen. Sie hat 94 Interviews ausgewertet. Je ungefähr ein Drittel der Befragten kam aus deutschen Regelklassen, ohne den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht besucht zu haben, aus deutschen Regelklassen mit dem Besuch des muttersprachlichen Unterrichts und schließlich aus dem griechischen Gymnasium (Lykion) in Hamburg. Dem Einreisealter nach unterschied sich die erstgenannte Gruppe recht deutlich von den beiden letztgenannten. Die Schüler aus deutschen Regelklassen nämlich ohne muttersprachliche Unterweisung waren überwiegend schon als Kleinstkinder in die Bundesrepublik gekommen, wenn nicht sogar hier geboren. Bei dieser Konstellation wäre nach dem älteren Diskussionsstand der »Ausländerforschung« in der Bundesrepublik eine starke Distanz der Jugendlichen gegenüber der eigenen Herkunfts- oder Minderheitenkultur zu erwarten. Dies wird aber durch die Befragung von Kalpaka in keiner Weise bestätigt. Besonders erstaunlich ist, daß die Beteiligung an kulturellen Einrichtungen der griechischen Kolonie (an nationalen Vereinen, Tanzgruppen, dem Sportclub und der Theatergruppe) bei den Jugendlichen häufiger ist, die nicht das Lykion besuchen.

Leider ist die Untersuchung auf Grund der beschränkten Stichprobe und auch auf Grund des Auswahlverfahrens der Befragten nicht geeignet, die seit langem umstrittenen Annahmen von Schrader u.a. (1976) (das Einreisealter sei entscheidend für die



Entwicklung der kulturellen Identität) empirisch zu widerlegen. Immerhin bestärkt die Untersuchung durch Theorie und Erfahrung begründete Zweifel daran, daß frühes Einreisealter oder aber der Besuch der deutschen Regelklassen die Akkulturation der ausländischen Jugendlichen beschleunigen würde. Die Ergebnisse der Befragung deuten auf andere wichtige Zusammenhänge hin und können damit der weiteren Diskussion wichtige Anstöße geben. Die Verfasserin selbst kennzeichnet ihre Untersuchung als »Explorationsstudie«. Sie ist in ihren erklärten Ansprüchen, was die Aussagekraft der Ergebnisse angeht, recht bescheiden. Allerdings stehen die stellenweise kühnen Schlußfolgerungen (vgl. 201, 251) in Kontrast dazu.

Die Vertrautheit der Verfasserin mit dem Leben der griechischen Kolonie gereicht der Untersuchung zweifellos an vielen Stellen zum Vorteil. Die Kehrseite der Medaille ist freilich eine Identifikation mit der Untersuchungsgruppe, die manchmal eine unvoreingenommene Betrachtung zu erschweren scheint. Kalpaka wendet sich beispielsweise zu Recht gegen die Klischeevorstellung von der allgemeinen Rückständigkeit der Migrantenfamilien. Die Beurteilung wird aber dort unkritisch, wo sie jedes Qualifikations- und Sozialisationsdefizit generell bestreitet (167).

Trotz einiger Schwächen gehört das Buch zu den Publikationen aus jüngerer Zeit, die eine neue Betrachtungsweise für interkulturelle Entwicklungen eröffnen und liebgewordene Vorstellungen in Frage stellen. Einige Ergebnisse der Befragung sprechen dafür, daß eine bikulturelle Erziehung und Bildung, d.h. seitens der Schule ein bilingualer Unterricht, der Situation vieler Migrantenkinder eher angemessen wäre. Die Verfasserin selbst spricht sich entschieden für diesen Weg aus, ohne daß sie die Entwicklung der Lösungsformen dafür für abgeschlossen hielt.

Georg Auernheimer (Marburg)

**Hansen, Georg: Diskriminiert.** Über den Umgang der Schule mit Minderheiten. Beltz Verlag, Weinheim, Basel 1986 (130 S., br., 22,80 DM)

Hansen will an »ausgewählten Minderheiten« beispielhaft den Umgang der Schule mit Minderheiten darstellen und daraus »allgemeine Schlußfolgerungen für eine nicht diskriminierende Schule ableiten« (13). Das Kriterium der Auswahl und die Verwendung des Begriffs »Minderheiten« ist pragmatisch: Gemeinsames Merkmal ist die Diskriminierung. Zusätzlich wurden die folgenden beiden Auswahlkriterien herangezogen: Die Minderheiten sind in nennenswerter Zahl an den Schulen vertreten, und es liegt ausreichend Literatur über sie vor.

Der Autor schildert die historische bzw. aktuelle Schulsituation von sieben Minderheiten: der Polen im Ruhrgebiet (43ff.), der Dänen im nördlichen Schleswig-Holstein (57ff.), der Sorben in der DDR (66ff.), der Sinti und Roma (77ff.), von Dialektsprechern (92ff.), von homosexuellen (101ff.) und behinderten (117ff.) Schülerinnen und Schülern. Er berichtet engagiert, kenntnisreich und leicht verständlich über das unterschiedliche Ausmaß und die verschiedenen Formen der Diskriminierung dieser sieben Minderheiten sowie über deren Gegenwehr zur Wahrung ihrer kulturellen Identität und über Verbesserungen der Schulsituation vor allem für Sorben und Dänen.

Eine systematisch-analytische Bilanz der Schilderungen fehlt und daher auch eine Reflexion darüber, ob wirklich sinnvoll »über den Umgang der Schule mit Minderheiten« gesprochen werden kann.

Hansens Schlußfolgerungen (128-130) sind blamabel. »Eine Schule, die nicht diskriminiert«, muß nach seiner Auffassung zwei Grundvoraussetzungen erfüllen: 1. »Angehörige von Mehrheit und Minderheiten müssen gemeinsame Lernprozesse durchlaufen«, in denen sie einander kennenlernen können (128). Diese Vorausset-

zung sieht er in der Grundschule und — mit Einschränkungen — in der Gesamtschule erfüllt (129). 2. Die Lebenssituation und -perspektive von Kindern und Jugendlichen muß zum Ausgangspunkt von Lernprozessen gemacht werden (128). Zur Realisierung dieser Voraussetzung haben in den letzten zwanzig Jahren Gesamtschulen und vor allem Grundschulen Versuche unternommen (129). Da auf absehbare Zeit die beiden Grundvoraussetzungen nicht »flächendeckend« vorhanden sein werden, setzt Hansen auf mehr Informationen und bessere Unterrichtsmaterialien über Minderheiten (130).

Mir ist diese Einschätzung zu optimistisch. Hat Hansen die Schulsituation der Migrantenkinder schlicht vergessen? Welcher türkische Schüler (und welcher deutsche) erfährt in der Gesamtschule etwas über türkische Kultur und Geschichte? Welche kurdische Schülerin (und welche deutsche) hört in der Grundschule auch nur einen Satz in kurdischer Sprache? Gemeinsamer Schulbesuch bedeutet in aller Regel noch immer »multikulturelle« Erziehung unter deutscher Vorherrschaft; interkulturelle Erziehung ist die — von Schulbehörden stets bedrohte — Ausnahmeerscheinung. Die Forderung nach mehr Information halte ich für naiv. Die Probleme im Verhältnis von Mehrheit und Minderheiten sind nicht in erster Linie eine Frage von Informationen. Hansens Forderung nach mehr Information — und sein Appell an den »guten Willen aller Beteiligten« (130) — ist die hilflose Konsequenz der Perspektive, aus der er die Schulsituation der sieben Minderheiten betrachtet: Ihre Diskriminierung ist Resultat staatlicher Schulpolitik. Es ist sicher richtig, auf die staatlich verordnete Zwangsgermanisierung der Polen oder die Aussonderung von Behinderten hinzuweisen. Unzureichend ist es jedoch, wenn nicht nach den Trägern von Vorurteilen, nicht nach der Wirkungsweise von Feindbildern bei der »Mehrheit« gefragt wird. Erst dann, wenn die Bedeutung von Vorurteilen und Feindbildern für die individuelle Vergesellschaftung von Angehörigen der »Mehrheit« in die Betrachtung der »Minderheitenproblematik« einbezogen wird, sind praktische Handlungsperspektiven statt bloßer Appelle zu entwickeln.

Norbert Franck (West-Berlin)

**Göpfert, Hans: Ausländerfeindlichkeit durch Unterricht.** Konzeptionen und Alternativen für Geschichte, Sozialkunde und Religion. Pädagogischer Verlag Schwann-Bagel, Düsseldorf 1985 (207 S., br., 28,- DM)

Keine andere Gruppe ausländischer Jugendlicher hat es in der Bundesrepublik so schwer, in der Schule und in außerschulischen Gruppen anerkannt und akzeptiert zu werden wie junge Türken. Göpfert, selbst jahrelang Lehrer und heute in der Lehrerbildung tätig, fragt nach dem Beitrag, den die Fächer Geschichte, Sozialkunde und Religion zur kulturellen Integration ausländischer, insbesondere türkischer Jugendlicher leisten. Seine Untersuchung stützt sich auf die Lehrpläne der Hauptschulen, vor allem in Bayern, also der Schulart, in der die Sozialisation ausländischer Jugendlicher vorwiegend stattfindet.

Im ersten Kapitel »Geschichte« wird einleitend die Frage nach dem Sinn von Geschichtsunterricht gestellt. Eine Analyse der geschichtlichen Themen, die im 5./6. Schuljahr an bayerischen Hauptschulen, nach den Vorgaben des Lehrplans, behandelt werden (Vor- und Frühgeschichte, Alte Hochkulturen, Griechische und Römische Geschichte, Mittelalterliche Geschichte), ergibt, daß lehrplanadäquater Geschichtsunterricht immer noch nationaler Geschichte weitgehend verpflichtet ist und auf die Weckung »nationaler Identität« (13) abzielt. Festzuhalten gilt es, daß das Fehlen einer Darstellung türkischer Kultur und Geschichte, auch in Ansätzen, zeigt, daß »Völkerverständigung« nicht angestrebt wird, statt dessen bewirkt die Behandlung nationalgeschichtlicher Themen »Abgrenzungs- und Aggressionstendenzen

anderen Staaten gegenüber« (22). Diese Behauptungen belegt Göpfert beispielhaft an der Behandlung der Kreuzzüge, die sowohl in den deutschen wie in den türkischen Lehrplänen den Gegner ausschließlich aus der eigenen, nationalen Perspektive darstellen. Im Sinne eines wechselseitigen Verstehens (Biperspektivität) findet offener Geschichtsunterricht nicht statt. Der praktizierte Geschichtsunterricht führt vielmehr zur »Minderbewertung der Geschichte und kulturellen Leistungen anderer Völker, zu(m) Aufbau von Feindbildern«, und die Chance der »Weckung von Interesse an den Menschen anderer Kultur und Nationalität« (43), an der Erweiterung der eigenen Identität durch Fremdverstehen wird vertan. Nur durch interkulturelles Lernen kann die Basis für eine »neue, gemeinsame, friedliche inter-nationale Kultur« (78) geschaffen werden.

Ebensowenig wie der Geschichtsunterricht fühlen sich die Fächer Sozialkunde und Religion der interkulturellen Erziehung verpflichtet, stellt Göpfert fest. Beachtet ein Lehrer die Bestimmungen des Lehrplans, so braucht er in dem Fach Sozialkunde auf die Ausländerproblematik nicht einzugehen, da sie in Bayern nicht vorgesehen ist. Die ausschließlich positive Darstellung von Familie, Schule, politischem System und Regierungsform der Bundesrepublik Deutschland führt zur Vorgaukelung einer »heilen Welt«, zu der alternative Formen als Denkmöglichkeit nicht zugelassen sind. Der Autor sieht insbesondere durch die negative Darstellung der DDR eine Feindbildwirkung, die zu Antikommunismus und Ausländerfeindlichkeit führt (135). Auch im Religionsunterricht wird die Chance vertan, zum Abbau von »Nicht-Verstehen« von Ausländern beizutragen. Fremdenhaß wird u.a. erzeugt durch die Fremdheit und Andersartigkeit der Religion; eine intensive Beschäftigung im Unterricht mit dem Islam würde zu einem besseren Verständnis und damit zu einem geänderten Verhalten gegenüber Türken führen. Der Religionsunterricht aber versagt sich weitgehend der Öffnung zu weltanschaulicher Pluralität, wie sie für eine kulturelle Integration Andersgläubiger notwendig wäre.

Der gesamten Untersuchung ist in Diktion und Argumentation anzumerken, daß der Autor eindeutig Partei ergreift für eine interkulturelle Erziehung, auch wenn Perspektiven, wie diese in der Realität aussehen könnte, fehlen. Göpfert gewinnt seine Ergebnisse ausschließlich durch Lehrplananalysen. Auch wenn die Lehrpläne nur zum Teil die unterrichtliche Realität bestimmen, so ist deren Analyse doch eine wichtige Voraussetzung der Entwicklung interkultureller Erziehung.

Heidrun Baumann (Regensburg)

**Tumat, Alfred J. (Hrsg.): Migration und Integration.** Ein Reader. Reihe Interkulturelle Erziehung in Praxis und Theorie, Bd. 3, Pädagogischer Verlag Burgbücherei Schneider, Baltmannsweiler 1986 (325 S., br., 36,- DM)

Der von Tumat, Professor für Deutsch als Fremdsprache, herausgegebene Reader mit insgesamt 17 Beiträgen wendet sich nach Auskunft des Herausgebers u.a. auch an Studierende. Er ist jedoch — unabhängig von der Qualität einiger Beiträge — für Studierende schlecht geeignet. Erstens ist eine Systematik nur schwer auszumachen, wenn man einmal von der Einteilung nach drei Themenschwerpunkten absieht, die überschrieben sind: »Probleme der Arbeitsmigration«, »Aspekte der interkulturellen Verständigung« und »Perspektiven der Integration«. Zweitens sind die Beiträge nicht nur von unterschiedlichem Informationswert, sondern auch von recht unterschiedlicher didaktischer Qualität. Jedenfalls sind sie auf sehr unterschiedliche Adressatengruppen zugeschnitten. Während beispielsweise der knappe Überblick über die Entwicklung der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik, verfaßt von Walz, auch für Anfänger aufschlußreich ist ebenso wie der Aufsatz von Uçar über psycholo-

soziale Folgen der Migration, dürften die knappen Thesen von Guerra über die Rolle der Berufsbildung in der Wanderungspolitik fast nur Insidern verständlich sein. Bei den wenigsten Aufsätzen handelt es sich um Originalbeiträge. Besonders fraglich erscheint der Nutzen eines Beitrags des Herausgebers unter dem Verlegenheitstitel »Stichwörter«. Es handelt sich um Glossen für eine Zeitschrift, die ohne Rücksicht auf ihre Aktualität in den Band übernommen wurden. Drittens erscheint auch die Einführung in die Diskussion um interkulturelle Erziehung relativ willkürlich, da man sich auf einen Aufsatz von Essinger beschränkt hat, eine Darstellung und Kritik anderer Positionen aber fehlt. Ganz sicher sind einige Beiträge des Bandes sehr gut. Manche zeichnen sich dadurch aus, daß sie exemplarische Einblicke verschaffen. Aufschlußreich auch für Fachleute ist ein Bericht über Diskussionen und Planungen zu einem islamischen Religionsunterricht an bundesdeutschen Schulen. Aber ein Sammelband ist nicht nach einzelnen Beiträgen zu beurteilen, sondern nach seinem möglichen Nutzen als Gesamtwerk.

Georg Auernheimer (Marburg)

**Borrelli, Michele (Hrsg.): Interkulturelle Pädagogik. Positionen—Kontroversen—Perspektiven.** Pädagogischer Verlag Burgbücherei Schneider, Baltmannsweiler 1986 (241 S., br., 32,- DM)

Es irritiert, wenn ein Sammelband zur »Interkulturellen Pädagogik« von einem Pädagogen herausgegeben wird, der von interkultureller Erziehung nicht viel hält. Denn — so Borrelli zum Wert kultureller Vielfalt —: »Dummheit wird nicht durch einen Pluralismus von Dummheiten aufgehoben«. (26) Da Borrelli nicht von der Notwendigkeit ausgeht, daß die Menschen ihr Leben produzieren und mit der Produktion ihres Lebens bestimmte Formen ihres sozialen Verkehrs, ihres Denkens etc. hervorbringen, sondern ausgeht vom Denken als dem, was das Wesen des Menschen ausmacht, erhält die Pädagogik die einzige Aufgabe, den Menschen zu helfen, daß sie in unabschließbarem Regreß ihre Denkvoraussetzungen hinterfragen. In dieser Sichtweise tritt jede Kultur nur in ihrer Borniertheit in Erscheinung. »Kulturmuster ... bieten Denkanregungen« (18) — mehr aber auch nicht. Etwas stärker wird der Eigenwert von Kulturen als notwendige »Selbstinterpretation« von Gemeinschaften im selben Band von dem ebenfalls am Neukantianismus orientierten Ruhloff gewichtet; er vertritt mit Borrelli die Idee einer »kulturtranszendierenden Bildung«.

Man möchte den vom Geist der Aufklärung zehrenden Versuchen zu einer »Entmystifizierung des Kulturellen« (Borelli, 16) angesichts aktueller Tendenzen, das Nebeneinander subkultureller Reservate als gesellschaftliche Perspektive zu glorifizieren, spontan applaudieren. Aber dem steht dann doch die unhistorische Abstraktheit dieses Ansatzes entgegen. Den Autoren geht es um »das Menschliche« (Dickopp, 43). Für diese Pädagogik »gibt es weder 'Ausländer' noch 'Inländer': für sie gibt es nur Menschen« (Borelli, 24). Nur auf den ersten Blick seltsam erscheint daher das Nebeneinander von universalistischen Positionen und von Beiträgen mit eher kulturrelativistischer Tendenz. Denn beiden gemeinsam ist ein abstrakter Humanismus und ein heimlicher Eurozentrismus. Dort kosmopolitische Haltung, hier sanfte Toleranz selbst gegenüber bizarren Traditionalismen. So ist in Ruhloffs Überlegungen sogar das Umschlagen von der einen in die andere Position angelegt. Ein Ausweg aus dem Dilemma deutet sich in dem Beitrag von Gamm an, der in historisch-materialistischer Betrachtungsweise mit der geschichtlich möglich gewordenen Erfahrung des gattungsgemäß Allgemeinen die Aufgabe gestellt sieht, »die Fassungskraft für das Allgemeine erst zu schaffen« (108). Mit diesem Hinweis wird auch das breite Spektrum der versammelten Positionen deutlich. Das müßte gewiß kein Nachteil sein, könnte vielmehr höchst anregend sein, wenn die Beiträge

irgendwie aufeinander Bezug nehmen würden, was aber nicht der Fall ist, von Kontroversen ganz zu schweigen. Insofern ist der Untertitel des Bandes irreführend. In mehrfacher Hinsicht findet der/die Leser/in völlig gegensätzliche Standpunkte beziehungslos nebeneinander. So gibt es für Hamburger kaum migrantenspezifische Konflikte und Entwicklungsprobleme, es sei denn, politisch bedingte. Die Rede vom Kulturkonflikt hält er — teilweise zu Recht — für problematisch. Nach Nitzschke dagegen »gibt es offensichtlich so etwas wie eine europäische Zivilisation« (175), einen vom Christentum geprägten Wertekonsens, von dem er die Türken ausgeschlossen sieht. Ihre Ausbildungsmisere erklärt er mit den ihnen eigenen Kulturmustern. — Ein besonders deutlicher Beleg für die Folgen eines geisteswissenschaftlich verkürzten Kulturbegriffs.

Das Nebeneinander der Positionen macht den Sammelband für Einführungszwecke ungeeignet. Er bietet sich als ein argumentatives Durcheinander dar. Diese Art von Pluralismus fördert die eigene Urteilsbildung kaum, entgegen der Zuversicht des Herausgebers, der meint, daß die Divergenz der Positionen der Dogmatik entgegenwirke (6). Auch die Interdisziplinarität beschränkt sich darauf, daß Vertreter verschiedener Fächer für den Band geschrieben haben. Die Beiträge sind nicht nach Themen oder Disziplinen gruppiert, sondern stehen in der alphabetischen Abfolge ihrer Autoren, was man wohl als ein Zeichen der Verlegenheit interpretieren darf.

Georg Auernheimer (Marburg)

**Müller, Burkhard, Christian Niemeyer und Hilmar Peter (Hrsg.): Sozialpädagogische Kasuistik. Analysen und Arbeitsmaterial zu einem Fall. Kritische Texte** Verlag, Bielefeld 1986 (195 S., br., 20,- DM)

Den Herausgebern ist zuzustimmen, wenn sie in der Einleitung feststellen, daß »der sozialwissenschaftliche Aufschwung, der die Sozialpädagogik seit Ende der sechziger Jahre erfaßte, die Methodenlehre weitgehend ausgeklammert« hat (1). Auf Grund von Diskussionen der Arbeitsgruppe »Sozialpädagogische Intervention« der Kommission Sozialpädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft entstand der vorliegende Band als ein Versuch, neue Ansätze einer sozialpädagogischen Methodenlehre in Abgrenzung vom Verdacht der Praxisferne und Theorielastigkeit ebenso wie in Abgrenzung zu einer theorieleeren Handwerkelei zu probieren. Unter sozialpädagogischer Methodenlehre verstehen die Herausgeber ausschließlich die Kasuistik, die Lehre von den Einzelfällen. Was der Fall ist, definiert Peter folgendermaßen: »Dem Fall liegt immer ein Geschehen, ein Ereignis, liegen Zusammenhänge zugrunde. Das ist das Material. (...) Der Fall selber wird konstruiert. (...) Die Konstruktion zu einem Fall ist immer die gedankliche Leistung dessen, der über das Fallmaterial nachdenkt« (19). »Jeder Konstruktion liegt ein Zweck auf Grund einer Intention zugrunde.« (20)

Der vorliegende Band ist als didaktisches Material für die sozialpädagogische Methodenausbildung konzipiert. Einer der Herausgeber hatte den Autoren die Tonbandabschrift der Diskussion eines Konfliktes in einem Heim zugesandt. Ein Praktikant und mehrere Erzieher artikulieren, daß sie sich von einem Jungen bedroht fühlen. Dieser Junge habe von dem Geld, das Verwandte ihm geschenkt hatten, ein Messer erworben. Die Mitarbeiter führen Zerstörungen an Einrichtungsgegenständen im Heim auf dieses Messer und seinen Besitzer zurück. Gemeinsam mit dem Heimleiter und einem Psychologen diskutieren die anwesenden Mitarbeiter die empfundene Bedrohung und suchen gemeinsam einen Weg zu ihrer Beseitigung. Da den Beteiligten keine pädagogisch begründbare Lösung einfällt, legt der Heimleiter abschließend die administrative Entscheidung durch zuständige Behörden nahe (9-17).

Anhand des Protokolls der Teambesprechung wollen die Autoren ihre methodologischen Vorstellungen entwickeln und beschreiben. Hierbei wäre zu erwarten, daß folgende Ebenen deutlich unterschieden werden: (1.) Das Material ist ein Teamgespräch, das anhand des Protokolls zum Fall wird. (2.) Das vorliegende Protokoll enthält einen zweiten Fall, in dem ein Junge angeblich bedrohlich und zerstörerisch agiert. Das dem zweiten Fall zugrundeliegende Material läßt sich anhand des Protokolls nicht erschließen. Diese grundlegende Differenzierung des komplexen Zusammenhanges wird in den Bemühungen der Mehrheit der Autoren, Fachhochschul- und Universitätslehrern, nicht durchsichtig. Anstatt die Ebenen des Falles zu durchdringen, anstatt den komplizierten Zusammenhang der Strukturen aufzudecken, lassen einige Autoren den Fall quasi auf sich einwirken, um ihn auf Anknüpfungspunkte für bekannte Theorien abzuklopfen. So kann die Untersuchung als ein Geflecht von Assoziationen angelegt werden: ausgehend von der Darlegung der spontan-emotionalen Betroffenheit fortschreitend zur Interpretation anhand theoretischer Erkenntnisse. Ein Autor notiert z.B., daß er sich »spontan recht gut in den Heimleiter hineinversetzen (kann), seine vermeintliche Sturheit imponiert« ihm (97). Eine Autorin erlebt die zweite Fallebene plastisch: »Der Junge mit dem Messer verfolgte mich«; »handlungsunfähig wie das Kaninchen vor der Schlange saß ich da ...«. Ausschließlich Marianne Meinhold warnt vor der Verwendung fremden Fallmaterials in einer Übung zur Analyse von Deutungsmustern (68).

Während die Herausgeber pauschal behaupten, die Arbeit mit Fällen diene dem Theoretiker, am wirklichen Leben teilzuhaben (als ob das wirkliche Leben ein Konstrukt wäre), und dem Studierenden, die Praxis näher kennenzulernen (4), weist sie darauf hin, daß es dem Studierenden »zunächst und vor allem dann (gelingt), die handlungsregulierenden Themen und Konzepte zu erkunden, wenn sie über ihre eigenen (pädagogischen) Handlungen, über Erfolge und Mißerfolge bei der praktischen Arbeit berichten und sich gegenseitig in Kleingruppen und nach sich entwickelnden Regeln beobachten« (68f.). Marianne Meinhold gelingt es, allgemeine Aspekte des vorgegebenen Falles herauszustellen, die für die Interpretation und Bewertung auch anderer Teambesprechungs-Fälle Relevanz beanspruchen können. Ihr »Fall« ist dabei identisch mit dem Protokoll. Ihr Beitrag lohnt die Lektüre des Bandes. Sie benennt den Kontext, in dem sie das Protokoll erhalten hat, ihre persönlichen Arbeitsschwerpunkte und ihre beruflichen Interessen. Die Spannung zwischen dem alltäglichen Erfahrungswissen und der wissenschaftsbezogenen Argumentation im Protokoll reizen sie, einige Überlegungen zur Qualitätsbestimmung der vorgetragenen Argumente anzustellen (52). Indem sie zwischen psychologisierenden Deutungsmustern und Common-Sense-Konzepten unterscheidet, gelingt es ihr, Charakteristika in der Argumentation des Heimleiters, des Psychologen und der Erzieher herauszuarbeiten. Sie weist darauf hin, daß »die von theoretischen Etiketten durchsetzte Sprechweise der Psychologischer ... fälschlicherweise beim Zuhörer den Eindruck entstehen lassen (kann), hier handele es sich um theoriegeleitetes Argumentieren« (55) und wendet sich gegen die mögliche Annahme, Common-Sense-Konzepte seien als »naive Theorien« pädagogisch minderwertig (57). Beide Deutungsmuster sind verbale Konzepte. »Diese können zwar handlungsleitend sein, führen aber nicht ohne weiteres zu entsprechenden Handlungen« (57). »Pädagogisches Arbeiten besteht häufig nicht darin, bewertbare Lösungen zu verfertigen, sondern Teillösungen oder gar Notlösungen zu erarbeiten, deren Unzulänglichkeiten weniger pädagogischer Inkompetenz, sondern mehr gesellschaftlichen Realitäten anzulasten sind« (59). Um theoretisches Wissen für eine Bearbeitung praktischer Probleme fruchtbar zu machen, bietet sie einen Orientierungsleitfaden mit folgenden

Phasen an: (1.) Konkrete Beschreibung, (2.) Unstrukturierte Gruppendiskussion, (3.) Bewußtwerdung der impliziten Theorien, (4.) Erweiterung der Alltagstheorien durch wissenschaftliche Theorien, (5.) Auswertung (64f.). Anhand des Begriffes *setting*, der ein räumliches und soziales Milieu umfaßt und nicht nur durch die »gegenständlichen Bedingungen eines Ortes (z.B. Spielplatz, Wohnung, Schule), sondern immer gleichzeitig auch durch die an diesen Ort gebundenen Handlungen (sogenannte Rituale)« gekennzeichnet ist (65), gelingt es der Autorin u.a., die Bedrohungsorientierung der Erzieher im Protokoll einer situationsgerechten Interpretation zugänglich zu machen.

Es lohnt nicht, auf die Beiträge der anderen Autoren vergleichbar einzugehen. Weigand weist auf den Wert des freien Assoziierens für das praktische Handeln hin (43). Niemeyer untersucht die »Verstehensleistungen zwischen intransparenten objektiven und subjektiven Theorien«. Wegener beschäftigt sich mit der »Erkenntnisleistung in der Praxis, zum Verhältnis von Subjektivität, Theorie und Methodik« (97). Nach seiner Auffassung kann anhand von Exempeln erprobt werden, was später Ernst wird: der moralische Mut zur Entscheidung (III). Braun und Wilhelm befassen sich mit dem Thema Repressive Sozialpädagogik und Selbstfeindschaft der Subjekte (115). Müller beschäftigt sich mit dem »Teamkonflikt oder: Ein Spiel um Macht und Ohnmacht« (135) und nutzt den Fall als Vorlage für ein Rollenspiel. Sein Sympathiepartner in der Fallgeschichte ist der Heimleiter, »der so deutlich sieht, was besser laufen müßte und doch Gefangener seiner Situation bleibt; der um ein besseres Team kämpft und daran scheitert«. Heiner behandelt das Problem, das nicht bearbeitet werden darf (157). Anhand systemtheoretischer, interaktions- bzw. kommunikationstheoretischer Erklärungsansätze dichotomisiert sie das Team in den Heimleiter, dem ihre Sympathie gilt (178), und die Erzieher, die im Team und zwischen Team und Umwelt durch kontinuierliche Rückkopplungsprozesse und mit der Tendenz zur Homöostase miteinander in Beziehung stehen (163).

Hans-Jürgen Lichtenberger (Bonn)

## Geschichte

**Duby, Georges: Europa im Mittelalter.** Klett-Cotta Verlagsgemeinschaft, Stuttgart 1986 (249 S., Ln., 29,80 DM)

Mittelalter ist en vogue. Wie bei jeder Modewelle werden neben viel Unsinn auch Bücher auf den Markt gebracht, bei denen man nur begrüßen kann, daß sie einem größeren Publikum angeboten werden. Das gilt in diesem Fall vor allem für die Arbeiten der bedeutenden französischen Historiker, zu denen Duby zählt. Das Buch enthält einen Essay und eine Quellensammlung in Paralleldruck, so daß man immer links in einer Quelle und auf der rechten Seite in Dubys Text lesen kann. Der Essay ist auf die Schriftquellen nicht bezogen, sondern handelt über Quellen Bildender Kunst.

Absicht Dubys ist es, »die künstlerischen Formen in dem sie umgebenden Rahmen, der maßgebend war für ihre Entstehung, zu zeigen und die Bedeutung des Kunstwerkes im Wandel der Epochen darzulegen; die Funktion, die es unter seiner scheinbaren Zweckfreiheit erfüllt; seine Beziehungen zu den produktiven Kräften, zu einer Kultur unter deren vielfältigen Ausdrucksformen es eine darstellt; zu einer Gesellschaft, deren Träumen es den Stoff liefert« (247). Duby weist auf den Produktivkraftfortschritt hin, der durch den Übergang von antiker Sklaverei zum Feudalismus zustande kam (II); darauf wie, gepaart mit feudaler Unterdrückung, ökonomisch

mische Dynamik und eine kolonisatorische Expansion entstand (23). »Die Bauern sind zu immer härterer Arbeit gezwungen, und ihre Herren nehmen ihnen fast alles.« Er vergleicht das Rittertum mit einer Besatzungsarmee im eigenen Land (19). Und doch, überlebten früher nur zwei, so jetzt drei Kinder, »und das genügt, um jeglichen Fortschritt anzulegen« (55).

Aber vieles bleibt unklar. Beispielsweise die ganz richtige, auf den ersten Blick aber paradoxe Aussage: »Die ersten Phasen des Wachstums waren um das Jahr Tausend durch eine Zersplitterung der Macht zutage getreten — durch das Aufkommen der Feudalherrschaft.« (61) Wachstum durch Zersplitterung? Das wird nicht ausgeführt. Oder die Feststellung über den »Elan des Wohlstandes« im 13. Jahrhundert, »der seinen Ursprung in den ländlichen Gegenden hatte und die städtische Wirtschaft mitriß« (99). Kein Wort weiter. So wird vieles nur angedeutet. Der kundige Leser wird die eingestreuten erklärenden Bemerkungen aufnehmen — freilich jeder nach seinem Verständnis —, dem weniger kundigen geben sie kaum etwas. DUBY beschreibt die Kunst des Mittelalters als die der Kaiser, der Klöster, schließlich der Städte und Bürger. Er setzt die Ausdrucksformen in Beziehung zu Not und Mühsal der Menschen, zu feudaler Unterdrückung, später zu bürgerlichem Wohlstand. So neu ist das allerdings nicht, was er zu sagen hat. Überhaupt begnügt er sich zu sehr mit der Beschreibung, versucht zu wenig, Erklärung zu finden.

Taugt das Buch als Einstieg in die mittelalterliche Geschichte (wie der Titel nahelegt)? Es ist nicht falsch, sich einem Wissensgebiet auf kulinarische Weise zu nähern. Allerdings muß harte Information nachgeschoben werden, weil sonst Einsicht zu sehr im Ungefähren bleibt. Trägt das Buch dazu bei, die Mystifizierung des Mittelalters, die die aktuelle Woge trägt, abzubauen? Kaum, eher liegt es im Trend. Ja, es scheint gerade diese Art von Arbeiten mit ihrer devotionalen Haltung gegenüber dem Religiösen, speziell dem Klosterleben, zu sein, die diesen Trend begünstigt haben.

Hartmut Zückert (West-Berlin)

**LeGoff, Jacques: Die Intellektuellen im Mittelalter.** Klett-Cotta Verlagsgemeinschaft, Stuttgart 1987 (216 S., Ln., 29,80 DM)

Gegenstand dieser mit einem Nachwort LeGoffs zur deutschen Erstausgabe versehenen Arbeit aus dem Jahr 1957 ist die Herausbildung eines neuen Intellektuentyps im 12. Jahrhundert, im Übergang zum sogenannten zweiten Feudalzeitalter. Im Gegensatz zur ersten Phase des Feudalismus, in der die auf dem Land gelegenen Klöster Träger der intellektuellen Entwicklung sind, bildet sich dieser neue Typ an den Universitäten in den Städten heraus. Motor dieser Entwicklung ist vor allem der gestiegene Bedarf an Spezialisten für technische und für Verwaltungsaufgaben in den Städten selbst sowie in den entstehenden Bürokratien von Staat und Kirche. Zentrale Aufgabe der Universitäten ist die Ausbildung dieser Intellektuellen für den praktischen Bedarf. In seinem Nachwort versucht LeGoff mit Hilfe der Überlegungen Gramscis eine Bestimmung dieser Spezialisten als »organische« Intellektuelle, treue Diener der Kirche und des Staates. Die Universitäten werden mehr und mehr zu Brutstätten für »hohe Funktionäre« (175).

LeGoff untersucht aber nur die Intellektuellen genauer, die an den Universitäten lehren, nicht dagegen die von der Universität für den praktischen Bedarf ausgebildeten Spezialisten. Mir scheint, daß er dadurch die universitären Intellektuellen zu pauschal zu organischen Intellektuellen der Kirche erklärt.

Denn offenbar besteht die besondere Leistung dieser frühen Universitäten gerade darin, organische Intellektuelle *verschiedener* Klassen (Adel und Bürgertum) sowie verschiedener Fraktionen der herrschenden Klasse (Kirche und Territorialherren)



auszubilden. Dies führt zu ganz verschiedenen Interessen an der Universität. Die Kirche, die für die ersten Universitätsgründungen allein verantwortlich ist, sucht vor allem Antworten auf die Probleme der Eingliederung der städtischen Bevölkerung in die Ordnung der mittelalterlichen Welt — in der typischen Konstruktion der Ständegesellschaft, Bauern—Krieger—Priester, ist kein Platz für den Bürger, obwohl vor allem der Handel eine zunehmend wichtigere und vor allem für große Territorialherren und die Kirche selbst unverzichtbare Funktion in der Aneignung des ländlichen Surplus übernommen hat. Diese bürgerlichen Kreise gilt es zu gewinnen. Zugleich sind aber auch die Städte selbst an den Universitäten und deren Ausbildungsmöglichkeiten aus ganz handgreiflichen Gründen interessiert, wie auch die Feudalherren. Diese verschiedenen und einander auch widersprechenden Interessen führen zu einer zeitweisen Autonomie der Universitäten, da die sie bedrängenden Mächte sich wechselseitig neutralisieren. In dieser Atmosphäre relativer Autonomie kann erstmals im Mittelalter eine sehr kontroverse Diskussion über das Verhältnis von Glaube und Vernunft geführt werden.

LeGoff zeigt, wie sehr die Mentalität dieser Intellektuellen der des städtischen Bürgertums ähnelt. Wissenschaft wird verstanden als Kunst, als eine Technik mit genau bestimmbar und erlernbaren Regeln. »Die Schulen sind Werkstätten, aus denen Ideen wie Waren ausgeführt werden. Beim städtischen Aufbau findet sich der Professor mit dem gleichen produktiven Drang neben dem Handwerker und dem Kaufmann wieder.« (68) Die Professoren leben in der Mehrzahl davon, ihr Wissen an die Studenten zu verkaufen und erlangen so auch materielle Unabhängigkeit. Inhaltlich äußert sich diese Mentalität in einer Neubewertung des Status von Natur und Mensch. Die Natur gilt als nach strengen Gesetzen geordnetes Ganzes, von Gott unabhängig ab dem Moment der Schöpfung. »Der inmitten des städtischen Aufbaus lebende Intellektuelle des 12. Jahrhunderts sieht das Universum nach diesem Bild als großes, von den Geräuschen der Handwerke surrendes Werk« (63). Der Mensch gilt als prinzipiell fähig, diese Ordnung der Natur zu durchschauen und die Welt durch sein Handeln zu verändern — der Mensch ist Mitschöpfer der Welt.

Auf Grund dieser herausgehobenen Stellung des Menschen hat man oft von der Renaissance des 12. Jahrhunderts gesprochen. So modern uns aber auch diese Positionen erscheinen mögen, so groß ist doch die Differenz. Die behauptete, »vernünftige« Ordnung der Welt ist stets rein theoretisches Konstrukt, immer in möglichst enger Übereinstimmung mit der Bibel. Der Scholastik, das für diesen Zweck entwickelte Verfahren, »geht es im wesentlichen um die Beziehungen zwischen Wort, Begriff, Sein ... Scholastik fußt auf der Grammatik« (95). In diesem Zusammenhang entsteht auch die Theorie des Menschen als Mikrokosmos, dessen innerer Aufbau eine völlig analoge Konstruktion sein soll zum Bau der großen Welt, des Makrokosmos. Auch wenn es im 14. Jahrhundert erste Ansätze zu einer Erfahrungswissenschaft gibt, die theoretische Überlegungen an Naturbeobachtungen prüft, so doch nie den Übergang zur Experimentalwissenschaft. Nützlich in diesem Zusammenhang, wenn auch sehr knapp geraten, sind die Überblicke über Organisation, Ablauf und Methoden der Lehre an den Universitäten, was die Unterschiede zwischen der modernen und der mittelalterlichen Auffassung von »Vernunft« noch deutlicher macht.

Der ständige Machtkampf um die Universitäten wird im 15. Jahrhundert weitgehend entschieden, die Universitäten geraten unter die Kontrolle der Könige bzw. Landesherrn. Zugleich kann man eine zunehmende Aristokratisierung der Gelehrten beobachten, die immer weniger von den Lehrgeldern ihrer Studenten leben, sondern zunehmend von Renten oder Lehen, die ihnen von den Feudalherren ver-

lichen werden. Auch Kleidung und Lebensweise entfernen sich zunehmend vom Bürgertum und werden aristokratisch. Es scheint, als hätte diese Vereinnahmung auch ein Versiegen der intellektuellen Fruchtbarkeit der Universitäten zur Folge gehabt. LeGoff beschreibt diese Entwicklung als einen Niedergang der Scholastik, die zu nur noch formalen Wortgefechten verkommen sei.

Dies ist die Geburtsstunde des Humanismus als antiintellektueller, eher literarisch orientierter Bewegung gegen die Universitäten und die Scholastik. Das soziale Milieu des Universitätsgelehrten und des Humanisten ist gerade entgegengesetzt. »Der eine ist Professor, im Lehren begriffen, von Schülern umringt, von den Bänken, auf denen sich die Hörer drängen, belagert. Der andere ist ein einsamer Gelehrter in seinem ruhigen Arbeitsraum; er hat viel Platz inmitten des geräumigen, reich ausgestatteten Zimmers, indem sich seine Gedanken frei bewegen.« (171) Die Quellen der Descarteschen Philosophie sind sowohl das Methodendenken der Scholastik wie auch die Isolation der Studierstube.

Trotz ihres Alters sind diese Überlegungen LeGoffs nach wie vor brauchbar und nicht prinzipiell überholt. Für andere Teile des Buches läßt sich dies allerdings nicht sagen. Vor allem die Kapitel über die sogenannten »Goliarden« und der exemplarisch gemeinte Lebenslauf Abälards unterstellen dieser Intellektuellengruppe einen kritischen Abstand zur mittelalterlichen Gesellschaft, die mehr an kritische Gelehrte der Gegenwart denken läßt. Bereits die in diesem Zusammenhang zitierten Texte geben eine solche Position radikaler Gesellschaftskritik nicht her. So sympathisch LeGoffs Begeisterung für Kritiker und Ketzer auch sein mag, er löst damit die »Goliarden« fast völlig aus ihren gesellschaftlichen Möglichkeiten heraus. Problematisch ist auch das zugrundeliegende theoretische Modell von Aufstieg, Blütezeit und Verfall der Universitäten und seine biologische Evidenz. LeGoff gelangt so zu deutlichen Fehleinschätzungen vor allem der spätmittelalterlichen Scholastik und betrachtet die Jahrhunderte vor den Universitäten nur als Vorgeschichte. Es scheint mir deshalb auch sinnvoll, den Titel des Buches nicht wörtlich zu nehmen, sondern vorsichtig nur von der Geburt eines neuen Typs von Intellektuellen zu sprechen, statt den Klosterintellektuellen diesen gesellschaftlichen Status völlig abzusprechen.

Ralf Schlechtweg-Jahn (West-Berlin)

**Heider, Ulrike: Der arme Teufel.** Robert Reitzel — Vom Vormärz zum Haymarket. Elster-Verlag, Bühl-Moos 1986 (194 S., br., 26,- DM)

Diese politische Biographie beansprucht nicht etwa, einen neuen Klassiker oder anderswie verehrungswürdigen Ahnen »auszugraben«, sie stellt eine gerade in der Eigenartigkeit der ihn prägenden und von ihm selbst vorangetriebenen Momente durchaus exemplarische Gestalt der zumeist verdrängten anarchistischen Gärungsphase der deutschen und amerikanischen Arbeiterbewegung vor. Robert Reitzel gehört zunächst in das »finstere Kapitel« der deutsch-amerikanischen Emigration. Er wird als mißratener Sohn nach Amerika abgeschoben, wo er sich als Tramp durchschlägt. Auch Reitzel wird von dem »chauvinistischen Preußenrummel« erfaßt, der die Deutsch-Amerikaner nach der Schlacht von Sedan beseelte, hungert sich aber weiter in den USA durch, bis ihn schließlich ein Pfarrer zur Theologenlaufbahn als greifbarer Alternative zum Verhungern bekehrte. Wenig später schließt er sich aber schon den einst von Ludwig Feuerbach inspirierten, später von Wissenschaftsphilosophen wie Ludwig Büchner und Wilhelm Bölsche belebten »freien Gemeinden« an (wie sie in Deutschland der sozialdemokratischen Arbeiterbildung vorangingen), die bereits als »disciples of Heine« und *unamerikanisch* verfemt wurden. An diesem »Schnittpunkt von proletarischem Sozialismus und dem kulturellen Arm der

deutsch-amerikanischen Freidenkerbewegung« hungerte er sich mit Familie durch, indem er auf Vortragsreisen durch das Land zog. Dabei gehörte er mit den ersten Massengewerkschaften der 1870er Jahre eher zu den Strömungen, die sich pragmatisch an einem allgemeinen Humanismus orientieren und so die »Klassenproblematik« vernachlässigten.

So geriet er in den Überlagerungsbereich zwischen den amerikanischen Anarchisten um Johann Most und den für den Acht-Stunden-Tag agitierenden *Knights of Labor*. Nach einem Polizeiiüberfall und einem — vermutlichen — Provokateursattentat auf dem Chicagoer Haymarket wird Reitzel mit dem von ihm redigierten »Armen Teufel« zum Sprecher der Solidaritätsbewegung mit den dann schließlich doch »exemplarisch« von Staats wegen und justizförmig ermordeten, herausgegriffenen Anarchisten, gegen die eine der ersten »weltweiten« modernen Hetzkampagnen geführt wird.

In den achtziger Jahren wird Reitzel und sein »Armer Teufel« als Rebell gegen den in den USA herrschenden Puritanismus — für »freie Liebe« — notorisch (vergleichbar dem feministischen Flügel der US-Sektion der 1. Internationale um Victoria Woodhull). Dabei kommt er mit der Anarchistin Emma Goldmann zusammen, die eine wichtige Kampfgefährtin wurde.

In Deutschland knüpfte später u.a. Erich Mühsam an die Tradition von Reitzels »Armer Teufel« an. Das allerdings in der problematischsten Phase seiner Entwicklung, als er in einen Kreis geraten war, der »trotz seinem Engagement im Kampf gegen bürgerliche Sexualmoral und Homosexuellenverfolgung ... als exemplarischer Ausdruck einer Rechtswende ehemals links engagierter Intellektueller zu verstehen« ist.

Die lebendig geschriebene, durch umfängliche historische Zusammenhangsdarstellungen und sprechende Bilder aussagekräftig gestaltete Biographie (7-129) wird durch eine Dokumentation von Texten von und über Reitzel ergänzt (131-192). Das ganze liest sich spannend und ist, gerade weil die Autorin auf Belehrung verzichtet, ausgesprochen lehrreich geraten.

Frieder Otto Wolf (West-Berlin)

**Fry, Varian: Auslieferung auf Verlangen.** Die Rettung deutscher Emigranten in Marseille 1940/41. Hanser-Verlag, München 1986 (346 S., Ln., 44,- DM)

In fast allen Arbeiten zur deutschen Emigration taucht — zumeist am Rande — das New Yorker Emergency Rescue Committee (ERC) auf, jene von Erika Mann mitbegründete Institution, die von August 1940 bis August 1941 mindestens 600 deutschen Flüchtlingen die Weiterreise von Frankreich nach Nord- und Südamerika ermöglichte und um die 2000 Emigranten in Marseille finanziell unterstützte. Die kafkaeske Jagd nach Ausreise-, Transit- und Einreisevisa, nach Schiffspassagen, die verfallen waren, bevor die notwendigen Papiere vollständig vorlagen, schildert am eindringlichsten Anna Seghers in ihrem Roman »Transit«. Im 9. Kapitel zeichnet sie ein Porträt von »Professor Whitaker«, der im Hotel »Splendide« residiert und die »staatenlos im Nirgendwo« (Walter Mehring) festsitzenden Emigranten mit materieller und administrativer Hilfe unterstützt.

Unschwer ist in Prof. Whitaker Varian Fry zu erkennen, der Beauftragte des ERC. Sein zunächst auf einen Monat geplanter Frankreich-Aufenthalt dehnte sich schließlich auf über ein Jahr aus. Das Büro des ERC in Marseille, als karitative Institution zur Unterstützung notleidender Flüchtlinge getarnt, arbeitete auch nach Frys Ausweisung durch die Vichy-Behörden bis zum 2. Juni 1942 weiter.

Frys 1942 erstmals in den USA publizierte Aufzeichnungen spiegeln die Erfahrungen eines liberalen Intellektuellen wider, der zunächst glaubt, als Amerikaner in

Frankreich auf wenig Schwierigkeiten zu stoßen und dessen anfängliche Naivität einer zunehmend mißtrauischen Haltung gegenüber den französischen wie den amerikanischen Behörden weicht. Nicht nur, daß die ständig wechselnden Ein- und Ausreisebestimmungen für Frankreich, Spanien und Portugal jeden bürokratischen Vorgang zu einem (für einige Beteiligte tödlich endenden) Roulette werden ließen, auch die Außenpolitik der USA, die überaus komplizierten Wege zur Erlangung eines Einreisevisums und die zunehmende Hysterie gegen »Juden, Agitatoren und Kommunisten« erschwerten die Rettung der Flüchtlinge. Illegalität mußte zum Grundprinzip für Frys Arbeit werden. Im Laufe des Jahres 1941 wuchs sowohl der Druck der Vichy-Behörden auf das amerikanische Konsulat in Marseille als auch das Mißfallen der US-Regierung an Frys Aktivitäten: der Artikel 19 des deutsch-französischen Waffenstillstandsabkommens, der für jeden vom Deutschen Reich genannten Flüchtling »Auslieferung auf Verlangen« forderte, zeitigte auch im noch unbesetzten Teil Frankreichs seine Konsequenzen. Fry war so zunehmend gezwungen, mit professionellen Paßfälschern, Mitgliedern der Marseiller Unterwelt, korrupten Polizeibeamten zusammenzuarbeiten, um alle Fluchtmöglichkeiten auszunutzen und die Fluchtrouten über die Pyrenäen sicherer zu machen.

Seine Aufzeichnungen bilden — zusammen mit den organisationsgeschichtlichen Recherchen von Wolfgang D. Elfe im Nachwort — den Hintergrund zu den in zahlreichen Exilbiographien dargestellten Einzelschicksalen. Der dokumentarische Anhang des Bandes schließlich informiert darüber, wie sehr sich Frys humanistisches Engagement nach der Rückkehr in die USA gegen ihn selbst wendete: von vielen in zwischen dort lebenden Emigranten als »Menschenfischer von Marseille« verehrt, gelang dem Harvard- und Columbia-Absolventen im Amerika McCarthys keine berufliche Reintegration. Seine bedeutende Rolle in der Geschichte der antifaschistischen Bewegung, die das wissenschaftliche und kulturelle Leben der USA durch den Zustrom europäischer Intellektueller enorm bereichert hatte, blieb vergessen. Frankreich erhob Fry immerhin zum Kavalier der Ehrenlegion. Erst nach seinem Tod 1966 erschien 1968 eine »um alle politisch brisanten Fragen bereinigte Fassung« (325) seines Berichts als Jugendbuch unter dem Titel »Assignment: Rescue«. So ist die deutsche Erstausgabe des Buches nicht nur ein Dokument jenes »anderen Amerika«, das *alle* vom Nationalsozialismus Verfolgten aus demokratischer Grundüberzeugung retten wollte, sondern auch ein Beleg dafür, wie wenig politische Macht es sich verschaffen konnte.

Claudia Albert (West-Berlin)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Grafe, Peter J.: Schwarze Visionen.** Die Modernisierung der CDU. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbeck 1986 (221 S., br., 10,80 DM)

Gleich in der Einleitung setzt sich Grafe von der lange Zeit dominierenden Variante einer CDU-Interpretation ab, wonach diese bis heute eine Partei der fünfziger Jahre geblieben sei. Er weist darauf, daß auch die Union ihre »68er« hat: Die Gründer der RCDS-Zeitschrift »Sonde« nehmen heute Stabsstellen im Adenauer-Haus, aber auch schon staatliche Ämter (so Ulf Fink in West-Berlin) ein. Sie arbeiten, ganz offensichtlich gefördert durch Kohl, Geißler und Biedenkopf, in den siebziger Jahren der programmatischen Erneuerung der CDU zu. Die »Sonde« ist eine der Hauptquellen dieser Darstellung.

Der Verfasser weist nach, wie die neuen Partei-Intellektuellen der Union (er nennt sie ihre »Nachdenker«) die These von der »post-industriellen Gesellschaft« in der

Union umsetzen und dabei einen umfassenden Wertewandel auch in ihrer Partei propagierten. Hier gibt es Berührungspunkte mit Teilen der SPD und mit den Grünen. Grafe konstatiert eine tiefe innere Spaltung der beiden großen »Volksparteien«. Den intellektuellen Managern neuen Typs stehen in der SPD durch die traditionelle Arbeitsgesellschaft geprägte Betriebsräte, in der Union Milieukatholiken und die Sozialausschüsse gegenüber. Die Einschleusung neuer Themen (Neubewertung der Freizeit und des Konsums, weitere Öffnung zur Emanzipation der Frauen) ist in beiden Parteien — so kann aus Grafes Analyse geschlossen werden — nicht nur durch die Konkurrenz der Grünen, sondern durch tiefgreifende Umstrukturierungen der Gesellschaft selbst erzwungen worden. Da dieser Prozeß entweder noch nicht abgeschlossen ist oder ohnehin nur einen — allerdings großen — sozialen Teilbereich erfassen kann, behalten die Traditionalisten in SPD und Union starke Machtpositionen. In der CDU bestehen Gegensätze zwischen der Zentrale und anderen Teilen des Apparats. Grafe konstatiert, »daß die Befehlsgewalt des Adenauerhauses auf die Kreisgeschäftsstellen eingeschränkt ist« (206). Behaupten sich die konservativen Positionen, dann kann daraus die von Grafe nicht explizit formulierte Annahme resultieren, daß das Wählerpotential der Grünen, welches sie auch im Umfeld von CDU und SPD haben, noch lange nicht ausgeschöpft ist. Die Einflußbegrenzung der Reformer aus dem »Sonde«-Kreis mag Überlegungen über die Chancen und Handicaps von Intellektuellen in Parteiapparaten anregen. Wer die CDU als Ganze repräsentiert, darf sich nicht nur auf die Vordenker im Adenauer-Haus stützen. An Kohl wird dies besonders deutlich: Seit Ende der sechziger Jahre hat er die nachdrängenden Intellektuellen in seiner Partei unterstützt. Er galt als Reformier. Zu den Notwendigkeiten seiner Integrationsfähigkeit gehört aber je länger desto mehr eine Unbeweglichkeit, welche ihn mittlerweile zum Inbegriff geistiger Trägheit machte.

Peter J. Grafe hat Material vor allem aus der Parteipublizistik für eine gut lesbare Darstellung von hoher Evidenz herangezogen. Zuweilen gleitet seine Ideologiekritik in ironische Nacherzählung ab. In der 1985 erschienenen Dissertation von Wulf Schönbohm (»Die CDU wird moderne Volkspartei«) sind u.a. Verschiebungen in der Mitgliederstruktur dieser Partei (höherer Frauenanteil, geringere Quote von Katholiken, Arbeitern und Bauern) belegt. Diesen Aspekt der »Modernisierung« behandelt Grafe nicht, obwohl er Schönbohms Buch nennt und diesen CDU-Manager als politische Figur stark beachtet. Auf Seite 96 findet sich eine Fehldatierung: »Seit die Christdemokraten regieren, werden dagegen wieder öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr mit Serenade und im Fackelschein veranstaltet.« Dies war jedoch schon unter Verteidigungsminister Apel (SPD) der Fall. Georg Fülberth (Marburg)

**Wessolleck, Winfried: Die Ökologiebewegung.** Aspekte ihrer sozialen Konstituierung, Politik und Philosophie. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1985 (115 S., br., 18,- DM)

Winfried Wessolleck analysiert, »ausgehend vom Klassenstandpunkt der marxistischen Gesellschaftstheorie, den sozialen Konstituierungsprozeß der Ökologiebewegung historisch-genetisch und bewegungsstrukturell, als einen widersprüchlichen Prozeß, in dem ökonomische, sozialstrukturelle, subjektsspezifische und politisch-ideologische Elemente zusammenwirken«. Sein »wissenschaftliches und politisch-praktisches Erkenntnis- und Verwertungsinteresse« richtet sich vor allem auf das Verhältnis von Arbeiter- und Ökologiebewegung. Auf dem Boden der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus untersucht Wessolleck anhand Rammstedts Phasenmodell den sozialen Konstituierungs- und Verlaufsprozeß der Ökologiebewegung bis zur Parlamentarisierung sowie deren Politik und Ideologiebildung. Zwar

attestiert er der ökologischen Bewegung in ihrer Heterogenität den antikapitalistischen Impetus, doch bleiben »diese 'neuen Formen' grüner Politik« allenfalls konfrontativ, d.h. sie werden als »'fertige Prinzipien' ... den historisch gewachsenen, den historische Erfahrungen, Kampfformen und Entwicklungsprozessen des antikapitalistischen Klassenkampfes zum Ausdruck bringenden, politisch-ideologischen Staats- und Vergesellschaftungsstrukturen ... einfach entgegengestellt«. Ideologischer Ausdruck dessen ist eine ökologische Wertekritik an den »'materialistischen' Leit- und Zielwerte(n) der 'produktivistischen Arbeits-, Leistungs- und Expansions-Ethik eines wachstumsbesessenen Industrialismus'«, subsumtiv artikuliert als »Ökologische Philosophie« (der originelle Teil der vorliegenden Arbeit ist bereits abgedruckt in *Dialektik* 9, Köln 1984, 156ff.). »Ökologische Philosophie«, so Wessolleck, ist »eine von den Spezifika gesellschaftlicher Verfügung über Technologie und Wissenschaft absehende überhistorische Technik- und Zivilisationskritik, abstrakte Überbetonung von Individualität und Strategie einer 'Reform des Bewußtseins' bzw. 'Veränderung durch Bewußtsein'«.

Diese »ökologische Emanzipationsphilosophie« gerinnt für Wessolleck »zu einer idealistischen Gesinnungsethik und moralisierenden Ökologiekritik«: eine »Ideologieform des 'nichtproletarischen Protests' (R. Steigerwald)«. Dabei wird jedoch die ökologische Bewegung von einem »Klassen«-Standpunkt einseitig aufgefaßt, ihre politisch-ideologische Theoriebildung und politische Praxis dem negativen Reformismus zugerechnet. Beraubt Wessolleck einerseits den ökologischen Wertediskurs seines Transformationsgehaltes, so klammert er andererseits die Renaissance der Lebensphilosophie (Bergson, Spengler) und Technikphilosophie (Heidegger, Frankfurter Schule) völlig aus, ebenso die Frage nach einem »neuen« Naturbegriff (Schelling) und dessen ideologische Konsequenzen. Das traditionell-ordo-marxistische Produktionsverhältnis-Produktivkraft-Paradigma wird so bei Wessolleck zur Blockierung für eine mögliche Einsicht in »ökologische Philosophie« und deren — notwendige — marxistische Kritik: Kritik nicht nur an den Produktionsverhältnissen, sondern auch an den Produktivkräften hin zu einer »nichtreduktionistischen Konzeption des Wissenschaftlichen Sozialismus« (W.F. Haug).

Hans G. Mittermüller (Fürstenfeldbruck)

**Bahn Müller, Reinhard: Der Streik.** Tarifkonflikt um Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie 1984. VSA-Verlag, Hamburg 1985 (204 S., br., 17,80 DM)

Die wachsende Massenarbeitslosigkeit in der BRD bildete 1983 den Hintergrund für die Entscheidung der IG Metall, die tarif-politische Auseinandersetzung über die Verkürzung der Arbeitszeit mit der Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit zu verknüpfen. Bahn Müller untersucht diesen Arbeitskampf am Beispiel des Tarifkonflikts 1984 im Bereich der Verwaltungsstellen Stuttgart und Reutlingen der IGM. Es handelt sich also nicht um die umfassende Analyse, die der Titel nahelegt. Dieser Nachteil wird aber durch die detaillierte, eindrückliche Untersuchung der *regionalen* Vorgänge auf der Grundlage teilnehmender Beobachtung des Konflikts (»über neun Monate hinweg nahezu tägliche Teilnahme und Protokollierung von Sitzungen, Abläufen und Aktionen auf betrieblicher, örtlicher und bezirklicher Ebene«; 13), von 21 Intensivinterviews, einer standardisierten Befragung von gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten in 104 Betrieben und einer eingehenden qualitativen Dokumentenauswertung aufgehoben.

Bahn Müller skizziert die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen und die gewerkschaftlichen Rahmenbedingungen der Tarifaueinandersetzung, diskutiert die Tarifforderung der IGM und das Gegenkonzept von Gesamtmetall, schildert die Vorphase

des Arbeitskampfes (»Kampf um Köpfe und Bewußtsein«) und den Verlauf der Auseinandersetzung. Im abschließenden Kapitel diskutiert er die Bewertung des Tarifiergebnisses und die Streikverarbeitung durch die IGM, die Arbeitgeber sowie einzelne Aspekte der Umsetzung des Tarifvertrages. Seine leitende Fragestellung zielt darauf, wie die Führung der IGM ihr ökonomisches und gesellschaftspolitisches Wissen und ihre gewerkschaftliche Erfahrung, die sie trotz ungünstiger Rahmenbedingungen den Kampf um die 35-Stunden-Woche aufnehmen ließ, im Arbeitskampf selber umsetzte, obwohl bald deutlich geworden war, daß die aufgestellte Forderung zu Beginn des Arbeitskampfes in der Arbeitnehmerschaft noch längst nicht in dem Maße akzeptiert war, wie es für die Durchsetzung der Forderung notwendig gewesen wäre. In der ausführlichen Nachzeichnung des Vorgangs und der Diskussion der damit verknüpften Probleme liegt der besondere Wert des Buches. Nur ein Punkt kann hier erwähnt werden: Die zentrale Rolle der betrieblichen Ebene in diesem Arbeitskampf, die Konzentration auf den Betrieb als der notwendigen und die Ausgestaltungsmöglichkeiten der Forderungen prägende Grundlage für die Durchsetzung qualitativer tarifpolitischer Forderungen wirft die Frage auf, wie Bündnispartner außerhalb des Betriebes gewonnen, wie die Forderungen in eine gesamtgesellschaftliche Strategie umgesetzt werden können. Bahnmüller verweist mit eindringlichen Belegen (80f.) auf dieses grundlegende Problem der aktuellen Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit.

Franz Kellerhoff (Erwitte)

**Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969.** Mit einem einleitenden Essay von Karl Dietrich Bracher. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden (hrsg. v. K.D. Bracher, Th. Eschenburg, J.C. Fest, E. Jäckel) Bd. 4. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, F.A. Brockhaus, Wiesbaden 1984 (331 S., Abb., br., 168,- DM)

In seinem einleitenden Essay rechtfertigt Karl Dietrich Bracher rückblickend sein früheres Engagement gegen die Notstandsgesetze: er habe eine Parallele zum Artikel 48 der Weimarer Reichsverfassung verhindern wollen. Dies sei gelungen. Die Notstandsdebatte sei aber von Gegnern der parlamentarischen Demokratie manipuliert worden. Heute suchten diese Kräfte sich andere Betätigungsfelder, etwa durch Anzweiflung des Verfassungsverständnisses der streitbaren Demokratie, »die nicht wieder durch Übertoleranz gegen die Feinde der Toleranz Selbstmord begehen und daher Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst fernhalten sollte« (12).

Bei der Darstellung der Regierungszeit Erhards leidet Klaus Hildebrand merklich unter Ereignislosigkeit, der er durch eigene Dramatisierung abzuhelfen versucht: »Ludwig Erhard hatte es immerhin ohne Zwischenfälle innerhalb von drei Tagen geschafft, zum Kanzler gewählt zu werden, ein Kabinett zu präsentieren und eine mit breiter Zustimmung aufgenommene Regierungserklärung abzugeben.« (49) Dem Projekt der »Formierten Gesellschaft« begegnet er mit Sympathie. In seiner immer wieder sichtbar werdenden Bereitschaft zu umfassender, die Jahrtausende und die Gesellschaftsformationen übergreifender Historisierung, findet er eine Parallele zu Erhards Plan in der Vorlesung »Etwas über die erste Menschengesellschaft nach dem Leitfaden der mosaischen Urkunde« aus dem Jahre 1780 von Friedrich Schiller. Hieraus zitiert er: »Als die Meder den Dejoces zu ihrem Könige machten, so waren sie schon ein Volk, schon eine formierte politische Gesellschaft.« (165) Hildebrand verweist auf die Führungsschwäche Erhards, »der über den gemeinsamen Vornamen hinaus auch in dieser Hinsicht an den gescheiterten Nachfolger Karls des Großen, Ludwig den Frommen, erinnerte« (232). Intellektuelle Kritik am Regierungschef

führt er auf die Droge LSD, Promiskuität und Permissivität zurück (210). — Die Darstellung der Ostpolitik der Großen Koalition gibt dem Verfasser Gelegenheit, auf »das Ausmaß und die Intensität der von Konrad Adenauer betriebenen Ostpolitik« hinzuweisen (323). Er setzt sie, über seinen Gegenstand hinausgehend, in deutlichen Gegensatz zu seiner Meinung nach offensichtlich unseriösen Unternehmungen der sozialliberalen Regierung nach 1969. Ein Foto auf Seite 324 zeigt Egon Bahr »auf der Terrasse des Jalta Hotels am Prager Wenzelsplatz«. Kiesingers Urteil, der Berater Brandts sei »ein wirklich gefährlicher Mann«, zitiert Hildebrand zustimmend (327), und er setzt hinzu: »Öffentlich pflegte er [Bahr] sich im explosiven Feld der Ostpolitik allerdings immer so auszudrücken, daß man verstand, was er eigentlich wollte, ohne daß man ihn und vor allen Dingen seinen Chef, Willy Brandt, damit behaften konnte.« (Ebd.)

Nach Auffassung Hildebrandts haben die Notstandsgesetze »in außerordentlich freiheitlicher Weise« Vorsorge getroffen (369). Er behauptet, in erster Linie die beiden Unions-Parteien hätten selbstlos die NPD bekämpft und so deren Erfolg verhindert (358, 365, 403). Als ebenso gefährlich wie die Neo-Nazis erscheint ihm aber der linke Extremismus. Er bedauert das Verblässen der Totalitarismus-Doktrin. Im Zusammenhang mit der Studentenbewegung behandelt er ausführlich — in Text und Bild — auch die älteren intellektuellen Mentoren: Adorno, Horkheimer, Habermas, Marcuse, Erich Fried. Dagegen wird Wolfgang Abendroth kein einziges Mal erwähnt — immerhin in einem Buch eines Wissenschaftlers, der in den sechziger Jahren u.a. in Marburg studiert hat. Gustav Heinemanns »Verständnis für die aufmüpfige Jugend« habe »auf viele recht abstoßend« gewirkt (391). Hildebrand möchte sich nicht auf eine reine Personen- und Ereignis-Geschichte festlegen lassen, Strukturgeschichte aber zugleich vermeiden. Sein Kompromiß besteht darin, daß er einen kollektiven Helden findet: den Deutschen Bundestag (464).

Der Verfasser ließ seinen Text von Mitarbeitern der Konrad-Adenauer-Stiftung, vom Archivar der Ludwig-Erhard-Stiftung sowie von einem Herrn des Persönlichen Büros Dr. h.c. Kiesinger gegensehen, nicht jedoch auch von Bediensteten des von ihm ebenfalls benutzten Archivs der Friedrich-Ebert-Stiftung oder von anderen sozialdemokratischen Gewährleuten. Sein Dank im Nachwort gehört auch der Familie: »Denn neben der beruflichen Tätigkeit als Historiker an einer großen Universität und neben den so zahlreich für einen Ordinarius anfallenden Verpflichtungen im Leben der wissenschaftlichen Republik an einem größeren Werk zu arbeiten, macht es einfach erforderlich, sich vom Privatleben weitgehend zu verabschieden. Das ist für eine Familie nicht leicht. Den größten Teil der sich daraus ergebenden Belastungen hat meine Frau auf sich genommen. Mein Dank mag sich darin andeuten, daß ich ihr dieses Buch widme: Für Erika!« (465) Georg Fülberth (Marburg)

## Ökonomie

**Kramer, Helgard, Christel Eckart, Ilka Riemann und Karin Walser: Grenzen der Frauenlohnarbeit.** Frauenstrategien in Lohn- und Hausarbeit seit der Jahrhundertwende. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1986 (252 S., br., 29,- DM)

Grenzen der Frauenlohnarbeit: Wer wäre sich ihrer heutzutage nicht (oft deprimierend) bewußt? Das Buch, hervorgegangen aus Projekten des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (IfS), enthält keine Analyse der aktuellen Frauenarbeitslosigkeit. Dennoch meine ich, daß es auch für akut Betroffene von Nutzen sein kann, sich mit der *Geschichte* der Frauenarbeit zu befassen, trainiert doch die Beschäftigung mit



den »langen Wellen« dieser Geschichte jenen »langen Atem«, von dem praktisch soviel abhängt. Dabei entwerfen die Autorinnen kein optimistisches Bild gradlinigen Fortschritts. Der Anteil von etwa einem Drittel erwerbstätiger Frauen (an der gesamten gesellschaftlichen Arbeitskraft) wurde in Deutschland bereits kurz nach der Jahrhundertwende erreicht und erst seit Beginn der siebziger Jahre zeichnet sich eine Tendenz der Zunahme ab. Diese lange Stagnationsphase verdeckt jedoch einen erheblichen Strukturwandel, dem die Autorinnen vier Fallstudien widmen. Sie haben dafür Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs gewählt, die mit Umschichtungen in der Frauenarbeit einhergingen: den Übergang der Dienstmädchen in die Fabrik, die bezahlte Beschäftigung »höherer Töchter« in sozialen Berufen, die Feminisierung der Büroarbeit in Gestalt der »Neuen Frau« der zwanziger Jahre, die Ausbreitung der Teilzeitarbeit verheirateter Mütter in den sechziger Jahren. In jeder dieser Phasen bröckelte der herrschende Konsens (»Die Frau gehört ins Haus«), geriet die prekäre Balance von Haus- und Erwerbsarbeit ins Wanken, entstanden neue Chancen und Diskriminierungen. Die Autorinnen vertreten die These, »daß Frauen mit eigenen Interessen und Strategien auf den Arbeitsmärkten agierten, die sich nicht deckten mit den politischen und ökonomischen Verhaltensanforderungen, wie sie in den verschiedenen Versionen des Theorems der Reservearmee unterstellt werden« (155). Dieser in der Einleitung von Helgard Kramer ausführlich erläuterte Anspruch auf Rekonstruktion der subjektiven Verhaltensintentionen und -strategien von Frauen wird meines Erachtens in den Fallstudien eingelöst, und wie dies methodisch und inhaltlich geschieht, macht das Buch spannend bis in die historischen Details.

Skeptikern sei versichert, daß sich der Zwangscharakter gesellschaftlicher Objektivität in dieser Untersuchung dennoch nicht verflüchtigt: Wenn Frauen als Handelnde (und nicht nur als Opfer des Arbeitsmarktes) begriffen werden, dann geraten retrospektiv auch jene Handlungschancen in den Blick, die von ihnen *nicht* wahrgenommen wurden (bzw. werden konnten). Daran anzuknüpfen und weiterzudenken, könnte m.E. gerade in der Auseinandersetzung mit der heutigen Frauenarbeitslosigkeits-Misere von Nutzen sein. Die Fallstudien lassen sich unabhängig von der theoretisch-konzeptionell anspruchsvollen Einleitung (und auch unabhängig voneinander) lesen. Sie dürften vor allem diejenigen interessieren, deren Berufsgeschichte sie thematisieren: Sozialarbeiterinnen, kaufmännische Angestellte, teilzeitarbeitende Frauen. Wie steht es aber mit den von Karin Walser untersuchten Dienstmädchen, einer angeblich ausgestorbenen Spezies? Um 1905 gab es allein in Berlin ca. 148000 Dienstmädchen, die in halb-feudaler Abhängigkeit arbeiteten. (So durften sie beispielsweise nach dem Preußischen Gesinderecht polizeilich aufgegriffen werden, wenn sie sich unerlaubt vom Arbeitsplatz entfernten.) Walser kann anhand von Statistiken belegen, daß kurzfristiger Stellenwechsel dennoch die Hauptstrategie der Dienstmädchen war, wenigstens minimale Verbesserungen durchzusetzen. (Um Sanktionen zu entgehen, »verloren« sie massenhaft ihre Dienstbücher.) Sogar aus Kreisen der Arbeiterbewegung wurde ihr »unstetes Verhalten«, ihre »Disziplinlosigkeit« kritisiert. Das bedeutet nichts anderes, als daß ihre individuellen, informellen und flexiblen Widerstandsformen unverständlich blieben; ja, sie wurden als *Widerstandsformen* gar nicht erkannt: Das scheint mir ein ganz typisches Mißverständnis in der Geschichte der Frauenarbeit zu sein! Interessant finde ich die Frage, warum es den Dienstmädchen nicht gelang, den permanenten »Nachfrageüberhang seitens der Arbeitgeber« (54) konsequenter zu nutzen, beispielsweise durch (eigene?) Stellenvermittlungsagenturen? Wer diese und andere Fragen (wie die Geschichte der Dienstmädchen generell) für obsolet hält, verdrängt m.E., daß diese sehr wohl Nachfolgerinnen haben: in Gestalt der »modernen Hausfrauen«, die der nicht femi-

nismusverdächtige Ökonom Galbraith eine »crypto servant class« nennt. Das scheinbar historisch Entlegene erweist sich als (noch) ganz nah: Der Dienstbotenarbeit konnten sich die Frauen durch Abwanderung entziehen, der Hausarbeit in halbfeudaler Abhängigkeit zum größten Teil bis heute nicht.

Einen ähnlich »archaischen« Grundzug weisen auch die Sozialberufe auf, deren Genese aus dem Geist generalisierter »Mütterlichkeit« Ilka Riemann in ihrem Beitrag schildert. Sie arbeitet heraus, wie die den unverheiratet-kinderlosen Töchtern des Bürgertums zugestandene »geistige« Mütterlichkeit berufliche Identität zugleich ermöglichte und verhinderte. Trotz aller Unterbezahlung und -ausstattung der Sozialberufe, war es die ihnen anhaftende ambivalente »Weiblichkeit«, die Frauen vor männlicher Konkurrenz schützte und ihnen sogar in Krisenzeiten ein halbwegs stabiles Beschäftigungsfeld bot (wenn auch bezahlte Sozialarbeit immer latent in unbezahlte konvertierbar blieb). Für mich knüpft sich daran die Frage, ob der Rückzug ins Ghetto der Frauenberufe, insbesondere der Sozialarbeit, angesichts der Geschichte dieses Frauenarbeitsmarkts wirklich so interessenabträglich ist, wie wohlmeinende Propagandisten der Kampagne »Frauen in Männerberufe« nahelegen. (Vielleicht wäre der Kampf um vergleichbaren Wert — in Anlehnung an die Frauenkämpfe um »comparable worth« in den Vereinigten Staaten — viel dringlicher?) Auch Helgard Kramer beschreibt die Feminisierung der Büroarbeit in den zwanziger Jahren als einen von der Interessenlage der Frauen her zwiespältigen Prozeß, wie sich insbesondere in der Weltwirtschaftskrise herausstellte. Zwar führte er die Frauen in die bekannten Sackgassen-Berufe (Stenotypistin, Sekretärin), aber Kramer kann anhand der Arbeitslosenstatistik belegen, daß die geschlechtsspezifische Spaltung des Arbeitsmarktes für Büroarbeit es den weiblichen kaufmännischen Angestellten ermöglichte, sich dem staatlichen Druck auf Rückzug aus der Erwerbsarbeit überraschend erfolgreich zu entziehen, nicht zuletzt auch deshalb, weil ihre Interessen mit Kapitalinteressen teilweise konvergierten. Interessant fand ich Kramers Hinweise auf die »Erotisierung der Hierarchie« (144), die sie als problematischen, aber verständlichen Wunsch der Frauen interpretiert, den psychisch bedrohlich erscheinenden Folgen totaler Konkurrenz auf geschlechtsneutralen Arbeitsmärkten zu entgehen. Trotzdem wäre es m.E. falsch, in der »Neuen Frau« der zwanziger Jahre nur eine Camouflage des alten Weiblichkeitsideals zu sehen (oder die »Erotisierung der Hierarchie« für eine überwundene Strategie zu halten).

Eckarts Fallstudie zur Ausbreitung der Teilzeitarbeit in den sechziger Jahren greift eines der zweifellos brisantesten Probleme heutiger Frauenerwerbstätigkeit auf: die Bewertung der Teilzeitarbeit im Widerstreit der Interessen. Sie interpretiert die Teilzeitarbeit verheirateter Mütter als Ausdruck, Widerspiegelung der (noch) nicht erfolgten Umverteilung der Hausarbeit zwischen den Geschlechtern, *zugleich* aber auch als die einzige Arbeitsform, die mit einer wirklichen Umverteilung der Haus- und Erziehungsarbeit kompatibel wäre. Ihrer subtilen, aber niemals unentschiedenen Argumentation würde ich die Aufmerksamkeit derjenigen wünschen, die Teilzeitarbeit aus gewerkschaftlicher Sicht kritisieren.

Was nach der Lektüre als Gesamteindruck der wechselvollen Geschichte der Frauennarbeit bleibt, ließe sich nach dem Motto, »zwei Schritte vor, einen zurück«, charakterisieren (obwohl das den Autorinnen, die auf ein Resümee leider verzichteten, vermutlich zu simpel erschiene). Daß sie die »Grenzen der Frauenlohnarbeit« nicht nur an äußeren Restriktionen, sondern auch an inneren Barrieren, der ambivalenten Bindung der Frauen an Hausarbeit und »Weiblichkeit«, festmachen, ist m.E. die Hauptleistung dieses Buches, das im übrigen — versteht sich — noch manch andere »Lesart« zuläßt.

Claudia Weber (West-Berlin)

**Sichtermann, Barbara: FrauenArbeit.** Über wechselnde Tätigkeiten und die Ökonomie der Emanzipation. Wagenbach Verlag, West-Berlin 1987 (133 S., br., 14,- DM)

Frauen stehen heute »mit einem Bein im Arbeitsmarkt (oder auch Arbeitsamt), mit dem anderen noch im Haushalt« (8), und sie stehen dabei ohne Halt — einen solchen für Frauen in der Gesellschaft zu finden, ist das Ziel der Autorin. In neun Beiträgen, von denen sieben seit 1984 bereits in Sammelbänden und Zeitschriften erschienen sind, stellt Sichtermann die Situation von Frauen dar und macht Vorschläge, wie Frauen die bestehenden Strukturen für sich nutzen können. Sie greift Diskussionen aus feministischen und ökologischen Bewegungen ebenso auf, wie die Frauenpolitik der CDU.

Im Zentrum steht der Zusammenhang bzw. die Trennung zwischen Arbeit und Freizeit. Sichtermann ist für die Beibehaltung der Trennung der Bereiche, aber gegen die geschlechtsspezifischen Zuständigkeiten. Bisher seien immer die Frauen dafür zuständig gewesen, im Privaten/in der Familie die Männer für die Lohnarbeit aufzupäppeln — die Freizeit ist so funktional für die Berufsarbeit. Sie fordert mehr Raum und Zeit (durch Arbeitszeitverkürzung) für die im Privaten stattfindenden »Wechselfälle« des Lebens, denen sie einen ganzen Aufsatz widmet. »Wechselfälle«, das sind: Todesfälle von Familienmitgliedern, Einschulung von Kindern (und anderes, was Soziolog/inn/en traditionellerweise einfallen würde). Bisher sei es die Aufgabe von Frauen, mit den »Wechselfällen« fertig zu werden, sie den Männern aus dem anstrengenden Berufsalltag fernzuhalten, statt sie gemeinsam zu durchleben.

Sichtermann ist zwar gegen die Dominanz des Lohnarbeitsbereiches gegenüber dem Privaten, sieht aber die Bedeutung der Arbeit für Frauen und zeigt die Entwicklungsbehinderungen durch die historisch gewachsene Verwiesenheit der Frauen auf den Haushalt, als einem marginalen Bereich, aus dem der »Fortschritt« ausgeklammert wurde (28). Sie möchte die Arbeit der Frauen im Privaten stärker ins Zentrum der Analysen rücken, argumentiert aber gegen Ansätze, die Hausarbeit unter einen allgemeinen Arbeitsbegriff fassen wollen, weil so die Unterschiede nicht mehr herauskämen (merkwürdigerweise zitiert sie hierzu ausschließlich Götz Rohwer, also einen männlichen Vertreter, der ähnlich den Feministinnen Maria Mies oder Claudia von Werlhof die Gebärfähigkeit als Produktionsmittel sehe, aber zusätzlich die Gefühle als Waren begreife). Für Sichtermann bleibt »die Leibbezogenheit der Hausarbeit ... die differentia specifica zu jeder anderen Arbeit« (73).

Da Frauen immer stärker in den Bereich der Erwerbsarbeit drängen, hätten sie mittlerweile eine Kompetenz erlangt, die den Männern fehle, nämlich, sich in beiden Bereichen auszukennen: in Beruf und Familie. Die heutige Situation auf dem Arbeitsmarkt, wo es zunehmend um Humanisierung der Arbeit ginge, fordere beides: die fachliche Kompetenz eines Berufes und die Fähigkeit, Arbeitsplätze kulturell auszugestalten und zu verändern. Kurzum, sie führt vor, daß Frauen prädestiniert für politische und private Lösungen in der Krise sind. Darum sollten sie auch nicht als Arbeitslose zu Hause sitzen, Forderungen stellen und darauf warten, daß ihnen der Staat einen Arbeitsplatz beschafft, sondern sie sollten ihr berufliches Schicksal selbst in die Hand nehmen, die Chancen nutzen, die sie haben. Zu den Nischen, die der Kapitalismus böte, gehöre die Möglichkeit für Frauen — sich auf die Witwen in den Zünften des 15. Jahrhunderts besinnend — selbständig zu machen (in Handel und Handwerk). Kaum haben die mitdenkenden Leser/innen sich die Frage nach der Finanzierung gestellt, weil gerade Frauen in der Regel nicht über Kapital bzw. Geld verfügen, erfahren sie von der — für Frauen historisch neuen — Möglichkeit der Kreditaufnahme. Leider erläutert Sichtermann nicht, wie Frauen kreditfähig werden

können. Ihr Konzept ist ein sehr praktisches, das von jeder Frau verlangt, hier und jetzt sofort das eigene Leben in die Hand zu nehmen, statt Forderungen zu stellen, wie die nach Aufwertung von Hausarbeit. Dies hätte uns Frauen nur die CDU-Frauenpolitik eingebracht, die das Gleichheitspostulat (worin der Mann das Maß aller Dinge ist) von Haus zu Haus trage, aber ohne eine »Gebrauchsanweisung« zu geben. Die Autorin erhofft sich einen gesamtgesellschaftlichen Umbau durch die Entstehung vieler kollektiv organisierter Kleinbetriebe. Gerade diese seien flexibel genug, auf sich verändernde Bedürfnisse schnell zu reagieren. Implizit denkt sich hier die Volkswirtin eine Regelung des Marktes über die permanente Herstellung eines Gleichgewichtes zwischen Angebot und Nachfrage. Sie ist für die »freie Marktwirtschaft«, aber gegen den Kapitalismus mit Ausbeutung, Entfremdung und rigiden Arbeitszeitregelungen, wie Marx richtig analysiert habe. Sichtermann vermittelt das ermutigende Gefühl, an der eigenen Situation sofort etwas ändern zu können und zu müssen. »Bevor aber die Massen dazu übergehen können, ... die Regelung ihrer und der Gesellschaft Angelegenheiten in ihre Hände zu nehmen, müssen sie ... erst einmal ihr eigenes Leben vom Förderband zurück auf die Erde holen, dahin, wo man einen Schritt lenken, wo man ankommen, bleiben und abhauen kann.« (38)

Barbara Ketelhut (Hamburg)

**Glatzer, Wolfgang, und Regina Berger-Schmitt (Hrsg.): Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe.** Die alltäglichen Leistungen der Haushalte und Familien. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1986 (272 S., br., 48,- DM)

Im Privathaushalt wird nicht nur konsumiert, sondern in erheblichem Maße produziert: Artikulierten sich im Festhalten an dieser Differenz Anfang der siebziger Jahre noch die ideologischen Gräben zwischen Frauenforschung und traditionellem Marxismus, gehört diese Einsicht mittlerweile zum Standardrepertoire sozialwissenschaftlicher Analysen und hier besonders der Wohlfahrtsforschung. Die Analyse der Produktivität privater Haushalte verfolgt in der Wohlfahrtsforschung allerdings nicht den Zweck, geschlechtshierarchische Arbeitsteilungen abzubauen, sondern die Leistungsfähigkeit und -grenzen privater Haushalte näher bestimmen zu können. Sind, so wird etwa gefragt, sozialpolitische Kalküle gerechtfertigt, die auf eine Ausdehnung der »Haushaltsproduktion« zur Entlastung von Arbeitsmarkt und öffentlichen Haushalten setzen? In welchem Verhältnis stehen die Leistungen der Privathaushalte, von informellen Netzwerken und sozialstaatlichen Einrichtungen im Lebenszusammenhang von Individuen und dies bezogen auf unterschiedliche Lebenslagen? Oder, etwas direkter formuliert, lassen sich mit der familialen Arbeitskraft von Frauen, den eigentlichen »Wohlfahrtsproduzentinnen« die Defizite von Beschäftigungs- und Sozialpolitik auffangen?

Fragen dieser Art sind auch Gegenstand des vorliegenden Bandes und machen seine aktuelle Bedeutung aus. Die Beiträge entstammen allesamt einem in Mannheim und Frankfurt zwischen 1982 und 1985 durchgeführten Forschungsprojekt »Haushaltsproduktion und Familienbeziehungen«, wobei die Wohlfahrtsurveys von 1978, 1980 und 1984 zu einem erheblichen Teil die Datenbasis lieferten.

Der Anspruch, den privaten Haushalt aus der Perspektive so unterschiedlicher Disziplinen wie Familiensoziologie, ökonomische Haushaltstheorie, Haushaltswissenschaft und Frauenforschung in den Blick zu nehmen (6), wird allerdings nur partiell eingelöst und noch am überzeugendsten in den empirischen Teilen des Bandes.

Ich will dies, an zwei mir besonders wichtig erscheinenden von den sieben Beiträgen aufzeigen: »Haushaltsproduktion, wirtschaftliche Stagnation und sozialer Wandel« (Glatzer) und »Innerfamiliale Arbeitsteilung und ihre Determinanten«

(Berger-Schmitt). Die übrigen Beiträge befassen sich mit »Sozialkontakten und Hilfeleistungen in informellen Netzwerken« (Diewald), »Informelle Netzwerkhilfe und sozialstaatliche Unterstützung bei hilfebedürftigen Haushalten« (Kerber), »Arbeitsteilung und subjektives Wohlbefinden von Ehepartnern« (Berger-Schmitt), »Haushaltsproduktion seit der Jahrhundertwende« (Wiegand) — übrigens ausgesprochen lesenswert — und »Soziale Technikfolgen in den privaten Haushalten« (Zapf).

Glatzer untersucht in seinem einleitenden Beitrag den theoretischen und empirischen Stellenwert des Privathaushalts in der »Wohlfahrtsproduktion«. Diese theoretische Vorgabe in Anlehnung an und in Weiterführung von der neoklassischen Wirtschaftstheorie wird von ihm konzeptuell in die Familiensoziologie eingeführt. Die Verbindung mit der Frauenforschung ist demgegenüber etwas suspekt, denn gerade die Deklaration von Hausfrauen zu »Wohlfahrtsproduzentinnen«, die im Privathaushalt neben anderen gesellschaftlichen Einrichtungen zur »Steigerung der allgemeinen Wohlfahrt« beitragen (10), entspricht gewiß nicht dem Anliegen der von Glatzer zitierten Frauenforscherinnen. Sie wollen eher den *Zwangscharakter* geschlechtsspezifischer Arbeitszuweisungen herausarbeiten und nicht etwa, wie von der Wohlfahrtsökonomik postuliert, Hausfrauenarbeit aus der Perspektive eines *harmonischen* Gesellschafts- und Wirtschaftsganzen interpretieren. Theorien des Haushalts in neoklassischer Perspektive besetzen seit einigen Jahren unangefochten soziologisches Terrain, weil ihnen, mit Ausnahme der leicht zu marginalisierenden Frauenforschung, nichts entgegengesetzt wird. Doch selbst in den Fachpublikationen der vom Autor zitierten Wissenschaften wird seit einigen Jahren rege über die sattsam bekannten Mängel auch der neueren Varianten der Neoklassik diskutiert, und nicht zuletzt wird ihr Versagen vor einer empirischen Überprüfbarkeit ihrer theoretischen Konstrukte problematisiert. Glatzers empirischer Teil kommt denn auch gut ohne theoretischen »Überbau« aus und zeigt durchaus interessante Befunde: so hat sich in einem Zeitraum von nur vier Jahren die familiäre Pflege von Behinderten und Pflegebedürftigen von 6 % (1980) auf 9 % (1984) der untersuchten Haushalte erhöht, während die außerfamiliäre Unterbringung dieser Personengruppe nahezu konstant geblieben ist (28). Weiterhin ist im selben Zeitraum die (geschlechtsspezifisch nicht ausgewiesene) ehrenamtliche (unbezahlte) Arbeit von 13,1 auf 9,8 % zurückgegangen (ebd.) — Indiz dafür, daß die Rückverlagerung professioneller und semi-professioneller Dienstleistungen in die Privathaushalte zu funktionieren scheint? Der Autor kommt insgesamt zu dem Schluß, daß eine Erweiterung der gegenwärtigen Haushaltsproduktion vermutlich neue Formen der Arbeitsteilung im Haushalt und neue Formen von Arbeitszeitarrangements im Erwerbsleben voraussetzt (48). Diese Annahme wird auch durch andere Befunde des vorliegenden Bandes gestützt, die aufzeigen, daß eine asymmetrische familiäre Arbeitsteilung offensichtlich ein hohes Konfliktpotential birgt, das sich, im Rahmen des Forschungsdesigns, vorrangig in der Unzufriedenheit von Hausfrauen (gerade auch dann, wenn sie erwerbstätig sind) mit gegenwärtigen Formen der familialen Arbeitsteilung äußert.

In diese Richtung weist auch der Beitrag von Berger-Schmitt, die innerfamiliäre Arbeitsteilung und deren Determinanten untersucht. Hier einige ihrer Ergebnisse: So nimmt die Bereitschaft des Ehemanns zur Hilfe im Haushalt in dem Maße zu, wie Ehefrauen einen hohen Bildungsabschluß und eine prestigeträchtige Berufsposition besitzen. Umgekehrt haben Berufsposition und Bildung des Ehemanns keinen Einfluß auf die familiäre Arbeitsteilung (112). Gewiß drückt dieser Befund die vorteilhaftere Verhandlungsposition einer ökonomisch unabhängigen Ehefrau gegenüber ihrem Partner aus, überraschenderweise spielt allerdings das Berufsprestige der Ehefrau noch vor dem Arbeitseinkommen die ausschlaggebende Rolle. Weiterhin weist

die Autorin generationsspezifische Befunde aus, die eigentlich nicht überraschen: Verfügen ältere Frauen über die genannten »Ressourcen«, hat dies dennoch wenig oder keinen Einfluß auf die Bereitschaft des Ehemannes zur familialen Mitarbeit; hier ist das Patriarchat noch intakt. Ein schichtspezifischer Vergleich zeigt überdies, daß bei gleichem Arbeitseinkommen Männer mit höherer Bildung und höherem Berufsprestige sich eher an Familienarbeit beteiligen als Männer, die den unteren Bildungs- und Berufsschichten angehören — ein Indikator für die Existenz eines »proletarischen Antifeminismus«?

Wie im vorliegenden Band vielfach dokumentiert, dürfte die verbreitete Unzufriedenheit von Frauen mit der gegenwärtigen familialen Arbeitsteilung diese kaum dazu motivieren, zusätzliche Lasten auf sich zu nehmen, wie sie etwa mit der Versorgung von älteren Menschen verbunden sind, ebensowenig aber auch dazu, ihren Beitrag zur Steigerung der gegenwärtig auf einem Tiefstand befindlichen Geburtenrate zu leisten. So bestätigen die Befunde des Bandes ähnlich gelagerte Untersuchungen, die allesamt vor einer Überschätzung des Leistungspotentials der Privathaushalte warnen. Eher implizit können die Ergebnisse des Bandes auch dahingehend interpretiert werden, daß die Tage eines ungebrochenen Familienpatriarchalismus tatsächlich gezählt sind. Gerade bei Frauen und Männern der Generation unter 40 scheinen sich neue Normen einer »gerechten« Verteilung familialer Arbeit etabliert zu haben, die sich nicht mehr auf traditionelle Vorstellungen zurückschrauben werden lassen.

Insgesamt ein interessantes Buch, gerade auch wegen der Repräsentativität der Daten im Zeitvergleich. Man sollte jedoch stets im Auge behalten, daß die Aussagekraft der Befunde wesentlich durch das empirisch-analytische Instrumentarium präformiert ist: abgefragt werden Einstellungen bzw. Einschätzungen, die wenig Aufschluß über tatsächliches Verhalten und vor allem die dahinterstehenden Motive geben, und keinen Aufschluß über die gesellschaftlichen Strukturzusammenhänge, unter denen Haushaltsproduktion (und Netzwerkhilfe) stattfindet.

Ursula Beer (Bielefeld)

**Drohse, Petra: Die Lohndiskriminierung der Frauen.** Eine Studie über Lohn und Lohndiskriminierung von erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1984. SP-Verlag, Marburg 1986 (277 S., br., 36,- DM)

»Anlaß für die vorliegende Untersuchung ist die unrühmliche Tradition von der Unterbewertung weiblicher Arbeitskraft, die dazu führte, daß Frauen auch noch heute auf 'gleichen Lohn bei gleichwertiger Arbeit und Leistung' verzichten müssen« (9). Ausgehend von dieser Feststellung gliedert P. Drohse ihre Dissertation in vier Schwerpunkte: Im ersten Kapitel definiert sie die verwendeten Begriffe wie Lohn, Lohnstruktur, Familienlohn, Leistungslohn usw. Dabei bestimmt sie zunächst die Lohnhöhe als den Wert, der zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft notwendig ist, um dann aber die Marxsche Bestimmung des Lohns aufzugeben zugunsten einer Erklärung, die sich an Angebot und Nachfrage orientiert, den Familienlohn in Beziehung setzt zu einem Bedarfsprinzip und den Individuallohn zu einem Leistungsprinzip. Anschließend listet sie die »Begründungen« für die Lohndiskriminierung der Frauen auf: weniger leistungsfähig, häufiger krank, schlechtere Ausbildung, bedürfnisloser, Schutzbestimmungen, um dann nachzuweisen, anhand von empirischen Material, daß diese »Begründungen« ideologisch sind und sich nicht aufrechterhalten lassen. Im zweiten, dritten und vierten Abschnitt werden jeweils in vier Kapiteln die politisch-ökonomischen Bedingungen weiblicher Erwerbstätigkeit, die Entwicklung der Lohndiskriminierung, die gewerkschaftlichen Bemühungen zum Abbau von Lohndiskriminierung und die Ergebnisse dieser gewerkschaftlichen Be-

mühungen untersucht. Die Autorin betrachtet dabei die Jahre 1945-1949, 1949-1955 und 1955-1984.

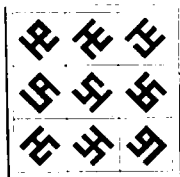
Das aufbereitete empirische Material, die Auswertung gewerkschaftlicher Richtlinien und Politik, die Beschreibung gerichtlicher Auseinandersetzungen und das Aufzeigen politischer Leitlinien zu Frau und Familie bieten jedoch nichts Neues; das Material ist in der Form bereits von Feministinnen gründlicher bearbeitet worden, was die Autorin jedoch nicht zur Kenntnis genommen hat. Die Kritik an gewerkschaftlicher Frauenpolitik beschränkt sich bei Drohsel darauf, daß sie den Gewerkschaften zu wenig Engagement in diesem Punkt vorwirft, auch einen Antifeminismus in den Gewerkschaften konstatiert und gewerkschaftliche Frauenpolitik auf alle gewerkschaftlichen Bereiche ausgedehnt sehen will. Daß sich gewerkschaftliche Lohnpolitik jedoch grundsätzlich an Frauenlohndiskriminierung entlang entwickelt, wird von ihr nicht gesehen. In ihrer Einleitung stellt P. Drohsel fest, daß bereits im vorigen Jahrhundert Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit gefordert haben, sie erwähnt jedoch nicht, daß die Gewerkschaften bei Abschluß der ersten Lohntarifverträge selbst Abschlagsregelungen für die Frauenlöhne vorschlugen und diese in den Verträgen auch billigten. Im Kapitel »Die Leichtlohngruppen« deutet sie vorsichtig an, daß »viele Kollegen« die Einführung von Leichtlohngruppen ganz in Ordnung finden (177). Sie zitiert Maria Weber — ehemaliges geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DGB —, daß die Einführung der Leichtlohngruppen nicht notwendig gewesen sei. Eine ehemalige Frauensekretärin der IG Chemie Papier Keramik, Liese Winkelsträter, hat dies viel realistischer beschrieben; wären die Leichtlohngruppen, die verkappten ehemaligen Frauenlohngruppen nicht eingeführt worden, dann hätten die männlichen Gewerkschafter andere Forderungen, wie z.B. längeren Urlaub, nicht durchsetzen können. D.h., doch Lohnpolitik auf Kosten der Frauen.

Ich denke, wir können die gewerkschaftliche Lohnpolitik nur dann ändern in eine Politik, die auch die Interessen der erwerbstätigen Frauen berücksichtigt, wenn wir ohne Rücksicht auf männliche Sichtweisen die bisherige gewerkschaftliche Politik aufarbeiten und nicht wie Drohsel versuchen, den Gewerkschaften möglichst nicht weh zu tun.

Sigrid Pohl (Ludwigsburg)

**W.F.Haug**

**Vom hilflosen  
Antifaschismus  
zur Gnade der  
späten Geburt**



**Argument**

**Wolfgang Fritz Haug**

**Vom hilflosen Antifaschismus  
zur Gnade der späten Geburt**

Die Frage des Verhältnisses zur NS-Vergangenheit und der Lehren aus ihr ist eine Schlüsselfrage für die politische Identität der Westdeutschen.

W.F. Haug analysiert die Diskurse der »Vergangenheitsbewältigung« der sechziger und achtziger Jahre im Vergleich und gibt so einen Einblick in die westdeutsche Nachkriegsgeschichte der Faschismusverarbeitung.

260 Seiten, br., 22,- DM

## Verfasser/innen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

*Albert, Claudia*: siehe *Argument* 161

*Anders, Günther*: siehe *Argument* 161

*Auernheimer, Gustav*: siehe *Argument* 164

*Baumann, Heidrun*, 1942; Dr.phil., Studienrätin im Hochschuldienst. A: Didaktik der Geschichte, AV-Medien im Geschichtsunterricht

*Beer, Ursula*; Prof. f. Politikwissenschaft an der Univ. Bielefeld

*Bergmann, Theodor*: siehe *Argument* 162

*Bockel, Rolf von*, 1959; M.A. Studium der Literaturwissenschaft, Politik und Geschichte. A: Geschichte des Pazifismus

*Franck, Norbert*: siehe *Argument* 164

*Fülberth, Georg*: siehe *Argument* 161

*Georgi, Hans-Jürgen*, 1949; Studium der Geschichte und Philosophie; Filmtonmeister. A: Jugoslawien; Nietzscheschranismus

*Godelier, Maurice*, 1934; Prof. an der Ecole des Hautes Etudes, Paris. V: *Rationalität und Irrationalität in der Ökonomie* (1966, dt. 1972); *Ökonomische Anthropologie* (1973); *Le réel et l'irréel* (1984)

*Göbel, Eberhard*: siehe *Argument* 161

*Gödl, Doris*, 1959; Dr.phil., Studium von Psychologie und Politikwissenschaft in Salzburg. A: Politische Psychologie, Frauenbewegung

*Götze, Karl-Heinz*, 1947; Dr.phil., Lektor an der Univ. Nizza; Redakteur des *Argument*. V: *Grundpositionen der Literaturgeschichtsschreibung im Vormärz* (1980). A: Gegenwartsliteratur, Literatur des 19. Jh.; Geschichte der Germanistik

*Häusler, Jürgen*, 1955; Lic.rer.soc., wiss. Mitarbeiter am FB Gesellschaftswiss. der Univ. Frankfurt. A: Energiepolitik; Parteien

*Haug, Wolfgang Fritz*: siehe *Argument* 161

*Hirschfeld, Uwe*, 1956; Dipl.-Soz.päd., Doktorand, Lehrauftrag in Sozialwesen an der GH Kassel. V: *Kultur und Revolution in der »Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss* (1984). A: Kulturtheorie, Erziehungswissenschaft. M: GEW

*Hirsch, Joachim*, 1938; Dr.phil., Prof. an der Univ. Frankfurt/M. V: *Der Sicherheitsstaat* (1980); *Nach der »Staatsableitung«*. *Zur Reformulierung einer materialistischen Staatstheorie*, in: *Aktualisierung Marx*, AS 100 (1983); *Auf dem Wege zum Postfordismus?* In: *Argument* 151 (1985); *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus* (1986). A: Staatstheorie, Staatsorganisation, Staat und soziale Bewegungen

*Hlavac, Andrea*, 1962; Studium der Politologie und Betriebswirtschaft. Freie Journalistin, Mitarbeiterin u.a. bei der *Tribüne*, Wien. A: Widerstandsbewegungen, Technologiepolitik

*Jäger, Michael*: siehe *Argument* 161

*Kaplan, Gisela T.*, Dr.phil., Germanistin und Soziologin, Gastprof. an der Univ. of New South Wales, Sydney, gehört zum Forschungsteam der Wirtschaftshistoriker der Univ. of New England in Armidale (Australien). A: Ethnizität und Frauenfragen

*Kellerhoff, Franz*, 1947; Dipl.-Pol.; freier Wissenschaftler. A: Arbeiterbewegung; Arbeitslosigkeit; Industriepolitik

*Ketelhut, Barbara*: siehe *Argument* 161

*Krätke, Stefan*: siehe *Argument* 162



Lichtenberger, Jürgen, 1956; Dipl. Soz. päd. V: *Männer für Mädchen. Die Darstellung des anderen Geschlechts in der Jugendzeitschrift »Mädchen«* (1987). A: Pädagogik, Dritte Welt, Soziale Konflikte

Loiperdinger, Martin, 1952; Wiss. Mitarbeiter am FB Gesellschaftswissenschaften der GH Kassel. V: *Hessen unterm Hakenkreuz* (Mitautor, 1983). A: Polit. Theorien, Öffentlichkeiten, Filmanalyse

Mittermüller, Hans G., 1954; M.A., Freier Journalist und Mithrsg. des *Widerspruch. Münchner Zeitschrift für Philosophie*. V: *Ideologie und Theorie der Ökologiebewegung. Zur Konzeption einer »ökologischen Philosophie«* (1987). A: Marxismus, (Ökologische) Philosophie

Pohl, Sigrid, 1954; Dr. rer. pol., Buchhändlerin. V: *Entwicklung und Ursachen der Frauenlohndiskriminierung* (1984). A: Frauenforschung, Arbeitsökonomie. M: ÖTV

Robes, Jochen: siehe *Argument* 161

Rogers, Lesley P., Prof. f. Physiologie an der Univ. of New England, Armidale (Australien); aktiv in der australischen Frauenbewegung. A: Biologie und Frauenbefreiung; Gehirn und Verhaltensforschung

Rösler, Dietmar, 1951; Dr. phil.; wiss. Mitarbeiter am King's College London. A: Linguistik, Deutsch als Fremdsprache

Ruiz Marcos, José-Manuel, 1926; Dr. rer. pol., Lic. Theol., Lich. Philos., Prof. f. Politikwiss. an der FH Bielefeld. V: Unternehmensreform in Lateinamerika; Perspektiven des Fortschritts in Lateinamerika; Neoliberalismus in Lateinamerika; Genossenschaften in Costa Rica; Kirchliche Entwicklungsprojekte in Brasilien

Ruoff (Kramer), Karen, 1945; PhD, Direktorin des Berlin Study Center der Stanford University. V: *Tui oder Weiser? Zur Gestalt des Philosophen bei Brecht*, AS 11 (1976); *Aktualisierung Brechts*, AS 50 (Mithrsg., 1980); *Rückblick auf die Wende zur Neuen Subjektivität*, in: *Argument* 142 (1983); *New Subjectivity: Third Thoughts on a Literary Discourse* (Ph. Diss., Stanford 1984)

Schlechtweg-Jahn, Ralf: siehe *Argument* 164

Simon, Gerd: siehe *Argument* 163

Wagner, Birgit, 1956; Dr. phil., Univ. Assistentin am Inst. für Romanistik der Univ. Wien. V: *Gärten und Utopien* (1985); *Gramsci, Pasolini. Ein imaginärer Dialog* (Mitautorin, 1987). A: Romanische Literaturwissenschaft

Weber, Claudia, 1947; Dr. phil., Soziologin. V: *Rationalisierungskonflikte in Betrieben der Druckindustrie* (1982). A: Industriesoziologie, Geschichte der Frauenarbeit, Japan

Weberling, Anja: siehe *Argument* 162

Weingarten, Michael: siehe *Argument* 161

Winckler, Lutz, Dr. phil. habil.; Prof. associé an der Univ. Besançon, Privatdozent an der Univ. Tübingen, Mithrsg. der Reihe »Literatur im historischen Prozeß«. V: *Faschismuskritik und Deutschlandbild im Exilroman*, AS 76 (Mithrsg., 1981); *Studie zur gesellschaftlichen Funktion faschistischer Sprache* (1985); *Autor—Markt—Publikum*, AS 138 (1986)

Wolf, Frieder Otto: siehe *Argument* 161

Yurttagül, Ali, Dipl.-Pol., Wiss. Mitarbeiter der Grün-Alternativen im Europäischen Parlament. A: Migration, Internationale Politik

Zhao Boaxu, 1922; Prof. f. Politische Wiss. an der Univ. Peking; ehemaliger Vorsitzender des Fachbereichs für Internationale Politik; Gastprofessor an der Univ. of California (1981-83); Gastprofessor am Ostasiatischen Seminar der FU Berlin (1983/84). M: Vorstandsmitglied der Chinese Political Science Association

# DÜSSELDORFER DEBATE

Zeitschrift für Politik · Kunst · Wissenschaft

## 8-9'87

A.Hüfner: In Memoriam — Ein Kapitel aus der Literaturgeschichte der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung der Wortproduzenten

«Gewerkschaftliche Kulturarbeit» — Zeitschriftenschau

F.Unger: Auf der Suche nach einem neuen Amerika

S.Kebir: Die Mutterstrafe. Im Sommer des 25. Jahrestages der Unabhängigkeit. Probleme des Bevölkerungswachstums in Algerien

Th.Neumann: Das Riesenspielzeug. Die bäuerliche Landwirtschaft ist an ihr Ende gekommen

M.Charlier: Von Pflanzen- und anderen Gesellschaften

H.Kühn: Die rationalisierte Ethik. Zur Moralisierung von Krise und Krankheit

## 10'87

A.Neusüss: Von der bürgerlichen Sozialutopie zur Antiutopie. Vorschau auf einen Rückblick

Th.Neumann: Helmut Schelskys «Ortsbestimmung der deutschen Soziologie» von 1959

A.Hüfner: Emil Szitty — ein vergessener Bohème

M.Charlier: Der edle Wilde bei der Gesellschaft für bedrohte Völker — anlässlich der Stuttgarter Exotismus-Ausstellung

4. Jg. 1987

Erscheint monatlich (außer Juli/Aug.) — Herausgeber: Michael Ben, Peter Maiwald — Redaktion: Michael Ben, Thomas Neumann — Einzelheftpreis 15,- DM, Abo 12,- DM + Versandkosten — Düsseldorf Debatte, Karl-Anton-Straße 16, 4000 Düsseldorf 1

# Kommune

Forum für Politik und Ökonomie

## 9'87

*Kommune-Thema*

B.Ulrich: Gewaltfreiheit — Das vorläufige nicht-amtliche Endzeitergebnis einer Debatte

*Aktuelles*

J.Esser: Trouble in Kreuzberg. Von den Problemen grüner Politik mit der deklassierten Jugend

R.Mohr: Kolumne: Unmoral im Sandkasten

*Debatte*

K.Edler: Die GAL im eigenen Ghetto

T.Stryck/H.Wiesenthal: Zwischen Identität und Modernität. Die Grünen in der Klemme

N.Kostede: Air-Condition. Wie man die Lernfähigkeit einer Partei verbessern kann.

V.Haupt: Politik in unsicheren Schleifen. Oder: Braucht eine grüne Partei die Systemtheorie?

*Schwerpunkt*

Ch.Eckart: Teilzeitarbeit: Prekäre Strategie zu einem Dritten Weg

V.Heins: Glückstechniken und Postmoderne

*Kultur*

K.Ruppelt: Frauenbilder in Werken sowjetischer Prosaschriftstellerinnen

G.Dalos: Das eigenwillige Ungarn

K.Hauser: Foucault und die Produktion von Widerstand

Th.Schmid: Im Streiflicht: Die FAZ und der Tod

L.Mármora: José Carlos Mariátegui auf deutsch

Th.Gehrmann: Sport & Körper: Sport im Knast (I). Was in der Zelle läuft

5. Jg. 1987

Redaktion: M.Ackermann, G.Heinemann, M.Ibrahim-Knoke, J.Schmierer. — Monatszeitschrift. — Einzelheft 6 DM, Jahresabo 66 DM. — Kommune, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt II. — Vertrieb: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach II 11 62, 6000 Frankfurt II

# kürbiskern

LITERATUR, KRITIK, KL. ASSENKAMPF

## 3'87

### *Abschied und Aufbruch*

K. Konjetzky: Der lange Abschied

O. Neumann: Auf Wiedersehen

H. Schauerte: Der Tod an St. Jacob

N. D. Jakobik: Schleyrn

V. Rasputin: Rudolfo

H. Rubinstein: Berliner Spaziergänge

Ch. Kaiser: Kunst vom laufenden Band

B. Hofmann: Nazikunst in die Museen?

I. Cesaro: In Augenhöhe

G. C. Krischker: Komm mit mir

W. Spakler: Am Gasteg

F. Hitzer: Abschied und Aufbruch. Tagebuchblätter vom Moskauer Friedensforum. Mit Beiträgen von D. Lattmann, F. Dürrenmatt, M. Frisch, B. Engelmann, H.-P. Dürr, B. Lawn, Fv. Hippel, S. Ossola, E. Bahr, P. Mar Grigori, G. Greene, M. Gorbatschow, J.-M. Volonté, G. Wallraff, Y. Ono, G. Peck, P. Ustinov

5. Jg. 1987

Hrsg. Friedrich Hitzer, Klaus Konjetzky, Oskar Neumann, Hannes Stütz. — Redaktion: Friedrich Hitzer (verantwortl.), Klaus Konjetzky, Oskar Neumann. — Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 8,50 DM; Jahresabo 32 DM; Studentenabo 27 DM. — Damnitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40

# Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Zeitschrift für Demokratie  
und Sozialismus

## 8'87

J. Huber: Zukunftsfragen der Sozialdemokratie

NG/FH-Gespräch mit Luciano Lama: »Man muß eine Gesellschaft von hoher Produktivität organisieren, die die technologische Entwicklung nicht ablehnt, sondern benutzt«

S. Miller: Die Grünen und die USPD

E. Hartley-Brewer: Die wachsende Kluft. Zu den britischen Unterhauswahlen

Th. Noetzel: Thatchers Triumph — Zur Hegemonie eines britischen Populismus

R. Gröschel: Neuseeland im Umbruch

### *Thema: Westeuropäische Ostpolitik*

K. Hänsch: Das gemeinsame europäische Haus — für eine westeuropäische Ostpolitik

P. Brandt/G. Minnerup: Osteuropa und die deutsche Frage

K. Bloemer: Konturen eines europäischen Doppelhauses

F. Manfrass-Sirjacques: Null — und was dann? Die deutsch-französischen Beziehungen in der Perspektive eines nuklearwaffenfreien Europas

Th.-P. Gallon: Lieber stocknüchtern als »frankophil«. Ketzereien über die Voraussetzungen eines fruchtbareren französisch-deutschen Führungsverhältnisses

Ch. Rix: Neue Ansätze in der Sicherheitspolitik der DDR

U. Mückenberger: Das ungeschriebene Verbandsgesetz

H. Stettner: Was erodiert da?

H. Glaser: Kulturpolitische Notizen

34. Jg. 1987

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Walter Dirks, Eugen Kogon, Heinz Kühn, Johannes Rau, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel und Herbert Wehner. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Rainer Diehl, Hans Schumacher (verantwortl.). — Erscheint monatlich. Einzelheft 9,50 DM zzgl. Versandkosten, Jahresabo 66 DM zzgl. Versandkosten. — Verlag Neue Gesellschaft, Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT  
**PERIPHERIE**

Forum theoretisch orientierter Analyse und  
 Diskussion zu Fragen der Dritten Welt.

## 27'87

*Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung  
 — Kulturelle Beziehungen*

T.Ishida: Die Einführung westlicher politischer Begriffe in Japan: zur Reaktion nicht-westlicher Gesellschaften auf den Einfluß des Westens

H.Behrend: Kolonisierung der Zeit. Zur Vorstellung von Entwicklung und Geschichte bei den Tugen im Nordwesten Kenias

A. Dietschy-Scheiterle: Naturwissenschaftlicher Unterricht in den Anden. Überlegungen zu einer interkulturellen Erziehung

G.Hauck: Habermas, die Magie und die Universalität der Vernunft

I.Lenz: Zwischen fremden Spiegeln ... Zur Figur der wandernden Prostituierten in ost-asiatischen Gesellschaften

## 28'87

*Ländliche Strukturen*

H.Bernstein: Kapitalismus und kleine Warenproduktion

D.Haude: Von Agrikultur zum Agrobusiness

W.Biermann/J.-M.Fontaine: Widersprüche der tanzanischen Entwicklung

R.Ofreneo: Agrarkrise und Deregulierung

7. Jg. 1987

Herausgegeben von der »Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V.«. — Redaktion: C. Dziobek, D. Haude, W. Hein (verantwortl.), R. Köfler, H. Lebold, I. Lenz, H. Melber, Th. Mutter. Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 9 DM, Jahresabo 30 DM, Förder-/Institutsabo 60 DM. — Redaktion: c/o Institut für Soziologie, Bispinghof 5-6, 4400 Münster. — Verlag und Vertrieb: c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneissaustr. 2, 1000 Berlin 61

# Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie  
 und sozialistische Politik



## 67'87

*Ökologie und Ökonomie*

D.Groh: Strategien, Zeit und Ressourcen. Riskiminimierung, Unterproduktivität und Mußpräferenzen — die zentralen Kategorien von Subsistenzökonomien

E.Altvater: Ökologie und Ökonomie. Modalitäten von Zeit und Raum

F.Beckenbach: Möglichkeiten und Grenzen einer Ökologisierung der Ökonomie

J.Martinez-Alier: Energieberechnung und der Begriff der »Produktivkräfte«

R.Fücks: Alternative Regionalökonomie. Chancen kommunal-genossenschaftlicher Ansätze am Beispiel Bremen

L.Mez: Mit einem dichten Netz von elektrischen Kraftwerken ... den Kommunismus aufbauen oder Die Energiepolitik der UdSSR

H.Gerstenberger: Vom Lauf der Zeit. Eine Kritik an Fernand Braudel

H.Ganßmann/R.Weggler/M.Wolf: »Krise des Sozialstaats« — Krise für wen?

17. Jg. 1987

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.« — Redaktion: E. Altvater, G. Gensior, Th. Hahn, S. Heimann, K. Hubner, Th. Hurtienne, L. Lappe, B. Mahnkopf, W. Spohn, M. Stanger, Ch. Watkinson. — Erscheint viermal im Jahr. — Einzelheft 15 DM, im Jahresabo 12 DM. — Rotbuch Verlag, Postdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10

# rote blätter

9'87

## *Hochschule*

Enthüllung: Munsekte  
Nürnberg: Chronik eines unerwarteten Kampfes  
Friedensengagement unerwünscht  
Lehrverbot  
Zentralratsbeschluss  
Kurzmeldungen

## *Titel*

Was ist Spartakus?  
MSB im AstA  
Als Grüne im MSB  
Nichts geheim  
Kein Mütterstrickbund  
Eindeutig gefühlsbetonter  
Frauenfrust  
Kultur im MSB?  
»Nichts bereut«  
Tagebuch  
Dokument: Der Leit Antrag  
Diskussion: Wir über uns

## *Politik*

Die große Vergeudung  
Serie: Apokalypse oder Aufbruch? Fortschrittsthesen  
Überleben oder Revolution?

## *Leben*

Klassik für Anfänger

## *Rubriken*

Kommunikation  
BUM  
Dizz und Dazz  
Kartong

17. Jg. 1987

---

Herausgeber: Bundesvorstand des MSB Spartakus. — Redaktion: Manfred Confurius (verantwortlich), Vera Kissel, Michael Rittmeier (Gestaltung). — Erscheint monatlich (außer März und August). — Einzelheft 2,50 DM, Jahresabo 24 DM. — Redaktionsanschrift: rote blätter, Postfach 2006, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 22 20 54. — Verlag: Plambeck & Co, Xantener Str. 7, 4040 Neuß

# vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte  
und Gesellschaftspolitik

89'87

## *Zeitfragen, Kommentare*

D.Runze: Blüms Menschenrechtskampagne  
R.Marx: Verfahrensänderungen im Asylrecht  
M.Gähner: Knacki-V-Mann-Polizist?  
G.Weigand: Ehrenschatz auf bayrisch  
U.Vultejus: Ein Justizminister steuert seinem Ende zu  
J.Seifert: Haushaltssanierung und studentischer Protest

## *Essay*

B.Hahn: »Briefeschreiben ist ein gefährlicher Unfug«

## *Abrüstungsspirale?*

R.Nikutta: Warum will die UdSSR Rüstungskontrolle?  
M.Gumbert/R.Stuckenbrock: Reagans Abrüstungsinitiativen  
T.Meyer: Viel Lärm um Null und Doppel-Null  
O.Thränkert: Wieviele Null-Lösungen trägt die NATO-Strategie?  
A.A.Guha: Der Rüstungswettlauf ist unbremst

A.Buro: Probleme, Aufgaben und Perspektiven der Friedensbewegung

## *Kritik*

C.W.Macke: Wo die Konservativen denken lassen

26. Jg. 1987

---

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint in der Regel zweimonatlich. Einzelheft 12 DM (Doppelheft 18 DM); Jahresabo 52 DM zzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Brauhausstraße 2, 8000 München 2

# WECHSEL WIRKUNG

TECHNIK NATURWISSENSCHAFT  
GESELLSCHAFT

## 34'87

*Am Versorgungsstrang ziehen  
Andere Wege in der Haustechnik und Energiepolitik*

P.Thomas: Ökologisches Bauen für die Kreuzberger Mischung

Mit neuen Technologien zu neuen Aufgaben für das Handwerk

Kommunale Konzepte für die Energiewende  
... Interview mit dem Leiter der Stadtwerke Rottweil

Der Londoner Energieplan. Das Londoner Energy and Employment Network

W.Hien: Hunderte von Regelkreisen pro Bedienplatz ... Automation in der chemischen Industrie

B.Methfessel: Neue Hausfreu(n)de? Informations- und Kommunikationstechniken im Haushalt

W.Feldt: Dollarthafen. Milliardengrab für die Natur

B.Hatch: AIDS — Der biologische Super-GAU?

Ch.Wichterich: Die Söhne ins Töpfchen, die Töchter ins Kröpfchen. Geschlechterbestimmung in Indien

M.Ahmed/H.Richter: Importierte Strahlen. Versuchtes Milchpulver und gestärktes Umweltbewußtsein in Bangladesch

Genspalte  
Berichte/Projekte  
Rezensionen  
Nachrichten  
Technoptikum

9. Jg. 1987

Redaktion: Reinhard Behnisch (verantwortl.), Paula Bradish, Dagmar Kahnes, Herbert Mehrrens, Ralph Ostermann, Franz Plich, Elvira Scheich, Rainer Schlag, Rainer Stange, Erich Tegeler, Ulrich Tietze. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 6 DM, Jahrsabo 24 DM. — Verlag und Redaktion: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

# wiener tagebuch

marxistische  
monatsschrift

## 9'87

E.Fischer: Zeitloses zur Kulturpolitik  
L.Spira: Verfrühte Geschichte der KPÖ  
Die schwarzen Naturkinder  
Die Geister des Oliver North  
Kinder ihres Zeitalters

L.Spira: «... wie einstens im Religionsunterricht»

M.Reimann: Perestrojka und das Jubiläum der Revolution

D.Sassoon: Die Niederlage der PCI

G.Scheuer: Umstrittene Diplomatie 1938/39

G.Pfeisinger: Industriekultur in der Kulturindustrie

K.W. Rothschild: The Plague on Both Your Houses

I.Pollack: Unvollständiges lusitanisches Alphabet

S.Bartoli: Primo Levi — Jean Améry: Im Schatten von Auschwitz

K.-M.Gauß: Erster Versuch über Miroslav Krleža

J.Tabor: Kunst diesseits des Ernstfalls. Über den politischen Aspekt der Documenta 8 in Kassel

Herausgeber: Verein «Freunde des Wiener Tagebuch». — Geschäftsführender Redakteur: Leopold Spira. — Erscheint monatlich. — Einzelpreis ÖS 25,-; Jahrsabo ÖS 230,- (Ausland ÖS 280,-/DM 40,-); Studenten ÖS 130,- (Ausland ÖS 200,-/DM 28,-). — Verlags- und Redaktionsadresse: Belvedereergasse 10, A-1040 Wien

## Summaries

### **Maurice Godelier: Mode of Production as a Theoretical Category**

This introductory text gives a detailed reconstruction of the genesis of the term in Marx's work, especially of its relation to the famous dichotomy between productive forces and relations of production, of its theoretical relevance within Marx's analysis of the capitalist mode of production, and of its place in Marx's analysis of global historical tendencies in the development of the modes of production. He then takes the »exception which confirms the rule«, that socialist transitions have so far only taken place in countries where the capitalist mode of production was far from being fully developed, for a critical balance of Marx's theoretical contribution, and of its limitations.

### **Jürgen Häusler and Joachim Hirsch: Political Regulation. The Crisis of Fordism and the Transformation of the Party System in West Germany**

The era of social democratic dominance has ended and neoconservative political regimes have been established in several advanced capitalist countries. Additionally, in West Germany both large parties, the Christian Democrats and the Social Democrats, face growing competition from the smaller parties, the Liberals and the Greens. Is the era of »catch-all-parties« that managed to integrate a multitude of diverse sections of the population coming to an end? Will the crisis of fordist capitalism be accompanied by establishment of a new »post-fordist« party system? Established theories of political parties provide no answers to these questions. Thus the authors attempt to outline a theoretical approach that will interpret political parties within the context of a more comprehensive mode of regulation of historical social formations.

### **Gisela T. Kaplan/Lesley J. Rogers: The Certainty of Illusion: The Play with Gender**

Challenges to gender undermine all social assumptions and categories. A thesis of human attraction is proposed which is due to a mix of male and female characteristics. This view of male/female mix is opposed to the socially exaggerated difference construct of male versus female but also against the concept of androgyny aiming to a fusion of male and female attributes into one perfect form. While science has been tardy in recognizing, arts and fine arts express those elements of human existence.

### **Rolf von Bockel: Who is Able to Remain a Pacifist if a Hitler Gains Power?**

Ludwig Quidde, Friedrich K. Foerster, Helene Stöcker and Kurt Hiller represent different German pacifist concepts in the Republic of Weimar. The development of their concepts in the twenties and early thirties and in exile after 1933 is described. None of them was able to develop a non-violent way to deal with NS-dictatorship. Quidde, Foerster and Hiller required military actions, Stöcker felt in deep resignation.

### **Zhao Baoxu: Horizontal and Vertical Decentralization of Power in China's Political Structure**

The reform of the economic structure in China has encountered a lot of problems which are related to the whole system of the state, far from being able to be solved within the scope of the economic realm. The crux of this problems is the over-centralization of power. There are two ways of solution: Horizontal decentralization includes separating the Party from the government, amplifying the institution of the People's Congress, strengthening the socialist legal system, and bringing into full play the functions of supervision and of checks and balance on the part of different democratic parties and mass organizations. Vertical decentralization has to redistribute the power by enlarging the power of the local governments and of enterprises, while maintaining the unified leadership of the central government.

### **José Manuel Ruiz Marcos: Second Revolution in Nicaragua**

What's going on in Nicaragua, the meaning of that revolution for the whole world, populations support and her chances in spite of the undeclared war from the US: These issues are commented by the author, former editor (1985-1986) of *El Nuevo Diario*, one of the three daily newspapers in Managua.

**Geschichte**


<i>Duby, Georges: Europa im Mittelalter (H.Zückert)</i> .....	759
<i>LeGoff, Jacques: Die Intellektuellen im Mittelalter (R.Schlechtweg-Jahn)</i> .....	760
<i>Heider, Ulrike: Der arme Teufel. Robert Reitzel — Vom Vormärz zum Haymarket (F.O. Wolf)</i> .....	762
<i>Fry, Varian: Auslieferung auf Verlangen. Die Rettung deutscher Emigranten in Marseille 1940/41 (C.Albert)</i> .....	763

**Soziale Bewegungen und Politik**

<i>Grafe, Peter J.: Schwarze Visionen. Die Modernisierung der CDU (G.Fülberth)</i> .....	764
<i>Wessolleck, Winfried: Die Ökologiebewegung. Aspekte ihrer sozialen Konstituierung (H.G.Mittermüller)</i> .....	765
<i>Bahn Müller, Reinhard: Der Streik. Tarifkonflikt um Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie 1984 (F.Kellerhoff)</i> .....	766
<i>Hildebrand, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Band 4 (G.Fülberth)</i> .....	767

**Ökonomie**

<i>Kramer, Helgard, Christel Eckart, Ilka Riemann und Karin Walser: Grenzen der Frauenlohnarbeit. Frauenstrategien in Lohn- und Hausarbeit seit der Jahrhundertwende (C.Weber)</i> .....	768
<i>Sichtermann, Barbara: FrauenArbeit. Über wechselnde Tätigkeiten und die Ökonomie der Emanzipation (B.Ketelhut)</i> .....	771
<i>Glatzer, Wolfgang, und Regina Berger-Schmitt (Hrsg.): Haushaltsproduktion und Netzwerkhilfe. Die alltäglichen Leistungen der Haushalte und Familien (U.Beer)</i> .....	772
<i>Drohse, Petra: Die Lohndiskriminierung der Frauen. Eine Studie über Lohn und Lohndiskriminierung von erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1984 (S.Pohl)</i> .....	774

<p>Gulliver 21</p>  <p>Amerik(k)a »The Sixties«</p> <p>Argument</p>	<p><b>Amerik(k)a: »The Sixties«</b> Hrsg. v. L.Gunter, D.Herms, I.Kerkhoff</p> <p>Die Sechziger in den USA — passé oder nur Nostalgie? Eine Erforschung dieser Bewegung — quirlige Verbindung von Hippietum und politischem Widerstand — hat es kaum gegeben. Ebenso wenig eine Einschätzung ihrer Bedeutung für die Achtziger. Der Band untersucht den Niedergang sozialdemokratischer Ökonomie; Frauenbewegung; Vietnam und Film; Civil Rights; Literatur von Black und Native Americans; politische Lyrik. Dazu ein Theaterbericht zu überlebenden Gruppen sowie repräsentative Buchbesprechungen.</p> <p>gulliver 21 — Argument-Sonderband 156 168 Seiten, DM 18,50/15,50 f. Stud.</p>
--	--